

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2017

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen	5
1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	7
4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	7
5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2017	10
Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts	12
1. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR.....	12
2. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)	15
3. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA).....	19
4. Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)	24
5. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	30
6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	34
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern.....	34
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	47
6.2.1 Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH.....	47
6.2.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH	52
6.2.3 St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L.	55
6.2.4 AmbuMed Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH bis 31.12.2016	58
6.2.5 KKM Servicegesellschaft mbH bis 31.12.2016	59
6.2.6 KKM Gebäudedienste GmbH.....	60
6.2.7 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	62
7. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	64
8. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	79
8.1 Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH	79
8.2 Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)	93
8.2.1 Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	94
8.2.2 KEV Energie GmbH	97
8.2.2.1 KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	99
8.2.2.2 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG.....	102
8.2.2.3 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	104
8.2.2.4 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	106
8.2.2.5 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	108
9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V- GmbH).....	110
9.1 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)	110
9.2 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG).....	111
10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	117
11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L.....	122
12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.....	125
13. Vogelsang IP gGmbH	133
14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....	141
15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH).....	155

Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts..... 159

1. d-NRW AöR 159

2. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR) 160

3. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR) 167

Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden 175

1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)..... 176

2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH) 189

3. Zweckverband Kronenburger See 197

4. Zweckverband Naturpark Rheinland 198

5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE) 200

6. Zweckverband Region Aachen 216

7. Erftverband 225

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER) 227

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung 229

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.11.2018 231

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen 231

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht 232

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 KrO einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2017 wird mit dem Haushaltsplan 2019 veröffentlicht und darüber hinaus dem Kreistag per Info-Vorlage zur Kenntnis gegeben. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „<http://www.kreis-euskirchen.de/>“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen“ und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung“.

Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt

tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im Einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108b der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistags gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht in den Teilen B bis D zu jeder Beteiligung wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Gliederungspunkt A
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Gliederungspunkt B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Gliederungspunkt C
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Gliederungspunkt F
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Gliederungspunkt H
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Gliederungspunkt D
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Gliederungspunkt E
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Gliederungspunkt G

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düshorner Heide)
- RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG

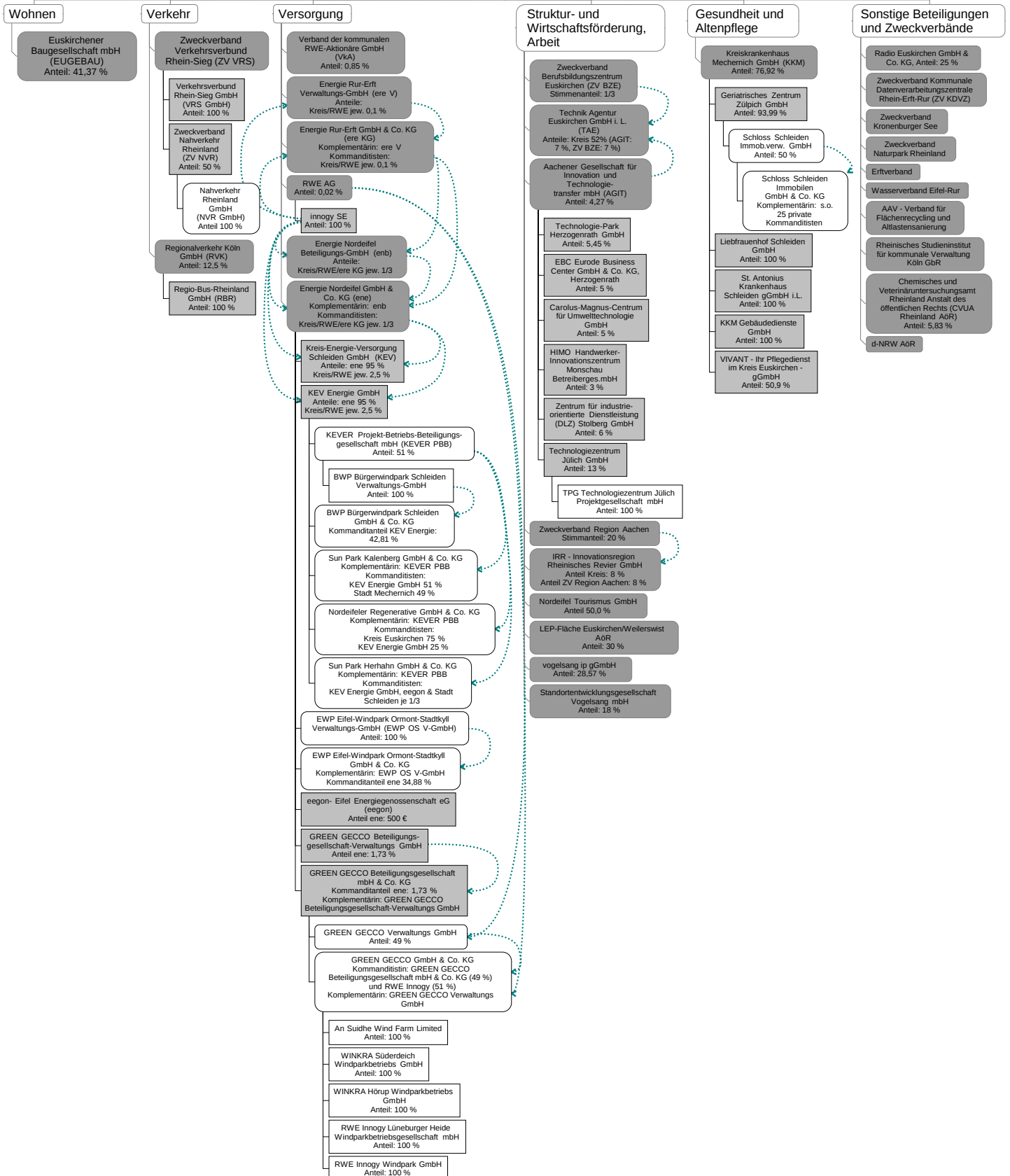
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2017. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 30.11.2018 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

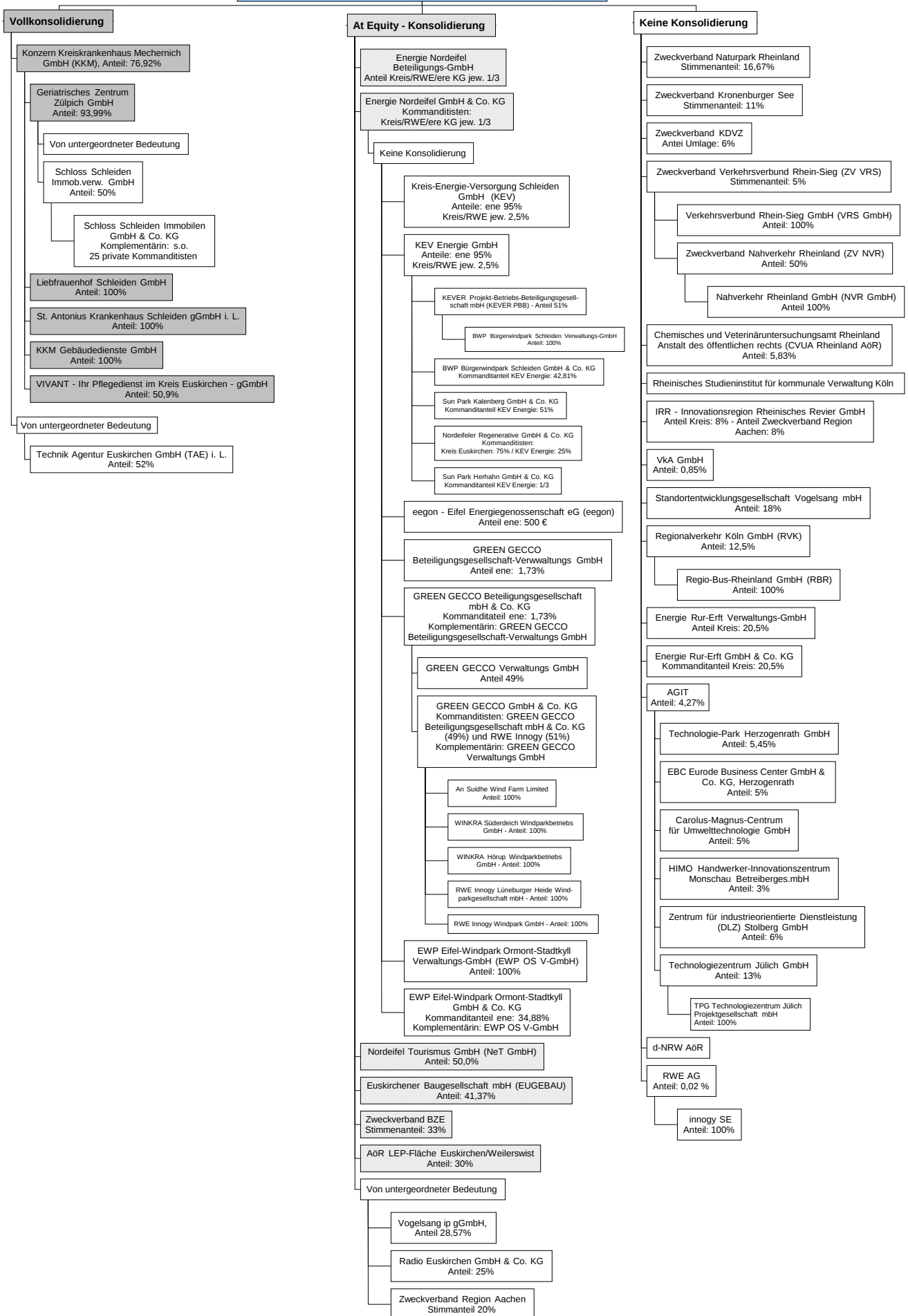
Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

- Seite 8: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2017
- Seite 9: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.12.2017



Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen Stand 31.12.2017



5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2017

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 05.04.2017

- Der Kreistag hat die Veräußerung der restlichen Kommandit- und Geschäftsanteile an der **Energie Rur-Erft GmbH Co. KG** und an deren Komplementärin, der **Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH**, gemeinsam mit der Innogy SE zu jeweils gleichen Teilen an die Städte Bad Münstereifel (4,0 %), Schleiden (3,8 %), Heimbach (1,0 %) und Mechernich (0,2 %) und die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall (jeweils 3,0 %) beschlossen (V 290/2017).
- Der Kreistag hat dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (A 131/2017) zugestimmt und folgende Umbesetzung in der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** beschlossen: bisheriges ordentliches Mitglied: Angela Kalnins – neues ordentliches Mitglied: Dorothee Kroll.
- Der Kreistag hat beschlossen, für die Dauer der restlichen Wahlperiode an Stelle der Herren Manfred Poth (AV) als ordentliches Mitglied und Achim Blindert (GBL V) als stellvertretendes Mitglied die Herren Achim Blindert (GBL V) als ordentliches Mitglied und Frank Fritze (AbtL. 60) als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Naturpark Rheinland** zu entsenden (V 308/2017).
- Der Kreistag hat die Veräußerung eines Gesellschafteranteils an der **Nordeifel Tourismus GmbH** in Höhe von 1.200 € (zum Nennwert) an die Gemeinde Dahlem beschlossen (D 29/2017).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 12.07.2017

- Der Kreistag hat den Beitritt des Kreises Euskirchen zur **d-NRW AöR** nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ und die Einbringung eines Stammkapitalanteils in Höhe von 1.000,00 € beschlossen (V 338/2017).
- Der Kreistag hat hinsichtlich der **Nordeifel Tourismus GmbH** beschlossen, dass die kommunalen Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2017 den Deckelungsbetrag in Höhe von 20.000 € und der Kreis Euskirchen die über den Deckelungsbetrag der Kommunen hinausgehenden Beträge im Rahmen seines Deckelungsbetrags in Höhe von 260.000 € übernimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2018 ff. erfolgt die Finanzierung des Gesamtzuschussbedarfs mit der Aufteilung und Übernahme zu 50 % durch den Kreis und zu 50 % durch die kommunalen Gesellschafter zu jeweils gleichen Anteilen (4,55 %). Als Voraussetzung für die zukünftige Finanzierung der **Nordeifel Tourismus GmbH** wurde der notwendigen Änderung des Gesellschaftervertrags zugestimmt. Darin wurden die Deckelungsbeträge der Kommunen auf 25.000 € und des Kreis Euskirchen auf 310.000 € festgesetzt. Der Klausel im Gesellschaftsvertrag, dass zukünftig durch vorgezogene Gesellschaftereinzahlungen die jährliche Obergrenze, insoweit dies zur Minderung einer Kapitalertragsteuer notwendig ist, überschritten werden kann, wurde ebenfalls zugestimmt. Die vorgezogene Gesellschaftereinzahlung darf 25.000 € pro Kommune und 310.000 € für den Kreis Euskirchen nicht überschreiten und wird auf die Obergrenze des folgenden Jahres angerechnet. Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der **Nordeifel Tourismus GmbH** wurden zu entsprechenden Beschlussfassungen in der Gesellschafterversammlung ermächtigt (V 334/2017).
- Der Kreistag hat die Verschmelzungen der **KKM Servicegesellschaft mbH** und der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** mit der **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** zur Kenntnis genommen (Info 235/2017).
- Der Kreistag hat den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **Regionalverkehr Köln GmbH** in der Fassung vom 03.05.2017 zugestimmt. Weiteren Änderungen, sofern diese die wesentlichen vorgelegten Regelungen des Gesellschaftsvertrages nicht verändern wurde ebenfalls zugestimmt. Darüber hinaus erfolgte die Zustimmung zur Abtretung von jeweils 2,5 % Anteil an der **Regionalverkehr Köln GmbH** durch die SSB GmbH an die Stadtwerke Hürth AöR, Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH, Stadtwerke Brühl GmbH und die Stadtwerke Wesseling GmbH (V 325/2017).
- Der Kreistag hat zur Kenntnis genommen, dass die Gesellschafterversammlung der **Regionalverkehr Köln GmbH** dem Abschluss des neuen Kooperationsvertrages VRS zugestimmt hat und ermächtigte die Verwaltung, den Kooperationsvertrag VRS als Verkehrsunternehmen Kreis Euskirchen zu unterzeichnen (V 339/2017).

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 18.10.2017

- Der Kreistag hat der Änderung des Gesellschaftsvertrages der **Vogelsang IP gGmbH** und damit der Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft auf insgesamt 100.000 € bei gleichzeitiger Reduzierung der Beteiligungsquote des Kreises an der Vogelsang IP gGmbH von 28,57 % auf 17,142 %, der Aufstockung des Stammkapitalanteils des Kreises Euskirchen von derzeit 7.800 € um 9.342 € auf 17.142 € sowie einer quotalen Einlage in die Kapitalrücklage von

68.571 €, die in Summe zu einer investiven Auszahlung in Höhe von insgesamt 77.913 € zum 01.01.2018 führte, sowie der Anhebung des maximalen Betriebskostenzuschusses an die Vögelang IP gGmbH von derzeit maximal 850.000 € jährlich auf maximal 1.400.000 € jährlich zugestimmt. Der maximale Betriebskostenzuschuss des Kreises Euskirchen wurde damit auf 240.000 € festgesetzt. Der Kreistag hat folgende Vertreter und Stellvertreter für die Gesellschafterversammlung benannt: für die Verwaltung: Allgemeiner Vertreter Manfred Poth als ordentliches Mitglied und Landrat Günter Rosenke als stellvertretendes Mitglied, für die CDU-Fraktion: Herr Josef Reidt als ordentliches Mitglied und Herr Johannes Mertens als Stellvertreter sowie für die SPD-Fraktion: Herr Markus Ramers als ordentliches Mitglied und Herr Wolfgang Heller als Stellvertreter. Als Stimmführer werden Herr AV Manfred Poth und als Stellvertreter Herr Josef Reidt benannt (V 358/2017).

- Der Kreistag hat die Bereitstellung eines Projektkostenanteils zur Umsetzung der Tourismuswerkstatt Eifel in Höhe von rd. 12.500 €, aufgeteilt auf die Haushaltsjahre 2018 bis 2021 an die **Nordeifel Tourismus GmbH** (2018: 3.100 €, 2019: 4.200 €, 2020: 4.200 €, 2021: 1.000 €) beschlossen (D 37/2017).

5.4 Beschlüsse des Kreistages vom 13.12.2017

- Der Kreistag hat die Verwaltung ermächtigt, der Gruppenbeteiligungsregelung zwischen dem Kreis Euskirchen und der Stadt Euskirchen zuzustimmen. Gleichzeitig hat der Kreistag das Mitglied der Verwaltung des Kreises Euskirchen in der **Zweckverbandsversammlung des VRS**, bzw. den entsprechenden Vertreter, verpflichtet, nach Abschluss der Vereinbarung die in der Gruppenbeteiligungsregelung verankerte Abstimmung vorzunehmen und ggf. sein Stimm- und Initiativrecht im Interesse und nach den Vorgaben der Stadt Euskirchen auszuüben (331/2017).
- Der Kreistag hat dem Antrag der FDP-Kreistagsfraktion (A 146/2017) zugestimmt und folgende Umbesetzung in der Gesellschafterversammlung der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** beschlossen: bisheriges ordentliches Mitglied: Markus Herbrand – neues ordentliches Mitglied: Hans Reiff und bisheriges stellvertretendes Mitglied: Hans Reiff – neues stellvertretendes Mitglied: Christian Grau (A 146/2017).

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts

1. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages am 20.12.2017 stellen sich die Ziele der Beteiligung wie folgt dar:

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die rechtlich vorgeschriebenen vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt. Die Fortschreibung des Eigenkapitals richtet sich jeweils nach dem Anteil an der jährlichen Gesellschafterumlage. Zum 31.12.2017 stellt sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	30.323,19 €	4,91 %
Rhein-Erft-Kreis	87.511,11 €	14,17 %
Landschaftsverband Rheinland	51.197,40 €	8,29 %
Oberbergischer Kreis	42.674,79 €	6,91 %
Rheinisch Bergischer Kreis	46.503,79 €	7,53 %
Rhein-Sieg-Kreis	96.342,51 €	15,60 %
Stadt Bonn	67.686,79 €	10,96 %
Stadt Köln	195.340,62 €	31,63 %
Gesamtsumme	617.580,20 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Gesellschafterbeiträge erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	010 11133	62.415 €	53.669 €	55.525 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Institutsausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Johannes Adams	GBL I	Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Hans Peter Wasems	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

Die in den Institutsausschuss entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit in 2017 keine Vergütung.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat mit Wirkung zum 01.07.2018 beschlossen, an Stelle der Herren Johannes Adams (GBL I) als ordentliches Mitglied und Ingo Hessenius (Kreiskämmerer) als stellvertretendes Mitglied die Herren Ingo Hessenius (Kreiskämmerer und jetzt GBL I) als ordentliches Mitglied und Rolf Kastenholz (AbtL. 10) als stellvertretendes Mitglied in den Institutsausschuss zu entsenden (V 402/2018).

c) Institutsvorsteher

Kreisdirektorin des Rhein-Sieg-Kreises, Frau Annerose Henze, vertreten durch Herrn Reiner Limbach, Erster Landesrat des Landschaftsverbandes Rheinland, vertreten durch Patricia Florack

**F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen Abstimmung Bilanz/GuV
Jahresergebnis**

Rheinisches Studieninstitut für kommunal Verwaltung in Köln GbR - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	62.882	59.261	60.069	3.621
	62.882	59.261	60.069	3.621
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	575.986	388.805	329.389	187.181
Liquide Mittel	1.627.481	1.361.023	1.183.765	266.458
	2.203.468	1.749.829	1.513.155	453.639
Summe Aktiva	2.266.350	1.809.090	1.573.224	457.260
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Anfangskapital	617.580	625.796	575.570	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-8.216	50.226	8.216
	617.580	617.580	625.796	0
B Rückstellungen	1.460.586	1.143.336	888.651	317.250
C Verbindlichkeiten	143.544	28.873	58.777	114.671
D Rechnungsabgrenzungsposten	44.640	19.300		25.340
Summe Passiva	2.266.350	1.809.090	1.573.224	457.260

Rheinisches Studieninstitut für kommunal Verwaltung in Köln GbR - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.275.303	3.242.017	2.668.405	-966.714
2	Sonstige betriebliche Erträge	20.070	49.058	14.088	-28.988
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.951.984	1.984.132	1.378.495	-32.148
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	84.217	99.093	29.264	-14.876
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.867.767	1.885.039	1.349.231	-17.272
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	514.030	415.705	427.358	98.325
a)	Löhne und Gehälter	396.362	321.160	330.299	75.202
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	117.667	94.544	97.058	23.123
5	Abschreibungen	30.046	22.891	26.950	7.154
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	936.631	876.563	799.826	60.068
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	362	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Ergebnis nach Steuern	-1.137.318	-8.216	50.226	-1.129.102
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.137.318	-8.216	50.226	-1.129.102

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	11	10	10	-

H) Kennzahlen

./.

2. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

Internet: <https://www.group.rwe/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vor genannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind.

Der RWE-Konzern war seit 2014 in 7 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche“ bezeichnet werden, untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgte durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- Konventionelle Stromerzeugung (RWE Generation)
- Vertrieb / Verteilnetze Deutschland (RWE Deutschland)
- Vertrieb Niederlande / Belgien (Essent)
- Vertrieb Großbritannien (RWE npower)
- Zentralost- / Südosteuropa (RWE East)
- Erneuerbare Energien (RWE Innogy)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)

Ende 2015 wurde beschlossen, die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft zusammenzuführen und an die Börse zu bringen. Das Vorhaben wurde 2016 umgesetzt. Am 01.04.2016 nahm die neue Gesellschaft – zunächst als „RWE International SE“ und ab September als „innogy SE“ – ihre Geschäftstätigkeit auf. Anfang Oktober folgte der Börsengang des Unternehmens: Dabei wurden 73,4 Millionen innogy-Aktien aus dem Bestand der RWE AG und weitere 55,6 Millionen im Zuge einer Kapitalerhöhung der innogy SE breit gestreut bei neuen Investoren platziert. Der Anteil der RWE AG an innogy hat sich dadurch auf 76,8 % verringert. Die bei der RWE AG verbliebenen Bereiche Konventionelle Stromerzeugung und Trading/Gas Midstream profitieren durch finanzielle Flexibilität ebenfalls von der Reorganisation. Die Erlöse von 2,6 Mrd. € aus dem Verkauf von innogy-Aktien aus dem Eigenbestand wird die RWE AG für die Dotierung des neuen Kernenergiefonds verwenden.

Durch die Reorganisation ist RWE ein Energieversorger mit vier Standbeinen geworden:

- Braunkohle & Kernenergie (ehemals: Konventionelle Stromerzeugung)
- Europäische Stromerzeugung (ehemals: Konventionelle Stromerzeugung)
- Energiehandel (ehemals: Trading / Gas Midstream)
- innogy-Beteiligung

Die drei erstgenannten Tätigkeitsfelder bilden das operative Kerngeschäft. Dagegen hat innogy den Status einer Finanzbeteiligung. Eine Grundlagenvereinbarung garantierte der neuen Konzerngesellschaft, dass sie unternehmerisch eigenständig agieren kann und die RWE AG ihren Einfluss als Mehrheitseigentümerin ausschließlich über die gesetzlichen Organe Aufsichtsrat und Hauptversammlung ausübt. Auch über ihre Strategie bestimmt innogy selbst.

nachrichtlich:

E.ON und RWE haben im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz am 12.03.2018 mitgeteilt, dass vereinbart wurde, im Rahmen eines weitreichenden Tauschs von Vermögenswerten und Geschäftsbereichen den gesamten durch RWE gehaltenen innogy-Anteil von 76,8 Prozent an E.ON zu übertragen.

Aus dieser Transaktion sollen zwei gestärkte europäische Energieunternehmen mit Sitz in Essen erwachsen. Mit der neuen E.ON soll ein führendes Unternehmen mit einem klaren Fokus auf intelligente Stromnetze und Kundenlösungen entstehen, ideal positioniert, um als Innovationstreiber die Energiewende in Europa voranzubringen. RWE soll zu einem breit aufgestellten Stromerzeuger werden, der sein konventionelles Erzeugungsgeschäft optimal mit einem großen Portfolio aus erneuerbaren Energien ergänzt und über seine bestehende Handelsplattform vernetzt. Diese Aufstellung ermöglicht es RWE, nachhaltig profitables Wachstum zu generieren.

Die Transaktion bündelt die Stärken der beiden früher vertikal integrierten deutschen Versorgungsunternehmen und ermöglicht die Fokussierung auf Netze und Kundenlösungen einerseits, sowie auf ein

voll diversifiziertes Erzeugungsgeschäft andererseits. Die gesamte Transaktion soll bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

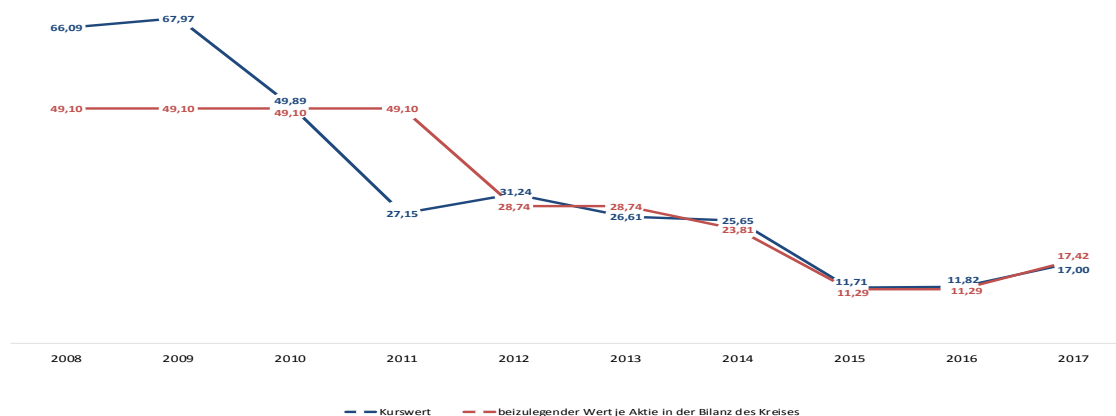
Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	1.031.862 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.651.150	6.757.968.138 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.745.000	6.759.000.000 €	100,00 %

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wurden Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €.

Zum 31.12.2012 erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 GemHVO auf einen Kurswert von 28,74 € je Aktie, da eine voraussichtlich dauernde Wertminderung angenommen wurde. Mit dieser Abwertung wurden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.697.249 € angesetzt. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 erfolgte eine weitere außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 Satz 2 GemHVO auf einen Kurswert von 23,81 € je Aktie, so dass in der Bilanz des Kreises der beizulegende Wert in Höhe von 2.234.850 € angesetzt wurde. Zum 31.12.2015 wurde aufgrund einer weiteren, als dauerhaft eingestuften Wertminderung eine weitere außerplanmäßige Abschreibung auf den Kurswert von 11,285 € je Aktie vorgenommen. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 stellte sich heraus, dass die Gründe für die Wertminderung nicht mehr in vollem Umfang bestehen, so dass eine Zuschreibung auf den zum Abschlussstichtag beizulegenden Wert von 17,424 € je Aktie erfolgte. Der beizulegende Wert spiegelt sich in der Bilanz des Kreises mit 1.635.242,40 € wider.

ENTWICKLUNG DER RWE-AKTIEN



D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2017	2016	2015
Kreis	010 11114	0 €	0 €	78.998 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Hauptversammlung
- b) Aufsichtsrat
- c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

Dirk Jahr, CDU

Der in die Hauptversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im **Beirat des RWE Konzerns** und im **Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG**: Landrat Günter Rosenke

Die Vergütungsstruktur des RWE Beirats stellt sich wie folgt dar:

Grundvergütung: 3.000 €/Jahr

Sitzungsgeld: 1.000 €/Sitzung

Auslagenersatzpauschale: 100 €/Sitzung

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

RWE AG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	24.901	32.115	36.482	-7.214
	24.901	32.115	36.482	-7.214
B Umlaufvermögen				
Vorräte	1.212	2.003	210	-791
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.311	8.626	4.782	-3.315
Liquide Mittel	2.739	2.884	1.612	-145
	9.262	13.513	6.604	-4.251
C Rechnungsabgrenzungsposten	5	345	326	-340
D Aktive latente Steuern	0	0	451	0
Summe Aktiva	34.168	45.973	43.863	-11.805
Passiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	1.574	1.574	1.574	0
Kapitalrücklage	2.385	2.385	2.385	0
Gewinnrücklagen	1.223	733	1.739	490
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	922	5	5	917
	6.104	4.697	5.703	1.407
B Rückstellungen	2.368	2.419	3.002	-51
C Verbindlichkeiten	25.696	38.808	35.150	-13.112
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	49	8	-49
Summe Passiva	34.168	45.973	43.863	-11.805

RWE AG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	Ergebnis aus Finanzanlagen	2.268	-1.240	-74	3.508
2	Zinsergebnis	-339	-368	-1.038	29
3	Sonstige betriebliche Erträge	236	1.614	237	-1.378
4	Personalaufwand	35	47	67	-12
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	546	391	602	155
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	172	569	1.706	-397
7	Ergebnis nach Steuern	1.412	-1.001	-3.250	2.413
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.412	-1.001	-3.250	2.413
9	Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	-490	1.006	3.255	-1.496
10	Bilanzgewinn	922	5	5	917

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	59.547	58.652	59.762	umgerechnet in Vollzeitstellen

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Stromerzeugung	202,2	216,1	213,0	Mrd. kWh
Zahl der in Umlauf befindlichen Aktien	614.745	614.745	614.745	in Tsd. Stück
Ergebnis	3,09 €	- 9,29 €	- 0,28 €	je Aktie
bereinigtes Nettoergebnis	2,00 €	1,26 €	1,83 €	je Aktie
Dividende	1,50 €	0,00 €	0,00 €	je Stammaktie

3. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Vka)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NRW.

Die Beteiligung an der Gesellschaft steht im engen Zusammenhang mit der Eigenschaft des Kreises Euskirchen als Aktionär der RWE AG.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
25 Städte/Gemeinden		
28 Kreise		
3 kommunale Verbände		
27 weitere Gesellschafter	126.739,03 €	99,15 %
Summe	127.822,97 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	010 11114	1.626 €	1.626 €	1.626 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Verwaltungsrat
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Landrat Günter Rosenke

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen
Landrat a.D. Peter Ottmann, Nettetal

Die Bezüge der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2016/17 betrugen insgesamt 105.135,74 €. Von dem Gesamtbetrag der Bezüge entfielen 52.128,13 € auf Herrn Gerlach und 53.007,61 € auf Herrn Ottmann.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Bilanz -				
Werte zum	30.06.2017	30.06.2016	30.06.2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	0	417	1.048	-417
Finanzanlagen	162.602	162.602	162.602	0
	162.602	163.019	163.650	-417
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.646	8.323	14.706	323
Liquide Mittel	148.177	200.693	250.597	-52.515
	156.823	209.015	265.303	-52.192
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.380	2.380		0
Summe Aktiva	321.805	374.414	428.953	-52.609
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	127.823	127.823	127.823	0
Eigene Anteile	-14.183	-12.297	-12.297	-1.887
Kapitalrücklage	1.701.416	1.528.094	1.354.772	173.322
Gewinnrücklagen	400.000	412.297	412.297	-12.297
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.917.363	-1.707.308	-1.493.286	-210.055
	297.692	348.609	389.308	-50.916
B Rückstellungen	14.000	21.500	35.434	-7.500
C Verbindlichkeiten	10.113	4.305	4.210	5.808
Summe Passiva	321.805	374.414	428.953	-52.609

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		01.07.2016 bis 30.06.2017	01.07.2015 bis 30.06.2016	01.07.2014 bis 30.06.2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	0	12.734	120.469	-12.734
2	Personalaufwand, <u>davon:</u>	175.562	157.416	199.772	18.146
a)	Löhne und Gehälter	164.615	148.239	188.127	16.376
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.947	9.177	11.645	1.770
3	Abschreibungen	417	631	944	-215
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	63.132	84.888	79.907	-21.755
5	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16.720	16.060	15.070	660
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39	119	425	-80
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-222.352	-214.022	-144.659	-8.330
8	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-1.707.308	-1.493.286	-1.338.887	-214.022
9	Einstellung in Gewinnrücklagen	12.297	0	-9.740	12.297
10	Bilanzverlust	-1.917.363	-1.707.308	-1.493.286	-210.055

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016/2017

„1. Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Aufgabe der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energie-wirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen - auch gegenüber dem RWE-Konzern - sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Versorgung von Energie.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Ver-sorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energie-träger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, dem RWE, anderen Verbänden und gegen-über der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden können. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führt die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital mindern. Die Fehlbeträge werden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft einge-

stellt werden, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen. Ohne die Ergreifung weiterer Maßnahmen führt dies in der Folge zu einer sukzessiven Verminderung des Eigenkapitals und zu einer Belastung der Liquidität der Gesellschaft. Um etwaige negative Konsequenzen zu vermeiden, bedarf es deshalb einer Erhöhung der durch die Gesellschafter zu leistenden Nachschüsse. Die Verwertung des vorhandenen Vermögens würde nur eine einmalige, kurzfristige Entlastung der Liquiditätsproblematik bringen.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahrestichtag betreffen die Reduzierung der Guthaben bei Kreditinstituten um 53 T€ auf der Aktivseite und die gleichzeitige Verminderung des Eigenkapitals um 51 T€ auf der Passivseite. Diese Veränderungen sind im Wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen, dass der Jahresfehlbetrag von 222 T€ nicht durch die Nachschüsse der Gesellschafter von 173 T€ ausgeglichen werden konnte.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen Aktien einer Versicherungsgesellschaft. Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens beläuft sich unverändert auf 162.602,00 €.

Der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten verminderte sich im Vergleich zum Vorjahrestichtag von 200.692,76 € um 52.515,28 € auf 148.177,48 €.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2017 auf 297.692,21 € (30. Juni 2016: 348.608,62 €). Es wurde durch eine Zuzahlung der Gesellschafter in Höhe von 173.322,00 € (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 92,5% (30. Juni 2016: 93,1 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2016/2017 ein Jahresfehlbetrag von 222.351,75 €, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2016/17 weitere eigene Anteile in Höhe von € 1.886,66 von einem bisherigen Gesellschafter zurückerworben. Der Rückerwerb erfolgte zum Nominalwert der Anteile.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr - bereinigt um einen einmaligen Ertrag im Vorjahresergebnis - leicht verschlechtert. Der Jahresfehlbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 214.021,77 € um 8.329,98 € auf 222.351,75 €.

Wesentlich für den Personalkostenanstieg um 18.145,64 € auf 175.561,72 € ist der Umstand, dass die beiden Prokuristen der Gesellschaft während des Geschäftsjahres 2016/17 ihren arbeitsrechtlichen Status von einer bisher geringfügigen Beschäftigung in ein bereits mit ihrem Vorgänger vertraglich geregeltes reguläres Entgelt oberhalb der Geringverdiener-Grenzen haben umwandeln lassen. Damit wird bei den Gehältern in etwa wieder das Niveau der Geschäftsjahre bis einschließlich 2013/2014 erreicht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vor allem aufgrund einer Verminderung der allgemeinen Geschäftskosten deutlich um € 21.755,07 auf 63.132,47 € verringert.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen 16.720,00 € (2015/16: 16.060,00 €) und resultieren aus der Dividendenzahlung einer Versicherungsgesellschaft, von der unverändert 2.200 Aktien gehalten werden.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016/17 jederzeit sichergestellt.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft auch in Zukunft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die Finanzierung der Gesellschaft auch zukünftig durch die Gesellschafter erfolgt.

Die Gesellschafter befinden sich gegenwärtig in einer schwierigen und komplexen Situation, in der es gilt, sich zur Energiewende und der Geschäftspolitik des RWE-Konzerns sowohl kurzfristig als auch in langfristiger Hinsicht zu positionieren. Dabei sind sowohl gesetzliche Anforderungen als auch kurz- und langfristige finanzwirtschaftliche Aspekte in die Überlegungen einzubeziehen. So müssen die kommunalen Anteilseigner des RWE-Konzerns jenseits ökonomischer Aspekte berücksichtigen, dass sie ihren gesetzlichen Auftrag zur Energieversorgung innerhalb ihrer Kommunen auch weiterhin sicherstellen

können. Gleichzeitig belasten nahezu sämtliche beteiligten Kommunen Sparzwänge, die die ökonomischen Handlungsspielräume stark einschränken. Hier spielt die Dividende des RWE-Konzerns, die eine wichtige Einnahmequelle der Kommunen darstellt, eine wesentliche Rolle. Angesichts der nicht erfolgten Ausschüttung einer Dividende für die Jahre 2015 und 2016 und der weiterhin auf niedrigem Niveau stagnierenden Aktienkurse überprüfen einige Kommunen ihr Engagement bei RWE. Der Vka hat in mehreren Papieren dazu Position bezogen. Im Geschäftsjahr 2016/2017 wurde dem Vka von sechs Mitgliedern der beabsichtigte Verkauf von RWE-Aktien angezeigt. Da die Verkaufsfreigabe für jeweils ein Jahr erfolgt, kann derzeit nicht beurteilt werden, ob es in allen Fällen tatsächlich zum Verkauf der Aktien gekommen ist. Von drei Gesellschaftern ist der Aktienverkauf jedoch bekannt.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des Vka unverändert die gemeinsame und gebündelte Interessenvertretung ist, hat im Geschäftsjahr 2016/2017 ein Gesellschafter seine Anteile an die Gesellschaft verkauft. Zwei weitere Gesellschafter (kommunalnahe Kreditinstitute) haben ebenfalls die Übertragung ihrer Geschäftsanteile auf den Vka beantragt. Diese Übertragungen stehen jedoch unter dem Vorbehalt der Veräußerung ihrer RWE Aktien, die derzeit noch in der RW Holding AG gebündelt sind. Die Hauptversammlung der RW Holding AG hat am 22. Februar 2017 die Auflösung der Gesellschaft mit sofortiger Wirkung beschlossen und den Vorstand mit der Abwicklung der Gesellschaft beauftragt. Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung stuft die Geschäftsführung es als potentiell Risiko ein, dass Gesellschafter, die sich zur (teilweisen) Veräußerung ihrer RWE-Aktien entschließen oder weiterhin im Besitz von RWE-Aktien sind, beabsichtigen, ihre Anteile am Vka zurückzugeben.

Durch das Ausscheiden weiterer Gesellschafter würden sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Gesellschaft verschlechtern. Das Bestreben zur Erlangung von größerer Flexibilität bei den Überlegungen zur Veräußerung von Aktienpaketen findet auch seinen Ausdruck in einem Antrag eines Mitgliedes auf Aufhebung der Befristung der Veräußerungsfreigabe. Bisher besteht die Vereinbarung, dass nach einer entsprechend den Regularien der Bindungsverträge durchgeführten Freigabe die Veräußerung des angezeigten Aktienpaketes für ein Jahr möglich ist; danach sind die Aktien wieder der Bindung unterworfen. Über den Antrag, die Befristung aufzuheben, wurde in der Gesellschafterversammlung im April 2017 nicht abschließend entschieden. Derzeit bereitet die Geschäftsführung den gesamten Fragenkomplex innerhalb des Spannungsbogens zwischen Flexibilität einerseits und dem Grundgedanken der Bindungsverträge andererseits für eine Beschlussfassung in der nächsten Sitzung der Gesellschafterversammlung auf.

Chancen werden darin gesehen, dass - erst recht nach der Auflösung der RW Holding AG - die Geschäftsführung des Vka die Interessen der kommunalen RWE-Aktionäre auch zukünftig bestmöglich vertritt und unterstützt. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit weiter stärken. Über regelmäßige Meetings sowie über die eigene Homepage werden die Gesellschafter regelmäßig über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns informiert.

Weitere positive Aspekte und damit Chancen werden in der Gründung der Tochtergesellschaft innogy und deren erfolgreichem Börsengang gesehen. Es wird davon ausgegangen, dass die positive Entwicklung der innogy sich auch verbessernd auf den Mutterkonzern auswirken wird („Strahl- und Hebelwirkung“). Gerade jetzt ist eine wirksame Vertretung der kommunalen Interessen, die nicht unmittelbar an der neuen Gesellschaft beteiligt sind, dringend erforderlich, was bei weiteren Austritten zunehmend erschwert würde.

Auch die Ankündigung der RWE AG auf der letzten Hauptversammlung, zukünftig wieder Dividenden ausschütten zu können, sowie die Ankündigung einer einmaligen Sonderdividende wegen der Rückzahlungen aus der Brennelementsteuer machen die positive Entwicklung deutlich.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen.

5. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter bzw. durch Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen ausgeglichen werden.

Auch für das Geschäftsjahr 2017/18 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresfehlbetrag, der leicht über dem Niveau des Geschäftsjahres 2016/17 liegen wird. Wesentliche Erträge sind nicht zu erwarten. Die Kosten des Geschäftsapparats werden sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2016/17 wieder im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung bewegen.

Essen, den 28. September 2017

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Geschäftsführer
gez. Peter Ottmann (Landrat a.D.) gez. Ernst Gerlach (Staatssekretär a.D.)“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	3	3	3	-

H) Kennzahlen

./.

4. Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.eugebau.de/>

Die bisherige Firmierung der Gesellschaft (Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH) wurde gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12.11.2015 am 28.01.2016 im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn geändert und lautet nun „Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)“.

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wohnraumförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850 €	41,37 %
Kreisstadt Euskirchen	1.507.420 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070 €	0,08 %
Stadt Zülpich	6.210 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530 €	0,10 %
Eigene Anteile	3.450 €	0,13 %
2 private Gesellschafter	1.610 €	0,06 %
Summe	2.610.500 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10% des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4% der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2017	2016	2015
Kreis	010 11114	109.076 €	109.076 €	109.076 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Michael Höllmann

SPD

Stellvertreter:

Hans-Erhard Schneider

CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- | | |
|----------------------|------------|
| 1. Hans-Josef Engels | CDU |
| 2. Bernd Kolvenbach | CDU |
| 3. Norbert Häger | SPD |
| 4. Ellen Mende | B 90/Grüne |

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen in 2017 17.732,54 €.

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen in 2017 122.156,86 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	40.350	46.134	40.942	-5.784
Sachanlagen	63.194.701	56.279.333	53.032.203	6.915.368
Finanzanlagen	14.766	14.750	170	15
	63.249.817	56.340.217	53.073.315	6.909.599
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.556.839	2.651.132	2.724.385	-94.292
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	411.501	109.923	211.722	301.578
Liquide Mittel	2.330.974	2.827.378	2.061.950	-496.405
	5.299.314	5.588.433	4.998.057	-289.119
C Rechnungsabgrenzungsposten	34.980	27.073	9.061	7.907
Summe Aktiva	68.584.110	61.955.723	58.080.432	6.628.388
Passiva		€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	2.610.500	2.610.500	2.610.500	0
Eigene Anteile	-3.450	-3.450	-3.450	0
Gewinnrücklagen	12.485.656	11.804.843	11.449.091	680.813
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	568.983	993.659	668.598	-424.676
	15.661.689	15.405.552	14.724.739	256.137
B Rückstellungen	342.450	321.019	244.806	21.431
C Verbindlichkeiten	51.874.233	46.003.673	43.110.887	5.870.560
D Rechnungsabgrenzungsposten	705.738	225.478		480.260
Summe Passiva	68.584.110	61.955.723	58.080.432	6.628.388

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.021.433	9.012.166	8.236.916	9.267
2	Bestandsveränderungen	-94.079	-63.263	357.754	-30.817
3	Sonstige betriebliche Erträge	207.680	443.585	348.507	-235.905
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	4.296.972	3.853.370	4.166.671	443.602
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.296.972	3.853.370	4.166.671	443.602
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.433.237	1.308.239	1.196.102	124.998
a)	Löhne und Gehälter	1.126.645	1.020.797	930.012	105.848
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	306.592	287.442	266.090	19.151
6	Abschreibungen	1.408.054	1.359.397	1.281.667	48.658
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	407.483	482.855	436.412	-75.372
8	Erträge aus Ausleihungen Finanzanlagevermögen	10	10	10	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	144.079	6.933	4.701	137.146
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	831.523	879.952	861.386	-48.430
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	82.026	287.578	110.210	-205.552
12	Ergebnis nach Steuern	819.829	1.228.042	895.442	-408.213
13	Sonstige Steuern	250.846	234.383	226.844	16.463
14	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	568.983	993.659	668.598	-424.676

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„Rahmenbedingungen Allgemeine Angaben

Die Euskirchener Baugesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Die Gesellschaft firmierte bis zum 27. Januar 2016 unter dem Namen Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 28. Januar 2016 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und des Aufsichtsrates geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Die Weltwirtschaft befindet sich mittlerweile in einem Aufschwung. Besonders kräftig legte die Produktion im Frühsommer zu, die Expansionsraten sind aber schon seit gut einem Jahr recht hoch, und Stimmungsindikatoren deuten auch für die zweite Jahreshälfte auf eine schwungvolle Weltkonjunktur hin. Die Konjunktur im Euroraum hat erkennbar an Fahrt gewonnen, das Bruttoinlandsprodukt expandierte in den vergangenen zwölf Monaten mit Raten deutlich über dem Potenzialwachstum. Impulse kamen dabei sowohl vom Auslandsgeschäft als auch von der Binnenwirtschaft. Der Aufschwung ist breit aufgestellt, die Wirtschaft expandiert in nahezu allen Ländern dynamisch. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat an Stärke und Breite gewonnen. Neben den Konsumausgaben tragen nun auch das Auslandsgeschäft und die Investitionen zur Expansion bei. Die sehr hohe konjunkturelle Dynamik in der ersten Hälfte des laufenden Jahres wird sich zwar etwas abschwächen. Gleichwohl nimmt die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr stärker zu als die Produktionskapazitäten wachsen. Im

Ergebnis steigt die gesamtwirtschaftliche Auslastung, und die Wirtschaftsleistung liegt über dem Produktionspotenzial. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2017 um 1,9 % und im nächsten Jahr um 2 % zulegen (kalenderbereinigt 2,2 bzw. 2,1 %). (Quelle zu „Gesamtwirtschaftliche Grundlagen“: VdW Rheinland Westfalen Informationen zur gesamtwirtschaftlichen Lage und zur Branchenentwicklung, Stand 17. Januar 2018; Statistisches Bundesamt; 2016, 2017 und 2018: Prognose der Institute. In: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig - Anspannungen nehmen zu - Herbst 2017)

Branchenspezifische Entwicklung

Im Kreis Euskirchen wurden in 2017 rund 574 Wohnungen erstellt (Vorjahr: 663), das sind 13,4 % weniger als in 2016. Im Jahr 2017 wurden für 618 Wohnungen Baugenehmigungen beantragt (Vorjahr: 1.046). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Abnahme von 40,9 %. (Quelle Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen IT.NRW). Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern. Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise sind für den Kreis Euskirchen immer noch nicht absehbar. (Siehe hierzu Statistische Berichte des Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen NRW 2014 bis 2040“).

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein „Vermietermarkt“. Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungs- und andere Neubauten

Der in 2016 begonnene Bau eines Mehrfamilienhauses mit 20 öffentlich geförderten und 2 freifinanzierten Wohneinheiten in der „Erftbleiche 5-7“ in Euskirchen wurde in 2017 fertiggestellt. Dabei wurde eine Wohneinheit als Gemeinschaftsraum ausgebaut. Die Vermietung erfolgte zum 01.10.2017. Der ebenso in 2016 begonnene Bau eines Mehrfamilienhauses in der „Erftbleiche 6-8“ in Euskirchen wurde Anfang 2018 fertiggestellt. Hier erfolgte die Vermietung zum 01.04. bzw. zum 01.05.2018. Im Jahr 2017 wurde mit dem Bau eines Parkhauses mit 32 Einstellplätzen sowie eines davorliegenden Parkplatzes mit 12 Plätzen in der Veybachstraße/Ecke Hochstraße begonnen und auch fertiggestellt. Zudem wurde im Jahr 2017 mit dem Bau von einem Gebäude mit 20 öffentlich geförderten und 2 freifinanzierten Wohnungen in der „Erftbleiche 2-4“ in Euskirchen begonnen. Mit der Fertigstellung dieser Bauprojekte wird Mitte 2018 gerechnet. In der Bauvorbereitung befinden sich Mehrfamilienhäuser in der Elbinger Straße und in der Erftbleiche 17a jeweils in Euskirchen mit insgesamt 40 öffentlich geförderten Wohnungen. Der Baubeginn soll Ende 2018 erfolgen. Mit der Fertigstellung ist Anfang 2020 zu rechnen.

Instandhaltung /Instandsetzung

Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2017 betrugen TEUR 1.935 (Vorjahr TEUR 1.451). Aktivierte Aufwendungen für die Modernisierungen beliefen sich auf TEUR 442 (Vorjahr TEUR 67). Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Modernisierung

Das Quartier Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit elf Häusern wird z.Z. modernisiert. Die in 2016 begonnene Modernisierung des Hauses Hubert-Salentin-Straße 34 in Euskirchen wurde Anfang 2018 abgeschlossen. Außerdem wurde in 2017 mit der Modernisierung des Hauses Appelsgarten 6 in Euskirchen begonnen.

Bauträgergeschäft

In 2017 wurden kein Bauträgergeschäft durchgeführt.

Entwicklung des Wohnungsbestandes

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2017 insgesamt 1.426 Wohnungen, 15 gewerbliche Einheiten, 397 Garagen und 604 Einstellplätze. Von den Wohnungen waren 872 freifinanziert, die übrigen unterlagen der öffentlich-rechtlichen Zweckbindung.

Die Zugänge im Immobilienvermögen in 2017 resultieren aus der Neubautätigkeit und dem Erwerb des ehemaligen Euskirchener Schlachthofes mit Nebengebäuden „Erftstraße 64-68“ und des Gebäudes „Wilhelmstraße 9“ mit einer gewerblichen Einheit und einer Mietwohnung in Euskirchen.

Fremdverwaltung

Ende 2017 verwaltete die Gesellschaft 343 Wohnungen, 2 gewerbliche Einheiten und 45 Garagen für Dritte.

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war die Gesellschaft in 2017 für die zwei Wohnungseigentümergeinschaften in Euskirchen Charleviller Platz 1 mit 24 Wohnungen sowie 17 Garagen und Thüringer Straße 11a mit 11 Wohnungen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über acht baureife Grundstücke mit 8.047 qm, drei Grundstücke mit 3.604 qm im Zustand der Erschließung, vier Ackerlandflächen mit 14.922 qm, zwei Gartenparzellen von 663 qm, sowie eine Freifläche von 247 qm.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2017 ein Jahresüberschuss von 569 TEUR (Vorjahr: 994 TEUR) ausgewiesen. In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2017 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
-Hausbewirtschaftung	2.178	2.651	- 473
- Bauträgertätigkeit	- 47	15	- 62
- Betreuungstätigkeit	140	248	-108
- Sonstigem	79	35	44
	2.350	2.949	- 599
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	1.887	1.824	- 63
Betriebsergebnis	463	1.125	- 662
Ergebnis der Finanzrechnung	144	7	137
Ergebnis der neutralen Rechnung	44	150	- 106
Steuer vom Einkommen und vom Ertrag	82	288	206
Jahresergebnis	569	994	- 425

Die Mietauffälle von TEUR 187 betragen 2,1 % (Vorjahr: 1,6 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,8 % (Vorjahr: 1,0 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2017. Der Rückgang des Deckungsbeitrages aus der Hausbewirtschaftung im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen. Weiterhin entwickelte sich der Deckungsbeitrag aus der Betreuungstätigkeit rückläufig aufgrund von niedrigeren Erlösen aus der Verwaltungstätigkeit. Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und der Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2018 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2017 um TEUR 6.628 auf TEUR 68.584 erhöht. Es wurde für die durchgeführten Modernisierungen in erheblichem Maß Eigenkapital und für die Neubautätigkeiten überwiegend Fremdkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 92,2 % (Vorjahr: 90,9 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) 22,4 % (Vorjahr: 24,4 %). Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs.1

Finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis mit TEUR 569 (Vorjahr: TEUR 994), die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) mit 22,4 % (Vorjahr: 24,4 %), die Gesamtkapitalrentabilität mit 2,16 % (Vorjahr: 3,49 %) und der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit TEUR 2.503 (Vorjahr: TEUR 3.529). Im Berichtsjahr konnten die im Vorjahr abgegebenen Prognosen der bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren größtenteils erfüllt werden. Die Prognose des Jahresergebnisses wurde leicht unterschritten. Einhergehend mit dem geringeren Jahresergebnis und der höheren Bilanzsumme ist die Gesamtkapitalrentabilität unter das Vorjahresniveau gesunken. Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen und entspricht der Prognose. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen im Anlagevermögen und den damit verbundenen Darlehensvaluierungen. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Diese Entwicklung ist auf die Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände zurückzuführen.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind 2017 die Fluktuationsquote mit 6,8 % (Vorjahr 8,7 %) und die Leerstandsquote mit 1,8 % (Vorjahr 1,0 %). Die Leerstandsquote liegt mit 1,8 % über dem Vorjahresniveau. Die Fluktuationsquote konnte auf 6,8 % reduziert werden und liegt somit unterhalb des Vorjahresniveaus.

Ergänzende Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31. Dezember 2017 nicht eingetreten.

Risikobericht und Risikomanagement / Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar. Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden. Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur.

Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen. Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes mit eigener Mietbautätigkeit, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Überschreitung der Plankosten durch Baukostensteigerungen bei Neubauten und Modernisierungen, die Unverkäuflichkeit fertiggestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft. Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium, Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert. Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierefrei zu erstellen. Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelmstraße und Frauenberger Straße. Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.

Prognosebericht

Nach dem aktuellen Wirtschaftsplan wird mit einem Jahresergebnis für 2018 von ca. TEUR 278 gerechnet. Es wird erwartet, dass andere Leistungsindikatoren wie Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Fluktuationsquote und Leerstandsquote dem Niveau des Jahres 2017 entsprechen. Durch das niedrige Jahresergebnis 2018 senkt sich die Gesamtkapitalrentabilität. Die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) aus 2017 in Höhe von 22,4 % (Vorjahr: 24,4 %) wird in 2018 voraussichtlich sinken. Grund hierfür sind die Investitionen in Neubauten und die Modernisierung des Gebäudebestandes. Diese Planung erfolgt aufgrund § 21 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages. § 21 Abs. 5 wurde in den Gesellschaftsvertrag im Zuge der Umsetzung des § 108 Abs. 3 GO NRW durch die Gesellschafter aufgenommen. Der Wirtschaftsplan wurde deshalb in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Euskirchen, den 04. September 2018

Die Geschäftsführung
(Knuth)“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	22	21	32	insgesamt
	4	5	20	davon Teilzeitkräfte und Auszubildende

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Wohnungseinheiten	1.426	1.407	1.395	Anzahl
Gewerbeeinheiten	15	13	9	Anzahl
Garagen/Einstellplätze	1.001	923	883	Anzahl
Wohn- und Nutzfläche	99.066	95.327	93.152	m ²
Fluktuationsquote	6,8	8,7	13,4	%
Leerstandsquote	1,8	1,0	1,0	%

5. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der kulturellen Betreuung der Einwohner – insbesondere auf den Gebieten der Bildung und der Kultur. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2017	2016	2015
Kreis	010 11114	4.036 €	18.367 €	21.447 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Dominik Schmitz CDU Stellvertreter: Emmanuel Kunz SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Euskirchen GmbH, die durch ihren Geschäftsführer Dietmar Henkel, Leichlingen, vertreten wird.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

- | | |
|---------------------|----------------|
| 1. Wolfgang Andres | Stabsstelle 12 |
| 2. Stefanie Seidler | SPD |

Die in die Veranstaltergemeinschaft entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.991	1.932	4.040	59
Sachanlagen	42.374	38.869	42.993	3.505
Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565	0
	69.930	66.366	72.598	3.564
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.315.451	1.220.478	1.304.246	94.973
Liquide Mittel	158	75	50	83
	1.315.609	1.220.553	1.304.296	95.056
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	250	750	-250
Summe Aktiva	1.385.539	1.287.169	1.377.643	98.370
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	511.292	511.292	511.292	0
Kapitalrücklage	488.708	488.708	611.487	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag			0	0
	1.000.000	1.000.000	1.122.779	0
B Rückstellungen	47.470	43.900	44.800	3.570
C Verbindlichkeiten	338.069	243.269	210.064	94.800
Summe Passiva	1.385.539	1.287.169	1.377.643	98.370

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V. - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.041	2.187	5.289	1.854
Liquide Mittel	11.342	8.656	7.571	2.687
	15.383	10.843	12.861	4.540
Summe Aktiva	15.383	10.843	12.861	4.540
Passiva	€	€	€	€
A Rückstellungen	6.728	2.900	3.691	3.828
B Verbindlichkeiten	8.655	7.943	9.170	712
Summe Passiva	15.383	10.843	12.861	4.540

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	958.311	872.371	856.127	85.941
2	Sonstige betriebliche Erträge	3.678	7.457	15.324	-3.779
3	Materialaufwand	1.589	855	387	734
4	Personalaufwand	16.462	4.064	3.051	12.399
5	Abschreibungen	17.084	14.599	13.775	2.485
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	788.244	810.213	737.802	-21.969
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.988	3.512	3.583	477
	davon an verbundene Unternehmen	3.685	2.656	2.536	1.030
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.554	4.722	15.923	14.832
10	Ergebnis nach Steuern	115.068	41.864	96.931	73.204
11	Sonstige Steuern	216	309	261	-93
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	114.852	41.555	96.669	73.297
13	Gutschrift auf Verlustsonderkonten der	0	0	22.272	
14	Gutschriften auf Gesellschafterkonten	114.852	41.555	74.397	73.297
15	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	364.979	350.302		14.676
2	Sonstige betriebliche Erträge	925	105	339.728	819
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	93.572	104.998	82.522	-11.426
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	93.572	104.998	82.522	-11.426
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	257.156	230.649	243.283	26.507
a)	Löhne und Gehälter	213.862	191.890	202.918	21.972
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	43.294	38.759	40.365	4.535
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.050	13.397	13.923	653
6	Ergebnis nach Steuern	1.125	1.363	0	-239
7	Sonstige Steuern	1.125	1.363		-239
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW. Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im Lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist. Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde. Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogramzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet. Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland verzeichnet im Jahr 2017 insgesamt ein Wachstum von + 1,4 %. Die Tageszeitungen weisen ein Umsatzplus von 1,1 % aus. TV-Werbeerlöse steigen zum Vorjahr um 1,4 %.

Die Internetwerbeumsätze steigen zum Vorjahr um 2,3 %. Die Gattung Radio erzielte 2017 bei den Bruttowerbeerlösen ein Umsatzwachstum von + 4,7 %. Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 115 ab. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 42 um TEUR 73 überschritten (+ 176,4 %). Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 86 (+ 9,9 %) auf TEUR 958 gestiegen. Hiervon entfallen TEUR 620 (TEUR + 35 bzw. + 6,1 % zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen sowie nationalen Werbeumsätze und TEUR 319 (TEUR + 52 bzw. + 19,4 % zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 788 um - 2,7 % (TEUR - 22) niedriger als im Vorjahr. Die Kosten der Veranstaltergemeinschaft stiegen um TEUR 15. Die Umlage der HSG Hörfunk Service GmbH sank deutlich um TEUR 57 auf TEUR 162 (- 25,9 %). Die Gesellschaft hatte für 2017 ein Ergebnis von TEUR 79 geplant. Das geplante Ergebnis wird um TEUR + 36 deutlich überschritten.

b. Liquidität und Finanzstruktur

Neben dem Kommanditkapital von TEUR 511 bestehen weitere Kapitalrücklagen von TEUR 489. Damit weist die Gesellschaft zum 31.12.2017 ein Eigenkapital von TEUR 1.000 aus. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2018 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 159. Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 670 enthalten und liegen im Vergleich zum Vorjahr damit deutlich höher. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit TEUR 295 im Plan enthalten. Die Einbuchungen der Werbeerlöse im Januar 2018 bleiben unter Plan.

IV. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW. Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrisiken führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme. Für die Geschäftsjahre 2018 und 2019 sieht die Geschäftsführung keine besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden.

Euskirchen, 23. März 2018

Geschäftsführung“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
	0	0	0	kein eigenes Personal

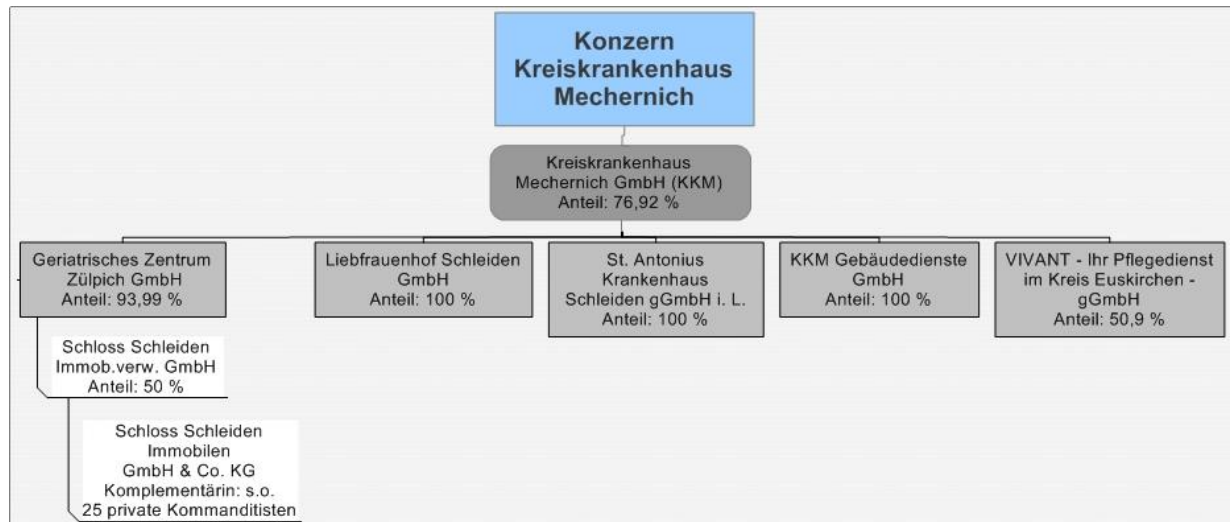
H) Kennzahlen

./.

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kkhm.de/>



6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Mit Erklärung vom 22.06.2018 hat die Geschäftsführung bestätigt, dass die Betätigung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich im Geschäftsjahr 2017 den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und somit der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

C) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500 €	23,08 %
Summe	665.000 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Lt. Gesellschaftsvertrag sind die Gesellschafter nicht verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)

b) Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)

c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Rita Gerdemann	CDU
3. Rudi Mießeler	CDU
4. Hans-Peter Wasems (Stimmführer)	CDU
5. Leo Wolter	CDU
6. Heinrich Hettmer	SPD
7. Hans Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD
8. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
9. Nathalie Konias	B 90/Grüne
10. Dr. Klaus-Peter Jeck	skB/fraktionslos

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder

		<u>Aufwandsentschädigung 2017</u>
1. Günter Rosenke	Landrat	1.200 €
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU	2.400 €
3. Günther Schulz	CDU	900 €
4. Ute Stolz	CDU	1.200 €
5. Karl Vermöhlen	SPD	900 €
6. Wolfgang Heller	SPD	1.200 €
7. Hans Reiff	FDP	1.200 €
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne	1.200 €

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung)

		<u>Aufwandsentschädigung 2017</u>
1. Manfred Poth	AV	0 €
2. Dirk Jahr	CDU	0 €
3. Ursula Beul	CDU	300 €
4. Dr. Sabine Dirhold	CDU	0 €
5. Heinrich Hettmer	SPD	300 €
6. Andreas Schulte	SPD	0 €
7. Frederik Schorn	FDP	0 €
8. Angela Kalnins	B 90/Grüne	0 €

c) Geschäftsführung

Mitglieder der Geschäftsführung

	<u>Bezüge 2017</u>
Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik	227,9 T€
Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen	219,2 T€

Aufgrund der Geschäftsordnung für die Zweiergeschäftsführung nimmt der Geschäftsführer „Finanzen“ die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Bilanz -				
				Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	189.715	268.754	327.085	-79.039
Sachanlagen	52.951.473	51.130.118	43.485.178	1.821.355
Finanzanlagen	5.655.805	5.680.805	6.099.081	-25.000
	58.796.993	57.079.677	49.911.344	1.717.316
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.193.542	2.344.932	1.840.925	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.336.192	15.831.544	12.421.549	4.504.648
Liquide Mittel	10.076.653	10.446.094	5.913.868	-369.441
	32.606.388	28.622.570	20.176.342	3.983.818
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	68.999	39.541	26.224	29.457
Summe Aktiva	94.962.453	89.231.863	73.603.984	5.730.591
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.304.594	4.304.594	4.304.594	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	18.830.699	17.746.154	16.254.251	1.084.545
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.124.794	1.084.545	1.491.903	40.249
	28.707.783	27.582.989	26.498.444	1.124.794
B Sonderposten	18.714.969	19.272.451	15.995.724	-557.482
C Rückstellungen	15.732.390	13.614.590	9.116.506	2.117.799
D Verbindlichkeiten	30.816.224	28.060.125	21.989.321	2.756.099
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	639.174	700.517	0	-61.343
F Rechnungsabgrenzungsposten	351.913	1.190	3.988	350.723
Summe Passiva	94.962.453	89.231.863	73.603.984	5.730.591

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich - Bilanz -				
				Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	273.952	379.380	532.336	-105.428
Sachanlagen	69.121.106	68.095.509	69.296.572	1.025.596
Finanzanlagen	18.805	18.805	18.805	0
	69.413.862	68.493.695	69.847.713	920.168
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.240.719	2.816.504	2.460.882	1.896.017
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.441.406	16.815.075	13.889.145	4.626.331
Liquide Mittel	13.994.649	11.474.018	8.559.210	2.520.631
	37.676.774	31.105.597	24.909.236	6.571.177
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.656.638	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	402.726	422.826	455.366	-20.100
Summe Aktiva	110.983.436	103.512.192	98.868.952	7.471.245
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.305.451	4.305.451	4.305.451	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	20.633.758	19.157.959	17.918.668	1.475.799
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	1.501.518	1.501.518	1.835.433	0
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	1.563.531	1.383.526	1.269.181	180.005
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.443.655	1.475.799	1.239.291	-32.144
	33.895.608	32.271.948	31.015.719	1.623.660
B Sonderposten	18.716.860	19.274.576	19.361.441	-557.716
C Rückstellungen	17.347.976	14.984.407	11.218.543	2.363.568
D Verbindlichkeiten	39.900.378	36.143.752	36.425.432	3.756.626
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	639.174	700.517	761.860	-61.343
F Rechnungsabgrenzungsposten	483.441	136.991	85.957	346.449
Summe Passiva	110.983.436	103.512.192	98.868.952	7.471.245

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	95.321.062	92.450.115	67.830.538	2.870.947
2	Bestandsveränderungen	-399.900	203.449	-7.600	-603.349
3	Sonstige betriebliche Erträge	4.856.913	5.229.630	7.898.332	-372.717
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	23.744.654	23.672.063	19.567.947	72.591
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.821.112	11.340.009	9.493.948	481.103
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.923.542	12.332.054	10.073.999	-408.512
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	61.576.036	58.604.604	45.095.167	2.971.432
a)	Löhne und Gehälter	49.935.594	47.651.095	36.192.642	2.284.500
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.640.442	10.953.509	8.902.525	686.933
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	3.741.635	2.456.869	2.004.404	1.284.766
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.580.434	3.588.845	3.067.783	-8.411
8	Erträge aus Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343	61.343		
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.884.121	2.636.812	2.143.220	1.247.310
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	215.742	238.771	167.463	-23.029
11	Abschreibungen	5.479.970	5.400.468	4.458.611	79.502
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.615.729	12.045.869	7.182.812	-1.430.141
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.062	239.322	57.067	-216.260
	davon aus verbundenen Unternehmen	855	9.788	20.210	-8.933
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	483.104	498.418	593.331	-15.315
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.414	17.962	127.884	12.452
16	Ergebnis nach Steuern	1.154.778	1.114.604	1.514.091	40.174
17	Sonstige Steuern	29.985	30.059	22.188	-75
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.124.794	1.084.545	1.491.903	40.249

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	115.430.291	111.818.927	99.762.501	3.611.364,05
2	Bestandsveränderungen	-399.900	203.449	7.879	-603.349,00
3	Sonstige betriebliche Erträge	4.690.330	5.531.637	9.691.736	-841.307,62
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	25.061.554	24.898.583	24.111.947	162.970,57
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.981.904	12.710.010	12.290.811	271.894,03
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.079.650	12.188.573	11.821.136	-108.923,46
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	75.668.959	72.213.074	68.084.187	3.455.884,44
a)	Löhne und Gehälter	61.403.366	58.685.213	54.935.524	2.718.153,72
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	14.265.592	13.527.862	13.148.662	737.730,72
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	3.741.635	2.456.869	2.471.367	1.284.766,42
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.642.011	3.650.422	3.500.418	-8.411,42
8	Erträge aus Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehnsförderung	0	0	61.343	
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.884.121	2.636.812	2.611.217	1.247.309,79
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	215.742	238.771	189.092	-23.029,18
11	Abschreibungen	6.154.435	6.149.462	5.882.095	4.972,45
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.590.265	15.064.931	12.026.112	-1.474.666,10
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.112	260.286	40.416	-232.174,25
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	845.520	897.201	1.069.290	-51.681,53
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41.869	81.149	165.667	-39.279,71
16	Ergebnis nach Steuern	1.670.014	1.741.607	1.396.053	-71.592,55
17	Sonstige Steuern	46.354	95.894	53.533	-49.539,91
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.623.660	1.645.712	1.342.520	-22.052,64
19	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-180.005	-169.913	-103.228	-10.091,82
20	Konzerngewinn	1.443.655	1.475.799	1.239.291	-11.960,82

Lagebericht des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2017

„1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Zweck der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Die Unternehmen des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind gemeinnützig tätig.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit den im Folgenden dargestellten Konzerngesellschaften. Gesellschafter der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind der Kreis Euskirchen (76,9%) und die Stadt Zülpich (23,1%). Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist zugleich Trägergesellschaft der Krankenhäuser Mechernich und Schleiden, die im Jahr 2017 durchgängig mit 523 Betten/Plätzen im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen geführt wurden. In Trägerschaft der Muttergesellschaft befinden sich zudem das Sozialpädiatrische Zentrum Mechernich, der Ambulante Kinderpflegedienst „Eifelkids“ und die Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit 75 Ausbildungsplätzen.

Die Tochtergesellschaften AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH und KKM Servicegesellschaft mbH, die zu 100% von der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gehalten wurden, sind mit Wirkung zum 01.01.2017 auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verschmolzen worden. Damit sind der Betrieb des Ambulanten Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich und der Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) an der Olefmündung in Gemünd sowie der Betrieb des Zentraleinkaufes/-lagers in die Muttergesellschaft Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (re)integriert worden.

An folgenden Konzerngesellschaften hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH Anteile:

An der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist sie mit einem Anteil von 93,99 % am Stammkapital beteiligt; dies entspricht einem Betrag von 5.361 TEUR. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatriischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülpich) an. Zudem betreibt die Gesellschaft das Medizinische Versorgungszentrum

(MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Dermatologie (bis 30.06.2017), Chirurgie, Orthopädie und Gynäkologie.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, deren Stammkapital 27,6 TEUR beträgt. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt. Bezüglich der mittelbaren Beteiligung in Höhe von 50 % wurde das Wahlrecht des § 310 HGB (quotale Einbeziehung) nicht ausgeübt. Auf die Einbeziehung nach der Equity-Methode wurde wegen der untergeordneten Bedeutung der Gesellschaft für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns gemäß § 311 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH war im Jahr 2004 als gemeinsames Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Familienpflege der Franziskusschwestern Essen e. V. gegründet worden. Mit dem Ausscheiden der Familienpflege der Franziskusschwestern Essen e. V. als Gesellschafterin der Liebfrauenhof Schleiden GmbH trägt die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit dem 01.01.2015 das Stammkapital von 100 TEUR zu 100 %. Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH betreibt zwei Altenpflegeheime, den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatriischen Zentrums in Zülpich mit 61 Plätzen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von 25,05 TEUR hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 50,9 % (12,75 TEUR). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile von jeweils 6,15 TEUR. Die VIVANT gGmbH betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Schleiden sowie Tagespflegeeinrichtungen in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich (seit 2010) und zum Liebfrauenhof in Schleiden (seit 2012) sowie auf dem Gelände des Geriatriischen Zentrums in Zülpich (seit 2013).

Als 100 %ige Tochtergesellschaft der KKM Servicegesellschaft mbH ist mit notariellem Vertrag vom 15. März 2006 mit einem Stammkapital von 25 TEUR die KKM Gebäudedienste GmbH gegründet worden. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen. In Folge der Verschmelzung der KKM Servicegesellschaft mbH auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH werden die Gesellschaftsanteile mit Wirkung seit dem 01.01.2017 unmittelbar durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gehalten.

Die Liquidation der St. Antonius-Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L., die nach Übertragung des Krankenhauses Schleiden zum 01.01.2016 auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH lediglich als GmbH-Hülle ohne Geschäftsbetrieb verblieb, wurde im Jahr 2017 fortgeführt und wird voraussichtlich Mitte 2018 abgeschlossen.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ rechnet in seinem Jahresgutachten 2017/2016 mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 2,0 % im Jahr 2017 und 2,2 % im Jahr 2016. Ähnliche Wachstumsraten werden für den Euro-Raum prognostiziert.

Vor dem Hintergrund deutlicher Haushaltsüberschüsse fordert der Sachverständigenrat wachstumsfreundliche Reformen (Tarifreform der Einkommensteuer zum Abbau der Kalten Progression, allmähliche Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung) bei gleichzeitiger Beibehaltung des Ziels der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Problematisch sieht er weiterhin die expansive Geldpolitik, die zu steigenden Risiken für die Finanzstabilität führen könne sowie das Rufen nach protektionistischen Maßnahmen, durch die das Wachstum der deutschen Wirtschaft negativ beeinflusst werden könne.

Die für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH maßgeblichen Rahmenbedingungen im **Gesundheitssektor** lassen sich für 2017 wie folgt beschreiben:

Das Marktvolumen für Akutkrankenhäuser lag in Deutschland im Jahr 2016 bei rd. 98 Mrd. EUR (Bruttogesamtkosten ohne wissenschaftliche Forschung und Lehre). Gemäß des aktuellen Standes der verfügbaren Daten des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2016 in Deutschland 1.951 Krankenhäuser mit insgesamt 498.718 Betten, in denen 19,53 Mio. Fälle behandelt wurden. Die durchschnittliche Verweildauer betrug gegenüber 2015 konstant 7,3 Tage. Obwohl sich die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser gegenüber dem Vorjahr verbessert hat, verzeichnete knapp ein Drittel (29 %) der Krankenhäuser im Jahr 2016 Verluste. Weitere 10 % hatten ein nur ausgeglichenes Ergebnis, 61 % konnten einen Jahresüberschuss erwirtschaften.

Zu den oft schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen kommt ein enormer Investitionsbedarf, der durch die Mittelbereitstellungen der Länder nicht finanziert werden kann. Die Konsequenz ist ein kontinuierlich wachsender Investitionsstau.

Vor diesem Hintergrund haben sich die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser im Jahr 2015 zu einem „Bündnis für gesunde Krankenhäuser - Investieren aus Verantwortung“ zusammengeschlossen. Ziel des Bündnisses ist es, das gesetzlich zur Investitionsförderung der Krankenhäuser verpflichtete Land Nordrhein-Westfalen und die Öffentlichkeit über die Situation in den Krankenhäusern im Hinblick auf die Investitionsfinanzierung aufmerksam zu machen, um die Finanzierungssituation merklich und dauerhaft zu verbessern.

Im Rahmen dieses Bündnisses hat die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beauftragt, erstmals flächendeckend das „Investitionsbarometer NRW“ zur konkreten Investitionssituation der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser zu erstellen. Die Studie belegt eindrücklich, dass die Krankenhäuser strukturell unterfinanziert sind. 500 Mio. EUR investierte das Land Nordrhein-Westfalen 2014 in die Krankenhäuser. Der jährliche Finanzbedarf liegt bei über 1,5 Mrd. EUR.

Zunehmend problematisch stellt sich auch die Fachkräftegewinnung für die Krankenhäuser dar.

Die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind gemäß den vorläufigen Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit (März 2018) im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % je Versicherten gestiegen. Der Ausgabenzuwachs für die Krankenhausbehandlung war dabei wiederum unterdurchschnittlich und betrug im Vergleich zum Vorjahr 2,6 %. Die Ausgaben der GKV für den Bereich Krankenhaus sind in diesem Zeitraum absolut um 1,9 Mrd. EUR gestiegen und betrugen mit insgesamt 75,6 Mrd. EUR 32,7 % der Gesamtleistungsausgaben.

Bereits mit Wirkung zum 01.01.2016 ist das Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz - KHSG) in Kraft getreten. Im Gesetzgebungsverfahren war es gelungen, zur Verbesserung der Betriebskostendeckung dringend erforderliche Maßnahmen zu erreichen: Entgegen der ursprünglichen Planung, den Versorgungszuschlag mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. EUR abzuschaffen, wurden die Mittel ab dem Jahr 2017 in einen sogenannten Pflegezuschlag umgewandelt. Für die Jahre 2016 bis 2018 wurde ein Pflegestellenförderprogramm gesetzlich verankert, mit dem zusätzliche Stellen im Pflegedienst finanziert werden können. Das Programm entspricht mit einem Fördervolumen von 330 Mio. Euro im Jahr 2018 bundesweit einem Stellenvolumen von etwa 6.000 Stellen. Zudem werden Mehrkosten aus Tarifabschlüssen, die die maßgebliche Budgetveränderungsrate überschreiten, hälftig refinanziert. Nachteilig wird sich für die Krankenhäuser die Einführung eines Fixkostendegressionsabschlages nach § 10 Abs. 13 Krankenhausentgeltgesetz, der ab 2017 bei der Vereinbarung zusätzlicher Leistungen anzuwenden ist, auswirken. Mit den Regelungen des KHSG wurde die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser auf eine verbesserte Grundlage gestellt, gelöst wurde die bestehende Unterfinanzierung jedoch nicht.

Das KHSG enthält zahlreiche Maßnahmen mit einem Bezug zur Qualität der Krankenhausbehandlung: planungsrelevante Qualitätsindikatoren, Regelungen zu Qualitätszu- und -abschlägen sowie zu Qualitätsverträgen, Mindestmengenregelungen, Zweitmeinungsverfahren und Qualitätskontrollen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Bereits zuvor waren mit dem Versorgungsstrukturgesetz Neuregelungen zum Entlassungsmanagement und mit dem E-Health-Gesetz der Medikationsplan und die Arzneimitteltherapiesicherheitsprüfung eingeführt worden. Die genannten Neuregelungen und insbesondere auch die Neufassung der sektorenübergreifenden Qualitätsmanagementrichtlinie (QM-RL) durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) fordern den Einsatz einer Vielzahl, teilweise auch zusätzlicher Qualitätsmanagement-Instrumente durch die Krankenhäuser.

Für den **Altenpflegesektor** ist Folgendes auszuführen:

Mit der Zielsetzung, die Pflegeversicherung zukunftssicher zu gestalten und die Situation der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zu verbessern, haben sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren verschiedene Gesetze und Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht:

Hierzu gehören das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz und das Pflegeneuausrichtungsgesetz, das Wohn- und Teilhabegesetz NRW, das Ende 2015 in Kraft getretene Hospiz- und Palliativgesetz, das seit 2016 gültige Krankenhausstrukturgesetz sowie die Pflegestärkungsgesetze I, II und das ab Januar 2017 gültige Pflegestärkungsgesetz III.

Bereits im Oktober 2014 hat das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW) ein Artikelgesetz erlassen, mit dem die rechtlichen Grundlagen des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) und des Alten- und Pflegegesetzes (APG) (bisher Landespflegegesetz NRW) und in der Folge der zugehörigen Durch- und Ausführungsverordnungen neu gefasst wurden. Kernpunkte der Reform sind Maßnahmen zur Vermeidung einer stationären Unterbringung von Pflegebedürftigen durch Schaffung und Stärkung von alternativen Versorgungsformen (Wohnformen mit Pflege- und Unterstützungsangeboten, Betreuung im häuslichen Umfeld, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen). Mit dem Gesetz verbunden ist zudem eine Neuregelung

der Investitionskostenfinanzierung für Altenpflegeeinrichtungen, die aufgrund aktueller BSG-Rechtsprechung erforderlich war.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II hatte der Bundesgesetzgeber nach langjährigen Beratungen einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff geregelt, der seit dem 01.01.2017 anzuwenden ist. Unabhängig davon, ob Pflegebedürftige von körperlichen oder psychischen Einschränkungen betroffen sind, sollen damit erstmals alle Pflegebedürftigen einen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit fünf Pflegegraden (statt bisher dreier Stufen) soll individuellere Einstufungen und damit passgenauere Leistungen in der Pflege ermöglichen. Hierdurch soll insbesondere die Versorgung von Menschen mit Demenz verbessert werden.

Inwiefern mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs eine Verbesserung der Gesamtversorgungssituation der pflegebedürftigen Menschen einhergeht, bleibt auch nach dem ersten Jahr der Anwendung abzuwarten. Zwar wurden in den Pflegebudgets aller nordrhein-westfälischen Einrichtungen im Jahr 2017 zunächst die zu refinanzierenden Personalaufwendungen im Pflegedienst um 6,8 % erhöht. Das Geld wird aber nur dann dauerhaft bei den Einrichtungen ankommen und so zu einer langfristigen Verbesserung der Versorgungssituation im Sinne der Pflegebedürftigen führen, wenn in der Anwendung des neuen Begutachtungsverfahrens durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen in der Umstellung auf die fünf Pflegegrade keine grundlegende Absenkung der Einstufungen resultiert und auch die für die Zukunft noch zu vereinbarenden Personalschlüssel der Einrichtungen grundlegend und dauerhaft verbessert werden. Nach dem ersten Jahr der Anwendung der neuen Regelungen lässt sich hier noch keine eindeutige Tendenz erkennen. Bis Mitte 2020 soll in einem weiteren Schritt ein wissenschaftlich gesichertes Verfahren zur Personalbemessung entwickelt werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass infolge des demographischen Wandels die genannten Gesetze darauf abzielen, verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen, um pflegebedürftigen Menschen einen möglichst langen Verbleib in ihrem häuslichen Umfeld zu ermöglichen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass mittel- und langfristig eine weiter steigende Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsleistungen, insbesondere im ambulanten Bereich zu erwarten ist.

Für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen Folgendes festzuhalten:

b) Geschäftsverlauf

In der **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** mit den beiden Krankenhausstandorten in Mechernich und Schleiden hat die Zahl der stationären Krankenhaufälle (ohne interne Verlegungsfälle) von 23.951 in 2016 auf 24.242 in 2017 leicht zugenommen (+ 291; + 1,2 %). Der Fallzahlenanstieg ist dabei anteilig auf beide Krankenhausstandorte in Mechernich und Schleiden zurückzuführen.

In Verbindung mit einem Rückgang der durchschnittlichen Verweildauer von 6,76 auf 6,45 Tage (- 4,6 %) ist die Auslastung der insgesamt 523 Planbetten/-plätze von 85,3 % in 2016 auf 82,4 % in 2017 zurückgegangen, liegt insgesamt aber weiterhin auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau.

Unter anderem bedingt durch den Verweildauerrückgang ist die Zahl der Case-Mix-Punkte von 24.366 Punkten im Jahr 2016 auf 23.985 Punkte im Jahr 2017 rückläufig. Der Case-Mix-Index, d. h. die Fallschwere ist von 0,997 in 2016 auf 0,967 in 2017 zurückgegangen. Die mit den Kostenträgern zuletzt in den Entgeltverhandlungen für das Jahr 2016 vereinbarten Case-Mix-Punkte (23.300 Punkte) konnten aber wiederum deutlich übertroffen werden. Für das Jahr 2017 konnte aktuell noch keine Entgeltvereinbarung nach § 11 Krankenhausentgeltgesetz geschlossen werden. Rheinlandweit stellt sich das Verhandlungsgeschehen für 2017 sehr problematisch dar, da einzelne Krankenkassen ausschließlich Maximalpositionen bei der Vereinbarung der ab 2017 bei Mehrleistungen zu verhandelnden Fixkostendegressionsabschläge vertreten.

Die Inanspruchnahme der Geriatrischen Rehabilitationsklinik der **Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH** war im Jahr 2017 mit 99,1 % wiederum sehr gut. Die solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung in Zülrich mit 13 Plätzen konnte mit durchschnittlich 10,4 Plätzen das Vorjahresniveau (9,1 Plätze) nochmals übertreffen. Die Gesamtbelegung im Barbarahof Mechernich liegt bei 64,8 Plätzen (99,7 %) und ist damit gegenüber 64,1 Plätzen im Vorjahr leicht gestiegen. Von den darin enthaltenen 22 Pflegeplätzen für Menschen mit geistiger Behinderung waren 22,0 Plätze (100 %) ausgelastet.

Die insgesamt 65 betreuten Seniorenwohnungen waren in 2017 durchschnittlich zu 93,9 % (61,1 Wohnungen) belegt. Damit liegt der Auslastungsgrad um 2,3 %-Punkte unter dem Vorjahreswert (96,2 %).

Die Belegung der von der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheimen stellte sich in 2017 wie folgt dar: Die Inanspruchnahme des Liebfrauenhofes in Schleiden (102 Soll-Plätze) lag 2017 bei 101,68 Plätzen und damit leicht oberhalb des Vorjahresniveaus (100,0 Plätze). Das Brabenderstift in Zülrich war bei 61 Soll-Plätzen im Durchschnitt des Jahres 2017 mit 61,09 Plätzen und damit ebenfalls leicht über der Vorjahrsbelegung (60,7 Plätze) ausgelastet. Beide Pflegeheime konnten damit im Jahr 2017 wiederum die den Entgeltkalkulationen zugrunde zu legenden Soll-Auslastungsgrade von 98% überschreiten.

Auch der Geschäftsverlauf der **Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** war weiterhin positiv: Im Berichtsjahr konnte die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle aller Sozialstationen gegenüber dem Vorjahr nochmals um 582 erhöht werden. Dabei wurden sowohl die SGB XI- (+ 279) als auch die

SGB V-Leistungen (+ 303) gesteigert. Zu der Gesamterhöhung trugen insbesondere die Sozialstationen Schleiden (+ 325) und Weilerswist (+ 234) bei. Der Leistungsanstieg in Schleiden ist - wie im Vorjahr - auf die Konsolidierung und die Akzeptanz dieser Sozialstation im Krankenhaus Schleiden zurückzuführen. Die Auslastung aller drei Tagespflegeeinrichtungen beträgt im Berichtsjahr 89,6 % (31,4 Plätze) und konnte gegenüber dem Vorjahr um 4,8 %-Punkte oder 1,8 belegte Plätze weiter gesteigert werden. Die Inanspruchnahme der Tagespflege im Barbarahof lag bei 93,6 % (Vorjahr: 95,3 %), die im Liebfrauenhof Schleiden bei 82,4 % (Vorjahr: 64,0 %) und im Geriatrischen Zentrum bei 100,0 % (Vorjahr: 96,9 %). Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf der Unternehmen im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH weiterhin gut dar.

c) Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat im Wirtschaftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss von 1.125 TEUR (Vorjahr: 1.085 TEUR) ein Jahresergebnis in Höhe des für 2017 geplanten Ergebnisses (1.134 TEUR) erwirtschaftet. Der Jahresfehlbetrag für das Krankenhaus Schleiden konnte im Vorjahresvergleich (522 TEUR) deutlich auf 322 TEUR verbessert werden und stellt sich nahezu in Höhe des für 2017 geplanten Ergebnis (-320 TEUR) dar.

Das Ergebnis für den Krankenhausstandort Mechernich hat gegenüber dem Vorjahr (1.607 TEUR) auf 1.517 TEUR abgenommen. In dem Ergebnis sind Verlustübernahmen für das von der Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreisrankenhaus Mechernich (75 TEUR) sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden mit 96 TEUR enthalten. Aus der Verschmelzung der Tochtergesellschaften AmbuMed Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH und der KKM Servicegesellschaft mbH auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultierte ein Verschmelzungsgewinn in Höhe von 190 TEUR.

Das Medizinische Versorgungszentrum an der Olefmündung stellt nach der Verschmelzung der AmbuMed Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen direkten Leistungsbereich der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH dar. Für das MVZ an der Olefmündung resultierte im Wirtschaftsjahr 2017 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 70 TEUR.

Das weiterhin positive Jahresergebnis des Krankenhauses Mechernich ist vorrangig auf die vorstehend dargestellte Leistungsstabilisierung auf hohem Niveau zurückzuführen.

Für die **Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH** wurde im Geschäftsjahr 2017 ein Jahresüberschuss in Höhe von 265 TEUR (Vorjahr: 16 TEUR) erwirtschaftet, der damit deutlich oberhalb des für 2017 lediglich ausgeglichen geplanten Jahresergebnisses lag. Positive Jahresergebnisse konnten wiederum mit dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarahof und in den Leistungsbereichen Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen und Vermietungen erreicht werden. Aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums resultierte im Geschäftsjahr 2017 wiederum ein Jahresfehlbetrag, der wie im Vorjahr mit 75 TEUR durch Zuschüsse der Konzernmutter abgemildert wurde.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde in der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ein Jahresüberschuss von 76 TEUR (Planwert 2017: 82 TEUR) im Vergleich zu 214 TEUR im Vorjahr erwirtschaftet. Davon entfällt auf das Brabenderstift in Züllich ein Fehlbetrag von 40 TEUR (Vorjahr: Überschuss 48 TEUR) und auf die Altenpflegeeinrichtung im und am Schloss Schleiden ein Überschuss von 116 TEUR (Vorjahr +166 TEUR). Zu der Verschlechterung des Jahresergebnisses um 138 TEUR trug insbesondere die negative Ergebnisentwicklung im Leistungsbereich der Einrichtungen bei. Die Ergebnisse im Leistungsbereich verschlechterten sich für den Liebfrauenhof von -78 TEUR im Vorjahr auf -140 TEUR im Jahr 2017 und für das Brabenderstift von +22 TEUR (Vorjahr) auf einen Fehlbetrag von -83 TEUR (2017). Dabei wirkte sich insbesondere der Anstieg der Personalaufwendungen (insgesamt + 431 TEUR) auf das Ergebnis aus. Ursächlich für den Überschuss im Liebfrauenhof in Schleiden ist - wie bereits in den Vorjahren - wiederum ein positives Ergebnis im Investitionskostenbereich, das insbesondere infolge der Weitergewährung einer 12,5 %-igen Mietreduzierung durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultiert. Diese Mietreduzierung ist mit einem jährlichen Entlastungsbetrag von 96 TEUR verbunden und wird weiterhin durch die Alleingesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zum Ausgleich resultierender Unterdeckungen im Leistungsbereich aus der Umsetzung des so genannten Präsenzkraftekonzeptes gewährt.

Die **VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** konnte im Geschäftsjahr 2017 wiederum einen Jahresüberschuss erwirtschaften. Er beträgt 334 TEUR nach 344 TEUR im Vorjahr. Die Prognose für das Jahr 2017 (Jahresüberschuss von 170,5 TEUR) wurde insbesondere aufgrund eines unerwartet hohen Anstiegs der Leistungen übertroffen. Die Sozialstationen Mechernich und Züllich erzielten wie bereits in den Vorjahren weiterhin positive Jahresergebnisse; dabei konnte die Sozialstation in Mechernich den Überschuss nochmals steigern. Die Stationen Schleiden und Weilerswist schlossen dagegen erwartungsgemäß mit einem Jahresfehlbetrag ab.

Für die Tagespflegeeinrichtungen konnte insgesamt ein Jahresüberschuss in Höhe von 45,6 TEUR (Vorjahr 16 TEUR) erzielt werden. Dabei schlossen die Einrichtungen in Mechernich und Züllich jeweils mit einem Jahresüberschuss, während aus der Tagespflege in Schleiden erwartungsgemäß weiterhin - wenn auch vermindert - ein Jahresfehlbetrag (./. 3,8 TEUR) resultierte.

Der Jahresabschluss der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L.** schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2 TEUR, infolge von Prüfungs- und Beratungskosten im Rahmen des Liquidationsverfahrens.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse ein Konzerngewinn in Höhe von 1.444 TEUR nach 1.476 TEUR in 2016 erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2017 Gewinnanteile in Höhe von 180 TEUR (Vorjahr: 170 TEUR) zugewiesen. Der für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH aus der Verschmelzung der Tochtergesellschaften auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultierende Verschmelzungsgewinn in Höhe von 190 TEUR stellt sich im Konzernergebnis nicht ergebniswirksam dar.

Die Summe aus der Gesamtleistung des Konzerns und der sonstigen betrieblichen Erträgen konnte um 2,1 Mio. Euro auf 119,6 Mio. Euro gesteigert werden. Anstiegen in den Leistungsbereichen Altenpflege, Altenwohnungen und Geriatrische Rehabilitation (+1.165 TEUR; +5,6 %) und bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen (+1.751 TEUR; +2,0 %) standen dabei insbesondere Rückgänge bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (-1.244 TEUR) gegenüber.

Analog zur Entwicklung der Gesamtleistung erhöhten sich die Personalkosten um 4,8 % (3.456 TEUR) auf 75.669 TEUR. Damit entsprechen die Personalkosten einem Anteil von 63,5 % der Gesamtleistung. Neben tariflichen Kostensteigerungen wirkten sich hier insbesondere auch leistungsbezogene Erhöhungen der Mitarbeiterzahl aus. In den Krankenhäusern konnten tarifliche Personalkostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden.

Insgesamt ist das Konzernergebnis mit Steuern in Höhe von 88 TEUR belastet.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des **Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert. Das Eigenkapital erhöhte sich insgesamt um 1.624 TEUR (+ 5,0 %) auf 33.896 TEUR.

Von dem Gesamtanstieg entfällt ein Betrag in Höhe von 1.444 TEUR auf den Konzerngewinn und ein Betrag von 180 TEUR auf fremden Gesellschaftern zugewiesene Gewinnanteile.

Vom Konzerneigenkapital entfällt weiterhin der überwiegende Anteil mit 32.332 TEUR (95,4 %) auf die Konzernmutter. Die Konzern-Eigenkapitalquote stellt sich mit 30,5 % trotz der Erhöhung des Eigenkapitals infolge einer zum Bilanzstichtag 2017 verlängerten Bilanz unterhalb der Quote per 31.12.2016 (31,2 %) dar.

Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich um 7.471 TEUR (+ 7,2 %) auf 110.983 TEUR. Auf der Aktivseite ist die Erhöhung durch den Anstieg des Anlagevermögens um 920 TEUR, die Zunahme der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 4.626 TEUR auf 21.441 TEUR sowie die Zunahme des Finanzmittelfonds um 2.521 TEUR auf 13.995 TEUR bedingt.

Auf der Passivseite ist neben dem gestiegenen Eigenkapital (1.624 TEUR) insbesondere die Zunahme der Rückstellungen (+2.364 TEUR), der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+2.404 TEUR) sowie der Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (+1.128 TEUR) zu nennen. Darlehensaufnahmen zur Finanzierung von Baumaßnahmen am Krankenhausstandort Schleiden in Höhe von 2.280 TEUR sowie zur Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik Zülpich in Höhe von 2.600 TEUR standen dabei im Konzern planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 2.476 TEUR gegenüber. Zum Anstieg der Rückstellungen führten insbesondere die Zunahmen der Rückstellung für mittelbare Versorgungszusagen an Arbeitnehmer bei der KZVK (+1.133 TEUR), der Rückstellung zur Abgrenzung von Abrechnungsrisiken (+739 TEUR) sowie aus der Zunahme von Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern in Höhe von 330 TEUR (davon 297 TEUR (+7, 1%) für Urlaubsansprüche und Mehrarbeit).

Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 13.995 TEUR (31.12.2016: 11.474 TEUR). Der Anstieg (+ 2.521 TEUR) resultiert wie im Vorjahr wiederum aus deutlichen Mittelzuflüssen aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit sowohl im Mutterunternehmen wie auch im Konzern. Dem Finanzmittelbestand stehen Ausgabeverpflichtungen im Bereich von Baumaßnahmen sowie im Rückstellungsbereich gegenüber.

Die Ertrags- und Ergebnissituation und auch die Vermögens- und Finanzlage des Mutterunternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als sehr stabil zu bezeichnen. Die Liquidität der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

Investitionen

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind im Jahre 2017 folgende Baumaßnahmen fertiggestellt, begonnen, weitergeführt sowie beschlossen worden:

- In seiner Sitzung am 25. September 2015 hatte der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH beschlossen, die OP-Kapazitäten in einem ersten Bauabschnitt (OP-Neubau) um vier OP-Säle, einem Aufwachbereich mit 11 Plätzen und verschiedene Nebenräume im 2. Obergeschoss oberhalb der neuen Zentralsterilisation zu erweitern. Die Gesamtkosten des ersten Bauabschnitts werden voraussichtlich 5.750 TEUR inklusive 1 Mio. EUR für Ausstattungen betragen. Die Inbetriebnahme erfolgte im Februar 2018. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls festgelegt, dass für die

Innere- sowie für die Chirurgische Notaufnahme im 1. Obergeschoss über der Zentralsterilisation neue Räumlichkeiten mit einem Gesamtkostenvolumen von ca. 784 TEUR geschaffen werden sollen. Die Inbetriebnahme erfolgte planmäßig im Monat November 2017.

- In seiner Sitzung am 30. Juni 2017 hatte der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH die Sanierung und den Umbau der vorhandenen zentralen OP-Einheit mit zukünftig zwei OP-Sälen, einer zentralen Patienteneinschleusung, entsprechenden Lagerräumlichkeiten und der Anbindung an den neuen OP-Trakt beschlossen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Mio. EUR, wovon 0,5 Mio. EUR auf die OP-Ausstattung entfallen. Die entsprechenden Umbaumaßnahmen haben zwischenzeitlich begonnen; die Inbetriebnahme soll im 3. Quartal 2019 erfolgen.
- Für das Krankenhaus Schleiden ist bereits im Jahr 2014 beschlossen worden, das Erdgeschoss mit einem Gesamtkostenvolumen von 3,28 Mio. EUR neu zu gestalten. Die Maßnahme wird sich unter Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahme im laufenden Betrieb des Krankenhauses über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken. Im Dezember 2017 wurde der fünfte von insgesamt zehn Bauabschnitten erfolgreich abgeschlossen und in Betrieb genommen.
- Vor dem Hintergrund der mittlerweile stabilen Volllastung der Geriatrischen Rehabilitation und bestehender Wartelisten haben die Gremien der Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH und der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Dezember 2016 Beschlüsse zur Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitation um 22 auf 62 Betten gefasst. Die Baukosten inklusive Ausstattung belaufen sich auf 2,6 Mio. EUR. Der Baubeginn erfolgte Mitte 2017, die Inbetriebnahme ist Mitte 2019 vorgesehen.

Personal

In 2017 wurden 1.659 Mitarbeiter in den Dienststellen ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 71,1 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienststellen.

Im Konzern werden insgesamt 110 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege, in der Altenpflege und im Rahmen der OTA-Ausbildung (Operations-Technische Assistenz) vorgehalten. Mit der Ausbildung besteht ein wichtiges und effektives Instrument, um dem Fachkräftemangel in den genannten Ausbildungsbereichen entgegen zu wirken.

3. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

a) Risikobericht

Die branchenbezogenen Risiken der Krankenhausbranche sind grundlegend in Kapitel 2.a) dargestellt worden. Insbesondere das KHSG enthält zahlreiche Maßnahmen mit einem Bezug zur Qualität der Krankenhausbehandlung. Damit diese Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können, sind die bestehenden Instrumente im Bereich des Qualitäts- und des Risikomanagements für die Krankenhäuser in Mechernich und in Schleiden fortzuführen und auszubauen (z. B. Einführung der E-Medikation).

Unter Berücksichtigung der weiterhin zunehmenden Leistungsanspruchnahme werden für das Krankenhaus Mechernich keine größeren Risiken gesehen. Für das Krankenhaus Schleiden wird erwartet, dass sich die zum 01.01.2016 umgesetzte Integration in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die damit einhergehende Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit weiterhin positiv auswirken wird. Durch die krankenhaushausplanerische Zusammenführung der beiden Krankenhausstandorte innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und dem Entstehen eines Gesamtkrankenhauses mit 523 Betten kann zum Einen den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 im Bereich der dort abgeleiteten Strukturvorgaben besser begegnet werden. Zum Anderen können durch das Entstehen größerer Einheiten die negativen Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems für kleinere Krankenhausstandorte zumindest teilweise für das Krankenhaus Schleiden aufgehoben und so konkurrenzfähige Strukturen geschaffen werden.

Die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Altenpflegesektor, insbesondere durch das Pflegestärkungsgesetz II bewirken gesamtwirtschaftlich primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote. Dies könnte sich für die VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH positiv auswirken, während für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH und die Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH als Träger von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen eher Risiken resultieren könnten. Aus der Neuordnung der rechtlichen Grundlagen zur Refinanzierung von Investitionskosten, die durch das ab dem 01.01.2015 geltende Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) und die damit verbundene Durchführungsverordnung (APG DVO) vorgegeben ist, resultieren für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH und der Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH aufgrund einer gesetzlich fixierten Übergangsregelung bis zum 31.12.2020 zunächst keine erheblichen Auswirkungen. Für Folgejahre ab dem Jahr 2021 bleibt insbesondere vor dem Hintergrund erwarteter rechtlicher Überprüfungen der Zulässigkeit und Angemessenheit der Übergangsregelungen abzuwarten, welche Änderungen sich hinsichtlich der Refinanzierung von Investitionskosten für die Einrichtungen tatsächlich ergeben werden. Ergebnisrelevante Nachteile sind zukünftig aus der ab 2017 gem. PSG II geltenden Verpflichtung zur Rückerstattung von Personalkosten infolge nicht besetzter, aber mit den Kostenträgern verhandelter Pflegestellen zu erwarten.

Spezielle Risiken können sich durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime und Tagespflegeeinrichtungen, insbesondere in Euskirchen, Hellenthal, Bad Münstereifel, Dahlem und Mechernich ergeben. Durch die Inbetriebnahme zusätzlicher Altenpflegeheime in der Region wird es generell schwieriger, frei werdende Altenpflegeplätze in den Einrichtungen zeitnah wieder zu besetzen. Für die VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH besteht mittel- und langfristig nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Konkurrenzsituation zum einen durch andere Pflegedienste im Kreis Euskirchen sowie zum anderen durch privat beschäftigte Mitarbeiter aus den so genannten „Billiglohnländern“, die zu einer Reduzierung der Leistungsanspruchnahme im SGB-XI-Bereich führen können.

b) Chancen- und Prognosebericht

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** geht auf der Grundlage der Leistungsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2018 sowie der auf dieser Grundlage zu erwartenden Entgeltvereinbarung für das Jahr 2018 davon aus, dass auch im Jahre 2018 zumindest das im Wirtschaftsplan ausgewiesene positive Ergebnis (808 TEUR) erreicht werden kann. An den Krankenhausstandorten Mechernich und Schleiden wurden per 30.04.2018 insgesamt 8.673 Patienten stationär versorgt. Damit konnte die DRG-Vorjahresfallzahl (8.481 Fälle) wiederum und zwar um 192 Fälle übertroffen werden. Von den Mehrfällen entfielen dabei 166 Fälle auf das Krankenhaus Mechernich und 26 Mehrfälle auf das Krankenhaus Schleiden.

Für die weiteren Konzernunternehmen ist Folgendes festzuhalten:

In den ersten Monaten 2018 konnte das hohe Vorjahresbelegungsniveau in der durch die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** getragenen Geriatrischen Rehabilitation beibehalten werden. In der Kurzzeitpflege stellte sich die Inanspruchnahme mit durchschnittlich 10,8 Plätzen in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres etwas unter der Belegung im Vorjahreszeitraum (ca. 11,4 Plätze) dar. Im Barbarhof lag die Auslastung bei durchschnittlich 64,3 Plätzen (98,9 %) und damit um 0,4 Plätze unter der Belegung in 2017. Gemessen an dem den Entgeltvereinbarungen für die Einrichtungen zugrunde liegenden Sollauslastungsgrad von 98 % stellt sich die Belegungssituation in der Geriatrischen Rehabilitation und im Barbarhof nach wie vor positiv dar. Von den insgesamt 65 betreuten Wohnungen waren in den ersten zwei Monaten des Jahres 2017 im Durchschnitt 59 Wohnungen (90,6 %) vermietet. Dieser Wert liegt damit unter dem Vorjahr mit 97,0 %.

Die aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich resultierenden Verluste werden wie im Vorjahr auch im Jahre 2018 mit einem Betrag bis zu 75 TEUR weiterhin durch die Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen. Den Betrag von 75 TEUR übersteigende Verlustanteile müssen durch die Gesellschaft getragen werden.

Unter Beachtung der geschilderten Chancen und Risiken und der per Februar 2018 erreichten Belegungsentwicklung wird für das Geschäftsjahr 2018 insgesamt mit einem leichten Überschuss gerechnet. Positiven Jahresergebnissen aus dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarhof und den übrigen Leistungsbereichen im Geriatrischen Zentrum Zülpich (Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen, Vermietungen) stehen dabei weiterhin - allerdings gegenüber den Vorjahren geringe Verluste - aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich gegenüber.

Die wirtschaftliche Entwicklung der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ist maßgeblich von der Belegungsentwicklung in den Einrichtungen abhängig. Diese stellt sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2018 gegenüber dem Vorjahresstand leicht verbessert dar. Beide Einrichtungen sind voll ausgelastet (Vorjahr: 98,3 %).

Für den langfristigen Erfolg der Einrichtungen ist es vor dem Hintergrund der beschriebenen Rahmenbedingungen von besonderer Bedeutung, die hohe Leistungsqualität beizubehalten. Neben zahlreichen Maßnahmen im Bereich des einrichtungsbezogenen Qualitätsmanagements ist es dazu erforderlich, dass so genannte Präsenzkräftekonzept weiterhin aufrecht zu erhalten, obwohl keine ausreichende Finanzierung der Leistungen über die Entgelte möglich ist. Für das Jahr 2018 wird bei einer kalkulierten Soll-Auslastung von 98 % (99,96 Plätze im Liebfrauenhof sowie 59,79 Plätze im Brabenderstift) für die Altenpflegeeinrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH unter Berücksichtigung des Überschusses im Investitionskostenbereich insgesamt nur noch ein positives Jahresergebnis in Höhe von 23 TEUR erwartet.

Für die **Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist durch die zu erwartende steigende Nachfrage nach qualifizierten Pflege- und Betreuungsleistungen - bedingt durch die demographische Entwicklung und die unter 2.a) dargestellten gesetzlichen Rahmenbedingungen - bei gegebener hoher Leistungsqualität weiterhin ein positiver Rahmen für eine gute Entwicklung der VIVANT gGmbH sowohl im Bereich der ambulanten Pflege als auch der Tagespflege gegeben.

Die Situation der Sozialstationen Zülpich, Mechernich und Weilerswist wird in 2018 positiv bewertet; hier werden im kommenden Jahr Überschüsse erwartet. Für die Sozialstation Schleiden wird – auch bedingt durch den Standortwechsel innerhalb des Krankenhauses Schleiden - eine weitere Verbesserung der Leistungsanspruchnahme und in der Folge der wirtschaftlichen Situation prognostiziert. Auch die Entwicklung der Tagespflegeeinrichtungen an allen drei Standorten wird positiv bewertet, so dass für 2018 auch in diesem Bereich weiterhin von einer verbesserten Ergebnissituation auszugehen ist.

Insbesondere vor dem Hintergrund der guten Inanspruchnahme der bereits langjährig etablierten Sozialstationen ist insgesamt davon auszugehen, dass die VIVANT gGmbH auch in 2018 ein positives Jahresergebnis - geplant in der Größenordnung von ca. 255 TEUR - erreichen wird. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sowohl für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Jahr 2018 weiterhin positive Ergebnisse erwartet werden.

Mechernich, 7. Juni 2018

Gez. Hermann Gemke
Geschäftsführer

gez. Manfred Herrmann
Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
KKM GmbH	1.125	1.099	907	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
KKM Konzern	1.659	1.630	1.582	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen (ab 2016 einschl. Krankenhaus Schleiden)

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Planbetten / -plätze	523	523	413	
davon:				
vollstationäre Betten	513	513	403	
Tagesklinik Geriatrie	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	24.795	24.437	18.949	inkl. Jahresüberliegerfälle und Asylbewerber
Casemixpunkte	23.985	24.366	19.533	Bewertungsrelationspunkte (BWR), inkl. Asylbewerber
Casemixindex	0,967	0,997	1,031	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	82,40 %	85,30 %	84,40 %	bezogen auf vollstationäre Betten
Ø Verweildauer in Tagen	6,45	6,76	6,30	bezogen auf vollstationäre Betten

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Die nachstehenden Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

6.2.1 Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH

A) Ziele der Beteiligungen

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000 €	6,01 %
Summe	5.704.000 €	100,00 %

Beteiligungsgesellschaften der Geriatrischen Zentrum Zulpich GmbH:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH	13.804,87 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,89 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
21 private Kommanditisten, insgesamt:	1.366.798,69 €	100,00 %
Summe	1.366.798,69 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2017

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Beirats durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung der KKM GmbH vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nimmt Herr Gemke die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen

unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

a) Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)

Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

- | | |
|--|-------------------|
| 1. Vorsitzender des Verwaltungsrates KKM: | Josef Reidt |
| 2. Erster stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates KKM: | BM Ulf Hürtgen |
| 3. Zweite stv. Vorsitzende des Verwaltungsrates KKM: | Ute Stolz |
| 4. Landrat des Kreises Euskirchen: | LR Günter Rosenke |
| 5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied: | André Heinrichs |

Die Höhe der Beiratsbezüge belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf 9,5 T€.

b) Geschäftsführung Manfred Herrmann Hermann Gemke

Die Höhe der Geschäftsführerbezüge belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf 10,7 T€.

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

a) Geschäftsführung Dipl. Ing. Joachim Stiller Hermann Gemke

Die Vergütung je Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2017 3.068 €.

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

a) Geschäftsführung Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Geschäftsführung zu entnehmen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	44.295	97.079	169.738	-52.784
Sachanlagen	16.121.369	16.194.326	16.650.722	-72.958
Finanzanlagen	13.805	13.805	13.805	0
	16.179.469	16.305.210	16.834.265	-125.742
B Umlaufvermögen				
Vorräte	30.000	37.716	39.785	-7.716
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	676.045	586.685	486.152	89.360
Liquide Mittel	2.592.079	115.981	127.046	2.476.098
	3.298.124	740.383	652.982	2.557.742
C Rechnungsabgrenzungsposten	323.455	370.917	417.454	-47.461
Summe Aktiva	19.801.048	17.416.510	17.904.701	2.384.539
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	5.704.000	5.704.000	5.704.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	906.572	890.703	939.331	15.868
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	265.428	15.868	-48.628	249.560
	6.876.000	6.610.572	6.594.703	265.428
B Rückstellungen	564.656	377.302	396.651	187.354
C Verbindlichkeiten	12.247.788	10.308.322	10.880.342	1.939.466
D Rechnungsabgrenzungsposten	112.604	120.314	33.005	-7.710
Summe Passiva	19.801.048	17.416.510	17.904.701	2.384.539

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	10.686.861	10.253.135	6.838.711	433.726
2	Sonstige betriebliche Erträge	65.967	21.565	3.334.932	44.402
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.270.076	2.249.090	2.070.203	20.986
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	743.218	713.615	702.950	29.602
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.526.859	1.535.475	1.367.253	-8.616
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	5.048.007	4.830.102	4.610.820	217.905
a)	Löhne und Gehälter	3.958.088	3.803.845	3.646.918	154.242
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.089.919	1.026.256	963.902	63.663
5	Abschreibungen	652.779	676.952	666.497	-24.173
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.097.471	2.086.166	2.395.944	11.305
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	843	305	756	538
	davon aus verbundenen Unternehmen	163	0	163	163
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	407.099	421.816	453.149	-14.717
	davon an verbundene Unternehmen	38.299	39.820	36.093	-1.521
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-16.500	6.900	16.500
10	Ergebnis nach Steuern	278.239	27.379	-29.114	
11	Sonstige Steuern	12.811	11.511	19.514	1.300
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	265.428	15.868	-48.628	249.560

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.591	48.234	50.481	1.357
Liquide Mittel	1.131	1.164	930	-34
	50.721	49.399	51.411	1.323
Summe Aktiva	50.721	49.399	51.411	1.323
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.610	27.610	27.610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	19.597	18.434	17.272	1.162
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.162	1.162	1.162	0
	48.369	47.207	46.044	1.162
B Rückstellungen	1.936	1.718	1.718	218
C Verbindlichkeiten	416	474	3.649	-58
Summe Passiva	50.721	49.399	51.411	1.323

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	14.415	13.580	16.737	835
2	Personalaufwand, davon:	11.214	11.266	5.291	-52
a)	Löhne und Gehälter	8.536	8.706	10.087	-171
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.678	2.559	4.089	118
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.212	2.314	2.562	897
4	Erträge aus Beteiligungen	1.380	1.380	1.380	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	218	218	218	
6	Ergebnis nach Steuern	1.162	1.162	1.162	
7	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	1.162	1.162	1.162	0

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0
Sachanlagen	4.072.286	4.263.307	4.454.377	-191.021
	4.072.287	4.263.308	4.454.378	-191.021
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.309	2.793	4.389	13.516
Liquide Mittel	28.243	15.267	0	12.976
	44.552	18.061	4.389	26.492
Summe Aktiva	4.116.840	4.281.369	4.458.767	-164.529
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile der Kommanditisten	-611.005	-601.875	-595.045	-9.130
Kapitalrücklage	1.977.804	1.977.804	1.977.804	0
	1.366.799	1.375.929	1.382.759	-9.130
B Rückstellungen	7.600	7.600	7.600	0
C Verbindlichkeiten	2.742.441	2.897.840	3.068.408	-155.399
Summe Passiva	4.116.840	4.281.369	4.458.767	-164.529

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	524.666	522.067	511.160	2.598
2	Abschreibungen	191.021	191.070	191.071	-49
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	98.696	88.180	85.588	10.515
4	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	98.739	104.307	113.795	-5.567
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
6	Ergebnis nach Steuern	136.210	138.510	120.706	
7	Sonstige Steuern	17.240	17.240	17.240	-0
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	118.970	121.270	103.466	-2.301
9	Gutschrift auf Kapitalkonto	-118.970	-121.270	-103.466	2.301
10	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
GZZ	147	142	141	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
Schloß Schleiden	0	0	0	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Geriatrische Reha	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	12	12	12	
Auslastung	99,1 %	108,7 %	109,8 %	
Kurzzeitpflege GZZ	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	80,0 %	70,0 %	63,8 %	
Dauer-/ Kurzzeitpflege Barbarahof	65	65	65	Platzzahl
Auslastung	99,7 %	100,0 %	99,5 %	
Betreutes Wohnen	65	65	65	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	93,9	96,9 %	93,1 %	

6.2.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH

A) Ziele der Beteiligungen

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie Förderung der Wohlfahrtspflege. Betrieb und Unterhaltung von Einrichtungen der Altenpflege auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	100.000 €	100,00 %
Summe	100.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Aufgrund der überarbeiteten Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nimmt Herr Gemke die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann
 Hermann Gemke

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhielten die Geschäftsführer im Berichtsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.284	6.426	8.568	-2.142
Sachanlagen	1.891	2.125	2.359	-234
	6.175	8.551	10.927	-2.376
B Umlaufvermögen				0
Vorräte	17.177	16.382	18.132	795
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.731.047	1.639.746	1.318.686	91.301
Liquide Mittel	550.222	412.430	385.938	137.792
	2.298.446	2.068.558	1.722.756	229.888
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.928	6.050	1.317	-4.123
Summe Aktiva	2.306.549	2.083.159	1.735.001	223.390
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Gewinnrücklagen	1.070	1.070	1.070	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.299.746	1.085.286	963.748	214.460
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	75.808	214.460	121.537	-138.652
	1.476.624	1.400.816	1.186.356	75.808
B Sonderposten	1.891	2.125	2.359	-234
C Rückstellungen	475.304	359.856	243.465	115.448
D Verbindlichkeiten	333.807	304.875	253.858	28.932
E Rechnungsabgrenzungsposten	18.923	15.487	48.963	3.436
Summe Passiva	2.306.549	2.083.159	1.735.001	223.390

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	8.366.912	7.995.053	7.441.912	371.858
2	Sonstige betriebliche Erträge	119.555	148.184	445.758	-28.629
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.340.853	1.229.213	1.356.787	111.639
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	513.783	503.213	508.181	10.569
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	827.070	726.000	848.605	101.070
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	4.560.113	4.128.952	3.795.923	431.161
a)	Löhne und Gehälter	3.590.875	3.175.006	3.026.278	415.868
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	969.238	953.945	769.645	15.293
5	Erträge aus Auflösung SoPo aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234	234	0	
6	Abschreibungen	2.376	2.376	2.569	
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.525.537	2.615.081	2.630.808	-89.544
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.622	47.185	20.564	-27.563
	davon aus verbundenen Unternehmen	19.615	21.913	20.554	-2.298
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.636	575	610	1.061
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	75.808	214.460	121.537	-138.652
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	75.808	214.460	121.537	-138.652

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	145,75	137,5	136	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Bettenzahl	163,0	163,0	163,0	
davon				
Liebfrauenhof	102,0	102,0	102,02	
Brabenderstift	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad	98,8 %	98,6 %	99,3 %	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon:				
Liebfrauenhof	99,7 %	98,1 %	99,1 %	
Brabenderstift	100,1 %	99,6 %	99,7 %	

6.2.3 St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L.

A) Ziele der Beteiligungen

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Zum 01.01.2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH durch die Übernahme von 44,33 % der Geschäftsanteile der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH (CTW) ihre Beteiligung an der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** von bisher 49 % auf 93,33 % erhöht. Nach Umsetzung der Betriebsstättenlösung sollten bis spätestens 31.12.2015 auch die bei der CTW verbleibenden Geschäftsanteile von 6,67 % durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen werden (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 62/2013). Nach dem Vertrag über den Kauf und die Abtretung von Geschäftsanteilen der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH vom 30.10.2013 musste das Angebot zum Kauf und zur Abtretung der verbleibenden GmbH-Geschäftsanteile bis spätestens zum 31.12.2016 in notarieller Form angenommen werden. Mit Notarurkunde vom 13.10.2016 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich die restlichen, bei der CTW verbliebenen Anteile an der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH mit Wirkung zum 01.01.2016 übernommen. Der Betrieb des Krankenhauses Schleiden wurde mit allen Aktiva und Passiva mit Wirkung zum 01.01.2016 auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen. Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH stellt sich seitdem als GmbH-Mantel ohne konkreten Gesellschaftszweck dar. Die Gesellschaft wird aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 16.12.2016 liquidiert.

nachrichtlich:

In 2018 wurde die Liquidation beendet. Die Gesellschaft wurde am 24.07.2018 gelöscht.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt. Die Bekanntmachung der Auflösung wurde am 03.03.2017 im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	30.000 €	100,00 %
Summe	30.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt.

E) Zusammensetzung der Organe

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 16.12.2016 wurden die Herren Manfred Herrmann und Hermann Gemke als Geschäftsführer abberufen und gleichzeitig zu Liquidatoren bestellt.

Die Liquidatoren erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	16.471	0
Sachanlagen	0	0	8.329.764	0
	0	0	8.346.235	0
B Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	189.251	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.100	30.900	2.189.172	-2.800
Liquide Mittel	0	0	1.480.320	0
	28.100	30.900	3.858.744	-2.800
C Ausgleichsposten nach KHG	0	0	166.563	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4.425	0
Summe Aktiva	28.100	30.900	12.375.967	-2.800
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	30.000	0
Kapitalrücklage	272.483	272.483	272.483	0
Gewinnrücklagen	3.063.914	3.063.914	3.063.914	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-3.339.397	-2.532.874	-1.965.439	-806.523
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.180	-806.523	-567.435	804.343
	24.820	27.000	833.523	-2.180
B Sonderposten	0	0	3.363.358	0
C Rückstellungen	3.280	3.900	1.005.817	-620
D Verbindlichkeiten	0	0	6.411.409	0
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	761.860	0
Summe Passiva	28.100	30.900	12.375.967	-2.800

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	0	0	13.207.021	
2	Bestandsveränderungen	0	0	15.479	
3	Sonstige betriebliche Erträge	20	0	2.084.188	20
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	0	0	3.021.629	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	1.401.024	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	1.620.605	
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	0	0		
a)	Löhne und Gehälter	0	0	8.467.378	
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0	0	1.749.710	
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	0	0	466.963	
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	0	0	432.401	
8	Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0	0	61.343	
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	0	0	467.997	
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	0	0	21.629	
11	Abschreibungen	0	0	684.854	
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.041	807.423	2.356.793	-804.383
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	840	900	2.821	-60
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	56.141	
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	11.520	
16	Ergebnis nach Steuern	-2.180	-806.523	-567.435	804.343
17	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	-2.180	-806.523	-567.435	804.343

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	0	0	203	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Planbetten / -plätze	0	0	105	
davon:				
vollstationäre Betten	0	0	105	
DRG Fallpauschalen	0	0	4.457	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	0	0	3.831	Bewertungsrelationspunkte (BWR),
Casemixindex	0	0	0,837	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	0	0	74,40 %	bezogen auf vollstationäre Betten
Ø Verweildauer in Tagen	0	0	5,92	bezogen auf vollstationäre Betten

6.2.4 AmbuMed Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH bis 31.12.2016

Im Nachgang zur steuerlichen Betriebsprüfung in 2015/2016 wurde als sinnvolle bzw. notwendige Änderung die Verschmelzung der AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH herausgearbeitet (Info 235/2017). Diese Maßnahme dient insbesondere der Vereinfachung der internen administrativen Abläufe im Unternehmensverbund. Im Rahmen der notariellen Beurkundung am 05.07.2017 wurde mit Wirkung zum 01.01.2017 (Verschmelzungstichtag) das Vermögen der AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen.

nachrichtliche Angaben:

A) Ziele der Beteiligungen bis 31.12.2016

Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Träger des MVZ an der Olefmündung in Gemünd.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks bis 31.12.2016

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse bis 31.12.2016

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bis 31.12.2016

Die Ergebnisverwendung wurde auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen

E) Zusammensetzung der Organe bis 31.12.2016

Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nahm Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse standen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

a) Geschäftsführung bis 31.12.2016 Manfred Herrmann
Hermann Gemke

6.2.5 KKM Servicegesellschaft mbH bis 31.12.2016

Im Nachgang zur steuerlichen Betriebsprüfung in 2015/2016 wurde als sinnvolle bzw. notwendige Änderung die Verschmelzung der KKM Servicegesellschaft mbH mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH herausgearbeitet (Info 235/2017). Diese Maßnahme dient insbesondere der Vereinfachung der internen administrativen Abläufe im Unternehmensverbund. Im Rahmen der notariellen Beurkundung am 05.07.2017 wurde mit Wirkung zum 01.01.2017 (Verschmelzungstichtag) das Vermögen der KKM Servicegesellschaft mbH als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen. Ab diesem Zeitpunkt ist alleinige Gesellschafterin der KKM Gebäudedienste GmbH die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH.

nachrichtliche Angaben:

A) Ziele der Beteiligungen bis 31.12.2016

Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen; Serviceleistungen in dem Sinne sind Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks bis 31.12.2016

Kommunalrechtlich liegt bei der v.g. mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse bis 31.12.2016

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bis 31.12.2016

Die Ergebnisverwendung wurde auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen

E) Zusammensetzung der Organe bis 31.12.2016

Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nahm Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse standen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

a) Geschäftsführung bis 31.12.2016

Manfred Herrmann
Lothar Jentges

6.2.6 KKM Gebäudedienste GmbH

A) Ziele der Beteiligungen

KKM Gebäudedienste GmbH

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der v.g. mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter seit 01.01.2017	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KKM Gebäudedienste GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	154.235	149.741	137.719	4.494
Liquide Mittel	177.655	145.554	140.922	32.101
	331.890	295.296	278.641	36.594
Summe Aktiva	331.890	295.296	278.641	36.594
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	79.606	80.912	37.654	-1.306
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16.000	-1.306	43.258	17.306
	120.606	104.606	105.912	16.000
B Rückstellungen	37.716	69.028	55.995	-31.312
C Verbindlichkeiten	173.568	121.662	116.734	51.907
Summe Passiva	331.890	295.296	278.641	36.594

KKM Gebäudedienste GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.787.216	1.757.190	1.695.501	30.026
2	Sonstige betriebliche Erträge	3.130	4.301	0	-1.171
3	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.508.806	1.475.305	1.386.075	33.501
a)	Löhne und Gehälter	1.227.643	1.196.470	1.133.098	31.173
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	281.163	278.835	252.978	2.329
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	253.624	248.620	244.468	5.004
5	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	460	2.866	11	-2.406
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.456	35.555	21.326	-24.099
8	Ergebnis nach Steuern	16.000	-856	43.622	
9	Sonstige Steuern	0	450	364	-450
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	16.000	-1.306	43.258	17.306

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
KKM Gebäude GmbH	110	112	113	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

./.

6.2.7 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

A) Ziele der Beteiligungen

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Summe	25.050 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge erhalten.

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt (Vorsitzender)
3. Karl Vermöhlen

b) Geschäftsführung

Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhalten die Geschäftsführer von der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	35.658	6.893	10.017	28.765
Sachanlagen	46.373	37.224	43.434	9.149
	82.031	44.117	53.451	37.914
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.547.395	2.382.987	1.790.125	164.408
Liquide Mittel	598.039	344.780	344.227	253.258
	3.145.434	2.727.767	2.134.352	417.667
C Rechnungsabgrenzungsposten	8.344	6.318	5.946	2.027
Summe Aktiva	3.235.809	2.778.202	2.193.749	457.608
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.050	25.050	25.050	0
Gewinnrücklagen	610	610	610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.982.435	1.638.336	1.345.106	344.099
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	334.089	344.099	293.230	-10.010
	2.342.184	2.008.095	1.663.996	334.089
B Rückstellungen	534.630	476.260	332.663	58.370
C Verbindlichkeiten	358.996	293.847	197.090	65.149
Summe Passiva	3.235.809	2.778.202	2.193.749	457.608

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.972.297	4.561.445	3.809.606	410.852
2	Sonstige betriebliche Erträge	188.986	129.249	334.545	59.737
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	683.873	564.855	444.288	119.018
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	165.543	204.570	191.573	-39.026
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	518.330	360.285	252.714	158.044
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	2.964.707	2.665.977	2.501.436	298.730
a)	Löhne und Gehälter	2.441.612	2.193.080	2.063.429	248.532
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	523.095	472.897	438.008	50.198
5	Abschreibungen	19.310	15.573	15.184	3.737
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.181.991	1.124.380	908.572	57.612
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.506	27.524	21.835	-1.018
	davon aus verbundenen Unternehmen	26.407	27.387	21.661	-980
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	260	310	350	-50
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	337.648	347.123	296.156	
10	Sonstige Steuern	3.559	3.024	2.926	535
11	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	334.089	344.099	293.230	-10.010

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	129,75	120,5	113	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Abrechnungsfälle SGB V	386	359	345	durchschnittliche Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	298	275	255	durchschnittliche Zahl pro Monat
Tagepflegeplätze gesamt	35	35	35	Mechernich, Schleiden und Zulpich
Auslastung Tagespflege- einrichtungen gesamt	89,6 %	84,3 %	74,1 %	

7. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 01.01.2017	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400 €	12,50 %
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	3.579.200 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.07.2017 einer Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt. Gleichzeitig stimmte er der Abtretung von jeweils 2,5 % Anteilen an der RVK GmbH durch die SSB GmbH an die Stadtwerke Hürth AöR, die Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH, die Stadtwerke Brühl GmbH und die Stadtwerke Wesseling GmbH zu (V 325/2017). Die Umsetzung der gefassten Beschlüsse erfolgte bis zum 30.11.2018 noch nicht vollständig.

Gesellschafter 31.12.2017	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Stadt Köln	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	357.920 €	10,00 %
Stadtwerke Hürth AöR	89.480 €	2,50 %
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	3.579.200 €	100,00 %

Die RVK ist beteiligt an der **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln. Sie ist Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,

nachrichtlich:

Die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH hat ihren Anteil mit Wirkung zum 01.01.2018 an den Rhein-Erft-Kreis übertragen. Zum 30.07.2018 erfolgte die Übertragung des SSB-Anteils in Höhe von 2,5 % an die Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH.

Gesellschafter 30.07.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Stadt Köln	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	268.440 €	7,50 %
Stadtwerke Hürth AöR	89.480 €	2,50 %
Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH (SVE)	89.480 €	2,50 %
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Kreis	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	3.579.200 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negativen Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011). In seiner Sitzung am 25.03.2015 hat der Kreistag einer weiteren Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt (V 94/2015). Hiernach sind negative Ergebnisse der Gesellschaft durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die notarielle Beurkundung der Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte am 21.08.2015.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	120 54702	5.506.857 €	5.256.000 €	5.482.030 €

erhaltene Zahlungen (ohne Steuern) *		
2017	2016	2015
663.750 €	531.200 €	686.250 €

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1) nachgewiesen

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Hans Schmitz (SPD)

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)

Die im Berichtsjahr gewährten Aufsichtsratsbezüge belaufen sich insgesamt auf 20 T€.

c) Geschäftsführung

Eugen Puderbach

Gesamtbezüge 2017
221 T€

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Regionalverkehr Köln GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	240.175	388.376	588.751	-148.201
Sachanlagen	29.865.174	32.610.674	34.822.487	-2.745.500
Finanzanlagen	236.601	236.383	239.394	217
	30.341.950	33.235.433	35.650.633	-2.893.484
B Umlaufvermögen				
Vorräte	139.010	158.984	186.152	-19.974
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.048.579	5.812.477	6.595.723	1.236.103
Liquide Mittel	11.371.090	11.881.753	12.657.122	-510.662
	18.558.679	17.853.213	19.438.997	705.466
C Rechnungsabgrenzungsposten	80.934	81.970	102.384	-1.036
Summe Aktiva	48.981.563	51.170.616	55.192.014	-2.189.053
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	
Kapitalrücklage	6.510.207	6.594.207	6.258.207	-84.000
Gewinnrücklagen	710.470	710.470	710.470	0
Bilanzgewinn	1.121.964	4.337.265	3.871.760	-3.215.300
	11.563.922	14.863.222	14.061.717	-3.299.300
B Sonderposten	2.749.146	5.169.764	7.122.340	-2.420.618
C Rückstellungen	7.688.532	5.831.873	10.650.790	1.856.659
D Verbindlichkeiten	26.480.525	24.749.252	22.884.400	1.731.273
E Rechnungsabgrenzungsposten	499.438	556.505	472.768	-57.067
Summe Passiva	48.981.563	51.170.616	55.192.014	-2.189.053

Konzern Regionalverkehr Köln - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	240.177	388.378	588.753	-148.201
Sachanlagen	29.866.320	32.612.219	34.824.553	-2.745.899
Finanzanlagen	9.601	9.383	12.394	217
	30.116.098	33.009.980	35.425.701	-2.893.882
B Umlaufvermögen				
Vorräte	139.010	158.984	186.152	-19.974
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.104.851	5.841.442	6.608.650	1.263.409
Liquide Mittel	11.542.246	12.267.163	13.496.988	-724.917
	18.786.107	18.267.589	20.291.790	518.518
C Rechnungsabgrenzungsposten	82.478	85.366	107.633	-2.888
Summe Aktiva	48.984.683	51.362.935	55.825.124	-2.378.253
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	
Kapitalrücklage	6.507.336	6.591.336	6.255.336	-84.000
Gewinnrücklagen	710.944	710.944	710.944	0
Bilanzgewinn	1.139.056	4.354.357	3.888.852	-3.215.300
	11.578.616	14.877.917	14.076.412	-3.299.300
B Sonderposten	2.749.146	5.169.764	7.122.340	-2.420.618
C Rückstellungen	8.504.909	6.606.256	11.276.173	1.898.653
D Verbindlichkeiten	25.652.573	24.152.493	22.877.431	1.500.079
E Rechnungsabgrenzungsposten	499.438	556.505	472.768	-57.067
Summe Passiva	48.984.683	51.362.935	55.825.124	-2.378.253

Regionalverkehr Köln GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	70.164.240	67.505.315	67.426.541	2.658.925
2	Sonstige betriebliche Erträge	20.497.660	21.015.941	16.201.285	-518.281
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	54.761.169	51.168.456	47.832.381	3.592.713
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.661.410	5.171.994	5.523.260	489.416
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.099.759	45.996.462	42.309.121	3.103.297
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	19.018.259	19.732.579	20.135.795	-714.320
a)	Löhne und Gehälter	15.709.279	16.452.133	16.721.847	-742.853
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.308.979	3.280.446	3.413.949	28.533
5	Abschreibungen	7.235.371	7.197.875	7.153.521	37.496
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.607.122	8.399.802	7.407.028	207.321
7	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Erträge aus Gewinnabführung	25.464	21.131	18.663	4.332
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2.867	7.882	-2.867
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.259.348	579.806	596.418	1.679.542
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
12	Ergebnis nach Steuern	-1.193.905	1.466.736	529.227	-2.660.642
12	Sonstige Steuern	26.235	39.422	26.151	-13.187
13	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	-1.220.140	1.427.314	503.076	-2.647.454
14	Gewinnvortrag	1.837.265	1.871.760	3.185.993	-34.495
15	Entnahme aus Kapitalrücklage	504.839	1.038.191	182.691	-533.351
16	Bilanzgewinn	1.121.964	4.337.265	3.871.760	-3.215.300

Konzern Regionalverkehr Köln - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	68.036.384	65.461.735	65.296.902	2.574.649
2	Sonstige betriebliche Erträge	20.575.928	21.059.527	16.268.177	-483.600
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	36.154.747	34.430.162	33.075.665	1.724.586
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.612.949	5.123.273	5.474.251	489.676
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	30.541.798	29.306.889	27.601.414	1.234.909
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	35.355.147	34.271.164	32.631.482	1.083.983
a)	Löhne und Gehälter	29.314.977	28.570.890	27.168.429	744.087
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.040.170	5.700.274	5.463.053	339.895
5	Abschreibungen	7.235.770	7.198.396	7.154.089	37.374
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.790.550	8.574.661	7.583.824	215.889
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2.867	7.882	-2.867
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.269.842	582.851	598.599	1.686.992
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	-1.193.745	1.466.896	529.301	
10	Sonstige Steuern	26.395	39.582	26.225	-13.187
11	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	-1.220.140	1.427.314	503.076	-2.647.454

Lagebericht und Konzern-Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2018 herrscht in Politik und Wirtschaft nach wie vor verhaltener Optimismus. Es wird für Deutschland zwar mit einem etwas geringerem Wirtschaftswachstum als 2017 (2,3 %), aktuell in einer Höhe von etwa 1,9 %, gerechnet. Dies wird im Kern mit der veränderten Zollpolitik der USA und anderer Staaten begründet. Die Binnennachfrage wird jedoch weiterhin durch die bislang noch lockere Geldpolitik der EZB, die infolge dessen sinkende Sparneigung der Verbraucher, die immer noch moderate Inflationsrate und die kräftigen Realloohnerhöhungen der Jahre 2014 bis 2018 stimuliert. Auch die Exportwirtschaft rechnet weiterhin mit Wachstum, obwohl der seit etwa einem Jahr stärkere Euro, die Wachstumsprognose ebenfalls beeinflusst hat.

Die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute haben in ihrem Frühjahrsgutachten Mitte April 2018 deutlich gemacht, dass sich der weltweite Konjunkturzyklus in einer Spätphase befindet. Weltweit um sich greifender Protektionismus, heftige Handelskonflikte der USA mit China, Kanada und der EU („Strafzölle“), steigende Rohstoffpreise (z.B. Öl), Straffung der Geldpolitik durch die Zentralbanken, ungelöste Infrastrukturprobleme und der Fachkräftemangel sind geeignet, die Konjunktur weltweit und auch in Deutschland zu dämpfen.

Eine etwas höhere Verbraucherpreis-Inflation ist in Deutschland bereits seit dem Jahreswechsel 2016/2017 wieder Thema. Lag die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2016 noch bei 0,5 %, so stiegen die Preise im Jahre 2017 um 1,8 % und damit auf den höchsten Stand seit 2012. Hauptpreistreiber waren allerdings 2017 nicht die Energiepreise (+ 1,3%), sondern die Nahrungsmittelpreise (+ 3,0%). Ursache hierfür ist, dass der deutlich gestiegene Ölpreis (in USD) wegen der deutlichen Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro nicht voll auf die Preise durchschlug.

Die durchschnittliche Inflationsrate für 2018 wird mit 1,8% (Quelle: BMWi April 2018) prognostiziert.

Arbeitsmarktbezogene Rahmenbedingungen

Die Arbeitsmarktentwicklung verlief im Jahr 2017 ausgesprochen positiv, aufgrund der guten Wirtschaftslage sogar noch deutlich besser als erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen hat im Jahr 2017 um weitere 158 T Personen abgenommen. Im Jahresdurchschnitt 2017 waren 2,53 Millionen Menschen arbeitslos. Dies ist der niedrigste Wert seit 1990. Die Arbeitslosenquote ging dadurch um 0,4 Punkte auf 5,7 % im Jahresdurchschnitt zurück.

Nachdem die Arbeitslosigkeit in Deutschland binnen zwölf Jahren um fast 2,5 Millionen Menschen zurückgegangen ist, sind die jetzt noch verbliebenen Arbeitslosen allerdings nur sehr schwer vermittelbar. Insbesondere die 850 T Langzeitarbeitslosen. Sehr viele Arbeitslose entsprechen in keiner Weise den Anforderungen der Unternehmen. Ganz besonders gilt dies für die vielen Geringqualifizierten (ohne Schulabschluss und/oder Ausbildung, oftmals aus Migrantenfamilien) und für die über 50 Jahre alten Langzeitarbeitslosen (vor allem in den neuen Bundesländern), von denen zwei Drittel bereits sehr mehr als vier Jahren „Hartz IV“ beziehen.

Offene Stellen wurden deshalb schon seit 2010 überwiegend nicht mehr durch Arbeitslose, sondern durch Zuwanderer und vor allem durch neu in den Arbeitsmarkt eintretende Frauen besetzt, deren Erwerbstätigkeitsquote in den letzten 15 Jahren von 59 % auf 71 % gestiegen ist.

Auf diese Weise konnte die Zahl der Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Beamte, Soldaten und Selbstständige) im Dezember 2017 mit 44,6 Millionen einen neuen Rekordwert erreichen, was einen Zuwachs um 650 T gegenüber 2016 ausmacht. Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten ist zum Ende 2017 gegenüber 2016 um etwa 700 T auf 32,4 Millionen gestiegen.

Die Erwerbstätigkeitsquote (das ist der Anteil an Personen im Alter zwischen 20 und 66, die in Vollzeit- oder Teilzeit erwerbstätig sind) ist im Jahre 2017 auf 80 % gestiegen und damit auf einen europäischen Spitzenwert, gemeinsam mit Schweden.

Demografieentwicklungsabhängige Rahmenbedingungen

In den vergangenen 20 Jahren ging es vielen Arbeitgebern häufig um mehr „Flexibilität“ am Arbeitsmarkt und um möglichst geringe Personalkostensteigerungen. Themen wie abgesenkte Vergütungen für Neueinstellungen, Lockerung des Kündigungsschutzes, erleichterte Befristungsmöglichkeiten, Fremdvergaben an billiger arbeitende Subunternehmer, Fremdvergaben über Werkverträge, Einsatz von Leiharbeitnehmern usw. beherrschten jahrelang die Agenda in den Unternehmen.

Seit etwa vier Jahren ändert sich jedoch die Perspektive in der Personalpolitik zunehmend. Der demografiebedingt in den nächsten 15 Jahren immer größer werdende Arbeitskräftemangel (die besonders geburtenstarken „Baby-boomer“-Jahrgänge gehen dann sukzessive in Rente und müssen durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus wesentlich geburtenschwächeren Jahrgängen ersetzt werden). Insbesondere der schon heute in vielen Bereichen bestehende Fachkräftemangel zwingt die Unternehmen daher zu einem grundlegenden Umdenken.

Der Fachkräftemangel betrifft zwar derzeit noch nicht alle Branchen, er weitet sich allerdings immer schneller aus. Die deutsche Wirtschaft sucht derzeit mehr als eine Million neue Arbeitskräfte für offene Stellen, jedes zweite Unternehmen ist betroffen.

Das staatliche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rechnet für die nächsten 20 Jahre mit einem Rückgang der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von heute 45,8 Millionen auf 39,8 Millionen, wenn keine Zuwanderung von Arbeitskräften erfolgt. Ausgeglichen werden könnte dieser Verlust nur durch eine Zuwanderung von 350 T Arbeitskräften jährlich, was wenig realistisch erscheint.

Auch in unserer Verkehrsbranche greift dieses Problem um sich. Es fehlen Lokführer, Zugbegleiter, Mechatroniker, Busfahrer, Ingenieure, IT-Techniker, Elektrotechniker und qualifizierte Handwerker. Bei Lokführern beträgt die Zeitspanne bis zur Neubesetzung einer Stelle inzwischen mindestens 6 Monate. Der Personalmangel führt in vielen Unternehmen zu erheblichen Überstundenleistungen durch die Belegschaft, die als langfristige Dauererscheinung mit den vermehrten Freizeitwünschen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kollidieren und daher zunehmend zu entsprechenden Entlastungsforderungen, auch seitens der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen, führen.

Es wird daher in den nächsten 20 Jahren mit Sicherheit viel intensiver als in den vergangenen 20 Jahren darum gehen, vorhandene qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lange an das Unternehmen zu binden und neue, qualifizierte Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu gewinnen oder, in deutlich größerem Umfang als bisher, selbst umfassend qualifiziert auszubilden.

Zunehmend schwierige Zeiten stehen also für die im Wettbewerb um immer weniger Fachkräfte stehenden Arbeitgeber bevor. Und das ist nur die eine Seite der Medaille. Dieser durch eine klar absehbare demografische Entwicklung bedingte Perspektivwechsel wird auch die künftige Tarifpolitik auf der Ebene „Arbeitgeber/Gewerkschaften“ nachhaltig beeinflussen. Es ist nicht zu erwarten, dass die beschriebene Arbeitsmarktentwicklung zu sonderlich moderaten Personalkostensteigerungen, aufgrund geringer gewerkschaftlicher Forderungen bei der Vergütungsanhebung, führen wird.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen ist weiterhin dadurch geprägt, dass die Verkehrsunternehmen und ihre Eigentümer bzw. die Aufgabenträger, den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen folgend Vorbereitungen für EU-rechtskonforme Beauftragungen treffen. Gleichzeitig befinden sich die Strukturen des Nahverkehrsmarktes in einem Veränderungsprozess.

Das sich nähernde Ende der Übergangsfrist der EU-VD (EG) 1370/2007 führt zu verstärkten Aktivitäten sowohl im Ausschreibungsbereich als auch zu Direktvergaben von Personenverkehrsdiensten. Die nicht immer eindeutige Rechtslage (bedingt durch Auslegungsspielräume der maßgeblichen EU-VO (EG) 1370/2007) führt bundesweit zu einer Fülle von vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren.

Die grundsätzliche Wahlfreiheit der ÖPNV-Aufgabenträger zur Gestaltung der Personenverkehrsdienste, indem sie sich zwischen der Finanzierung durch öffentliche Dienstleistungsaufträge oder durch allgemeine Vorschriften entscheiden können, wurde in Nordrhein-Westfalen durch Änderung des § 11 a ÖPNVG bestärkt.

Hierzu sind zwischenzeitlich Entscheidungen ergangen. Demnach steht es wie in der Vergangenheit im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt.

Die RVK sieht daher weiterhin verstärkt die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen dem RVK-Konzern und ihren Gesellschaftern.

Zu beachten sein wird künftig insbesondere die EU-Verordnung 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr und die mit Wirkung zum 01. Januar 2013 erfolgte Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Im Hinblick auf die für die künftige Finanzierung des ÖPNV maßgeblichen Vorgaben der EU-VD 1370/2007 hat die RVK in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschaftern Vorbereitungen zur Sicherstellung einer Direktvergabefähigkeit begonnen. Hierzu ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK unter Berücksichtigung der Vorgaben der EU-VD 1370/2007 erfolgt.

Zwischenzeitlich ist ein Öffentlicher Dienstleistungsauftrag durch den Rhein-Sieg-Kreis an die RVK erarbeitet worden. Gegen die Vorabbekanntmachung für einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK wurde ein Nachprüfungsverfahren in Gang gesetzt, das in erster Instanz (Vergabekammer Rheinland) zur Untersagung der Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages an die RVK durch den Rhein-Sieg-Kreis geführt hat. Gegen die Beschlüsse der Vergabekammer vom 29. April 2016 sind sofortige Beschwerden beim OLG Düsseldorf eingelegt worden. Mit Beschluss des Vergabesenats des OLG Düsseldorf am 3. Mai 2017 wurden dem europäischen Gerichtshof Vorlagefragen gestellt, welche die Einhaltung des Kontroll- und des Tätigkeitskriteriums bei der Direktvergabe des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK betreffen. Aufgrund des erwarteten Zeitlaufes bis zu einer Entscheidung des EuGH fährt die RVK derzeit die Fahrleistungen im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis auf der Basis einer Notmaßnahme nach Art. 5 Abs. 5 der VD 1370/2007 und einstweiligen Erlaubnissen nach PBefG. Eine mündliche Verhandlung des Verfahrens vor dem EUGH fand am 31. Mai 2018 statt. Da der Antrag des Generalanwaltes der EU erst für den 13. September 2018 angekündigt ist, ist mit einem Urteil des EUGH erst im vierten Quartal 2018 zu rechnen.

Die Vorabbekanntmachungen des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Kreises Euskirchen zu einer Direktvergabe an die RVK wurden ebenfalls vor der Vergabekammer angegriffen und erstinstanzlich durch Beschlüsse die Vergabe untersagt. Auch hierzu wurden seitens der Aufgabenträger sofortige Beschwerden eingereicht. Es wird damit gerechnet, dass das OLG Düsseldorf diese erst im Lichte des Urteils des EUGH entscheiden wird.

Zur Sicherung der durch die Stadtbusgesellschaften Euskirchen, Hürth, Brühl und Wesseling beauftragten Verkehre wurden Beschlüsse zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK gefasst, um eine Beteiligung der Stadtbusgesellschaften an der RVK zu ermöglichen und damit die Vergabe der Aufträge im Wege der Inhouse-Vergabe zu ermöglichen. Der Erwerb von Anteilen an der RVK wurde durch ein Kaufangebot der SSB-GmbH über vier Anteile zu je 2,5 % eingeleitet. Die Stadtwerke Hürth haben einen Anteil von 2,5 % erworben.

Zwischenzeitlich hat die Kölner Verkehrsbetriebe AG ihren Anteil von 12,5 % - mit Wirkung ab 09. November 2017 - an die Stadt Köln und die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft ihren Anteil von 12,5 % - mit Wirkung ab 01. Januar 2018 - an den Rhein-Erft-Kreis abgetreten.

Unverändert betreibt die RVK GmbH Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen - im Wesentlichen Gesellschafter der RVK - erbracht.

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifrahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) eingebunden. Tarifgestaltung und Ticketangebot innerhalb des aktuellen Tarifrahmens entsprechen jedoch nicht (mehr) den Anforderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes, also, eines an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung im Verkehrsgebiet der RVK orientierten, Systems. Insbesondere die zu erwartenden oder bereits eingetretenen demografischen Veränderungen in den eher ländlich strukturierten Bereichen unserer Region, machen ein weitgehend nachfrageorientiertes Nahverkehrsangebot notwendig, wenn das Ziel, allen Menschen, ganz gleich in welcher Lebenssituation oder welchen Alters, einen Zugang zum öffentlichen Verkehrsangebot zu sichern, umsetzbar bleiben soll.

Hierzu sind intelligente Vertriebslösungen, wie z.B. der „Ticket- und bargeldlose Zugang“ seitens der Verkehrsunternehmen ebenso erforderlich wie Öffnungsklausel im Rechtsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen (BQ Kraft), die es z.B. ermöglichen „ad hoc-Haltestellen“ einzurichten oder die Anforderungen an das einzusetzende Verkehrsmittel zu flexibilisieren.

Geschäftsverlauf

Die Gesamtfahrleistungen sind im Berichtsjahr 2017 im RVK-Konzern gestiegen und umfassen insgesamt 27,04 Mio. Km (Vorjahr 26,44 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren des Unternehmens sind die Linienverkehre nach § 42 PBefG und die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen, da mit diesen Leistungen rd. 94% des gesamten Beschäftigungsvolumens generiert werden. Bei beiden Verkehren ist im Geschäftsjahr 2017 ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG 0,65% (+74 Tkm) auf insgesamt 11.541 Tkm und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen 2,34% (+315 Tkm) auf insgesamt 13.743 Tkm.

Eine Minderung hat sich bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 3,91% (-1 Tkm) gesunken. Bei den TaxiBus-Leistungen ist ein Zugang zu verzeichnen. Dieser beträgt 20,28% (+246 Tkm) und ist im Wesentlichen begründet durch eine gestiegene Nachfrage und eine Ausdehnung des vorhandenen Angebotes. Im Bereich der Verkehre nach der Freistellungsverordnung ist eine Minderung um 23,10% (- 29 Tkm) festzustellen. Diese ist im Wesentlichen begründet durch entsprechende Leistungsminierungen bei den Schülerverkehren Bedburg, Bergheim und Pulheim. Eine geringfügige Steigerung in Höhe von 0,99 % (+35 Km) ist bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG eingetreten.

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK den jeweiligen Aufgabenträgern Gestaltungen des Busfahrleistungsangebots anregen, ggf. durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder Taxi Bus) ergänzt. Zudem werden zusätzliche Angebote zur Sicherstellung der Mobilität - wie z.B. E-Bike-Angebote - konzipiert bzw. umgesetzt. Bei entsprechender Berücksichtigung in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften und entsprechender Beschlusslage des jeweiligen Aufgabenträgers wird die RVK diese Angebote umsetzen. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Ein Schwerpunkt der konzeptionellen und operativen Vorbereitungen lag in der Sicherstellung emissionsfreier Transportmittel, insbesondere der Brennstoffzellen-Hybridtechnik (Wasserstoffbusse). Die hierzu zwischenzeitlich erfolgten Förderbescheide in erheblicher Höhe werden im Verlauf der Geschäftsjahre 2019 und 2020 zum Aufbau einer umfassenden Flotte von Wasserstoffbussen nebst Infrastruktur genutzt.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2017 kann zusammenfassend als insgesamt positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen sind im Berichtsjahr lediglich auf Ebene der Muttergesellschaft in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen und in einem Umfang von ca. 4.887 T€ getätigt worden.

Das Investitionsvolumen auf Konzernebene beträgt somit ebenfalls 4.887 T€. Die Investitionen wurden überwiegend im Bereich Busbeschaffung (3.465 T€) und Abfertigungssystem AVIS (1.125 T€) getätigt. Die finanziellen Mittel im Konzern sind im Vorjahresvergleich um 725 T€ gesunken. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Minderung 511 T€.

Wesentliche Rückstellungen sind im Anhang erläutert.

Im Vorjahresvergleich ist die Höhe der Bilanzsumme um 2.378 T€ auf 48.985 T€ gesunken. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um 2.189 T€ auf 48.982 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2017 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 25,04% (Vorjahr 32,21%). Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) 25,01 % (Vorjahr 32,31%).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgt grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, sowie aus Abschreibungen und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung.

Bei den in Vorjahren in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung und für das Bauvorhaben in Meckenheim ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 3.108 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 18.070 T€. Dieser Schuldenstand betrifft nur die Muttergesellschaft.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht - auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Berichtsjahr 2017 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	8.308	1.661
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-4.762	-4.271
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-4.057	1.835
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-511	-775
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11.882	12.657
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	11.371	11.882

Ertragslage

Das positive Betriebsergebnis 2017 in Höhe von rd. 1.076 T€ (Muttergesellschaft 1.040 T€) ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis.

Im Finanzergebnis wird ein negativer Wert in Höhe von 2.270 T€ (Muttergesellschaft 2.260 T€) ausgewiesen. Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen geprägt durch eine risikobasierte und handelsrechtlich gebotene Rückstellung für die Zahlung von Zinsen zur Umsatzsteuer für die Jahre 2011- 2015 in Höhe von 1.750 T€, sowie lfd. Zinszahlungen im Rahmen der bestehenden Investitionsdarlehen.

Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2017 ein Jahresfehlbetrag von 1.220 T€ (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe).

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Eine Steigerung in Höhe von insgesamt ca. 2.575 T€ auf 68.036 T€ ergibt sich im RVK-Konzern bei den Umsatzerlösen. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Steigerung 2.659 T€ auf 70.164 T€ und ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen und der Einnahmen im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG.

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG eine Steigerung zu verzeichnen (+3,33%). Bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG ergibt sich eine Minderung (-14,95%). Beim freigestellten Schülerverkehr ist ebenfalls eine Minderung festzustellen (-18,52 %). Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind im Vorjahresvergleich gestiegen (+5,12 %).

Eine Minderung um 15 T€ (-2,02%) - nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen - ist bei den Abgeltungen nach SGB IX festzustellen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.598 T€ (-1.48%).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 3.062 T€ auf 87.536 T€ erhöht. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um 3.123 T€ auf 89.622 T€.

Eine Zunahme ergibt sich auf Konzernebene auch bei den Personalkosten. Diese beträgt insgesamt 1.084 T€. Bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 714 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Steigerung um insgesamt 30 Personen (RBR +46, RVK -16).

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 1.725 T€ gestiegen. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 3.593 T€, welche im Wesentlichen durch entsprechende Zunahmen im Bereich der Auftragsunternehmerleistungen, der Vergütung für bezogene Personaldienstleistungen und des Dieseleinkaufs begründet ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 216 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 207 T€ gestiegen.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 435 T€ aufgewendet.

Zinserträge konnten aufgrund der im Geschäftsjahr 2017 durchgängig zu zahlenden Negativzinsen nicht mehr erwirtschaftet werden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose- Chancen- und Risikobericht

Situation im Rhein-Erft-Kreis

Nachdem die seit Dezember 2015 zwischen der REVG und der RVK geführten Gespräche über Möglichkeiten einer weiterhin gemeinsamen Leistungserbringung des Linienverkehrs im Rhein-Erft-Kreis nicht zu einer Fortsetzung führten, teilte der Landrat des Rhein-Erft-Kreises im Oktober 2017 dem Geschäftsführer der RVK mit, der Kreisausschuss des Rhein-Erft-Kreises (REK) habe am 28. September 2017 mehrheitlich beschlossen, den Busverkehr im REK ab dem Jahr 2019 grundlegend neu zu gestalten. Hierzu solle die jetzige Management-Gesellschaft REVG zu einem Verkehrsunternehmen mit eigenem Betrieb ausgebaut werden.

Bereits im Dezember 2016 hatte die REVG den seit 24. Februar 1999 gültigen und in der Folgezeit modifizierten Fahrleistungsvertrag mit der RVK zum 31. Dezember 2018 gekündigt. Daraufhin hat die RVK die Bezirksregierung Köln schriftlich auf die mit der Vertragskündigung einhergehenden genehmigungsrechtlichen und betrieblichen Auswirkungen hingewiesen. Am 29. September 2017 hat die REVG gegenüber der Bezirksregierung erklärt, dass sie den Betrieb mit allen Rechten und Pflichten ab 01. Januar 2019 als Verkehrsunternehmen ohne RVK betreiben werde und alle Linienverkehrsgenehmigungen nur noch der REVG erteilt werden sollen.

Damit ergab sich die Notwendigkeit des teilweisen Rückzugs der RVK aus dem REK unter Wahrung der Interessen der Stadtbusstädte Hürth, Wesseling und Brühl, deren Bedienung weiterhin sichergestellt werden muss.

Bereits zum Oktober 2016 wurde der Betriebshof in der Kreisstadt Bergheim aufgegeben und erforderliche Stellflächen und Büroräumlichkeiten für die Abwicklung des Fahrleistungsauftrages der REVG und der Stadtbusstädte auf dem Betriebshof der Fa. Schilling Omnibusverkehr GmbH (SOV) angemietet. Des Weiteren werden zum Fahrbetrieb erforderliche betriebsnahe Dienstleistungen von der Fa. SOV in Anspruch genommen.

Diese hierzu erforderlichen Miet- und Dienstleistungsverträge wurden im Hinblick auf die Vertragslaufzeit des REVG-Fahrleistungsauftrages alle bis zum 31. Dezember 2018 befristet abgeschlossen und enden mit dem Vertragslaufzeitende des Fahrleistungsvertrages mit der REVG zum 31. Dezember 2018. Ebenso wurden die Mietverträge für Bürocontainer entsprechend befristet.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen bleibt festzustellen, dass der Fahrleistungsauftrag der RVK für die REVG zwar rd. ein Drittel des Gesamtleistungsvolumens der RVK ausmacht. Von diesem Drittel aber nur rd. 45% der Fahrleistungen von der RVK selbst mit eigenem Personal und eigenen Betriebsmitteln (Fahrzeuge, Betrieb, Wartung, Niederlassung) erbracht werden. 55% der Fahrleistungen im REK werden durch von der RVK beauftragte Auftragsunternehmer aus dem Mittelstand des Rhein-Erft-Kreises und Umgebung erbracht und sind damit im wirtschaftlichen Ergebnis der REVG als durchlaufende Posten (bis auf einen Gewinnzuschlag) zu betrachten. Insofern macht der Teil der Eigenerbringung der RVK, durch welchen Personal und Betriebsmittel gebunden und finanziert werden müssen, nur 15% des Gesamtvertragsvolumens der RVK aus.

Aufgrund eines deutlichen Unterbestandes an Fahrpersonal im RVK-Konzern, den Verpflichtungen, mindestens 50+x% eigene Fahrleistungen in den „ÖDA-Kreisen“ Euskirchen, Rhein-Berg und Rhein-Sieg durch die RVK/RBR selbst erbringen zu müssen, erhebliche Fahrleistungssteigerungen für mehrere unserer Gesellschafter und einer um 2,5% gestiegenen Krankenquote sowie dem Umstand, dass auch außerhalb des Konzerns ein erheblicher Mangel an Fahrpersonal besteht, ist mit großer Wahr-

scheinlichkeit im Fahrbetrieb kein Personalüberhang zu erwarten. Insofern besteht der Restrukturierungsbedarf im Wesentlichen nur für die Hauptverwaltung und die betriebsnahen Verwaltungsdienste, da sich diesbezügliche Kosten nicht proportional zu den zurückgehenden Fahrleistungen verhalten.

Für das Jahr 2017 (Jahresabschluss) wurde der Aufwand für die Leistungsabwicklung der REVG (alle Kosten außerhalb des eigentlichen Fahrbetriebes) mit 3.450 T€ angesetzt. Auf die Personalkosten entfallen 2.530 T€ und auf die Sachkosten rd. 920 T€.

Somit wird die Höhe der remanenten Kosten als Kalkulationsgrundlage für die zwingend erforderliche Restrukturierung auf der Basis der Jahresrechnung 2017 in Höhe von 3.450 T€ festgestellt.

Die REVG hat die RVK nach Kündigung des Fahrleistungsvertrages um die Erbringung von technischen Dienstleistungen für den Produktivbetrieb in erheblichem Umfang und Abgabe entsprechender Angebote gebeten. Die RVK hat Dienstleistungsangebote in einer Gesamtsumme von rd. 1.300 T€/Jahr für einen Zeitraum von fünf Jahren unter Berücksichtigung folgender wesentlicher Einflussfaktoren abgegeben:

1. Vermeidung von remanenten Kosten,
2. Anforderungen aus den übrigen Fahrleistungsaufträgen der RVK, insbesondere bestellte oder beabsichtigte Mehrleistungen
3. Zukünftige Personalsituation unter Beachtung der natürlichen Fluktuation im Bereich der RVK-Hauptverwaltung,
4. Beachtung von Wirtschaftlichkeitsaspekten,
5. Öffentliche Aufgabenerfüllung der Verkehrsbedienung im REK nicht durch Verweigerungshaltung der RVK gefährden.

Die REVG hat die Annahme der Angebote zwischenzeitlich bestätigt, ebenso wie die Gremien der RVK. Die Erträge aus den Dienstleistungsverträgen mit der REVG fließen in den über einen Fünfjahreszeitraum entwickelten Restrukturierungsplan ein und sind gemeinsam mit weiteren Maßnahmen (z. B. Umsetzung der Organisationsuntersuchung) Teil der Restrukturierung. Der Plan sieht die stufenweise Eliminierung der remanenten Kosten nach erfolgreicher Restrukturierung zum 31. Dezember 2023 vor.

Zukunftskonzepte für die Mobilitätsversorgung der ländlichen Region

Die durch die RVK seit 2008 initiierten Zukunftsprojekte, welche sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels in den Städten und Gemeinden unserer Region beschäftigen, wurden auch im Jahr 2017 fortgeführt.

Hierbei handelte es sich sowohl um die auf spezifische kommunale Interessen angelegte Untersuchungsreihe „Mobilitätssicherung und sichere Mobilität älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen (MoSiM)“ als auch um die Untersuchung „Regionale Mobilitätssicherung 2030 (RegioM)“.

Im Sinne der Übertragbarkeit von Einzelmaßnahmen aus RegioM auf andere Kommunen steht die Palette der Maßnahmensteckbriefe zur Überprüfung der Adaptierbarkeit im Mittelpunkt der weiteren Projektumsetzung. Die RVK begleitet die weiteren Schritte in ihrem Bedienungsgebiet und auf Anfrage auch darüber hinaus.

Die Untersuchungsreihe „MoSiM“ wurde fortgesetzt. Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurden in der Stadt Rösrath in 2015 Maßnahmen aus der in 2014 abgeschlossenen Untersuchung umgesetzt. Weitere Maßnahmen folgten in den Städten Rösrath und Bergisch Gladbach (u.a. der Bensberger Stadthüpfen) in 2016.

In der Stadt Wermelskirchen ist die in 2015 begonnene MoSiM-Untersuchung ebenfalls in 2016 abgeschlossen worden. Sowohl infrastrukturelle Maßnahmen, wie Aufwertung von Haltestellen, als auch verkehrliche Verbesserungen durch Taktverdichtungen und Ausweitung des Angebotes, insbesondere durch Taxibusverkehre, sind in 2016 begonnen und 2017 abgeschlossen worden.

Mit Unterstützung und Begleitung der RVK ist in 2017 im RBK in der Gemeinde Kürten eine „MoSiM“-Studie begonnen und abgeschlossen worden. Auch wenn Kürten nur zu einem geringen Teil (Linie 454, Bensberg - Sechen) im Bedienungsgebiet der RVK liegt, hat der Aufgabenträger RBK die RVK beauftragt, die über Jahre gewonnenen Erfahrungen auch in den von der wupsi bedienten Gebieten des RBK einzubringen und gemeinsam mit der wupsi zu begleiten. Dies trifft auch für die Gemeinde Odenthal und die Stadt Burscheid zu, für die ebenfalls diese Studien geplant bzw. bereits begonnen wurden.

Darüber hinaus hat sich die RVK mit einem eigenen Projektbeitrag an dem gemeinsam vom Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis ins Leben gerufenen Leader-Wettbewerb beteiligt. Im Projektraum des Bergischen Talsperrenlandes wird ein (Fahrrad-)Busverkehr (Titel: Bergischer Fahrrad-Bus) angeboten, der sowohl für Wanderer als auch für Rad- und Mountainbiker die Freizeitwege um die „Große Dhünn-Talsperre“ und die Talsperren des Wasserkreuzes erschließt und somit die Erreichung des jeweiligen Ausgangspunktes garantiert. Über den Antrag wurde im Rahmen des Leader-Wettbewerbs im November 2016 durch die Jury positiv entschieden. Nach einer nur halbjährigen Vorlaufzeit ist der Bergische FahrradBus am 01. Juli 2017 sehr erfolgreich gestartet und hat eine überaus positive erste Erfolgsetappe absolviert.

Der Einsatz von an die Nachfrage angepassten Midi-Bussen (Stadthüpfen, Landhüpfen, Berghüpfen) im linksrheinischen Teil des Rhein-Sieg-Kreises ist für alle Beteiligten (Fahrgäste, Kommunen, Kreis, RVK) ein Erfolg. Teilweise musste das Angebot innerhalb der Kommunen wegen der großen Nachfrage be-

reits ausgeweitet werden. Weitere nachfrageorientierte Mobilitätsangebote oder Mobilitätssysteme sind bzw. werden im Rhein-Sieg-Kreis und im benachbarten Kreis Euskirchen bereits konzipiert und sollen möglichst bis Ende 2019 zum (Erprobungs)-Einsatz kommen.

Umweltschutz und Ressourcenschonung

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Ebenfalls beinhaltet dies die ständige Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben. Somit wurden die Forderungen der europäischen Richtlinie der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes und des daraus entstandenen Bundesgesetzes (EDG-L) an allen Standorten (Hauptverwaltung, eigene bzw. angemietete Betriebshöfe, KundenCenter) bis zum Ende des Jahres 2016 umgesetzt. Die RVK hat nach externen Audits durch die TÜV-Rheinland GmbH im September 2016 ein zertifiziertes Energiemanagement nach ISO 50001.

Konzernweit wurde, in enger Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge getroffen, um Notfälle zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet, transparent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeit zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen jeweils die höchste Umweltnorm, aktuell die Schadstoffklasse Euro 6, einhalten.

Im Jahr 2018 wird der Fuhrpark um bis zu neun zusätzliche Midi-Busse erweitert. Diese Fahrzeuge werden auf neuen Linien mit niedriger Fahrgastnachfrage eingesetzt. Durch das geringere Gewicht wird erheblich weniger Kraftstoff verbraucht. Dies ist ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz. Dieser Weg der stetigen Verbesserung der Umweltbilanz soll auch in Zukunft konsequent weitergegangen werden.

Projektumsetzung „Firmen-PKW mit alternativen Antriebsarten“

Die zehn Fahrzeuge mit alternativen Antrieben (Batterieelektrisch oder Brennstoffzelle) werden weiterhin im Unternehmen eingesetzt. Die Verträge zur kostenfreien Nutzung der zwei FORD-Transit Connect Electric wurden bis Ende 2018 verlängert. Sollte sich ein machbares Förderszenario darstellen, werden batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge nach Ablauf der Verträge gegen Brennstoffzellenfahrzeuge getauscht.

Energetische Sanierung der Niederlassungen

Um unser gestecktes Umweltziel zu erreichen, sind bereits die Niederlassungen Wermelskirchen und Meckenheim energetisch saniert worden. Dazu wurde auf die Fassade eine dem Untergrund entsprechende Wärmeisolierung aufgebracht und verputzt. Ebenso wurden die Fenster (wenn notwendig) erneuert und das Dachgeschoss isoliert. Somit kommen wir unseren Umweltzielen einen Schritt näher und es wird durch die Einsparung von Energie (Gas und Strom) auch eine Amortisation erreicht. Die Sanierung der Niederlassung Euskirchen ist ein erklärtes Ziel in 2018.

Projektumsetzung Wasserstoff-Brennstoffzellen-Hybridbusse

Um die angestrebten Klimaschutzziele des Unternehmens erreichen zu können, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, ab 2030 ausschließlich emissionsfreie bzw. klimaneutrale Fahrzeuge anzuschaffen. Parallel zu diesen Bemühungen soll die benötigte Infrastruktur aufgebaut sowie bereits bis 2030 eine signifikante Anzahl an Null-Emissions-Fahrzeugen beschafft werden.

Aktuell werden zwei Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs Van Hool A380 FC im Linienverkehr der Städte Hürth und Brühl eingesetzt.

Die RVK ist derzeit auch weiterhin einziger Betreiber von Brennstoffzellen-Hybridbussen in NRW und verfügt dadurch über einen signifikanten organisatorischen, betrieblichen und technischen Wissensvorsprung.

Um den angestrebten Ausbau der H2-Busflotte voranzutreiben, hat die RVK 2016 und 2017 mehrere Förderanträge - teils als Partner in europäischen Konsortien - für die Beschaffung von 30 Brennstoffzellen-Hybridbussen sowie den Bau von 2 Wasserstofftankstellen für die Standorte Wermelskirchen und Meckenheim gestellt. Mittlerweile liegen die entsprechenden Förderbescheide vor und die Bestellung der 30 Brennstoffzellen-Hybridbusse ist im Jahr 2018 ausgelöst worden. Weiterhin wird die bestehende H2-Tankstelle in Hürth ausgebaut und damit deren Betankungskapazität bis zum Jahr 2019 erweitert. Bezüglich der Nutzung der am Flughafen Köln/Bonn vorhandenen PKW-Wasserstofftankstelle (700 bar) zur Betankung von RVK-Bussen (350 bar) sind die Verhandlungen nahezu abgeschlossen.

Am 24. und 25. Januar 2017 fand das so genannte Kickoff Meeting für die EU-Förderprojekte JIVE¹ und MEHRLIN² in Köln statt. In beiden Projekten ist die RVK Partner.

Mit der Lieferung der ersten neuen Brennstoffzellen-Hybridbusse ist ab April 2019 zu rechnen. Die Tankstellen sollen zu diesem Zeitpunkt ebenfalls funktionsfähig sein.

Die RVK hat des Weiteren einen Bedarf nach weiteren fünfzehn zusätzlichen Brennstoffzellen-Hybridbussen im Zuge des so genannten JIVE 2 Projektes angemeldet. Der Förderantrag bei der FCHJU wurde fristgerecht eingereicht und mittlerweile bewilligt. Bezüglich der Ko-Finanzierung steht die RVK in Gesprächen mit dem Land NRW.

Projektumsetzung (Bio-)Erdgasbusse

Seit August 2017 werden die ersten drei Erdgasbusse im Kreis Euskirchen zum Einsatz gebracht. Sie ersetzen drei Busse, welche als Nationalpark-Shuttle auf der Linie SB 82 zum Einsatz kamen und 2017 auf Grund ihres Alters zur Ausmusterung anstanden. Sie werden auf dem Weg zwischen Einsatzort und Betriebshof in Kall betankt. Der Einsatz der Fahrzeuge erfolgt bis zum Frühjahr 2018 störungsfrei.

Bis Anfang April 2018 soll ein Letter of Intent zwischen den Aufgabenträgern Kreis und Stadt Euskirchen, der e-regio und der RVK zum Bau einer Erdgastankstelle auf der Niederlassung Kreis Euskirchen und den Betrieb einer Flotte von Erdgasbussen unterzeichnet werden.

Im ersten Schritt ist der Bau der Tankstelle bis Ende September 2019 und die Beschaffung von 20 Erdgasbussen bis Oktober 2019 für den Regionalverkehr angedacht.

Projekt RVK e-Bike

Für das Jahr 2019 strebt die RVK zusammen mit den sechs Kommunen des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises, der Gemeinde Weilerswist im Kreis Euskirchen und den beiden beteiligten Kreisen/ÖPNV-Aufgabenträgern die Einrichtung eines regionalen E-Bike-Verleihsystems an. Hierbei soll pro Kommune zunächst eine E-Bike-Station am jeweils wichtigsten ÖPNV-Knotenpunkt mit je zehn rund-um-die-Uhr verfügbaren Leih-Pedelecs entstehen, um somit einerseits den (täglichen) ÖPNV attraktiver zu machen (Angebot für „letzte Meile“) und andererseits der wachsenden Bedeutung des Freizeitverkehrs / (Nah-) Tourismus an Wochenenden und Feiertagen gerecht zu werden. Das Projekt wurde in einem Auswahlverfahren des nationalen Förderwettbewerbs „Klimaschutz durch Radverkehr“ berücksichtigt und wird daher mit Bundesmitteln aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert. Da sich Fahrradverleihsysteme in Verbindung mit dem ÖPNV in Deutschland bisher zum allergrößten Teil auf die Ballungszentren konzentrieren, soll mit dem Projekt RVK e-Bike u.a. auch die Akzeptanz eines solchen Angebots im ländlichen / suburbanen Raum untersucht werden.

Das E-Bike-Projekt der RVK steht zudem im engen Kontext der verbundweiten Bestrebungen zum Ausbau von stark frequentierten ÖPNV-Haltestellen zu Mobilstationen. E-Bikes bieten dabei gerade in der Region aufgrund der weiteren Distanzen zwischen Siedlungen und ÖPNV-Knotenpunkten und der Topographie für Fahrgäste die wesentlich bessere Alternative im Vergleich zu herkömmlichen Leih-Rädern und gelten daher bei Mobilstationen außerhalb der Großstädte als Kern-Bestandteil.

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Die Situation der Einnahmenaufteilung im VRS ist immer noch von der Diskussion über die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 geprägt. Es ist insgesamt eine Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlich geprägten Raum in die Ballungsräume einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene festzustellen, was naturgemäß negative Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten hat.

Nach dem endgültigen Scheitern einer einstimmigen Feststellung des Ergebnisses der Jahresabrechnung 2009, kam es zwischenzeitlich zu Klageverfahren, die nach erstinstanzlichen Urteilen durch einige private Verkehrsunternehmen zur Berufung gebracht wurden. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind die Berufungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

Die weit überwiegende Anzahl der Verkehrsunternehmen im VRS, welche gleichzeitig den weit überwiegenden Anteil an den Einnahmeansprüchen innehaben, haben sich zwischenzeitlich auf einen Vergleich geeinigt. Die hieraus resultierenden gegenseitigen Ansprüche wurden abgewickelt.

Der Vergleich hat für die RVK zur Folge, dass die Abrechnungen der Jahre 2009 bis 2015 auf der Basis der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 anerkannt werden. Infolgedessen hat sich der Tatbestand, der bei der RVK in Erwartung dieser Abrechnungen zu Rückstellungen geführt hat, verwirklicht.

Ein Klageverfahren gegen den Abschluss des Vergleichs ist noch im Gange. Der Ausgang wird - da seitens der RVK die Verpflichtungen aus dem Vergleich erfüllt sind - ohne negative Auswirkung auf die Erlöse der RVK sein.

Das Risiko einer Zahlungsverpflichtung der RVK für die Jahre 2009 ff in den „Verbundtopf“ wurde bereits im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 für die Geschäftsjahre 2009 - 2015 in Höhe von jährlich rd. 1.080 T€ Euro berücksichtigt.

¹ Joint Initiative für Hydrogen Vehicles Across Europe

² Models for Economic Hydrogen Refuelling Infrastructure

Zwischenzeitlich wurde eine neue Verkehrserhebung in Gang gesetzt, deren Ergebnisse jedoch nicht vor 2019 vorliegen werden.

Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Nachdem am 01. Mai 2012 in Kraft getretenen Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) dürfen Öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne der Verordnung (EG)1370/2007 künftig nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, „die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen.“

Als ein solcher Tarifvertrag im Busbereich gilt der Spartentarifvertrag Nahverkehrsbetriebe (TV-N NRW) sowie auch der TV NWO-ver.di. Der RVK-T entspricht den Entgeltanforderungen dieser Tarifverträge. Unmittelbare Auswirkungen durch das TVgG im Berichtszeitraum sind nicht eingetreten, da vorhandene Beauftragungen durch die Aufgabenträger und vorhandene Subunternehmerverträge per se nicht betroffen sind.

Es ist darauf aufmerksam zu machen, dass das TVgG keine Anwendung auf eigenwirtschaftlich erbrachten Verkehr hat - mangels Vergabevorgang.

Daher ist eine Unterschreitung der tariflichen Bezahlung der Mitarbeiter unter das Niveau des TV-N NRW, oder der RVK/RBR-Haustarifverträge bzw. des NWO-Tarifs, bei Beantragung eigenwirtschaftlicher Verkehre theoretisch möglich. Dies wäre allerdings ein Kostenvorteil zulasten der Beschäftigten, der nicht der Intention des in der Praxis derzeit angewendeten TVgG sowie den Aussagen der wesentlichen politischen Parteien im Land NRW entspricht. Aber vor allem führt dies zu keiner angemessenen Vergütung der Arbeitsleistung der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Allerdings ist die Tendenz insgesamt gegenläufig. Es ist der Abschluss deutlich höherer Vergütungstarife, auch aufgrund des Drucks der Gewerkschaften in Richtung TV-N NRW zu erkennen, mit entsprechender Wirkung auf die Kosten. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt, hinsichtlich der immer schwieriger werdenden Anwerbung von geeignetem Personal, insbesondere auch im Bereich der Fahrleistungserbringung, wird zu einer weiteren Anpassung der Vergütungen führen.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt insgesamt macht aber auch deutlich, dass eine eigenständig durchgeführte, qualifizierte und umfassende Ausbildung von (Fahr-)Personal im RVK-Konzern und im kommunalen Lager insgesamt, unerlässlich ist, um den seit Jahren tendenziell zunehmenden Fahrleistungsumfang quantitativ und qualitativ zur Zufriedenheit der kommunalen Auftraggeber und unserer Fahrgäste bewältigen zu können.

(Hierzu möchte ich auch auf meine Ausführungen unter „Demografieentwicklungsabhängige Rahmenbedingungen“ auf den Seiten 3 und 4 verweisen).

Erklärung zur Unternehmensführung gem. §§ 289f, 315d HGB

Mit Datum vom 01. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Geschlechterquote und zu den verbindlichen Zielgrößen soll mittelfristig eine signifikante Verbesserung des Frauenanteils an Führungspositionen der Privatwirtschaft erreicht werden.

Bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind zur Förderung des Anteils weiblicher Führungskräfte sogenannte „Zielgrößen“ festzulegen und zwar für die Führungsebenen und den Aufsichtsrat. In Bezug auf den Aufsichtsrat eines Unternehmens besteht die Verpflichtung der Gesellschaft zur Festlegung eines Frauenanteils im Aufsichtsrat. Die Festlegung soll durch die Gesellschafterversammlung erfolgen. In Bezug auf die Führungsebenen der Gesellschaft obliegt diese Aufgabe der Geschäftsführung.

Eine Mindestzielgröße ist jedoch nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sich die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen ausrichten.

In Bezug auf den Aufsichtsrat der RVK gilt, dass die aktuellen Mitglieder des Aufsichtsrates in der Regel bis zum Jahr 2020 bestellt sind. Da die Mitglieder des Aufsichtsrates von den einzelnen Gesellschaftern bestellt bzw. von der Belegschaft gewählt werden, konnte die Gesellschafterversammlung bei einer anstehenden Neubestellung lediglich Empfehlungen an die Gesellschafter bzw. an die Arbeitnehmer aussprechen. Die Gesellschafterversammlung der RVK hat am 14. Dezember 2015 beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von einem Mitglied festgelegt.“

In Bezug auf die oberen Führungsebenen wurde festgestellt, dass die Gesellschaft derzeit nur über einen Geschäftsführer verfügt. Bei nur einem einzigen Geschäftsführer erübrigt sich aber die Festlegung einer Zielgröße.

Die Geschäftsführung der RVK ist jedoch gem. § 36 GmbHG verpflichtet, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils festzulegen. Die Geschäftsführung hat hierzu am 29. September 2015 eine Festlegung getroffen. In

Anbetracht der nicht zu erwartenden Besetzung von Positionen der zweiten und dritten Führungsebene in der ersten Fristlaufzeit bis zum 30.06.2017 wurde festgestellt, dass keine Schaffung neuer Stellen der zweiten und dritten Führungsebene erfolgen wird, jedoch eine Zielgröße für den Fall von Neubesetzungen festgelegt wird. Diese Maßgabe galt auch für die zweite Jahreshälfte 2017. Die Geschäftsführung hat eine Zielgröße von 30 % für die zweite und dritte Führungsebene festgelegt.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (R&C-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Früherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst, sowie ein Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind. Zu Entwicklungen und Handlungen im Hinblick auf die wesentlichen Risiken wird auf die entsprechenden Berichterstattungen in anderen Teilen des Lageberichtes verwiesen.

Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risiko- und Chancen-Management“ untersucht und ggf. neu bewertet, dies umfasst auch die aus anhängigen Rechtsverfahren resultierenden Chancen und Risiken. Über die Ergebnisse wird der Aufsichtsrat der RVK in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des R&C-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Für das Jahr 2018 wird lt. beschlossenenem Wirtschaftsplan der RVK ein positives Betriebsergebnis in Höhe von ca. 900 T€ erwartet. Wesentliche Veränderungen der Vermögens- und Finanzlage sind weder auf Ebene der Muttergesellschaft noch im Konzern zu erwarten. Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Jahres 2018 kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen des Konzerns für das Jahr 2018 liegen in einer Größenordnung von rd. 27,1 Mio. Wagenkilometer. Diese Größenordnung ergibt sich auch auf Ebene der Muttergesellschaft. In den Gesamtfahrleistungen sind die Fahrleistungen gem. § 42 PBefG mit 13,3 Mio. Wagenkilometern und die Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen mit jeweils 13,7 Mio. Wagenkilometern enthalten.

Arbeitsziele der Geschäftsführung

Die wesentlichen Arbeitsziele der Geschäftsführung des RVK-Konzerns sind:

1. Den Eigentümern bzw. Aufgabenträgern sowie allen sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen, welche den spezifischen Wünschen und Anforderungen der uns Beauftragenden gerecht wird.
2. Die Erbringung von Dienst- und Fahrleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden sowie den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden, als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.
4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen und marktgerechten Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.
7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern.

Dazu werden u.a. Projekte wie die Weiterentwicklung des Tarif- und Vertriebssystems, Digitalisierung (Smarte Mobilität), „MoSiM“ und „RegioM“ sowie „Null Emission“, als wesentliche Aspekte zur Verdeutlichung der Innovationsfähigkeit des RVK-Konzerns verfolgt und aktualisiert.

8. Die Darstellung des Personennahverkehrs mit möglichst umwelt- und klimafreundlicher Technologie. Hierzu zählt insbesondere auch die Weiterentwicklung der Wasserstoff-Technologie zu einem

bedeutenden Instrument der klimaschonenden Mobilität und der Luftreinhaltung. Zur weiteren, intensiveren Nutzung dieser emissionsfreien Zukunftstechnologie wird die Geschäftsführung daher das Handlungskonzept für die einzelnen Verkehrsgebiete permanent fortschreiben und mit den jeweils betroffenen Aufgabenträgern bzw. Eigentümern abstimmen. Dies gilt ebenso für den Einsatz von Bio-Erdgas- oder Batterie-Bussen in ihrer Rolle als möglicher Bestandteil der Brückentechnologie im Nutzfahrzeugbereich, hin zur Erreichung des Ober-Ziels „Null Emission“.

9. Das Bedienungsgebiet der RVK „im Schatten des Doms“ bietet enorme Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Verkehrs zur Nutzung im Freizeit- und Naherholungsbereich. Die von der RVK initiierten und umgesetzten Projekte des Bergischen WanderBusses und des Bergischen FahrradBusses sind Erfolgsgeschichten und Beleg für diese Entwicklungschancen. Die Weiterentwicklung (z. B. durch die Integration von Pedelec-Verleihsystemen) ist ein erklärtes Ziel zur Standortstärkung in den Kommunen unserer Gesellschafter.
10. Die Heranführung und weitere Qualifizierung von motivierten und leistungsbereiten Menschen in das Unternehmen und die Fortbildung der bereits hier tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist eine der weiteren zentralen Voraussetzungen für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Konzerns. Ebenfalls ist ein zentrales Ziel, die erforderliche Ausbildungs-Infrastruktur auf- und auszubauen und Kapazität und Qualität für eine umfassende Ausbildung von geeignetem Fachpersonal, insbesondere im Bereich des Fahrbetriebs, zu optimieren.

Köln, 20. Juni 2018
 Regionalverkehr Köln GmbH
 Eugen Puderbach Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
RVK GmbH	392	408	440	-
RVK Konzern	824	794	782	-

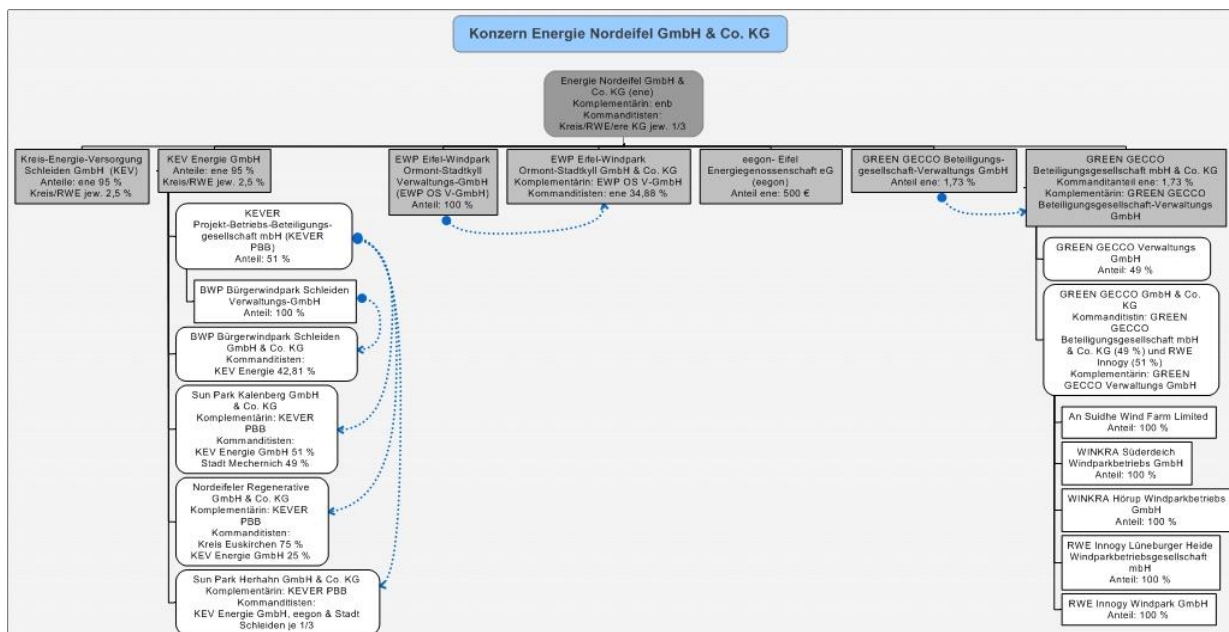
H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Fahrleistungen:	27,04	26,44	23,78	Mio. km

8. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.ene-eifel.de/>



8.1 Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH

A) Ziele der Beteiligung

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	33,40 %
Innogy SE	8.350 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	33,20 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	33,40 %
Innogy SE	8.350 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	33,20 %
Summe	25.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 08.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperren Betrag. Mit Vereinbarungen vom 10.12.2013 wurden die Bestimmungen zur Verlustübernahme (jeweils § 2 der v.g. Gewinnabführungsverträge) aufgehoben und vollständig neu gefasst. Hiernach ist die ene bei der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH grundsätzlich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen.

Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene.

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern) *		
		2017	2016	2015
Kreis	120 54702	910.062 €	730.114 €	662.696 €

* Hier ist die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ (inkl. Anteile aus Gewinnausschüttungen der Regionalverkehr Köln GmbH und der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG) berücksichtigt.

E) Zusammensetzung der Organe
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (9 Mitglieder, davon 3 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Josef Reidt (Stimmführer)	CDU	Ute Stolz	CDU
3. Frank Weimbs	CDU	Johannes Mertens	CDU
4. Hans-Peter Wasems	CDU	Franz-Josef Nießen	CDU
5. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD
6. Angela Kalnins	B 90/Grüne	Jörg Grutke	B 90/Grüne
7. Markus Herbrand (bis 12.12.2017)	FDP	Hans Reiff (bis 12.12.2017)	FDP
Hans Reiff (ab 13.12.2017)	FDP	Christian Grau (ab 13.12.2017)	FDP

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Aufwandsentschädigung 2017</u>
1. Günter Rosenke	Landrat	3.000 €
2. Johannes Esser	CDU	3.000 €
3. Thilo Waasem	SPD	3.000 €

c) Geschäftsführung^{1*}

Markus Böhm

Bezüge 2017

31.095 €

Die persönlich haftende Gesellschafterin erhielt im Geschäftsjahr eine Vergütung von 4.500 €.

^{1*} Lt. Gesellschaftsvertrag der ene KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.**Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH**

a) Gesellschafterversammlung

b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlungordentliches Mitglied

Johannes Mertens

CDU

Stellvertreter

Thilo Waasem

SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	26.391	7.894	14.543	18.497
Sachanlagen	339.270	396.400	421.769	-57.130
Finanzanlagen	13.497.385	9.374.437	3.909.479	4.122.947
	13.863.046	9.778.731	4.345.791	4.084.315
B Umlaufvermögen				
Vorräte	604.134	625.524	784.446	-21.390
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.116.430	8.740.761	10.409.689	-1.624.330
Liquide Mittel	3.987.341	593.101	4.097.694	3.394.240
	11.707.906	9.959.386	15.291.828	1.748.520
C Rechnungsabgrenzungsposten	32.262	33.147	66.022	-885
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	300	0	0	300
Summe Aktiva	25.603.513	19.771.264	19.703.641	5.832.249
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	9.112.111	2.947.287	2.947.287	6.164.824
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.578.601	5.426.909	3.284.564	-848.308
	13.690.712	8.374.196	6.231.851	5.316.516
B Rückstellungen	3.723.301	2.589.164	3.025.303	1.134.137
C Verbindlichkeiten	8.189.500	8.807.904	10.446.487	-618.404
Summe Passiva	25.603.513	19.771.264	19.703.641	5.832.249

Konzern Energie Nordeifel - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	570.611	719.172	910.280	-148.561
Sachanlagen	32.054.682	33.020.004	31.138.220	-965.322
Finanzanlagen	5.467.658	5.285.247	4.525.498	182.411
	38.092.951	39.024.423	36.573.997	-931.472
B Umlaufvermögen				
Vorräte	604.134	625.524	975.117	-21.390
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.959.838	10.011.760	8.303.641	-3.051.922
Liquide Mittel	10.996.015	4.620.616	7.008.607	6.375.399
	18.559.988	15.257.900	16.287.365	3.302.088
C Rechnungsabgrenzungsposten	145.410	134.146	90.827	11.264
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	2.604	242.308	466.988	-239.704
Summe Aktiva	56.800.953	54.658.777	53.419.177	2.142.176
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	15.225.037	13.479.193	12.861.956	1.745.844
Bilanzgewinn	5.202.159	5.185.844	3.901.801	
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	1.149.521	786.131	489.795	363.390
	21.576.717	19.451.168	17.253.553	2.125.549
B Sonderposten	750.362	1.065.399	1.437.810	-315.037
C Rückstellungen	13.339.506	11.229.743	10.669.263	2.109.763
D Verbindlichkeiten	19.254.539	21.165.143	22.350.622	-1.910.603
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.879.828	1.747.324	1.707.930	132.504
Summe Passiva	56.800.953	54.658.777	53.419.177	2.142.176

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	9	0
Liquide Mittel	29.116	29.150	29.687	-34
	29.116	29.150	29.697	-34
Summe Aktiva	29.116	29.150	29.697	-34
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	218	792	1.431	-574
	25.218	25.792	26.431	-574
B Rückstellungen	3.689	3.116	2.955	573
C Verbindlichkeiten	209	242	311	-33
Summe Passiva	29.116	29.150	29.697	-34

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	8.927.991	12.947.442	13.943.803	-4.019.451
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	35	474	3.784	-439
3	Sonstige betriebliche Erträge	111.084	143.065	2.021.582	-31.981
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.542.789	6.559.235	6.308.331	-4.016.446
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.147.767	3.179.856	3.294.079	-2.032.089
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.395.022	3.379.380	3.014.252	-1.984.357
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.303.079	1.175.379	3.228.771	127.700
a)	Löhne und Gehälter	1.038.187	958.356	2.446.381	79.831
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	264.892	217.023	782.389	47.869
6	Abschreibungen	118.529	65.286	75.566	53.243
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.668.432	3.689.769	3.687.298	-21.336
8	Erträge aus Beteiligungen/Gewinnabführungsverträgen	4.576.166	5.855.035	2.759.240	-1.278.869
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	393.023	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.312	0	50	19.312
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
11	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	0	251.307	
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	321.481	357.023	362.176	-35.542
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.100.000	1.670.681	1.898.321	-570.681
14	Ergebnis nach Steuern	4.580.278	5.428.642	3.309.711	
15	Sonstige Steuern	1.677	1.733	25.147	-56
16	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.578.601	5.426.909	3.284.564	-848.308
Konzern Energie Nordeifel - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	77.344.376	78.365.214	75.301.427	-1.020.838
2	Bestandsveränderungen	0	-190.671	0	190.671
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	157.537	151.970	613.296	5.567
4	Sonstige betriebliche Erträge	435.715	795.815	3.159.241	-360.101
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	53.156.579	54.031.494	51.515.930	-874.914
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	32.109.618	30.949.020	31.320.192	1.160.598
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.046.961	23.082.474	20.195.738	-2.035.513
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	8.854.916	9.471.486	9.212.110	-616.570
a)	Löhne und Gehälter	7.105.311	7.441.852	6.610.176	-336.541
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.749.605	2.029.634	2.601.934	-280.029
7	Abschreibungen	3.167.603	2.809.086	2.688.965	358.517
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.321.876	5.177.081	5.125.995	144.794
9	Erträge aus Beteiligungen	619.135	381.080	671.968	238.055
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	393.023	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
11	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.187	9.846	7.602	18.341
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
12	Aufwendungen aus Verlustübernahme			251.307	
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	807.958	891.993	849.990	-84.035
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
14	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.470.967	1.787.878	1.963.077	-316.911
15	Ergebnis nach Steuern	5.805.050	5.344.236	8.539.183	
16	Sonstige Steuern	234.718	35.601	58.890	199.117
17	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5.570.332	5.308.635	8.480.292	261.697
18	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	0	4.500.000	
19	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	368.174	122.792	78.492	245.382
20	Konzerngewinn	5.202.159	5.185.844	3.901.801	16.315

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.500	4.500	4.714	
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.241	3.558	3.016	683
3	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
4	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41	150	267	-109
5	Ergebnis nach Steuern	218	792	1.431	
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	218	792	1.431	-574

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit Sitz in Kall (ene) ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welche in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall, (KEV Schleiden GmbH) hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

An der ene sind zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 der Kreis Euskirchen und die innogy SE mit Sitz in Essen, mit jeweils 33,4 % und die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere), Kall, mit 33,2 % beteiligt. Kreis Euskirchen, innogy SE und ere haben ihre Kommanditeinlage in Höhe von je 8.350 € bzw. 8.300 € in bar erbracht. Die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb), Kall, ist als Komplementärin ohne Kapitaleinlage (Stammkapital: 25.000,00 €) an der ene beteiligt.

Die ene erbringt Dienstleistungen wie Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, sowie kaufmännische und technische Betriebsführung; ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV Schleiden GmbH), Kall, und der KEV Energie GmbH (KEV Energie GmbH), Kall, und die Verwaltung der Beteiligungen.

Zum ene-Konzern gehören Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere die KEV Schleiden GmbH, Kall; die KEV Energie GmbH, Kall, die KEVER, Kall, die Sun Park Kalenberg GmbH & Co KG, Mechernich, sowie die EWP Verwaltungs-GmbH, Kall, und BWP Verwaltungs-GmbH, Schleiden.

Die ene hält an der KEV Schleiden GmbH eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie GmbH ebenfalls eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen und die innogy SE sind jeweils mit 2,5 % an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 8. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV Schleiden GmbH und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie GmbH und der ene ein Gewinnabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt werden.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2017:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil Mitarbeiter in %	Mitarbeiter 2017 im Jahresdurchschnitt	Betriebliches Ergebnis 2017 T€	Gezeichnetes Kapital / Kommanditkapital T€	Kerngeschäft
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	12	21	1406	7.123	Energiedienstleistung-en und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	76	110	2.670	3.100	Regionale Energieversorgung und Asset Owner
KEV Energie GmbH, Kall	12	17	1982	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Kall	0	0	1062	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, Mechernich	0	0	317	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, Schleiden	0	0	2.047	5.620	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH, Schleiden	0	0	2	25	Komplementär der BWP Schleiden GmbH & Co KG
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH, Kall	0	0	3	25	Komplementär der EWP KG
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG, Ormont	0	0	995	4.300	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, Schleiden	0	0	84	360	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, Kall	0	0	35	200	Planung, Errichtung u. Betrieb v. Anlagen zur Erzeugung o. Umwandlung regenerativer Energien

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Der Energiesektor befindet sich in Deutschland – insbesondere aufgrund der Energiewende – in einem stetig wandelnden Umfeld. Die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verändern sich schneller und umfassender als in den vergangenen Dekaden. Dies nimmt erheblichen Einfluss auf die Markt- und Wettbewerbsstrukturen. Vor diesem Hintergrund ist der ene-Konzern gehalten, die Geschäftsmodelle entlang der Wertschöpfungskette (Energieerzeugung, Netzbetrieb, Vertrieb und Dienstleistungen) ständig zu prüfen und ggf. auf neue Marktgegebenheiten auszurichten.

Hierbei verfolgt der ene-Konzern eine ausgewogene und langfristig orientierte Unternehmensstrategie mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Die Strategie berücksichtigt die Interessen der Kunden, des kommunalen Umfeldes, der Gesellschafter sowie der Mitarbeiter.

Wesentliche Elemente der strategischen Ausrichtung des ene-Konzerns spiegelt das Beteiligungsportfolio der KEV Energie GmbH wider.

Dezentrale Erzeugungskonzepte sowie eine Ausweitung von Energiedienstleistungen sind politisch erwünscht und werden gefördert. Insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz in Industrie, Handel und Gewerbe wird durch die jüngsten gesetzlichen Entwicklungen verpflichtend. Ziel ist, am steigenden Bedarf an energieeffizienten und klimafreundlichen Versorgungskonzepten und der resultierenden Nachfrage an spezialisierten Dienstleistungen zu partizipieren.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex im Dienstleistungssegment ist die technische Gebäudeausrüstung. Neben Industrie, Handel und Gewerbe rückt hier zunehmend das kommunale Umfeld in den Vordergrund.

Die strategische Ausrichtung der KEV Schleiden GmbH wird im Wesentlichen durch die Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes bestimmt, wodurch eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sichergestellt werden soll. Die KEV Schleiden GmbH bewirtschaftet dabei die Stromverteilnetze in den Netzgebieten der Kommunen Blankenheim, Dahlem, Heimbach, Hellenthal, Kall, Nettersheim und Schleiden sowie in Teilnetzgebieten der Städte Bad Münstereifel und Mechernich.

Die seit dem 1. Januar 2011 mit der Westnetz GmbH, Dortmund, erfolgreich bestehende Verpachtung dieses Verteilnetzes sowie die damit verbundene vertragliche Aufgabenteilung, führt zu Pacht- und Dienstleistungserlösen für das Stromnetz der KEV Schleiden GmbH.

Dafür stehen der Westnetz GmbH die Netznutzungserlöse sowie die Erlöse aus Messung und Abrechnung zu. Das Regulierungsmanagement wird von der Westnetz GmbH als Pächterin übernommen. Ergänzen Dienstleistungen zum Regulierungsmanagement sowie Berichtswesen, Monitoring und Regelkommunikation werden von der Verpächterin KEV Schleiden GmbH durchgeführt. Des Weiteren erfolgt die gesamte technische und kaufmännische Betriebsführung für das verpachtete Netz durch die KEV Schleiden GmbH.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3 % lag.¹

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Stromverbrauch

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland nahm im Jahr 2017 verglichen mit dem Vorjahr um 0,9 % auf 13.550 PJ (462,3 Mio. t SKE) zu. Zur Zunahme des Primärenergieverbrauchs führte eine Vielzahl von Faktoren: In erster Linie trug das starke gesamtwirtschaftliche Wachstum von +2,2 % dazu bei. Ein weiterer Wachstumsimpuls war der Bevölkerungszuwachs von rund 300.000 Menschen. Der Temperatureinfluss spielte kaum eine Rolle. Der Stromverbrauch aus dem Netz der allgemeinen Versorgung (einschließlich Netzverluste) sowie der vorwiegend EEG-vergüteten Eigenanlagen, die nicht der Industrie zuzurechnen sind, nahm 2017 um 0,4 % auf 498 Mrd. kWh zu.

Der Anteil der **Erneuerbaren Energien** in der Energiebilanz 2017 betrug 1.780 PJ (60,7 Mio. t SKE). Das entspricht einem Zuwachs von 6,1 % gegenüber 2016. Zurückzuführen ist diese Entwicklung im Wesentlichen auf die 2017 guten klimatischen Verhältnisse – in einzelnen Monaten herrschte ein außerordentlich gutes Winddargebot und auch die Zahl der Sonnenstunden lag über dem Vorjahreswert – sowie den fortschreitenden Leistungsausbau. Die Erneuerbaren Energien deckten den Primärenergieverbrauch Deutschlands zu 13,1 %.²

Gasverbrauch

Der Erdgasverbrauch der privaten Haushalte sowie der Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen stieg um 5 %. Vergleichsweise kühlere Temperaturen in einzelnen Monaten des Jahres 2017 führten zu einem leicht höheren Erdgasbedarf im Raumwärmemarkt.³

Entwicklung des Wettbewerbs

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt ist weiterhin dynamisch: Die kumulierte Wechselquote der Haushalte betrug im Dezember 2017 bei Strom knapp 43 % und lag etwa einen halben Prozentpunkt höher als ein Jahr zuvor. Auch im Erdgasmarkt wechseln die Kunden: Hier haben bis Dezember 2017 schon gut 33 % der Haushalte mit eigenem Vertragsverhältnis mindestens einmal den Anbieter gewechselt. Ein Jahr zuvor waren es noch gut 32 %.⁴

Preisentwicklung

Die Strompreise im Spotmarkt an der Strombörse lagen 2017 weiterhin auf niedrigem Niveau, haben aber erstmals seit 2011 wieder leicht zugelegt. 2017 wurden im Mittel 34,20 Euro/MWh (Phelix Day Base/Marktgebiete Deutschland/Österreich) gegenüber 29,98 Euro/MWh im Jahr 2016 erzielt. Das entspricht einem Rückgang um 14 %. Der mittlere Preis des Phelix Day Peak 2017 betrug 38,06 Euro/MWh (2016: 32,01 Euro/MWh) und legte damit um 19 % zu.

Auch am Strom-Terminmarkt hat sich der seit 2011 anhaltende rückläufige Trend umgekehrt, und die Preise legten geringfügig zu. Der durchschnittliche Preis 2017 für eine Jahreslieferung Grundlast-Produkt im Folgejahr (Phelix-Base-Year-Future) lag bei 32,38 Euro/MWh gegenüber 26,58 Euro/MWh im Vorjahr und war damit um durchschnittlich 22 % höher.

Die Strompreise für Industriekunden nahmen vor allem bedingt durch den Anstieg von Steuern, Abgaben und Umlagen, aber auch von Netzentgelten und Beschaffungskosten um 11 % zu. Der Anteil der staatlichen Belastungen am Strompreis für Industriekunden sank daher 2017 auf 48 % gegenüber noch 50 % im Jahr 2016 (ohne Stromsteuer).

Auch die Strompreise für Haushalte stiegen um 1,7 % an. Sowohl der Anstieg von Steuern, Abgaben und Umlagen als auch der Netzentgelte führten dazu. Der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis erreichte 2017 das Rekordniveau von 55 % gegenüber noch 54 % im Vorjahr. Im Jahr 2018 sinken die staatlichen Belastungen geringfügig um 0,09 ct/kWh und halten damit die Abgabenlast für die Verbraucher stabil.

¹ Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung Nr. 011 vom 11.01.2018

² BDEW Entwicklung der Energieversorgung 2017, Veröffentlichung vom 16.03.2018

³ BDEW Entwicklung der Energieversorgung 2017, Veröffentlichung vom 16.03.2018

⁴ BDEW Kundenfokus, BDEW Kundentrends, Veröffentlichung vom 16.03.2018

Der durchschnittliche Erdgaspreis für Haushalte mit einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh sank 2017 vor allem aufgrund weiter gesunkener Beschaffungskosten um 2,7 %. Bei einem für Mehrfamilienhäuser (6 Wohneinheiten) in etwa üblichen Jahresverbrauch von 80.000 kWh betrug der Rückgang 3,5 %. Die Netzentgelte – wie auch die Abgabenlast – blieben in etwa unverändert. Der Anteil für Steuern und Abgaben lag 2017 weiterhin bei 26 % (20.000 kWh/a) bzw. 27 % (80.000 kWh/a).

2.3 Geschäftsverlauf 2017

Für den ene-Konzern als regionaler Energieversorger war auch in 2017 das regionale Umfeld wichtigster Absatzmarkt für Strom, Erdgas und energienahe Dienstleistungen.

Die in das betriebsführende Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge ist im Berichtsjahr leicht gestiegen.

Insgesamt war die Netznutzung fast auf gleichem Niveau wie im Vorjahr.

Bei den Stromkonzessionen des bisherigen Netzgebietes der KEV Schleiden GmbH gab es in 2017 keine Veränderungen. Da die Konzessionsverfahren (Strom) im bisherigen Netzgebiet der KEV Schleiden GmbH abgeschlossen sind, bewirbt sich das Unternehmen um Gaskonzessionen im regionalen Umfeld.

Die Preise in der Grundversorgung der KEV Energie GmbH konnten in 2017 stabil gehalten werden. Im Geschäfts- und Industriekundensegment (Lieferstellen mit registrierender Leistungsmessung) wurden geänderte Umlagen und Aufschläge sowie angepasste Netznutzungsentgelte über entsprechende Preisanpassungsklauseln in den Verträgen im Markt weitergegeben. Die Absatzmenge ist bei den SLP-Kunden leicht um 3,6 % zurückgegangen.

Durch eine insgesamt gute Auftragslage einiger Schlüsselkunden ist die Stromverkaufsmenge bei leistungsgemessenen Geschäfts- und Industriekunden insgesamt gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierbei konnte die außerhalb des Grundversorgungsgebietes gelieferte Menge auf 59,4 GWh (Vj. 36,7 GWh) gesteigert werden.

Das Privat- und Gewerbekundensegment wird weiterhin stark vom Wettbewerbsumfeld beeinflusst. Durch gezielte Akquisemaßnahmen konnten Kunden zurückgewonnen werden, insgesamt bleibt ein positiver Saldo bei Kunden- und Mengenentwicklung in diesem Kundensegment. Im Raumheizungsbereich (Wärmespeicherheizung, Wärmepumpen) sind die Verkaufsmengen aufgrund der mildereren Witterung während der Heizperiode im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen.

Bezogen auf alle Liefersegmente des Unternehmens konnte ein Mengenzuwachs von 7,5 % erreicht werden.

Tab. 2: Stromverkauf Mengenveränderungen nach Kundengruppen

Stromverkauf	2017 GWh	2016 GWh	Abweichung	
			GWh	%
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	108,5	112,6	-4,1	-3,6
Kunden mit temperaturabhängigem Lastprofil (TLP)	17,9	18,1	-0,2	-1,1
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	184,7	158,6	26,1	16,5
Summe Stromverkauf	311,1	289,3	21,8	7,5

Im Jahresverlauf konnten weitere Gaslieferverträge im Privat- und Gewerbekundensegment im Rahmen eines in 2015 gestarteten Pilotprojektes gewonnen werden. Die Absatzmenge im Berichtsjahr betrug 10.762 MWh (Vj. 2.357 MWh).

2.4 Lage des Konzerns

Neben dem operativen Netzgeschäft der KEV Schleiden GmbH, dem Stromvertriebsgeschäft der KEV Energie GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen inner- und außerhalb des Konzerns durch die ene selber, entwickeln sich die Aktivitäten der KEVER im Bereich der Projektierung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen zunehmend zu einem weiteren wirtschaftlichen Standbein des ene-Konzerns.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Geschäftsjahr als gut bezeichnet werden.

2.4.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer) des Konzerns betrugen im Berichtszeitraum 77.344 T€ (Vj. 78.365 T€).

Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 3: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

	2017 €	2016 €
Grundversorgung/Tarifkunden	9.266.413,96	9.947.329,24
Sondervertragskunden	26.168.442,66	22.779.183,54
Sonstige Sonderverträge	15.842.782,05	16.176.235,29
Wärmespeicheranlagen	1628.490,79	1709.169,98
Wärmepumpen	1025.770,92	972.743,42
Gaserlöse - Haushaltskunden	375.953,50	92.497,21
Gaserlöse - Sonderverträge	26.013,36	-
Stromerlöse aus der Vermarktung Kraftwerksstrom	-	418.425,85
Stromerlöse Verkauf an andere Händler	-	27.162,06
Vereinnahmte Baukostenzuschüsse	456.316,66	504.802,48
Erlöse Netzverpachtung an Westnetz GmbH	16.289.622,64	18.886.306,43
Übrige	6.264.569,02	6.851.358,25
Gesamt	77.344.375,56	78.365.213,75

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Konzern-Umsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 7,2 % (Vj. 6,8 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 5.570 T€ (Vj. 5.309 T€).

Verteilnetz:

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (KEV Schleiden GmbH) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet. Die in das betriebsführende Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 491 GWh (Vj. 471 GWh). Davon wurden 327 GWh (Vj. 301 GWh) aus erneuerbaren Energien in dieses Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 67 % an der Gesamteinspeisung.

Insgesamt lag die Netznutzung bei 324 GWh (Vj. 329 GWh). Hinzu kam 147 GWh (Vj. 123 GWh) Rück-einspeisung an die vorgelagerte Netzebene.

Bei den Stromkonzessionen des bisherigen Netzgebietes der KEV Schleiden GmbH gab es in 2017 keine Veränderungen.

Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Dortmund, erzielte der Konzern Erlöse aus Dienstleistungen in Höhe von 16.290 T€ (Vj. 18.886 T€). Die niedrigeren Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus niedrigeren Erlösen aus der Abrechnung von Investitionen für Bauprojekte an die Westnetz GmbH und niedrigeren Entgelten für die Netzführung.

Energievertrieb:

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebs des Konzerns (KEV Energie GmbH) nach Abzug von Stromsteuer betrugen im Berichtszeitraum 54.007 T€ (Vj. 50.728 T€). Im SLP-Kundensegment haben sich die Erlöse um 3,9 % vermindert. Die Absatzmenge ist bei den SLP-Kunden leicht um 3,3 % zurückgegangen. Im Geschäfts- und Industriekundensegment stiegen die Erlöse mengenbedingt um 14,8 %.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasvertrieb betrugen insgesamt nach Abzug der Erdgassteuer 404 T€ (Vj. 93 T€).

2.4.2 Finanz- und Vermögenslage

Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 4: Veränderung des Finanzmittelfonds

In T €	2017	2016	Veränderung
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	13.047	7.106	5.941
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-1.599	-4.875	3.276
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-5.072	-4.619	-453
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	6.375	-2.388	8.763
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.621	7.009	-2.388
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.996	4.621	6.375

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2017 einen positiven Cash Flow in Höhe von 13.047 T€ (Vj. 7.106 T€). Im Saldo ist der Bestand an liquiden Mitteln von 4.621 T€ auf 10.996 T€ im Wesentlichen durch die Verringerung von Forderungen gegenüber Westnetz, Verminderung der Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus Vorsteuern und der Verringerung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die Beteiligungen der KEV Schleiden GmbH und der KEV Energie GmbH sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.

Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 67,9 % abgeschrieben. Die Anlagenintensität beträgt 67,1 %. Die Konzern-Bilanzsumme steigt um 2.142 T€ auf 56.801 T€. Kompensierende Effekte ergaben sich aus dem Anstieg der flüssigen Mittel von 6.375 T€. Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt 38,0 % (Vj. 35,6 %).

2.5 Leistungsindikatoren

2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmensteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzerlöse sowie Jahres- bzw. Konzernüberschuss und Cash Flow. Die Cash Flows sind in dem Abschnitt Finanzlage dargestellt. Das Controlling der ene stellt dem Management in einem regelmäßigen Reporting und in Prognose-rechnungen sowie in darüber hinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

Im Konzern lag die Umsatzrendite 2017 bei 6,7 % (Vj. 6,6 %). Die Nettorendite in Bezug auf das eingesetzte Kapital lag in 2017 bei 9,2 % (Vj. 9,5 %).

2.5.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren eruieren wir die Kundenzufriedenheit durch regelmäßige Rückfragen bei unseren Kunden.

Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängt wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter/innen ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter/innen an unser Unternehmen binden können, haben wir in 2017 Personalentwicklungsmaßnahmen und die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen weiter fortgeführt.

Seit dem Jahre 2013 sind wir von der Bertelsmann-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

3. Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 Gemeindeordnung NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen. Der ene-Konzern erfüllt im Kreisgebiet einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.

4. Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 148 Mitarbeiter (Vj. 146) inklusive Auszubildende.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

ohne Geschäftsführung, nach HGB § 267 und Auszubildende (zum 31.12.2017)

	2017	2016	Veränderung	
Konzern	Personen	Personen	Personen	[%]
Mitarbeiter	146	147	-1	-0,7
davon Teilzeit	25	20	5	25
davon Altersteilzeit	10	2	8	400
Mitarbeiter nach Gesellschaften	Personen	Personen	Personen	[%]
ene GmbH & Co. KG	21	20	1	5
KEV GmbH	109	111	-2	-1,8
KEV Energie GmbH	16	16	0	0
Auszubildende nach Gesellschaften	Personen	Personen	Personen	[%]
ene GmbH & Co. KG	3	4	-1	-25
KEV GmbH	14	14	0	0
KEV Energie GmbH	0	0	-	-

5. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

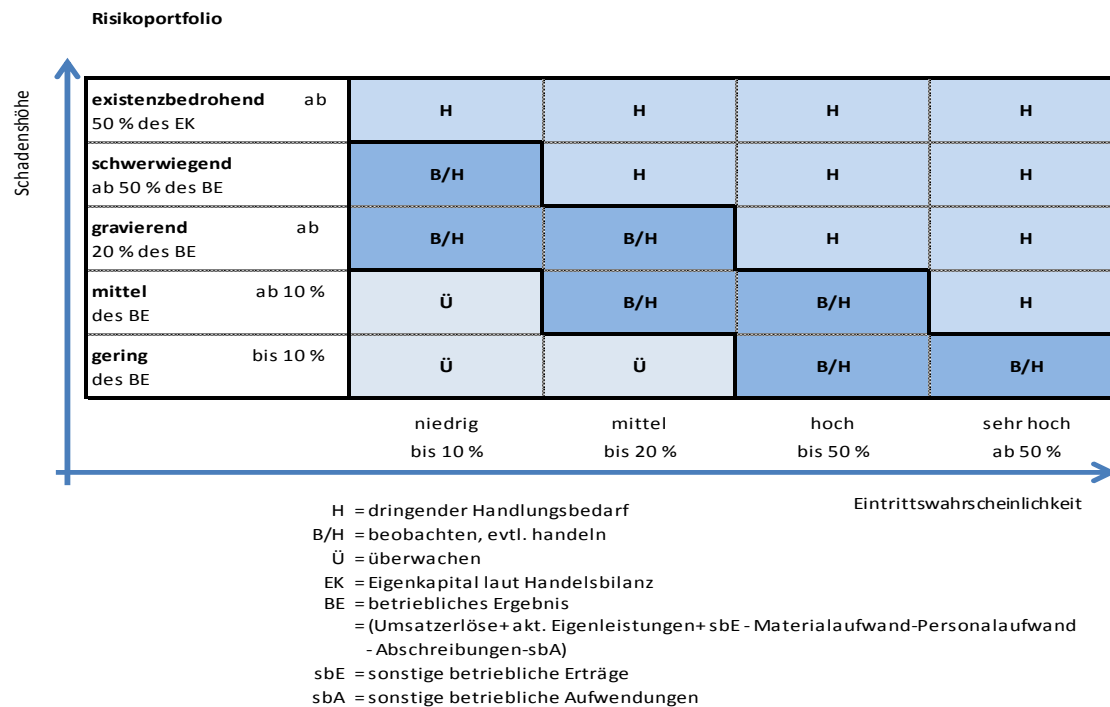
5.1 Risikobericht

5.1.1 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem ist konzernumfassend in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert und gewährleistet so weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems identifizieren, dokumentieren und bewerten wir potenzielle Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und -ausprägung analysiert.

Die folgende Tabelle skizziert die Risikoportfolio-Matrix – nach Umsetzung von Risikobegrenzungsmaßnahmen – bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in %) und erwartete Schadenshöhe (in Mio. €). Die Festlegung der Wesentlichkeitsgrenze erfolgt in Abhängigkeit des Betrieblichen Ergebnisses (BE).



Den erkennbaren Risiken wird, soweit handelsrechtlich zulässig durch Bildung angemessener Rückstellungen sowie durch ausreichenden Versicherungsschutz Rechnung getragen. Darüber hinaus sind sämtliche Einzelrisiken als nicht wesentlich und zur Überwachung eingestuft.

Der Risikobestand des Konzerns weist per 31. Dezember 2017 insgesamt über alle Gesellschaften 12 Risiken aus. Neben den allgemeinen Vertriebsrisiken sind Markt- sowie Beschaffungsrisiken abgebildet.

Dabei ergibt sich folgende Risikoverteilung:

Risikoklasse	2017
	Anzahl
H	0
B/H	1
Ü	11

Im Rahmen des Risikomanagements wurden keine Risiken mit dringendem Handlungsbedarf identifiziert.

5.1.2 Chancen und Risiken

Die starke Position der KEV Energie GmbH im Grundversorgungsgebiet bietet Chancen, über die klassische Rolle als reiner Energielieferant, im Verbund mit der ene verstärkt Energieberater und Energiedienstleister zu sein.

Die aktive Mitgestaltung der Energiewende, welche wir mit unserer Beteiligungsgesellschaft KEVER, insbesondere beim Bau von Windenergieanlagen in der Region vorantreiben wollen, stellt einen wesentlichen Eckpfeiler unserer Strategie dar. Als Chance sehen wir die zukünftigen Entwicklungen der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den mit den von uns entwickelten Projekten erzeugten Strom auch außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können. Hier bietet sich speziell im Privat- und Gewerbekundensegment die Vermarktung von attraktiven Produkten – z.B. Umsetzung von Bürgerstrommodellen in Kooperation mit regionalen regenerativen Erzeugungsanlagen – an. Mit der Region verbundene Kunden können so langfristig gebunden werden. Wir sehen hier auch gute Chancen, als reiner Dienstleister für energiewirtschaftliche Prozesse (Portfoliobewirtschaftung, Marketing- und Vertriebsleistungen, Kundenwechselmanagement, Call- und Billingleistungen usw.) für Projektgesellschaften (z.B. Bürgerwindparks) zu agieren.

Die für den ene-Konzern aus heutiger Betrachtung wesentlichen Risikofelder, die die Geschäftsentwicklung und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussen können, stellen sich wie folgt dar:

Risiken betreffen neben der ene insbesondere die beiden Tochtergesellschaften KEV Schleiden GmbH und KEV Energie GmbH.

Branchenspezifische Risiken

- Risiken aus regulatorischen und rechtlichen Risiken aufgrund äußerer Eingriffe wie Gesetzesänderungen und behördlichen Maßnahmen (Risikoklasse B/H)
- Wettbewerbsrisiken, die durch die Öffnung der Energiemärkte bedingt sind und die aus einhergehender Veränderung des Kundenbestandes und der Kundenbindung resultieren (Risikoklasse Ü)
- Höchststrichterliche Entscheidungen können zu Sonderkündigungsrechten und Rückforderungsansprüchen führen (Risikoklasse Ü)

Ertragsorientierte Risiken

- Kredit- und Forderungsausfallrisiken, die sich aus unseren Geschäftsbeziehungen mit Kunden und Lieferanten ergeben (Risikoklasse Ü)
- Insolvenzrisiken von Geschäftskunden und dadurch mögliche Rückforderungsansprüche durch den Insolvenzverwalter (Risikoklasse Ü)
- Wegfall von Tarifkunden (Risikoklasse Ü)
- Preisschwankungen bei der Energiebeschaffung (Risikoklasse Ü)
- Mengenrisiken bei der Beschaffung (Risikoklasse Ü)

Betriebsrisiken

- Systemausfälle der EDV können zu fehlerhaften Prognosen bei der Beschaffung und damit zu zusätzlichen Ausgleichsenergiekosten führen (Risikoklasse Ü)
- Systemausfälle der EDV können zur fehlerhaften Bewirtschaftung des Netzes und zu Schadensersatzansprüchen führen (Risikoklasse Ü)
- Imageschaden (Risikoklasse Ü)

Wirtschaftliche Risiken

- Risiken die sich aus dem Beteiligungsportfolio ergeben können (Ü)

Im Rahmen des etablierten Risikofrüherkennungssystems ergab sich im Geschäftsjahr 2017 weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtbetrachtung eine Bestandsgefährdung für den ene-Konzern.

5.2 Prognosebericht

5.2.1 Ausblick

Konjunktur

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2018 im laufenden Jahr von 1,8 % - 2,3 % Wirtschaftswachstum aus. Getragen wird das moderate Wachstum vor allem vom privaten Konsum. Eine weitere Zunahme der Beschäftigung, spürbare Lohnsteigerungen, teilweise kräftige Rentenerhöhungen, gesunkene Energiepreise, niedrige Inflation sowie günstige Zinsen sorgen hier für Kaufkraftzuwächse bei den privaten Haushalten.⁵

Verteilnetz

Zur Stabilisierung der künftigen Ergebnisse hat die KEV Schleiden GmbH das Pacht- und Dienstleistungsverhältnis mit der Westnetz GmbH bis zum 31. Dezember 2020 fortgesetzt.

Da die Konzessionsverfahren (Strom) im bisherigen Netzgebiet der KEV Schleiden GmbH abgeschlossen sind und die KEV Schleiden GmbH Umsatzsteigerungen nur durch Spartenerweiterungen erzielen kann, wird sich die KEV Schleiden GmbH zunehmend um Gaskonzessionen im regionalen Umfeld bewerben.

Energievertrieb

Der Entwicklung im „heimischen“ Stromgeschäft wird durch verstärkte Akquise von Strommengen außerhalb des Grundversorgungsgebietes entgegengewirkt. Durch Neukunden im Geschäfts- und Industriekundensegment können auslaufende und nicht verlängerte Vertragsmengen mehr als ausgeglichen werden. Die Stromverkaufsmenge außerhalb des Grundversorgungsgebietes prognostizieren wir für 2018 auf ca. 115,4 GWh (2017: 66,5 GWh). Wir rechnen für 2018 mit einem Letztverbraucherabsatz von 5 % über dem Vorjahresniveau. Das Gasvertriebsgeschäft wird in 2018 weiter ausgebaut.

Bei den Beteiligungsergebnissen SPK, SPH, NER und BWP Schleiden KG werden für 2018 Erträge auf Basis der zum Zeitpunkt der jeweiligen Investitionsentscheidung vorliegenden Business-Cases der Projektgesellschaften erwartet.

Der Geschäftsverlauf der EWP KG war 2017 durch die Inbetriebnahme der Windkraftanlagen geprägt. Für 2018 erwarten wir Erträge auf Basis des zum Zeitpunkt der jeweiligen Investitionsentscheidung vorliegenden Business-Cases.

Dienstleistungsgeschäft

E-Mobilität ist ein Trend in die Zukunft. Die ene baut die Ladeinfrastruktur in der Region kontinuierlich aus.

Es werden deutlich verminderte Umsatzerlöse im Dienstleistungsgeschäft (Anlagenbau, Beleuchtungstechnik, TGA-Planung) erwartet.

Ein weiteres Geschäftsfeld wurde mit der Dienstleistung „Windanlagenservice“ in 2016 aufgenommen. Der Windanlagenservice umfasst die Wartung im regionalen Umfeld. Hier gehen wir in 2018 von steigenden Erträgen aus.

5.2.2 Ergebnisprognose

Der Konzern hatte für das Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Ertragsteuern von rd. 5.785 T€ geplant. Das tatsächliche Ergebnis vor Steuern liegt bei 7.276 T€. Dabei wurde das Ergebnis insbesondere durch folgende Effekte beeinflusst:

- Ergebnisverbesserungen im operativen Geschäft
- Auflösung von Rückstellungen

Die Umsatzerlöse werden sich in 2018 auf ca. 71.500 T€ belaufen.

⁵ BDEW, Fakten und Argumente zum Konjunkturbericht 2018

Für das Geschäftsjahr 2018 wird sich das Ergebnis vor Ertragsteuern auf rd. 4.100 T€ und damit deutlich unter dem Vorjahresplanniveau belaufen.

Kall, 31. März 2018

(Markus Böhm, Geschäftsführer)“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
ene GmbH & Co. KG	18	16	47	
davon:	3	3	8	Teilzeitkräfte
	3	2	0	Auszubildende
ene Konzern	148	146	153	Beschäftigte zum 31.12.
davon:	23	22	29	Teilzeitkräfte
	16	15	15	Auszubildende
enb	0	0	0	kein eigenes Personal

H) Kennzahlen

./.

8.2 Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Die ene und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in den Gesellschafterversammlungen der Tochterunternehmen. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

Die KEV Energie GmbH wird in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Bei den mittelbaren Beteiligungen der ene wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Von einer ausführlichen Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düşorner Heide)
 - RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG

8.2.1 Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH

A) Ziele der Beteiligung

Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550 €	2,50 %
Innogy SE	77.550 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	2.944.900 €	95,00 %
Summe	3.100.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung

b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in der Gesellschafterversammlung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied

Franz-Josef Nießen

CDU

Stellvertreter

Franz Cremer

SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Helmut Kläßen

Bezüge 2017

135.129,59 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	518.545	674.510	863.631	-155.965
Sachanlagen	25.795.235	26.257.323	23.985.432	-462.089
Finanzanlagen	25.589	28.555	31.899	-2.966
	26.339.369	26.960.388	24.880.963	-621.020
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.428.465	3.434.750	1.534.777	-2.006.284
Liquide Mittel	2.378.062	100.285	1.165.675	2.277.776
	3.806.527	3.535.035	2.700.452	271.492
C Rechnungsabgrenzungsposten	113.148	100.999	24.805	12.149
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	744	242.308	466.988	-241.564
Summe Aktiva	30.259.788	30.838.731	28.073.208	-578.943
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.100.000	3.100.000	3.100.000	0
Kapitalrücklage	8.397.955	8.397.955	4.397.955	0
Gewinnrücklagen	4.599.791	4.599.791	4.599.791	0
	16.097.746	16.097.746	12.097.746	0
B Sonderposten	750.362	1.065.399	1.437.810	-315.037
C Rückstellungen	8.778.972	8.094.969	6.835.485	684.003
D Verbindlichkeiten	2.752.880	3.833.292	5.994.237	-1.080.413
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.879.828	1.747.324	1.707.930	132.504
Summe Passiva	30.259.788	30.838.731	28.073.208	-578.943

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	19.607.010	22.388.981	21.161.493	-2.781.971
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	609.512	
3	Sonstige betriebliche Erträge	151.971	529.212	1.001.627	-377.241
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	3.304.018	5.971.509	5.368.923	-2.667.490
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.357	30.863	-155	-21.507
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.294.662	5.940.645	5.369.077	-2.645.983
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.438.022	7.163.735	4.831.563	-725.712
a)	Löhne und Gehälter	5.175.104	5.571.993	3.252.503	-396.889
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.262.918	1.591.742	1.579.060	-328.824
6	Abschreibungen	2.579.364	2.296.176	2.169.964	283.188
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.767.384	5.327.821	5.714.644	-560.437
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	171	31	-162
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	1	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	227.025	256.245	166.806	-29.220
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	48	
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-3.409	-3.322	3.409
11	Ergebnis nach Steuern	2.443.176	1.906.286	4.524.085	
12	Sonstige Steuern	222.035	21.755	21.361	200.281
13	Gewinnabführung	2.221.141	1.884.532	2.723	+ 336.610
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	4.500.000	
15	Einstellung in Gewinnrücklage	0	0	4.500.000	
16	Bilanzgewinn	0	0	0	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	110	111	87	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Eingespeiste Strommenge	491	471	444	GWh - bezogen auf das Netz-Bilanzierungsgebiet der KEV
ÜNB	164	170	165	GWh - Übertragungsbetzbetreiber (ÜNB)
Lieferung ÜNB in %	33,4	36,1	37,1	
davon:				
dezentrale Einspeisung	327	301	280	GWh - gem. EEG und KWKG
dezentrale Einspeisung in %	66,6	64,0	62,9	
Netznutzung	324	329	326	Abweichung zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Minder-mengen und Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung				
Händler KEV Energie	244	247	248	GWh - im Netz-Bilanzierungsgebiet der KEV
übrige Händler	80	82	78	GWh

8.2.2 KEV Energie GmbH

A) Ziele der Beteiligung

Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500 €	2,50 %
Innogy SE	7.500 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	285.000 €	95,00 %
Summe	300.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

Die KEV Energie GmbH wird in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Thilo Waasem	CDU	Dominik Schmitz	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Markus Böhm

Bezüge 2017

169.596 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEV Energie GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	25.675	36.768	32.106	-11.093
Sachanlagen	435.284	477.629	439.174	-42.345
Finanzanlagen	2.957.185	2.958.029	2.754.872	-844
	3.418.143	3.472.425	3.226.152	-54.282
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.955.622	3.450.130	4.838.986	505.492
Liquide Mittel	1.480.999	3.159.418	890.111	-1.678.419
	5.436.621	6.609.548	5.729.096	-1.172.927
C Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	1.560	0	0	1.560
Summe Aktiva	8.856.325	10.081.974	8.955.248	-1.225.649
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Kapitalrücklage	157.115	157.115	157.115	0
	457.115	457.115	457.115	0
B Rückstellungen	719.807	735.850	664.166	-16.043
C Verbindlichkeiten	7.679.403	8.889.009	7.833.968	-1.209.606
Summe Passiva	8.856.325	10.081.974	8.955.248	-1.225.649

KEV Energie GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	55.077.486	52.414.412	51.249.842	2.663.073
2	Sonstige betriebliche Erträge	176.137	128.524	118.210	47.613
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	49.460.521	45.997.599	44.411.490	3.462.922
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	31.182.829	28.545.096	29.013.645	2.637.733
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.277.692	17.452.504	15.397.844	825.189
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.113.815	1.132.372	1.151.776	-18.558
a)	Löhne und Gehälter	892.020	911.503	911.292	-19.483
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	221.795	220.869	240.484	926
5	Abschreibungen	65.951	43.902	39.774	22.049
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.631.379	2.470.429	3.104.907	160.950
7	Erträge aus Beteiligungen	347.729	1.035.088	79.336	-687.360
	davon aus verbundenen Unternehmen	4.979	23.373	0	-18.394
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.250	8.541	6.433	-1.292
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	8	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.507	5.033	34.547	474
	davon an verbundene Unternehmen	1.695	1.181	1.203	515
10	Ergebnis nach Steuern	2.331.429	3.937.231	2.711.327	-1.605.803
11	Sonstige Steuern	11.005	12.113	12.382	-1.108
12	Gewinnabführung	2.320.423	3.925.118	2.698.945	-1.604.695
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	17	17	19	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Stromverkauf	311,1	289,3	287,7	GWh
Gasverkauf	10,8	2,3	0,8	GWh

Über die **Beteiligungsgesellschaften der KEV Energie GmbH** wird nachstehend unter den Gliederungsnummern 8.2.2.1 bis 8.2.2.5 berichtet.

8.2.2.1 KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

A) Ziele der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und/oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250 €	49,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Beteiligungsgesellschaft der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH:

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene. Gleiches gilt für die mittelbaren Beteiligungen der KEV Energie GmbH.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Geschäftsführung

Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Geschäftsführung

Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhält für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.466	1.691	1.349	-225
Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000	0
	26.466	26.691	26.349	-225
B Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	190.671	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	461.234	1.585.934	190.455	-1.124.700
Liquide Mittel	2.485.730	75.805	199.275	2.409.925
	2.946.964	1.661.739	580.400	1.285.225
Summe Aktiva	2.973.430	1.688.430	606.749	1.285.000
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Kapitalrücklage	400.000	400.000	0	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	496.412	255.578	154.520	240.833
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	721.633	240.833	101.058	480.800
	1.643.045	921.412	280.578	721.633
B Rückstellungen	372.754	65.670	63.034	307.084
C Verbindlichkeiten	957.631	701.348	263.137	256.283
Summe Passiva	2.973.430	1.688.430	606.749	1.285.000

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.521.331	2.310.965	358.245	210.365
2	Bestandsveränderungen	0	-190.671	0	190.671
3	Sonstige betriebliche Erträge	41.693	40.605	70.189	1.089
4	Materialaufwand, davon:	1.138.606	1.523.101	41.191	-384.495
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	504	50	140	454
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.138.102	1.523.051	41.052	-384.949
5	Abschreibungen	225	187	127	38
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	362.492	302.567	251.770	59.925
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	340.068	94.211	34.288	245.857
9	Ergebnis nach Steuern	721.633	240.833	101.058	
10	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	721.633	240.833	101.058	480.800

Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.502	21.717	17.592	-17.215
Liquide Mittel	31.875	25.297	25.487	6.578
	36.377	47.014	43.079	-10.637
Summe Aktiva	36.377	47.014	43.079	-10.637
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.328	1.187	706	2.141
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.432	2.141	481	-709
	29.760	28.328	26.187	1.432
B Rückstellungen	3.670	2.592	1.494	1.078
C Verbindlichkeiten	2.947	16.094	15.399	-13.147
Summe Passiva	36.377	47.014	43.079	-10.637

Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	18.083	18.245	14.772	-162
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.383	15.703	14.201	14.122
3	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
4	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	268	401	90	-133
5	Ergebnis nach Steuern	1.432	2.141	481	
6	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	1.432	2.141	481	-709

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

8.2.2.2 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900 €	49,00 %
Summe	310.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.483.428	5.886.962	6.290.496	-403.534
	5.483.428	5.886.962	6.290.496	-403.534
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	236.327	230.980	233.445	5.347
Liquide Mittel	599.915	643.700	630.365	-43.785
	836.242	874.680	863.810	-38.438
C Rechnungsabgrenzungsposten				0
Summe Aktiva	6.319.670	6.761.642	7.154.306	-441.972
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	310.000	310.000	296.700	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	29.742	9.762	59.129	19.980
	339.742	319.762	355.829	19.980
B Rückstellungen	64.500	64.882	79.781	-382
C Verbindlichkeiten	5.915.428	6.376.998	6.718.696	-461.570
Summe Passiva	6.319.670	6.761.642	7.154.306	-441.972

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	836.559	820.662	895.803	15.897
2	Sonstige betriebliche Erträge	4.310	2.084	5.395	2.226
3	Materialaufwand, davon:	25.664	14.859	18.294	10.805
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.847	3.576	4.578	1.271
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.817	11.283	13.716	9.534
4	Abschreibungen	403.534	403.534	403.534	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	94.583	96.435	101.170	-1.851
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.312	2.315	2.341	997
	davon aus verbundenen Unternehmen	1.695	1.181	1.194	515
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	260.421	274.873	287.712	-14.453
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.236	25.598	33.699	4.638
9	Ergebnis nach Steuern	29.742	9.762	59.129	
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	29.742	9.762	59.129	19.980

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Erzeugte Energie	3.930,0	3.887,6	4.243,5	MWh

8.2.2.3 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000 €	75,00 %
KEV Energie GmbH	50.000 €	25,00 %
Summe	200.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2017	2016	2015
Kreis	120 54702	14.305 €	41.438 €	24.738 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied

Franz Cremer

SPD

Stellvertreter

Hans-Peter Wasems

CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.271.421	1.361.169	1.450.917	-89.748
	1.271.421	1.361.169	1.450.917	-89.748
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.403	11.491	46.367	-4.088
Liquide Mittel	217.144	199.490	197.454	17.654
	224.547	210.980	243.820	13.567
Summe Aktiva	1.495.968	1.572.149	1.694.737	-76.181
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000	0
Kapitalrücklage	0	0	6.108	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	35.444	31.667	65.535	3.776
	235.444	231.667	271.643	3.776
B Rückstellungen	38.300	40.800	35.255	-2.500
C Verbindlichkeiten	1.222.224	1.299.682	1.387.840	-77.458
Summe Passiva	1.495.968	1.572.149	1.694.737	-76.181

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	225.587	217.669	266.336	7.918
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	0	3.109	0
3	Materialaufwand, davon:	7.724	3.105	6.994	4.619
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	616	742	3.341	-127
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.109	2.363	3.654	4.746
4	Abschreibungen	89.748	89.748	89.748	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	47.297	46.897	53.315	400
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36.280	38.152	39.954	-1.872
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.095	8.100	13.900	995
9	Ergebnis nach Steuern	35.444	31.667	65.535	
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	35.444	31.667	65.535	3.776

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Erzeugte Energie	1.014,0	986,3	1.081,8	MWh

8.2.2.4 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	120.000 €	33,33 %
eegon - Eifel-Energiegenossenschaft eG	120.000 €	33,33 %
Stadt Schleiden	120.000 €	33,33 %
Summe	360.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	2.848.779	3.030.616	3.212.453	-181.837
	2.848.779	3.030.616	3.212.453	-181.837
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.031	19.674	23.805	-9.644
Liquide Mittel	473.692	452.451	420.499	21.241
	483.723	472.126	444.304	11.597
Summe Aktiva	3.332.502	3.502.742	3.656.757	-170.240
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	360.000	360.000	360.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	84.305	79.256	93.901	5.049
	444.305	439.256	453.901	5.049
B Rückstellungen	40.040	69.440	44.300	-29.400
C Verbindlichkeiten	2.848.157	2.994.046	3.158.557	-145.889
Summe Passiva	3.332.502	3.502.742	3.656.757	-170.240

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	459.236	445.886	480.341	13.350
2	Sonstige betriebliche Erträge	576	1.365	1.859	-789
3	Materialaufwand, davon:	15.554	7.910	16.608	7.644
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.090	2.803	2.455	-712
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.464	5.108	14.153	8.356
4	Abschreibungen	181.837	181.837	181.837	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	69.635	66.527	77.222	3.108
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	6	5	-6
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86.185	90.586	94.258	-4.401
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22.295	21.140	18.379	1.155
9	Ergebnis nach Steuern	84.305	79.256	93.901	
10	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	84.305	79.256	93.901	5.049

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Erzeugte Energie	1.905,9	1.875,1	2.013,9	MWh

8.2.2.5 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.406.200 €	42,81 %
PE Becker GmbH	2.293.800 €	40,81 %
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG	520.000 €	9,26 %
Stadt Schleiden	400.000 €	7,12 %
Summe	5.620.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH bestehenden Eigenkapitals.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	25.601.653	27.629.909	29.615.747	-2.028.256
	25.601.653	27.629.909	29.615.747	-2.028.256
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	814.146	804.867	1.149.520	9.279
Liquide Mittel	4.511.223	3.968.888	4.811.220	542.335
	5.325.369	4.773.754	5.960.740	551.614
Summe Aktiva	30.927.022	32.403.663	35.576.487	-1.476.642
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	5.620.000	5.620.000	5.620.000	0
Rücklagen	0	0	789.851	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.000.891	721.801	1.206.989	279.090
	6.620.891	6.341.801	7.616.840	279.090
B Rückstellungen	241.116	73.270	178.212	167.846
C Verbindlichkeiten	24.059.250	25.979.180	27.768.752	-1.919.930
D Passive Latente Steuern	5.764	9.412	12.683	-3.648
Summe Passiva	30.927.022	32.403.663	35.576.487	-1.476.642

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.647.619	3.091.202	4.835.952	1.556.417
2	Sonstige betriebliche Erträge	376.473	1.632.124	486.430	-1.255.651
3	Materialaufwand, davon:	282.690	232.159	206.163	50.531
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.249	8.241	9.058	-1.993
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	276.441	223.918	197.105	52.524
4	Abschreibungen	1.982.554	1.985.838	1.975.942	-3.284
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	711.632	759.756	775.806	-48.123
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28	17	9	11
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	783.746	833.761	853.024	-50.014
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	262.606	190.029	304.465	72.577
9	Ergebnis nach Steuern	1.000.891	721.801	1.206.989	
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.000.891	721.801	1.206.989	279.090

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Erzeugte Energie	50.009,3	46.460,8	53.661,1	MWh

9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

A) Ziele der Beteiligung

ere KG: Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) und Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).

ere V-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ere KG.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

9.1 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Gesellschafter (Stand: 01.01.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	5.125 €	20,50 %
Innogy SE	5.125 €	20,50 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Stadt Schleiden	4.000 €	16,00 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Kommunen Bad Münstereifel und Heimbach fand im Rahmen von notariellen Beurkundungen am 20.12.2016 statt.

Gesellschafter (Stand: 03.01.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.250 €	9,00 %
Innogy SE	2.250 €	9,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Stadt Schleiden	4.000 €	16,00 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	4.500 €	18,00 %
Stadt Heimbach	1.250 €	5,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 05.04.2017 die Veräußerung der restlichen Kommandit- und Geschäftsanteile an der Energie Rur-Erft GmbH Co. KG und an deren Komplementärin, der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH, gemeinsam mit der Innogy SE zu jeweils gleichen Teilen an die Kommunen Bad Münstereifel (4,0 %), Schleiden (3,8 %), Blankenheim (3,0 %), Hellenthal (3,0 %), Kall (3,0 %) Heimbach (1,0 %) und Mechernich (0,2 %) beschlossen (V 290/2017).

Die Veräußerung weiterer Geschäftsanteile erfolgte im Rahmen der notariellen Beurkundung am 13.07.2017.

Gesellschafter (Stand: 16.08.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	25 €	0,10 %
Innogy SE	25 €	0,10 %
Gemeinde Blankenheim	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Hellenthal	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Kall	4.250 €	17,00 %
Stadt Schleiden	4.950 €	19,80 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	5.500 €	22,00 %
Stadt Heimbach	1.500 €	6,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 10.10.2018 (V 450/2018) beschlossen, § 4 des Konsortialvertrages vom 18.12.2014 zu ergänzen. Die nach dem 30.06.2017 nicht veräußerten Anteile sollen demnach vollständig durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Mechernich veräußert werden. Der Veräußerung der Geschäfts- und Kommanditanteilen an die Stadt Mechernich wurde in gleicher Sitzung zugestimmt. Die Umsetzung dieses Beschlusses konnte bis zum 30.11.2018 noch nicht erfolgen.

9.2 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

Komplementärin: Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter (Stand: 01.01.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	5.125 €	20,50 %
Innogy SE	5.125 €	20,50 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Stadt Schleiden	4.000 €	16,00 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Kommunen Bad Münstereifel und Heimbach fand im Rahmen von notariellen Beurkundungen am 20.12.2016 statt.

Gesellschafter (Stand: 03.01.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.250 €	9,00 %
Innogy SE	2.250 €	9,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Stadt Schleiden	4.000 €	16,00 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	4.500 €	18,00 %
Stadt Heimbach	1.250 €	5,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 05.04.2017 die Veräußerung der restlichen Kommandit- und Geschäftsanteile an der Energie Rur-Erft GmbH Co. KG und an deren Komplementärin, der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH, gemeinsam mit der Innogy SE zu jeweils gleichen Teilen an die Kommunen Bad Münstereifel (4,0 %), Schleiden (3,8 %), Blankenheim (3,0 %), Hellenthal (3,0 %), Kall (3,0 %) Heimbach (1,0 %) und Mechernich (0,2 %) beschlossen (V 290/2017).

Die Veräußerung weiterer Kommanditanteile erfolgte im Rahmen der notariellen Beurkundung am 13.07.2017.

Gesellschafter (Stand: 16.08.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	25 €	0,10 %
Innogy SE	25 €	0,10 %
Gemeinde Blankenheim	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Hellenthal	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Kall	4.250 €	17,00 %
Stadt Schleiden	4.950 €	19,80 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	5.500 €	22,00 %
Stadt Heimbach	1.500 €	6,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 10.10.2018 (V 450/2018) beschlossen, § 4 des Konsortialvertrages vom 18.12.2014 zu ergänzen. Die nach dem 30.06.2017 nicht veräußerten Anteile sollen demnach vollständig durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Mechernich veräußert werden. Der Veräußerung der Geschäfts- und Kommanditanteilen an die Stadt Mechernich wurde in gleicher Sitzung zugestimmt. Die Umsetzung dieses Beschlusses konnte bis zum 30.11.2018 noch nicht erfolgen.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendungen beschließen die Gesellschafterversammlungen der ere KG und der ere V-GmbH.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (ohne Steuern *)		
		2017	2016	2015
Kreis	120 54702	270.180 €	384.899 €	0 €

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Gliederungsnummer 8.1) nachgewiesen.

E) Zusammensetzung der Organe

1. Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius, Kreiskämmerer

Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat mit Wirkung zum 01.07.2018 beschlossen, an Stelle von Herrn Johannes Adams (GBL I) Frau Dagmar Geschwind (AbtLin 20) als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH zu entsenden (V 402/2018).

b) Geschäftsführung

Herbert Radermacher, Bürgermeister Gemeinde Kall
Jens van der Crabben, Innogy SE

In der Gesellschafterversammlung der ere V-GmbH vom 28.11.2017 wurden mit Wirkung zum 01.01.2018 die Herren Hermann-Josef Esser und Marcel Wolter als neue Geschäftsführer bestellt.

Die Geschäftsführung hat für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung erhalten.

2. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius, Kreiskämmerer

Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat mit Wirkung zum 01.07.2018 beschlossen, an Stelle von Herrn Johannes Adams (GBL I) Frau Dagmar Geschwind (AbtLin 20) als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG zu entsenden (V 402/2018).

b) Geschäftsführung

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH 1*

1* Lt. Gesellschaftsvertrag der ere KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	16.600	16.600	16.600	0
	16.600	16.600	16.600	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.506.004	1.909.111	1.129.759	-403.107
Liquide Mittel	285.815	524	8.300	285.291
	1.791.819	1.909.635	1.138.059	-117.816
Summe Aktiva	1.808.419	1.926.235	1.154.659	-117.816
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Rücklagen	54.768			54.768
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.147.088	1.094.768	1.019.580	52.320
	1.226.857	1.119.768	1.044.580	107.088
B Rückstellungen	575.819	779.367	4.300	-203.548
C Verbindlichkeiten	5.743	27.099	105.779	-21.356
Summe Passiva	1.808.419	1.926.235	1.154.659	-117.816

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.543	5.815	7.500	-4.272
Liquide Mittel	31.654	25.877	24.645	5.777
	33.197	31.692	32.145	1.505
Summe Aktiva	33.197	31.692	32.145	1.505
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.982	2.920	1.456	1.063
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.263	1.063	1.463	200
	30.245	28.982	27.920	1.263
B Rückstellungen	2.880	2.443	3.000	437
C Verbindlichkeiten	71	267	1.226	-195
Summe Passiva	33.197	31.692	32.145	1.505

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	314.952	760.167		-445.215
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	131.201	47.661	70.895	83.539
3	Erträge aus Beteiligungen	1.188.289	1.128.524	1.090.475	59.765
4	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	224.952	746.261		-521.309
5	Ergebnis nach Steuern	1.147.088	1.094.768	1.019.580	52.320
6	Sonstige Steuern				
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.147.088	1.094.768	1.019.580	52.320

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	6.043	5.815	4.500	228
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.543	4.279	3.037	264
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	237	474		
4	Ergebnis nach Steuern	1.263	1.063	1.463	
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.263	1.063	1.463	200

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere) wurde am 2. Januar 2015 mit Sitz in Kall gegründet. Gesellschafter der ere sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen, und die innogy SE (vormals RWE Deutschland AG), Essen, mit einem Anteil von jeweils 0,1 % (vormals 20,5%) und die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall mit jeweils 17 % (vormals 14,0 %) sowie die Städte Mechernich mit 1 %, Schleiden mit 19,80 % (vormals 16,0 %), Bad Münstereifel mit 22 % (vormals 0 %) und Heimbach mit 6 % (vormals 0%) sowie die ere V-GmbH, Kall als Komplementär ohne Kapitalanteil (0 %). Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte zum 18.01. und 31.08.2017.

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Gegenstand der ere ist das Halten, die Beteiligung (33,2 %) an der im Handelsregister des Amtsgerichts Düren unter der HR A 2498 eingetragenen Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene) mit Sitz in Kall sowie das Halten einer Beteiligung (33,2 %) an der im Handelsregister des Amtsgerichtes Düren unter HRB B 4438 eingetragenen Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb) mit Sitz in Kall. Das Gesellschaftskapital beträgt 25.000 €.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,3 % lag.¹

2.2 Geschäftsverlauf 2017

Das Geschäft der ere besteht ausschließlich in dem Halten von Beteiligungen an der ene und an der enb. Damit steht die Geschäftsentwicklung im direkten Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung dieser Gesellschaften.

2.3 Lage des Unternehmens

2.3.1 Ertragslage

Aus Beteiligungen resultieren Erträge in Höhe von 1.188 T€ (Vj. 1.128 T€). Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 315 T€ (Vj. 760 T€) resultieren aus einem zweckgebundenen Zuschuss der Gründ-

¹ Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung Nr. 011 vom 11.01.2018

ungsgesellschafter der innogy SE, Essen, und Kreis Euskirchen, Euskirchen, zwecks Erstattung der Gewerbesteuerbelastung aus den Veräußerungsvorgängen 2017 und Erstattung für den Aufwand der Steuerdeklaration. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 131 T€ (Vj. 48 T€) betreffen im Wesentlichen Honorare für Steuer- und Rechtsberatung sowie Aufwendungen für die Betriebsführung und Geschäftsführungsvergütung für die ere. Nach Abzug von Kosten für die kfm. Betriebsführung sowie sonstiger Kosten (u.a. Jahresabschlusskosten) und Ertragsteuern von 225 T€ verbleibt ein Jahresüberschuss von 1.147 T€ (Vj. 1.095 T€).

2.3.2 Vermögenslage und Finanzlage

Die Gesellschaft hat kein Sachanlagevermögen, sondern im Wesentlichen Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von 1.188 T€ (Vj. 1.142 T€), Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 318 T€ (Vj. 767 T€), Finanzanlagen von 16,6 T€ (Vj. 16,6 T€) und liquide Mittel von 286 T€ (Vj. 1 T€), die aus der Einzahlung des Gesellschaftskapitals resultieren. Alle Forderungen haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr.

2.4 Leistungsindikatoren

2.4.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt durch den finanziellen Leistungsindikator Beteiligungserträge, die die Einkünfte aus der Beteiligung der ene widerspiegelt.

2.4.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Berichtszeitraum hatte die ere keine angestellten Mitarbeiter. Die vertraglich vereinbarte Betriebsführung der Gesellschaft erfolgt durch Mitarbeiter der Energie Nordeifel GmbH & Co KG. Als nicht finanzieller Leistungsindikator der Gesellschaft wird insbesondere die gute Reputation der Beteiligungen im Bereich der Energieversorgung mit regionaler Verwurzelung gesehen.

3. Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Die ere, deren Gesellschaftszweck auf das Halten von Beteiligungen im Energieversorgungssektor gerichtet ist, trägt hierbei indirekt einen Beitrag zur Stromversorgung in der Nordeifel bei.

4. Risiko- und Chancen- und Prognosebericht

4.1 Risikobericht

4.1.1 Branchenspezifische Risiken

Die Gesellschaft erzielt als Gesellschafterin der ene Beteiligungserträge. Die ene wiederum hat mit den Tochtergesellschaften KEV Energie GmbH und Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen. Die für die ene und ihre Tochtergesellschaften bestehenden Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die ere. Mögliche Risikopotentiale liegen insbesondere im regulatorischen Umfeld sowie in den liberalisierten Energiemärkten. Bei Letzteren ergeben sich neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern.

4.1.2 Ertragsorientierte Risiken

Veränderungen der bestehenden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen können Investitionen und Ertragslage der Gesellschaft signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des ene-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt. Risiken bestehen darin, dass Beteiligungserträge ausfallen, d.h. Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft der ene und Erträge aus deren Beteiligungen bleiben aus. Mittelbare Risiken bestehen insoweit aus der Abhängigkeit der erzielten Beteiligungserträge aus der ene. Sämtliche Risiken werden als Risiken mit niedriger bis mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit eingestuft.

4.2 Chancenbericht

Die ere als Gesellschafter übt über den Aufsichtsrat der ene eine Steuerungsfunktion des ene-Konzerns aus. Mit der Verfolgung der für den ene-Konzern relevanten strategischen Ziele eröffnen sich gute Chancen, bestehende Geschäftsaktivitäten weiterzuentwickeln und eine Verbesserung der Ertragslage nachhaltig zu realisieren. Die ere profitiert dann von höheren Beteiligungserträgen.

4.3 Prognosebericht

4.3.1 Ausblick

Für die Ergebnisentwicklung sind insbesondere die Beteiligungsergebnisse der ene und enb maßgeblich. Nach der vorliegenden Planung werden die von der KEV Schleiden GmbH und KEV Energie GmbH abzuführenden Gewinne auch künftig neben den Dienstleistungserlösen zu stabilen Erträgen führen.

Ein weiteres Geschäftsfeld der ene wurde mit der Dienstleistung „Windanlagenservice“ in 2016 gestartet. Hierzu wurde ein Rahmenvertrag mit Enercon abgeschlossen. Der Vertrag umfasst die Wartung der Windenergieanlagen des Herstellers in der Region. Das konzerninterne Geschäft ist nach wie vor durch die Dienstleistungen der ene für den Bauplan (Investitionsprojekte und Instandhaltungsmaßnahmen) der KEV Schleiden GmbH sowie kaufmännischen und technischen Betriebsführungen der regenerativen Projektgesellschaften geprägt.

4.3.2 Ergebnisprognose

Wir gehen in 2018 davon aus, dass wir Beteiligungserträge leicht über dem Niveau von 2017 erzielen werden. Nach Abzug von Aufwendungen für kfm. Betriebsführung, Jahresabschlussprüfung und Beratungskosten gehen wir von einem leicht höheren Ergebnis gegenüber 2017 aus. Die tatsächlichen Beteiligungserträge betragen 1.188 T€ und liegt somit oberhalb der Planung. Das Mehrergebnis wurde durch Ergebnisverbesserung der ene beeinflusst. Für das Geschäftsjahr 2018 wird ein Beteiligungsergebnis von ca. 1.062 T€ geplant.

Kall, 08. November 2018

(Hermann Josef Esser, Geschäftsführer)

(Marcel Wolter, Geschäftsführer)“

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständes aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000 €	1,60%
Kreis Düren	277.867 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075 €	0,09 %
Summe	3.253.000 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

Der Kreis Heinsberg und die Kreissparkasse Heinsberg haben in 2017 gegenüber der Gesellschaft schriftlich den Austritt aus der AGIT erklärt. Die v.g. Gesellschafter scheiden mit Wirkung zum 01.01.2018 aus der Gesellschaft aus.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) wurden bis zum Geschäftsjahr 2012 wie nachstehend beschrieben getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64%) und die StädteRegion Aachen (36%)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 waren zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20%)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74% des kommunal zu tragenden Aufwandes)

In 2013 wurde im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentrumsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationale Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt.

Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschussschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29.11.2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01.01.2013 zunächst bis zum 30.06.2019.

Die Gesellschafterversammlung der AGIT hat im Herbst/Winter 2016 eine teilweise vom Gesellschaftsvertrag abweichende Finanzierungsart im Rahmen der Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2017 beschlossen. Der Kreistag hat am 14.12.2016 diesem Vorgehen zugestimmt (V 273/2016).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57104 08	61.695 €	52.239 €	50.965 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
- b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Franz Cremer

SPD

Stellvertreter:

Hans Peter Wasems

CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke

(stv. Aufsichtsratsvorsitzender)

Stellvertreter: Franz Cremer

SPD

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.015	12.362	28.226	-11.347
Sachanlagen	3.652.651	4.542.441	5.378.365	-889.790
Finanzanlagen	42.605	42.605	48.996	0
	3.696.271	4.597.408	5.455.587	-901.137
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	478.022	410.611	612.970	67.411
Liquide Mittel	277.298	308.878	227.364	-31.580
	755.320	719.489	840.334	35.830
C Rechnungsabgrenzungsposten	940	14.819	1.610	-13.879
Summe Aktiva	4.452.530	5.331.716	6.297.531	-879.186
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.150.119	-2.320.313	-2.091.537	170.194
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	146.123	170.194	-228.776	-24.071
	1.249.005	1.102.881	932.687	146.123
B Sonderposten	321.794	963.732	1.609.964	-641.938
C Rückstellungen	205.500	64.651	105.200	140.849
D Verbindlichkeiten	2.661.232	3.146.895	3.649.680	-485.663
E Rechnungsabgrenzungsposten	15.000	53.558		-38.558
Summe Passiva	4.452.530	5.331.716	6.297.531	-879.186

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.661.618	3.433.773	3.341.321	227.844
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.826.754	1.770.361	1.793.338	56.393
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.406.905	2.149.425	0	257.481
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.406.905	2.149.425		257.481
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.497.097	1.399.048	1.540.685	98.049
a)	Löhne und Gehälter	1.196.448	1.111.800	1.213.601	84.648
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	300.648	287.248	327.084	13.400
5	Abschreibungen	905.077	910.138	913.516	-5.061
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	330.276	366.136	2.697.513	-35.860
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	127	39	-126
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	85.626	91.820	93.901	-6.194
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	263.393	287.695	-110.916	-24.302
10	Sonstige Steuern	117.270	117.501	117.860	-232
11	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	146.123	170.194	-228.776	-24.071

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„Vorbemerkungen zum Jahr 2017

Zum Ende des Jahres 2017 sind der Kreis Heinsberg und die Kreissparkasse Heinsberg als Gesellschafter bei der AGIT ausgeschieden. Auch das Jahr 2017 war weiterhin von verschiedenen Diskussionen hinsichtlich der inhaltlichen und organisatorischen Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Region Aachen geprägt, ohne das hierzu konkrete Entscheidungen der Gesellschafter getroffen wurden.

I Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in Aachen betreibt, technologie-orientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt. Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert: Im Bereich „Technologiezentrummanagement“ wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen. Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst die Beratung von Existenzgründern und Unternehmern in innovativen Wachstumsprojekten sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euregio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

II Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Nachfrage nach Mietflächen blieb in den beiden Technologiezentren auch in 2017 auf einem gleichbleibend hohen Niveau, sodass die beiden Häuser über das ganze Jahr hinweg nahezu voll ausgelastet waren. Im TZA waren Ende 2017 insgesamt 77 Unternehmen mit rund 900 Arbeitsplätzen angesiedelt. An den AGIT-Veranstaltungen zur technologie-orientierten Wirtschaftsförderung nahmen rund 1.500 Unternehmensvertreter teil.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2017 über 20 festangestellte Mitarbeiter, sowie über 7 Auszubildende und Aushilfskräfte. Alle befristeten Verträge konnten abgebaut werden.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrummanagement

Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Mietflächen im **TZA** konnte die Auslastung über das gesamte Jahr 2017 hinweg nahe 100% gehalten werden. Insgesamt zogen 6 Firmen aus, während 8 Unternehmen neu in das TZA einzogen. Bei der sehr guten Auslastung muss doch auch berücksichtigt werden, dass nur noch 7% der vermietbaren Fläche von tatsächlichen Unternehmensgründern (bis zu fünf Jahre nach Gründung) belegt werden, das TZA seinen Wirtschaftsförderungsauftrag zur Unterstützung von Existenzgründern nur noch bedingt wahrnimmt. Im **ZBMT** vergrößerten 5 Unternehmen ihren Flächenbedarf, während sich 1 Unternehmen auszog. Damit konnte auch für das ZBMT in 2017 eine Vollauslastung erreicht werden. Insgesamt sind dort 15 Unternehmen mit rund 200 Arbeitsplätzen angesiedelt. Der Konferenzbereich hat sich gegenüber dem Vorjahr gleich entwickelt, insgesamt ist die Auslastung aber weiterhin zufriedenstellend. Über 40.000 Teilnehmer nahmen an rund 1.000 Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen in 2017 im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region blieb weiterhin hoch. 60 Unternehmen nahmen eine Patenberatung in Anspruch und 186 Firmen wurden individuell beraten. Insgesamt konnten zusätzlich 107 Unternehmen auch im Rahmen der Förderberatung betreut werden.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen für die internationale Standortwerbung konnte die AGIT in 2017 insgesamt 50 Ansiedlungsanfragen bearbeiten. Die aktiven Ansiedlungsmaßnahmen konzentrierten sich in 2017 auf gemeinsam mit der RWTH durchgeführte Aktivitäten in China und Korea.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Der verspätete Projektstart für die beiden Interreg-Projekte „Early Tec“ und „I2M“ erlaubte in 2017 für diese beiden Vorhaben nur im letzten Quartal tatsächlich realisierte Maßnahmen. Das seit rund zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring und das daraus abgeleitete Gewerbeflächenkonzept wurden auch in 2017 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

2. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden wie in den Vorjahren hauptsächlich im Bereich Technologiezentrummanagement erwirtschaftet und konnten mit insgesamt 3.530 TEUR gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. In beiden Zentren lag die Auslastung über das ganze Jahr hinweg bei nahe 100%, wobei im TZA der Anteil der tatsächlichen Neugründer (mit reduzierten Mieten) leicht gesteigert werden konnte. Erfreulich ist auch die Erlösentwicklung im ZBMT, wo mit 973 TEUR die Mieterlöse gegenüber dem Jahr 2016 weiter deutlich gesteigert werden konnten. Dadurch konnten die Verluste im ZBMT mit 78 TEUR gegenüber dem Vorjahr halbiert werden. Insgesamt konnte der Bereich Technologiezentrummanagement aber trotz der weiter angestiegenen Leasingrate für den II. Bauabschnitt ein Gesamter-

gebnis in Höhe von knapp 200 TEUR erreichen. Die Gesellschafterzuschüsse zur Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung“ stiegen auf 1.050 TEUR. Damit konnten erstmals seit vielen Jahren die Gesamtkosten im Bereich Wirtschaftsförderung durch diesen Zuschuss in etwa gedeckt werden. Insgesamt konnte die Gesellschaft damit mit 146 TEUR ein positives Gesamtergebnis erwirtschaften.

b) Finanzlage

Auch in 2017 wurde wie in den Vorjahren ein Kontokorrentkredit in Höhe von 400 TEUR zur Liquiditätserhaltung in Anspruch genommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch eine hohe Anlagenintensität durch das früher errichtete TZA gekennzeichnet.

3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bezüglich der Auslastung der beiden Zentren bewegt sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befindet sich 2017 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau. Die Anzahl der Neuansiedlungen von Unternehmen ist dagegen auch im Berichtszeitraum weiter deutlich zurückgegangen.

III. Prognosebericht

Die Leasingrate für den II. Bauabschnitt des TZA wird im Jahr 2018 mit knapp 700 TEUR den Höchstbetrag während der gesamten Laufzeit erreichen. Die Auslastung der beiden Technologiezentren ist auch in 2018 auf einem weiterhin hohen Niveau zu erwarten. Da die regionalen und euregionalen Projekte in 2018 voll angelaufen sind, ist in diesem Bereich im Gegensatz zu den beiden Vorjahren auch mit wirtschaftlich besseren Ergebnissen zu rechnen.

IV Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Besondere Risiken bestehen derzeit nicht.

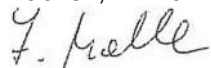
2. Chancenbericht

Die Gesellschaft bietet in mehreren Bereichen Ansatzpunkte, die ursprünglich gesetzten Gesellschaftsziele - Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung - wieder besser zu erreichen. Hierzu sollte geprüft werden, ob mit dem Verkauf des für die reine Gründerförderung zu großen TZA nicht die notwendigen finanziellen Mittel erwirtschaftet werden können, um ein modernes Technologiezentrum neu zu errichten. Mittelfristig könnten so auch die Mittel für die Wirtschaftsförderung weitgehend aus den Mieterlösen erwirtschaftet werden.

3. Gesamtaussage

Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage, für die Erreichung der ursprünglich gesetzten Ziele ist in 2018 zu prüfen, ob grundlegende Entscheidungen für eine tiefergehende Neuausrichtung der Gesellschaft getroffen werden sollen.

Aachen, im Mai 2018



Dr. Lothar Mahnke Geschäftsführer

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	18	19	24	Ø Arbeitnehmer ohne Geschäftsführer

H) Kennzahlen

./.

11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L.

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Kreistagsfraktionen CDU und SDP haben zum Thema Berufliche Bildung und Wissenstransfer in Einrichtungen des Kreises Euskirchen eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen dem Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE), der Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beantragt (A 103/2016). Zu diesem Zweck wurde eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich gemeinsam mit der Verwaltung mit einer möglichen Verteilung der TAE-Aufgaben auf BZE und Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises befassen sollte. Im Verlauf des 2. Halbjahres 2016 stellte sich diese Möglichkeit als umsetzbar dar. Entsprechende Beschlussfassungen erfolgten in der Gesellschafterversammlung am 29.11.2016. Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2016 aufgelöst und befindet sich nunmehr in der Liquidation. Der Geschäftsführer wurde abberufen und zum Liquidator bestellt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 03.01.2017.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt lt. Gesellschaftsvertrag durch die Gesellschafter nach den Anteilen der Stammkapitaleinlagen. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden im Voraus an die Gesellschaft gezahlt. Etwaig verbleibende Fehlbeträge sind bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen. Eventuell zu viel gezahlte Beträge verbleiben in der Gesellschaft. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich Verlustübernahme wird auf den jährlichen Betrag von insgesamt 85.500 € begrenzt (V 45/2014).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57101 04	0 €	44.460 €	44.460 €

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

ordentliche Mitglieder:

- | | |
|--|-----|
| 1. Hans-Erhard Schneider (Stimmführer) | CDU |
| 2. Karsten Stickeler | CDU |
| 3. Heinrich Hettmer (stv. Stimmführer) | SPD |
| 4. Dirk van Meenen | FDP |

Stellvertreter/innen:

- | | |
|--------------------|-----|
| Clas Kohlheyer | CDU |
| Franz-Josef Nießen | CDU |
| Stefanie Seidler | SPD |
| Hans Reiff | FDP |

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.11.2016 wurde Herr Jochen Kupp zum 31.12.2016 als Geschäftsführer abberufen und gleichzeitig zum Liquidator bestellt.

Der Jahresabschluss 2017 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Der Jahresabschluss 2017 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i.L. - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände		1	1	-1
Sachanlagen		7	89	-7
		8	90	-8
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		21.306	81.140	-21.306
Liquide Mittel		23.445	0	-23.445
		44.750	81.140	-44.750
Summe Aktiva		44.758	81.230	-44.758
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital		25.565	25.565	-25.565
Kapitalrücklage		88.744	89.243	-88.744
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-81.599	-85.998	81.599
		32.710	28.809	-32.710
B Rückstellungen		4.500	30.650	-4.500
C Verbindlichkeiten		7.549	21.770	-7.549
Summe Passiva		44.758	81.230	-44.758

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i. L. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse		61.373	71.263	-61.373
2	Sonstige betriebliche Erträge		3.250	4.252	-3.250
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>		0	4.867	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		0	4.650	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen		0	217	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>		74.221	104.390	-74.221
a)	Löhne und Gehälter		60.958	87.261	-60.958
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		13.264	17.130	-13.264
5	Abschreibungen		82	197	-82
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen		72.800	51.948	-72.800
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.190	110	-1.190
	davon an verbundene Unternehmen		0	0	
8	Ergebnis nach Steuern		-83.671	-85.998	
9	Sonstige Steuern		-2.071	0	2.071
10	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag		-81.599	-85.998	81.599

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	*	2	2	Stand 31.12. ohne Geschäftsführer und Aushilfen

H) Kennzahlen

./.

* Der Jahresabschluss 2017 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03. / 30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2016. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2016, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären. Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages am 06.12.2016 endet die Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2018. Der Austritt eines Gesellschafters wird bis zum Ablauf des 31.12.2018 ausgeschlossen, es sei denn aus wichtigem Grund.

Der Kreistag hat am 09.10.2013 den Beschluss gem. V 68/2013 zur weiteren Beteiligung des Kreises Euskirchen nach dem 31.12.2013 als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH. Nachdem die übrigen Gesellschafter der Fortführung der Gesellschaft, wenn auch teilweise nur für zwei Jahre, zugestimmt haben, erfolgte die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 03.12.2014.

In einem am 30.09./12.10./14.10.2016 unterzeichneten Letter of Intent (LOI) zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, dem Land NordrheinWestfalen (NRW) und der Region haben sich die Partner über die Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018 verständigt. Die Laufzeit der zu diesem Zweck gegründeten Standortentwicklungsgesellschaft Vogel-sang GmbH (SEV) wurde durch Gesellschafterbeschluss bereits mehrfach verlängert. Die partner-schaftliche Zusammenarbeit in der Gesellschaft soll nun für zwei weitere Jahre (2017-2018) fortgesetzt werden. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert.

Zielsetzung des gemeinsamen Engagements in einer strukturell und personell unveränderten Standort-entwicklungsgesellschaft ist vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vo-gelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim inklusive der Umweltbildungsflächen.

Die Vermarktung der Gebäude bzw. Grundstücke soll wie bisher durch die SEV in enger Abstimmung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf der Grundlage eines Verwertungsplans erfolgen. Der Verwertungsplan ist wesentlicher Bestandteil des o. g. Letter of Intent. Das im Konsens der Partner be-schlossene Leitbild „Vogelsang IP Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“ ist nach wie vor die maß-gebliche Richtschnur der weiteren Verwertung.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat der Liquidation der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH (SEV GmbH) sowie der Bereitstellung von Finanzmittel in Höhe von jeweils bis zu 75.000 € für die Jahre 2019 und 2020 außerhalb der Gesellschafterstruktur der aufzulösenden SEV GmbH zur Verfügung zu stellen zu-gestimmt (V 473/2018).

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategi-sche Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG)	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	36.000 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der „Standortentwicklungs-gesellschaft Vogelsang GmbH“ in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008). Ferner hat der Kreistag am 09.10.2013 für bis zu fünf weiteren Jahren die Bereitstellung eines jährlichen Finanzierungsanteils in Höhe von 81.000 € beschlossen (V 68/2013).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57104 07	81.000 €	81.000 €	81.000 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlungordentliche Mitglieder

1. Manfred Poth

AV

Stellvertreter/innen

Günter Rosenke

Landrat

2. Frank Weimbs (Stimmführer)

CDU

Dominik Schmitz

CDU

3. Franz Cremer (stv. Stimmführer)

SPD

Markus Ramers

SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsratordentliche Mitglieder

1. Josef Reidt

CDU

Stellvertreter/innen

Ute Stolz

CDU

2. Manfred Poth

AV

Günter Rosenke

Landrat

3. Franz Cremer

SPD

Markus Ramers

SPD

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

Die Geschäftsführung erhält keine direkte Vergütung von der Gesellschaft. Die Bestellung der Geschäftsführung erfolgt über einen Dienstleistungsvertrag mit der NRW.Urban GmbH & Co. KG. Die jährliche pauschale Vergütung für die Geschäftsführung beträgt 147.560 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	3	0
Sachanlagen	31.007	34.357	42.586	-3.350
	31.008	34.358	42.589	-3.350
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.576	29.824	15.698	-9.248
Sonstige Wertpapiere	0	0	0	0
Liquide Mittel	206.893	241.714	269.875	-34.821
	227.469	271.538	285.572	-44.069
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.471	3.465	4.739	-1.993
Summe Aktiva	259.948	309.361	332.900	-49.412
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	197.230	217.682	169.699	-20.452
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-28.856	-20.452	47.983	-8.404
	204.374	233.230	253.682	-28.856
B Rückstellungen	18.724	18.351	19.124	373
C Verbindlichkeiten	36.850	57.779	60.094	-20.929
Summe Passiva	259.948	309.361	332.900	-49.412

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	172.934	149.436	116.969	23.498
2	Sonstige betriebliche Erträge	455.764	454.170	452.959	1.594
3	Personalaufwand, davon:	124.080	107.197	91.570	16.883
a)	Löhne und Gehälter	100.055	87.345	73.659	12.711
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	24.025	19.852	17.911	4.172
4	Abschreibungen	5.904	9.528	11.229	-3.623
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	527.296	506.724	418.557	20.573
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	0	2	21	-2
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	0	0	-2
8	Ergebnis nach Steuern	-28.581	-19.841	48.594	-8.740
9	Sonstige Steuern	275	611	611	-336
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-28.856	-20.452	47.983	-8.404

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und mehrfach fortgeführt, Ende des Jahres 2016 letztmalig um zwei Jahre bis zum 31.12.2018 verlängert. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2017

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag der „Letter of Intent (LOI) über die Standortentwicklung Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018“ von August 2016, in dem auf der Grundlage eines Verwertungsplanes vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim erfolgen sollen.

Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2017 waren die Vermarktung der Bestandsimmobilien und die Verhandlungen zur Übertragung der Flächen für die Kernnutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt.

Nachdem mit dem Forum Vogelsang IP das Leitprojekt für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination Vogelsang IP im Jahr 2016 eröffnet wurde, sollen die beiden öffentlichen Nutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt als Teil der 1. Entwicklungsstufe zeitnah auf dem Grundstück der Redoute realisiert werden. Die Verhandlungen zur Übertragung der hierfür erforderlichen Teilflächen von insgesamt ca. 53 ha, Bauflächen an der Redoute und Umweltbildungsflächen, konnten allerdings nicht wie geplant im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des Kaufvertrages soll bis Mitte 2018 erfolgen.

Die Angebote der Rotkreuz-Akademie im Rotkreuz-Fluchthaus, dem Haus der ehemaligen Hundestafel, waren im Jahr 2017 so erfolgreich, dass das DRK die Immobilie Anfang 2018 erworben hat. Der provisorische Betrieb des Naturschutzhaus Eifel-Ardennen durch den NABU wurde fortgesetzt. Allerdings ist es dem Verein bisher nicht gelungen, die Finanzierung zum Ankauf des ehemaligen Kameradschaftshauses 9 zu sichern. Verkauft werden konnte aber das Kameradschaftshaus Nr. 14 zur Erweiterung des Gästehauses K 13. Erfolgreich war auch die Grundstücksausschreibung zur Entwicklung eines Wohnmobilparks, der Kaufvertrag wurde im Februar 2018 abgeschlossen. Positiv entwickelt haben sich auch die Bemühungen der SEV zur Ansiedlung eines Hotels. Die Geschäftsführung steht in konkreten Verhandlungen mit einem Investor, der alle vier sog. Hundertschaftshäuser erwerben möchte. Ein Hotelbetrieb soll auf Grundlage der durch die SEV erstellten Planungsstudie zunächst in Hundertschaftshaus 4 und 4a aufgebaut werden.

Auf die Ausbietungen der Immobilien „Van Dooren“, Eingangsgebäude Malakoff und Fahrzeughof sowie Kameradschaftshaus 8 am Markt erfolgte nur eine mäßige Nachfrage von Interessenten.

Die Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW auf einer Teilfläche der Schelde von 7,0 ha wurde Anfang des Jahres 2017 in Betrieb genommen. Trotz vorheriger Befürchtungen ergaben sich bisher keine negativen Auswirkungen auf den allgemeinen Besucherverkehr. Die Einrichtung war im Durchschnitt mit etwa 150 Bewohnern belegt.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurde ein neues Wegweisungssystem für den KFZ-Verkehr mit allen Nutzern abgestimmt und installiert, die Beschilderung nach StVO den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Nach umfangreichen Untersuchungen des ehemaligen Luftschutzraums vor Hundertschaftshaus 4a wurde sich schließlich angesichts der angestrebten Hotelnutzung in Gebäude 4a mit der Denkmalpflege auf einen Rückbau verständigt. Die Bauarbeiten zum Rückbau des Bunkers wurden im Herbst 2017 begonnen und sollen im Frühjahr 2018 abgeschlossen werden. Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurden das Schadenskataster fortgeschrieben und insbesondere Sanierungsarbeiten an den Dachflächen durchgeführt.

Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2017 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit eigenem Personal fortgeführt.

Das Klageverfahren gegen die Eintragung der gesamten Liegenschaft Vogelsang als Baudenkmal wurde im dritten Jahr fortgeführt. Eine Entscheidung des Gerichts, nach einer Anhörung vor Ort, liegt noch nicht vor.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Nach der Eröffnung des neuen „Forum Vogelsang IP“ im September 2016 ist das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2016 noch ca. 218.000 betrug, im ersten vollen Betriebsjahr 2017 auf ca. 270.000 gestiegen. Zusammen mit den Besuchern der übrigen Nutzungen wurde damit im Jahr 2017 das avisierte Gesamtaufkommen von 300.000 Besucher pro Jahr erreicht.

Diese Zahlen spiegeln die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino Vogelsang IP weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Laut Auskunft der Standortpartner waren Ende 2017 insgesamt 249 Personen in Vogelsang beschäftigt, davon 161 mit festen Arbeitsplätzen. Damit wurde das Ziel, die mit dem Weggang des belgischen Militärs weggefallenen 170 zivilen Arbeitsplätze neu zu schaffen, erreicht.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der ersten Jahre wie im Jahr 2016 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren, ist vorhanden. Mit dem Rotkreuz-Fluchthaus, dem Kameradschaftshaus 14 und der Fläche für den Wohnmobilpark wurden drei weitere Immobilien veräußert. Chancen auf Realisierung durch private Investoren im Jahr 2018 oder danach werden weiterhin für die Kameradschaftshäuser 8 und 9, die vier Hundertschaftshäuser und das Grundstück „Depot 31“ gesehen.

Wichtig für die weitere Gesamtentwicklung war es, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang IP“ mit den beiden zentralen Ausstellungen im September 2016 eröffnet wurde und seinen Regelbetrieb erfolgreich aufgenommen hat. Für die beiden Kernnutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt sollte nunmehr im Jahr 2018 nach 12 Jahren Konversion endlich eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen werden.

1.3 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2017 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit, also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.856,25 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 20.452,05 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 259.948,38 € (Vorjahr: 309.360,74 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 31.008,00 € (Vorjahr: 34.358,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 228.940,38 € (Vorjahr: 275.002,74 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 204.374,08 € (Vorjahr: 233.230,33 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 55.574,30 € (Vorjahr: 76.130,41 €) gegenüber.

Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 206.893,32 € (Vorjahr: 241.714,36 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 204.374,08 € (Vorjahr: 233.230,33 €) den wesentlichsten Posten.

2.2 Ertragslage

Im Jahr 2017 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.856,25 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.452,05 € im Jahr 2016. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die hohen Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von 628.697,76 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement), stehen Aufwendungen in Höhe von 657.554,01 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,00 € (Vorjahr: 302.260,02 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 124.080,08 € (Vorjahr 107.197,02 €) im Jahr 2017 für die Personalkosten.

2.3 Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 259.948,38 € (Vorjahr: 309.360,74 €) beträgt das Eigenkapital 204.374,08 € (Vorjahr: 233.230,33 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 79 % (Vorjahr: 75 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 206.893,32 € (Vorjahr: 241.714,36 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich überwiegend um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 21 % (Vorjahr: 25 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Chancen und Risiken

Nachdem mit dem Forum Vogelsang IP als zentrales Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum das Leitprojekt des Standorts im September 2016 eröffnet wurde, erreichten die Besucherzahlen bereits im ersten vollen Betriebsjahr 2017 die 300.000er Marke. Gleichzeitig wurde im Jahr 2017 mit 161 festen Arbeitsplätzen das Ziel erreicht, mit der Konversion die 2005 mit dem Abzug der belgischen Militärverwaltung weggefallenen 170 Stellen neu zu schaffen. Dreizehn Nutzungen konnten realisiert werden. Die reale Konversion, die vor zwölf Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit zu einem guten Teil gelungen. Wichtig für die Gesamtausrichtung des Standortes wäre als nächster Schritt die zeitnahe Umsetzung der Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt und damit auch die Bepflanzung der Umweltbildungsflächen. Gute Chancen des Ankaufs und Umbaus durch private Investoren werden weiterhin für die beiden Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 9 und das Grundstück „Depot 31“ gesehen. Auch für die Unterbringung eines Hotels in den Hundertschaftshäusern besteht noch eine realistische Entwicklungsperspektive. Nach dem Rückbau des Bunkers vor Hundertschaftshaus 4a muss hierfür die Infrastruktur weiter ausgebaut werden.

Nach der Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft „Schelde“ im Januar 2017 haben sich trotz vorheriger Befürchtungen bisher weder auf die Gesamtentwicklung noch auf den Besucherbetrieb negative Effekte gezeigt. Auch die Auswirkungen der Beleuchtung der Landeseinrichtung auf die Astronomie-Werkstatt sind nicht so gravierend, dass der Betrieb gefährdet wäre.

Durch den stabilen Betrieb des Forum Vogelsang IP bereits im ersten Jahr nach Eröffnung und die damit einhergehenden vermehrten Bildungs- und Kulturangebote sowie steigende Besucherzahlen wurde und wird das Vertrauen des Marktes in den Standort weiter gestärkt und auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren gefestigt. Damit steigen auch die Chancen, die schwierigen Immobilien

wie die Hundertschaftshäuser, den Malakoff-Komplex und das Grundstück Depot 31 zu vermarkten. Zu klaren Standortbedingungen würde auch beitragen, wenn für die schon lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt endlich eine zeitnahe Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Damit würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination Vogelsang IP weiter gestärkt und somit für private Nutzungen interessanter. Für das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren zeigt der Markt keinerlei Interesse, hier soll im Jahr 2018 intern eine neue Nutzungsperspektive erarbeitet werden.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen. Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung und der kommunalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2018 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2018. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis zum Laufzeitende der Gesellschaft am 31.12.2018 nicht erkennbar.

4. Prognose

Die Laufzeit der SEV wurde im Jahr 2016 letztmalig bis zum 31.12.2018 verlängert. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert. Zielsetzung der Gesellschaft in der verbleibenden Zeit ist vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang auf Grundlage des im Letter of Intent vereinbarten Verwertungsplans.

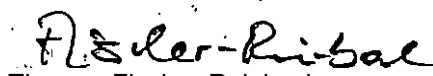
Als Grundlage für die Umsetzung der Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt soll im Jahr 2018 die Übertragung der Baufläche an der Redoute und der Umweltbildungsflächen von insgesamt rund 53 Hektar erfolgen und ein Investorenverfahren vorbereitet werden. Damit wären etwa 74 % der vermarktbareren Flächen übertragen. Der Verkauf von weiteren, zurzeit noch verpachteten Immobilien mit 5 Hektar Fläche (6 %) ist ebenfalls bis Ende 2018 geplant.

Die Entwicklung des Wohnmobilparks wurde auf den Weg gebracht, eine Eröffnung für Juni 2018 avisiert. Chancen bei der Vermarktung werden darüberhinaus für das Kameradschaftshaus 8, und die Hundertschaftshäuser gesehen. Das einzige noch verbliebene Grundstück zur Entwicklung von Neubauten, Depot 31, wird seit Beginn des Jahres am Markt angeboten. Für das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren und das 4 Hektar große zentrale Grundstück soll eine Nutzungsperspektive erarbeitet werden. Weiteres Ziel ist die Übertragung von Teilen der Besucherwege und Freiflächen an Dritte. Der Geschäftsbereich Geländemanagement soll nach Vorstellungen der SEV zum 01.01.2019 an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen werden.

Entscheidend zum Erfolg der gesetzten Ziele tragen neben der zurzeit günstigen Investitionslage klare Standortbedingungen bei. Hierzu zählt maßgeblich der stabile Regelbetrieb im Forum Vogelsang IP u. a. mit der Steigerung der Besucherfrequenz. Positiv ist sicher auch, dass sich der Betrieb der Flüchtlingsunterkunft Schelde bisher nicht negativ auf die Entwicklung des Standortes auswirkt.

Für das kommende Geschäftsjahr wird nach derzeitigem Stand wegen der weiterhin forcierten Verwertung der Immobilien wieder ein Verlust auf mindestens gleichem Niveau erwartet.

Schleiden, den 12. April 2018


Thomas Fischer-Reinbach
Geschäftsführung

G) Personalbestand				
Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	6	5	5	-

H) Kennzahlen
./.

13. Vogelsang IP gGmbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter (Stand: 31.12.2017)	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	13.650 €	50,00 %
Kreis Euskirchen	7.800 €	28,57 %
StädteRegion Aachen	1.950 €	7,15 %
Kreis Düren	1.300 €	4,76 %
Kreis Heinsberg	650 €	2,38 %
Stadt Schleiden	1.300 €	4,76 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650 €	2,38 %
Gesamtsumme	27.300 €	100,00 %

Am 18.10.2017 hat der Kreistag der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Vogelsang IP gGmbH und damit der Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft auf insgesamt 100.000 € bei gleichzeitiger Reduzierung der Beteiligungsquote des Kreises an der Vogelsang IP gGmbH von 28,57 % auf 17,142 %, der Aufstockung des Stammkapitalanteils des Kreises Euskirchen von derzeit 7.800 € um 9.342 € auf 17.142 € sowie einer quotalen Einlage in die Kapitalrücklage von 68.571 zugestimmt.

nachrichtlich:

Gesellschafter (Stand: 01.01.2018)	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	70.000 €	70,000 %
Kreis Euskirchen	17.142 €	17,142 %
StädteRegion Aachen	4.286 €	4,286 %
Kreis Düren	2.857 €	2,857 %
Kreis Heinsberg	1.429 €	1,429 %
Stadt Schleiden	2.857 €	2,857 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.429 €	1,429 %
Gesamtsumme	100.000 €	100,000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung

vom 05.07.2016 haben die Gesellschafter ihren politischen Gremien zur Sicherstellung der Finanzierung der GmbH ab 2017 eine zunächst bis Ende 2019 befristete Anhebung des jährlichen maximalen Zuschussbetrags der Gesellschafter auf 850 TEUR vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde in 2016 durch die politischen Gremien aller Gesellschafter angenommen. Der Kreistag fasste hierzu am 05.10.2016 (V 235/2016) einen entsprechenden Beschluss. In der Sitzung am 18.10.2017 hat der Kreistag der Anhebung des maximalen Betriebskostenzuschusses an die Vogelsang IP gGmbH von maximal 850.000 € jährlich auf maximal 1.400.000 € jährlich zugestimmt. Der maximale Betriebskostenzuschuss des Kreises Euskirchen wurde damit auf 240.000 € festgesetzt (V 358/2017).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57104 07	238.033 €	147.081 €	138.280 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

nachrichtlich:

Nach Neufassung des Gesellschaftsvertrages zum 01.01.2018 sind Organe der Gesellschaft:

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Johannes Mertens (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Wolfgang Heller	SPD	Markus Ramers	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

In 2017 wurde der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschafterversammlung, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 18.10.2017 die Entsendung der nachstehend benannten Personen in die Gesellschafterversammlung beschlossen (V 358/2017).

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Manfred Poth (Stimmführer)	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Josef Reidt (stv. Stimmführer)	CDU	Johannes Mertens	CDU
3. Markus Ramers	SPD	Wolfgang Heller	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen</u>	
1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
3. Markus Ramers	SPD	Wolfgang Heller	SPD

Für die Tätigkeit des Aufsichtsrates wurde im Berichtsjahr keine Vergütung gezahlt.

Der Vorsitz des Aufsichtsrates wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt - analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom anderen Gesellschafter gestellt.

In 2017 wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

nachrichtlich:

Ab 2018 ist der Aufsichtsrat nicht mehr Organ der Gesellschaft

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr insgesamt eine Vergütung von 127 T€.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Vogelsang ip gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	14.299	18.694	27.530	-4.395
Sachanlagen	45.763.632	45.533.085	37.878.795	230.547
	45.777.931	45.551.779	37.906.325	226.152
B Umlaufvermögen				
Vorräte	238.465	283.906	21.473	-45.441
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	916.902	1.291.621	1.787.637	-374.719
Liquide Mittel	693.648	1.018.819	2.036.938	-325.171
	1.849.015	2.594.346	3.846.048	-745.331
C Rechnungsabgrenzungsposten	56.848	44.801	24.288	12.047
Summe Aktiva	47.683.794	48.190.927	41.776.660	-507.132
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.300	27.300	27.300	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-16.198	-16.198	-6.892	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	-9.306	0
	11.103	11.103	11.103	0
B Sonderposten	33.289.229	34.776.332	34.012.062	-1.487.103
C Rückstellungen	235.878	158.328	113.733	77.550
D Verbindlichkeiten	14.147.585	13.245.164	7.384.263	902.421
E Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	255.500	0
Summe Passiva	47.683.794	48.190.927	41.776.660	-507.132

Vogelsang ip gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.161.985	918.318	432.827	1.243.667
2	Bestandsveränderungen	-50.586	251.024	0	-301.610
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	461.795	813.385	150.019	-351.590
4	Sonstige betriebliche Erträge	2.670.579	1.293.309	1.629.708	1.377.270
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	307.632	229.353		78.280
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	149.607	135.766	53.575	13.840
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	158.026	93.586	450	64.439
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.525.834	1.481.202		44.632
a)	Löhne und Gehälter	1.263.894	1.239.741	1.084.715	24.152
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	261.941	241.461	217.015	20.480
7	Abschreibungen	1.995.094	777.591	133.172	1.217.504
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.201.538	738.682	730.112	462.857
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	753	7.687	3.174	-6.934
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	200.970	55.404	5.994	145.566
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13.457	1.492	0	11.965
12	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	0	0	-9.306	313.575

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

“1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH (im Folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

ZWECK UND GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung,
- b) Bildung und Erziehung,
- c) Kunst und Kultur,
- d) internationaler Gesinnung,
- e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
- f) Völkerverständigung,
- g) Umwelt- und Landschaftsschutz,
- h) Denkmalschutz,
- i) regionaler Identität sowie
- j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich

- a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- b) die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Im Jahr 2017 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 € | (50%)
- Kreis Euskirchen mit 7.800 € | (28,57%)
- StädteRegion Aachen mit 1.950 € | (7,14%)
- Kreis Düren mit 1.300 € | (4,76%)
- Kreis Heinsberg mit 650 € | (2,38%)
- Stadt Schleiden mit 1.300 € | (4,76%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 € | (2,38%)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2017 waren die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung lag beim LVR, der im Aufsichtsrat beim Kreis Euskirchen.

ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTSVERTRAGS ZUM 01.01.2018

Zum 01.01.2018 wurde eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen, die am 06.03.2018 ins Handelsregister eingetragen wurde.

Wesentliche Punkte sind:

- Erhöhung des Stammkapitals auf 100.000 €, dabei neue Beteiligung des LVR i.H.v. 70% und quotal Reduzierung bei den anderen Gesellschaftern
- Einzahlung in die Kapitalrücklage von 400.000 € nach den neuen Beteiligungsquoten
- Organe der Gesellschaft sind nunmehr die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat besteht nicht mehr. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung wird durch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des LVR ausgeübt, der stellvertretende Vorsitz durch den Kreis Euskirchen
- Mehrheitserfordernis von 85 % bei einzelnen wichtigen Beschlüssen (vgl. § 8 Abs. 4 des neuen Gesellschaftsvertrages)
- Erhöhung des Rahmens für den Verlustausgleich der Gesellschafter auf maximal 1,4 Mio. € p.a.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 70.000 € | (70%)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)
- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)

- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von Vogelsang IP sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation) - seit Neueröffnung des Forums am 11.09.2016
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen und
- das Angebot von Wechsellausstellungen.

Darüber hinaus vermietet die GmbH einen Teil der Forumsflächen langfristig an den Landesbetrieb Wald und Holz NRW zum Betrieb des Nationalpark-Zentrums Eifel und der dortigen Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“. Die Betreiberschaft des Nationalpark-Zentrums liegt beim Landesbetrieb Wald und Holz NRW. Die Betriebsführung des beide Ausstellungen erschließenden Besucherzentrums erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags durch die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH.

Nach der Neueröffnung des Forums am 11.06.2016 war das Jahr 2017 das erste durchgängige Normaljahr. Dies führte im Ergebnis zu einem insgesamt deutlichen Anstieg der Besucherzahl:

- 270.000 Besucherinnen und Besucher konnten begrüßt werden (d.h. plus 44% gegenüber dem Vorjahr).

Im Bildungsbereich der Akademie Vogelsang IP war folgende Nachfrage festzustellen:

- 2.345 Bildungsformate mit 42.531 Teilnehmenden, davon 8.313 Schülern/Schülerinnen bzw. Jugendliche in überwiegend vertiefenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen. (das sind plus 83% (Bildungsformate) bzw. plus 64% (Teilnehmende) im Vergleich zum Vorjahr)

Hinzu kamen

- 35.534 Individual-Besucherinnen und Besucher der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch ...“.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2017 erneut mehrere Sonderprojekte durchgeführt bzw. fortgeführt. Hierzu zählten neben diversen Jugendbildungsprojekten mehrere geförderte Projekte, u.a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die Landeszentrale für politische Bildung (Lzpb), die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) und den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB).

Insgesamt kann die Entwicklung des Unternehmens in 2017 als günstig bezeichnet werden. Die Erwartungen an die Entwicklung der Nachfragewerte haben sich erfüllt.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Bei den in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschaft geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (gefördertes Volumen: 35,1 Mio. €),
2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (gefördertes Volumen: 3 Mio. €) und
3. Besucherzentrum / Schaufenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (gefördertes Volumen: 1,2 Mio. €)

standen im Jahr 2017 eine Vielzahl von Restmaßnahmen und insbesondere diverse Mängelbeseitigungen an. Zur Finanzierung der über die Förderung hinaus gehenden Mehrkosten wurden zwei bankfinanzierte, langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. € (insgesamt 10 Mio. €) aufgenommen.

Der darüber hinaus gehende Betrag wurde in 2017 über ein temporäres Gesellschafterdarlehen des LVR mit Laufzeit bis zum 31.12.2017 sichergestellt. Ab dem 01.01.2018 ist dies durch ein langfristiges Gesellschafterdarlehen des LVR abgelöst worden. Dieses bietet einen nach aktuellem Erkenntnisstand hinreichenden Puffer für eventuelle Risiken (worst-case-Prognose für die ungeforderten, eigen zu finanzierenden Investitionen: 14,5 Mio. €).

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Das Geschäftsergebnis 2017 ist durch den satzungsgemäßen Gesellschafterverlustausgleich ausgeglichen. Die Planzahlen für das Jahr 2017 wurden insgesamt weitgehend erfüllt.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Der öffentliche Zweck wurde im Jahr 2017 wie in den Vorjahren vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, -Bildung und Kultur verwirklicht.

Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die zunehmende Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel, das neue Forum als Informationszentrums am Standort Vogelsang IP sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 45.764 T€ (Vorjahr 45.533 T€; + 0,51%), darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Vorräte in Höhe von 238 T€ (Vorjahr 284 T€; -16,01%), durch sonstige Vermögensgegenstände (hier vor allem Umsatzsteuerforderungen) von 804 T€ (Vorjahr 1.214 T€; -34%) und durch liquide Mittel in Höhe von 694 T€ (Vorjahr 1.019 T€; -31,90%)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 33.289 T€ (Vorjahr 34.776 T€; -4,28%),
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 9.664 T€ (Vorjahr 4.958 T€; +94,91%),
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (hier: temporäres Gesellschafterdarlehen LVR) in Höhe von 3.200 T€ (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 6.700 T€; -52,24%),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.155 T€ (Vorjahr 1.501 T€; -23,06%) sowie
- Rückstellungen in Höhe von 236 T€ (Vorjahr 158 T€; +48,98%) gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 € ist in voller Höhe eingezahlt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- des investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch den Gesellschafterkredit des Landschaftsverbands Rheinland LVR sowie
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der Gesellschaft geordnet.

Zum Ende des Jahres 2017 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.040 T€, im Wesentlichen per Stichtag vergebene Aufträge für Umbauarbeiten.

Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 694 T€ (Vorjahr: 1.019 T€). Die Differenz zum Vorjahr resultiert vor allem aus den Darlehensaufnahmen und -tilgungen.

2.4 ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2017 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2017 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 847.759,28 € (Vorjahr 498.114,70 €) aus. Der Verlust liegt unter dem durch Gesellschafterbeschlüsse gesetzten Rahmen von maximal 850.000 €, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 2.161.901 €, d.h. + 135%
2. Verminderung des Bestandes fertige/unfertige Erzeugnisse | 50.586 €, d.h. -120%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 461.795 €, d.h. -43%
4. Sonstige betriebliche Erträge (inkl. Gesellschafter-Verlustausgleich) | 1.183.476 €, d.h. + 73%
5. Materialaufwand | 307.632 €, d.h. 34%
6. Personalaufwand | 1.525.834 €, d.h. + 3%
7. Abschreibungen | 1.995.094 €, d.h. + 157%
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 1.201.538 €, d.h. + 63%
9. Zinserträge | 753 €, d.h. -90%
10. Zinsaufwand | 200.970 €, d.h. + 263%
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag | 13.457 €, d.h. + 802%

Die vom Vorjahr deutlich abweichenden Werte erklären sich zusammengefasst wie folgt:

1. Betrieb des neuen Forums Vogelsang, hier insbesondere:
 - ganzjährige Erlöse aus den neuen Forumsnutzungen und den gestiegenen Besuchszahlen
 - Betriebskosten des Forums: ganzjährig, wie Umsatzerlöse
 - moderater Anstieg beim Personalaufwand
 - Steigerung des Abschreibungs- und Zinsaufwandes, teilweise gegenläufig: erhöhte Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten für den geförderten Anteil

2. Restabwicklung Baumaßnahmen, hier insbesondere:
- die Abnahme der aktivierten Eigenleistungen beim baubedingten Einsatz eigener Mitarbeiter in Bezug auf Restmaßnahmen / Mängelbeseitigungen

3. NACHTRAGSBERICHT

Die Gesellschafterversammlung hat bei Ihrer Sitzung am 02.02.2018 einer langfristigen Stabilisierung der Personalausstattung der GmbH zugestimmt und damit die Grundlage für ein moderates Entwicklungsszenario gelegt.

4. PROGNOSEBERICHT

In 2018 wird sich der Geschäftsbetrieb den bisherigen Betriebserfahrungen nach leicht über dem 2017er Niveau bewegen.

Wesentlicher operativer Schwerpunkt 2018 wird zum einen

- die noch umfängliche Mängelbeseitigung sowie die Durchführung von Restmaßnahmen rund um das Forum, zum anderen
- die Stabilisierung und der Ausbau des Akademiebetriebs sein.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2018 ein wiederum ausgeglichenes Ergebnis, bei einem Gesellschafterverlustausgleich von ca. 1,0 Mio. €.

Die Ergebniserwartung 2018 basiert in Ermangelung von längerfristigen Erfahrungswerten auf den ersten Betriebserfahrungen im laufenden Jahr 2018 und darauf aufbauenden Prognosen/Fortschreibungen. Hier liegen in verschiedenen Bereichen Unwägbarkeiten vor, insbesondere im Bereich der tatsächlichen Nachfrageentwicklung (Besuchszahlen allgemein, Ausstellungsbesuche, Programmnachfragen) sowie des tatsächlichen Aufwandes für das Facility-Management.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Wirtschaftsplanung 2018 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem erst 2ten Normal-Betriebsjahr unter neuen Randbedingungen nicht exakt prognostizierbar ist.

Bei den geförderten Investitionsprojekten können grundsätzlich insbesondere folgende Risiken eintreten:

1. ggf. Rückforderungen von Zuwendungsgebern, z.B. als Ergebnis von Prüfungen, und
2. ggf. weitere, über das in der Investitionsplanung prognostizierte Volumen von 13,6 Mio. € hinausgehende Projektausgaben, insbesondere
 - im Zusammenhang mit einem anhängigen Rechtsverfahren (worst case 0,9 Mio. €) sowie
 - durch ggf. weitere, als nicht werthaltig beurteilte Forderungen, von Firmen im Rahmen laufender Maßnahmen.

Bei der Prognose des Investitionsvolumens wurden alle erkenn- bzw. absehbaren Mehrkosten berücksichtigt. Eine weitere Erhöhung ist aus Sicht der Geschäftsführung unwahrscheinlich. Es wird damit gerechnet, dass bis Ende 2018 eine abschließend belastbare Prognosebasis besteht.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird unverändert eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und die Gesellschafterversammlung bei jeder Sitzung (bei konkretem Anlass ggf. umgehend) über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen, insbesondere in Bezug auf die Umsatzerlöse und die Liquidität, monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 11. Juni 2018
Albert Moritz | Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	38	41	39	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Besucherzahlen	270.000	188.000	168.500	Eröffnung des Forums am 11.09.2016
Dauerausstellung „Bestimmung Herrenmensch“	35.534	14.280		- Individualbesucher (seit 11.09.2016)
Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“	19.128	10.206		- Gästezahl seit 11.09.2016 (Nationalpark-Zentrum Eifel)

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter (Stand 01.01.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	14.400 €	54,50 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Stadt Bad Münstereifel	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400 €	100,00 %

Der Kreistag hat aufgrund der Vorlage D 29/2017 am 05.04.2017 der Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von 1.200 € an die Gemeinde Dahlem zugestimmt. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Rat der Gemeinde Dahlem am 08.12.2016 gefasst. Die Veräußerung und Abtretung erfolgte im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 06.04.2017 mit Wirkung zum 01.05.2017.

Gesellschafter (Stand: 01.05.2017)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.200 €	50,00 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Stadt Bad Münstereifel	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Dahlem	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden als Abschlag jeweils zum 1. eines Quartals im Voraus an die Gesellschaft gezahlt.

Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

Aufgrund der Vorlage V 171/2015 hat der Kreistag beschlossen, die über die Deckungsbeträge der kommunalen Gesellschafter (20.000 €) hinaus gehenden Beträge der Wirtschafts- und Finanzplanung 2016 ff. durch den Gesellschafter Kreis Euskirchen im Rahmen seines Deckungsbetrages (260.000 €) abzudecken.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 12.07.2017 (V 334/2017) u.a. beschlossen, dass die Finanzierung des Gesamtzuschussbedarfs ab dem Jahre 2018 mit der Aufteilung und Übernahme zu 50 % durch den Kreis und zu 50 % durch die kommunalen Gesellschafter zu jeweils gleichen Anteilen (4,55 %) erfolgt. Gleichzeitig wurde der Beschluss über die Erhöhung der maximalen Finanzierungsbeträge des Kreises Euskirchen auf 310.000 €/a und der übrigen kommunalen Gesellschafter auf 25.000 €/a gefasst. Die entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 17.11.2017.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57104 01	250.659 €	255.833 €	259.524 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Leo Wolter	CDU
3. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Thilo Waasem	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

Bezüge 2017
7.445,25 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Nordeifel Tourismus GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	25.598	25.796	33.117	-198
Sachanlagen	18.166	7.191	8.173	10.975
	43.764	32.987	41.290	10.777
B Umlaufvermögen				
Vorräte	6.711	5.637	7.468	1.073
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.016	17.991	4.654	-9.974
Liquide Mittel	67.052	102.754	81.366	-35.702
	81.779	126.382	93.488	-44.603
C Rechnungsabgrenzungsposten	4.129	2.088	847	2.041
D Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	61.687	0	0	61.687
Summe Aktiva	191.359	161.457	135.625	29.902
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	26.400	26.400	26.400	0
Kapitalrücklage	3.104.479	2.628.083	2.180.583	476.396
Bilanzverlust	-3.192.566	-2.121.574	-1.678.654	-1.070.991
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	61.687	-441.815	-442.920	503.501
	-0	91.094	85.409	-91.094
B Rückstellungen	109.420	29.046	17.199	80.374
C Verbindlichkeiten	79.439	40.019	30.442	39.420
D Rechnungsabgrenzungsposten	2.500	1.298	2.576	1.202
Summe Passiva	191.359	161.457	135.625	29.902

Nordeifel Tourismus GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	304.973	208.683	217.975	96.289
2	Sonstige betriebliche Erträge	27.089	16.316	15.974	10.773
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	101.324	24.423	29.836	76.901
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	101.324	24.423	29.836	76.901
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	408.993	362.794	351.821	46.199
a)	Löhne und Gehälter	335.999	296.892	287.316	39.107
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	72.994	65.902	64.505	7.092
5	Abschreibungen	15.857	9.742	16.103	6.115
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	369.793	269.766	279.064	100.027
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	3.000			3.000
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.400	0	0	3.400
9	Ergebnis nach Steuern	-570.305	-441.723	-442.826	-128.582
10	Sonstige Steuern	58.872	92	94	58.780
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-629.177	-441.815	-442.920	-187.362

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen. Zum 01. Mai 2017 konnte mit dem Beitritt der Gemeinde Dahlem das Ziel erreicht werden, alle kreisangehörigen Kommunen als Gesellschafter zu gewinnen. Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Destinationsmanagementorganisation (DMO) tätig und fungiert im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm. Gemeinsam mit den benachbarten Organisationen

Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. ist die Nordeifel Tourismus GmbH zusätzlich als Marketingverbund Erlebnisregion Nationalpark Eifel aktiv.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftervertrag verankerten Ziele agiert die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC). Als TSC gilt eine touristische Organisation, die für die touristische Entwicklung einer Teilregion federführend verantwortlich ist. Als TSC der Stufe III nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr: Produktentwicklung, gesamtes Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation/Reservierung, Beratung und Planung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern*, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Beratung der Leistungsträger sowie betriebliches Qualitätsmanagement, Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd.

3. Forschung und Entwicklung

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat im Jahr 2017 in Kooperation mit der ÖPNV-Abteilung des Kreises Euskirchen eine breit angelegte Gästebefragung zur touristischen Mobilität mit rund 650 Interviews durchgeführt. Auf dieser Basis soll nun ein touristisches Mobilitätskonzept für den Kreis Euskirchen erarbeitet werden. Studierende der Wirtschaftsfachschule für Tourismus am Berufskolleg in Kall haben im Auftrag der Nordeifel Tourismus GmbH in Kooperation mit dem Projektbüro „Wanderwelt der Zukunft“ ein Konzept für ein Wanderhotel der Zukunft erstellt. Zudem hat die Nordeifel Tourismus GmbH eine Bachelorarbeit zum Thema „touristische Heimatinszenierung“ einer Studierenden vom Geografischen Institut der Universität Köln betreut. Ferner hat die Geschäftsführung im Rahmen von einigen Bachelorarbeiten für sog. Experteninterviews zur Verfügung gestanden. Wie in den Vorjahren werden eifelbezogene Marktforschungstätigkeiten durch Partner wie NRW Tourismus e.V., Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Eifel Tourismus GmbH und das Nationalparkforstamt Eifel veranlasst. Das in den Jahren 2012 und 2015 vom Kreis Euskirchen in Auftrag gegebene Gutachten zum Wirtschaftsfaktor Tourismus in der Nordeifel wird mit Bezug auf das Jahr 2017 im Jahr 2018 erneut erstellt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich weiterhin positiv. Dieser Eindruck wird untermauert durch die Statistik, die NRW-Tourismus e.V. für das Jahr 2017 vorgelegt hat. Nordrhein-Westfalen verzeichnet im Vergleich zum Jahr 2016 sowohl Zuwächse bei den Gästeankünften (+ 5,1 %) als auch bei den Übernachtungen (+ 3,9 %) in Betrieben mit mehr als 10 Betten. Der positive Trend spiegelt auch die Entwicklung im Kreis Euskirchen wider. So konnte bei den Gästeankünften ein Anstieg um 7,3 % und bei den Übernachtungen ein Anstieg um 3 % verzeichnet werden. Mit Ausnahme von Schleiden und Bad Münstereifel konnten in allen übrigen kreisangehörigen Kommunen Zuwächse festgestellt werden. Grund für den Rückgang in Schleiden waren zwei ganzjährige Betriebsschließungen größerer Übernachtungsbetriebe. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 2,8 Tage und verdeutlicht die Bedeutung der Region als Kurzurlaubsziel. Die seit 2009 kontinuierlich gestiegene Anzahl an Gästeankünften mit dem Höchstwert in 2017 bei gleichzeitig weniger deutlich gestiegenen Übernachtungen im Betrachtungszeitraum hat die Aufenthaltsdauer erstmals auf unter 3 Tage reduziert. Das bedeutet, dass zwar immer mehr Gäste in die Region kommen, das bestehende Angebot scheinbar jedoch nicht für längere Aufenthalte anspricht. Die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus, auch mit Berücksichtigung des Übernachtungstourismus in Betrieben mit weniger als 10 Betten sowie des Tagestourismus wird im aktuellen Gutachten des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (dwif) dargestellt.

Die Analyse, die sich auf Werte aus dem Jahr 2017 bezieht, untermauert deutlich die Position der Region als Tagesausflugs- und Kurzurlaubsdestination. Besonders imposant ist auch die positive Entwicklung, die mit Blick in vorangegangene Gutachten des dwif e.V. consulting (dwif) aus den Jahren 2011 und 2014 nachvollzogen werden kann. Für das Jahr 2017 ergeben sich insgesamt 1,29 Mio. Übernachtungen (2011: 1,04 Mio., 2014: 1,26 Mio.) in sämtlichen Betrieben von der Ferienwohnung bis zum 4-Sterne-Hotel und 10,2 Mio. Tagesausflüge (2011: 7 Mio., 2014: 7,4 Mio.). Vom Tourismus profitieren dem Gutachten zufolge das Gastronomie- und Beherbergungswesen mit 141,7 Mio. € (2011: 104 Mio. €; 2014: 118 Mio. €), der Einzelhandel mit 166,1 Mio. € (2011: 79,8 Mio. €, 2014: 96,4 Mio. €) und sonstige Dienstleistungen mit 70,6 Mio. € (2011: 38,7 Mio. €, 2014: 47,8 Mio. €). Interessant ist weiterhin der Vergleich des Ausgabeverhaltens. Während Gäste, die in gewerblichen Betrieben mit mehr als 10 Betten übernachten, pro Tag und pro Person 98,90 € ausgeben, sind es bei Gästen in Ferienwohnungen durchschnittlich 70 €. Tagesgäste hingegen lassen rund 27,50 € pro Aufenthalt in der Region. Insgesamt ergibt sich durch Tages- und Übernachtungsgäste ein Bruttoumsatz in Höhe von 378,4 Mio. € pro Jahr (2011: 222,9 Mio. €, 2014: 262,5 Mio. €). Im Vergleich zu 2011 sind dies Steigerungen durch den

* Funktionalpartner sind: Nationalparkforstamt Eifel, Naturparke Nordeifel und Rheinland, Kreis Euskirchen (Struktur- und Wirtschaftsförderung, ÖPNV, Untere Landschaftsbehörde und Fahrradbeauftragter des Kreises) und die Kommunen.

Tagestourismus in Höhe von 89 % und im Übernachtungstourismus von 31 %. Weitere wirtschaftliche Effekte für die Region ergeben sich durch das Steueraufkommen aus dem Tourismus. Alleine im Bereich der Mehrwertsteuer und Einkommenssteuer resultieren 34,7 Mio. € aus dem Tourismus. Ferner zeigt das Gutachten, dass der durch Tourismus generierte Einkommensbeitrag einem Beschäftigungsäquivalent von 7.010 Personen (2011: 4.910 Personen, 2014: 5.200 Personen) entspricht, die durch touristische Nachfrage im Kreis Euskirchen ein durchschnittliches Primäreinkommen von 24.502 € pro Kopf beziehen. Dieser Wert darf jedoch nicht mit der Anzahl der durch den Tourismus im Kreis Euskirchen Beschäftigten gleichgesetzt werden. Angesichts der bestehenden Angebotsstruktur kann festgestellt werden, dass das stabile Niveau der Vorjahre weiterhin ausgebaut werden konnte. Angesichts des Trends, den Urlaub im eigenen Land zu verbringen, ist davon auszugehen, dass bei einem qualitativ hochwertigeren und zielgruppenpassenderen Angebot deutlichere Zuwächse in der Nordeifel zu erwarten wären. Durch mögliche Hotelansiedlungen, potenzielle Betriebsübernahmen und der neuen Jugendherberge in Gemünd sind positive Impulse zu erwarten. Mit Blick auf die amtliche Übernachtungsstatistik sei darauf hingewiesen, dass diese die touristische Entwicklung nur lückenhaft abbilden kann, da Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, die in der Eifel die Basis im Übernachtungssegment bilden, nicht erfasst werden.

Entwicklung der Übernachtungszahlen für das Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 in NRW und im Kreis Euskirchen:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	23 279 062	+5,1	51 509 458	+3,9	2,2
Kreis Euskirchen	304.454	+7,3	864.474	+3,0	2,8

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein Westfalen (IT.NRW) Februar 2018

Übernachtungsentwicklung im Kreis Euskirchen von 2009 bis 2017:

Jahr	Ankünfte	Veränderung der Ankünfte zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung der Übernachtungen zum Vorjahr in %	durchsch. Aufenthalts- dauer in Tagen	Mittlere Aus- lastung der angebo- tenen Betten in %
2009	235.498	-0,6	753.923	-3,5	3,2	32,4
2010	236.466	0,4	737.527	-2,2	3,1	31,9
2011	251.539	6,5	749.179	1,6	3,0	31,9
2012	263.173	4,8	804.307	7,5	3,1	33,9
2013	276.835	5,2	841.199	4,6	3,0	35,3
2014	291.604	5,3	888.285	5,6	3,0	33,4
2015	293.627	0,7	871.982	-1,8	3,0	36,1
2016	283.861	-3,3	839.006	-3,8	3,0	35,2
2017	304.454	7,3	864.474	3	2,8	36,9

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein Westfalen (IT.NRW) Februar 2018

Nach 9 Jahren Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH zeigt sich, dass die Gästeankünfte und die Übernachtungszahlen eine positive Entwicklung genommen haben und sich aktuell auf einem hohen, stabilen Niveau eingependelt haben. Angesichts der vorhandenen Angebotsstruktur bei Übernachtungsbetrieben ist davon auszugehen, dass bei gleichbleibendem Angebot dieses Niveau auf Dauer nicht weiter gesteigert werden kann.

2. Geschäftsverlauf 2017

Unternehmensziele und -strategie wurden im Jahresverlauf mit folgenden Maßnahmen verfolgt:

- Auf Basis konkreter Handlungsempfehlungen wurde das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020 weiter umgesetzt. Zur Umsetzung beigetragen haben
 - der Beitritt der Gemeinde Dahlem
 - der Relaunch von Printprodukten
 - die Entwicklung und Veröffentlichung des Leitbildes
 - die Mitarbeit im Projekt „Wanderwelt der Zukunft“
 - die Vorbereitung von drei Videodrehen im Jahr 2018
 - Gästebefragungen im Rahmen des tour. Mobilitätskonzeptes (650 Interviews)
 - die Umsetzung und Fortführung des Eifelsteig-Wanderbusses 2017 & 2018

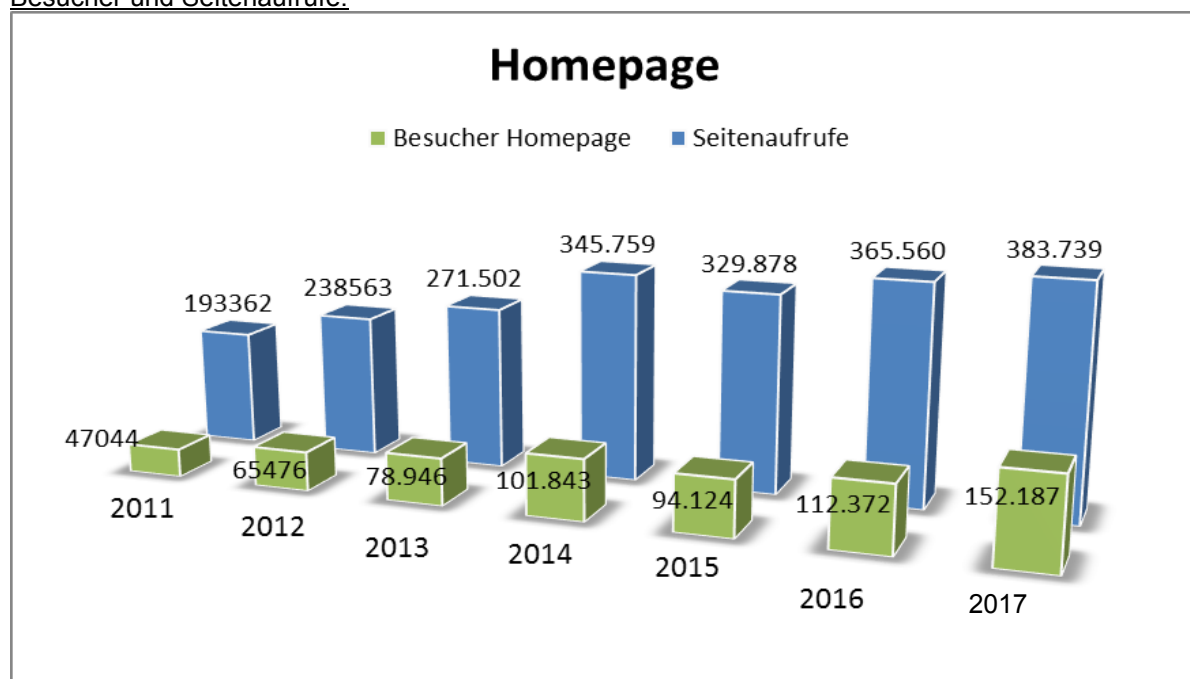
- die Mitarbeit am Radkonzept Eifel
- die Durchführung des dritten touristischen Netzwerk-Treffens in der Nordeifel
- die erfolgreiche Einreichung des LEADER-Förderantrags für die dreijährige Tourismuswerkstatt Eifel mit Start am 01.01.2018 inklusive einer Initiative im Bereich familienfreundliche Gastgeber
- die erfolgreiche Verhandlung mit den Verkehrsverbünden VRS und AVV zur Fortführung der GästeCard in den Jahren 2018 & 2019
- die Mitarbeit beim Projekt Barrierefreie Eifel mit den Partnern Eifel Tourismus GmbH, Naturpark Nordeifel, Nationalparkforstamt Eifel, Rureifel-Tourismus und Monschauer Land Touristik
- die erfolgreiche Beteiligung am Bundeswettbewerb „Nachhaltige Tourismusdestinationen“ mit einer Platzierung unter den TOP 5 Regionen in Deutschland: Bewerbung, Jurybereisung, Preisverleihung in Berlin
- die Mitarbeit an der Tourismusstrategie Eifel der Eifel Tourismus GmbH
- Personalauswahlverfahren für die Stellen Tourismuswerkstatt Eifel, Reservierung, Counterkraft und Aushilfskraft im Nationalpark-Tor Gemünd und Auszubildender ab Sommer 2018
- Jahresgespräche mit folgenden Gesellschaftern: Gemeinde Weilerswist und Gemeinde Kall
- Präsentation der NeT GmbH im Fachausschuss der Stadt Bad Münstereifel, der Gemeinde Weilerswist, der Gemeinde Hellenthal und des Kreises Euskirchen
- Informationsveranstaltung im Juni 2017 und touristisches Netzwerktreffen im November 2017 für touristische Akteure aus dem Gemeindegebiet Dahlem
- Verlängerung des Dienstleistungsvertrags mit der Stadt Schleiden zum Betrieb des Nationalpark-Tors Schleiden-Gemünd für den Zeitraum 2018-2022
- Eigene Gremienarbeit: Gesellschafterversammlung (4 x im Jahr 2017), Verkehrsamtsleiter-Beirat (5 x pro Jahr), Marketingausschuss (2 x pro Jahr)
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen / Gremien: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Vorstand Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, AG TAG Nationalpark-Region, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Wasserburgen-Route, AG Nationalpark-Tore, AG Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Arbeitskreis-Sitzungen Nordeifel der Eifel Tourismus GmbH, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Prüfungsausschuss der IHK Köln, LAG-Koordinierungskreise LEADER Eifel und Zülpicher Börde
- fortlaufende Optimierung der Homepage www.nordeifel-tourismus.de mit Arbeiten wie Textredaktion, Bild- und Videoauswahl, Suchmaschinenoptimierung und Google-Adwords-Kampagnen.
- Betrieb und laufende Optimierung von neun Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.eifel-hoehen-route.de, www.die-wasserburgen-route.de, www.radundwanderbahnhoefe-nordeifel.de, www.sternenpark-nationalpark-eifel.de, www.erlebnis-region.de, www.nordeifel-mordeifel.de und www.eifelsteig-wanderbus.de
- Integration von Deskline 3.0 als Vollfunktionssystem auf den o.g. Homepages
- Zusammenarbeit mit 150 Gastgebern in Deskline 3.0 sowie deren Betreuung
- Konzeptionelle Weiterentwicklung des Gästemagazins 2018
- Veröffentlichung der Printprodukte „Gästemagazin Nordeifel 2018“, Pocketguide „Radfahren in der Nordeifel“, Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“ 2018, Flyer „Nordeifel frühlinghaft“, „Nordeifel sommerlich“, „Nordeifel herbstlich“ und „Nordeifel winterlich“, Flyerkarte „Auf einen Blick“, Flyer Beratungstage 2018, Flyer Eifelsteig-Wanderbus, Flyerkarte Sternenpark, Flyerkarte Eifelsteig Wanderbus 2018 & touristische Linien, Flyer GästeCard 2018-2019
- Nachdruck diverser thematischer Broschüren
- Produktion des Sommerprogramms „Familienspaß 2017“ in Zusammenarbeit mit Sehenswürdigkeiten, Freizeiteinrichtungen und weiteren touristischen Akteuren
- Entwicklung neuer buchbarer Arrangements: „Eifelsteig einfach“, „Eifeler Quellenpfad“ und „Kulinari-sche Radtour“
- Buchungsstelle für das Angebot Trekking Eifel
- Präsentation bei folgenden Veranstaltungen: Tag der Deutschen Einheit Mainz, Innenstadteinsätze Köln, Essen, Maastricht und Bonn, Radaktiv Düsseldorf, Aktionstag Eifeler Sonntagsausflug, Flugplatzfest Dahlem, Euskirchener Burgenfahrt, Kräutertag Nettersheim, Country Homes in Mechernich, Gewerbeschau in Kall, Aktionstag Ritterfest Zülpich, Aktionstag „Macht und Pracht Blankenheim“, Narzissenfest in Hellenthal, Ginsterblütenfest in Schleiden, Michaelsmarkt Bad Münstereifel, Römerfest Gertrudenhof
- Teilnahme an der Internationale Tourismus-Börse Berlin (ITB) 2017 und an der Tour Natur 2017 Düsseldorf
- Beteiligung am Aktionstag der Wirtschaft des Kreises Euskirchen
- Durchführung von sechs Beratungstagen für touristische Betriebe in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen, 38 Beratungsfälle mit entsprechenden Folgeberatungen
- 96 Klassifizierungen für den Deutschen Tourismusverband e.V. (DTV) in Ferienwohnungen und Privatzimmern
- Mitarbeit im LEADER-Projekt „Nachfolge in Hotellerie und Gastronomie“ des Kreises Euskirchen

- Konzeption und Erstellung eines Leitfadens für touristische Unterkunftsbetriebe
- 2 Schulungstermine für die Counterkräfte aller Tourist-Informationen: Produktschulung in Gemünd und Touristiker-Tag in Bad Münstereifel
- Koordination und Durchführung des Aktionstages „Zu Gast in der eigenen Heimat“ mit 24 beteiligten Einrichtungen sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe für 2018
- Federführende Koordination des Veranstaltungsformates „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ im Herbst 2017 mit acht Veranstaltungen nach erfolgreicher Einwerbung von Fördermitteln des Landes NRW beim Zweckverband Region Aachen
- Federführende Vermarktung und Organisation der Veranstaltungsreihe „Archäologietour Nordeifel 2017“ in Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland und den beteiligten Kommunen, Vorbereitung der Archäologietour 2018
- Übernahme der Federführung für die Krimireihe „Nordeifel Mordeifel“, Vorbereitung der Veranstaltung 2018
- Organisation und Durchführung des Aktionstages „Eifeler Sonntagsausflug“ als Nachfolgeveranstaltung des Wanderopenings, Vorbereitung des Eifeler Sonntagsausflugs im Jahr 2018
- vier Pressekonferenzen: „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Eifelsteig-Wanderbus“, „Eifeler Sonntagsausflug“ und Veröffentlichung „Leitbild und Leitfaden für Ferienunterkünfte“.
- Pressemitteilungen zu folgenden Themen: Beratungstage 2018, Veröffentlichung Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Aktionstag „Eifeler Sonntagsausflug“, Auftakt Projekt „Wanderwelt der Zukunft“, Bundeswettbewerb nachhaltige Tourismusdestinationen, vier jahreszeitliche Veranstaltungskalender, NeTWorking Nordeifel, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Familienprogramm Sommer 2017“, Kulinarische Radtour, Beitritt Gemeinde Dahlem, Kultur bei Nacht, NeT-Working Nordeifel, Gästemagazin 2018, GästeCard 2018-2019, Leitbild und Leitfaden, Verlängerung Dienstleistungs-Vertrag zum Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd
- Unterstützung der Organisatoren bei der Vermarktung der zweiten Auflage des Megamarsches auf dem Römerkanal-Wanderweg, Unterstützung bei der Vorbereitung der Veranstaltung im Herbst 2018
- Präsentation der Aufgaben, Ziele und Projekte der Nordeifel Tourismus GmbH gegenüber dem gesamten Team der Eifel Tourismus GmbH im Sommer 2017
- Präsentation der Aufgaben, Ziele und Projekte der Nordeifel Tourismus GmbH gegenüber einer Delegation von Touristikern und touristischen Leistungsträgern aus dem Bergischen Land im Sommer 2017
- Fortsetzung des erfolgreichen Angebotes von Trekkingfahrrädern und Pedelects zum Verleih im Nationalpark-Tor Gemünd
- Mitarbeit bei der Umsetzung des Projektes „Römerinfozentrum Rheinbach und tour. Inwertsetzung des Römerkanal-Wanderwegs“
- Mitwirkung am Inklusionsplan des Kreises Euskirchen

Statistische Erhebungen

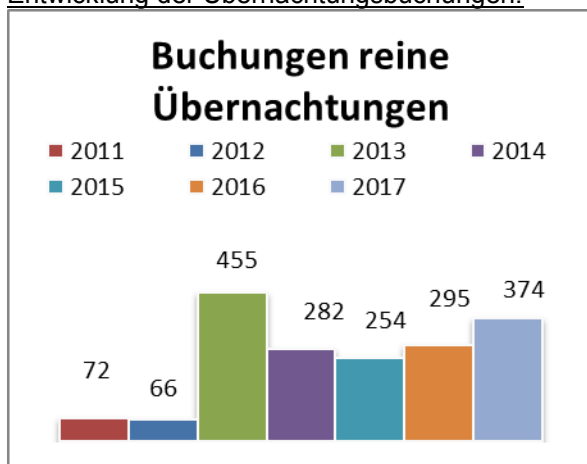
Entwicklung der Besucherzahlen auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2017 im Vergleich zu den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016 nach Besuchern und Seitenaufrufen:

Besucher und Seitenaufrufe:



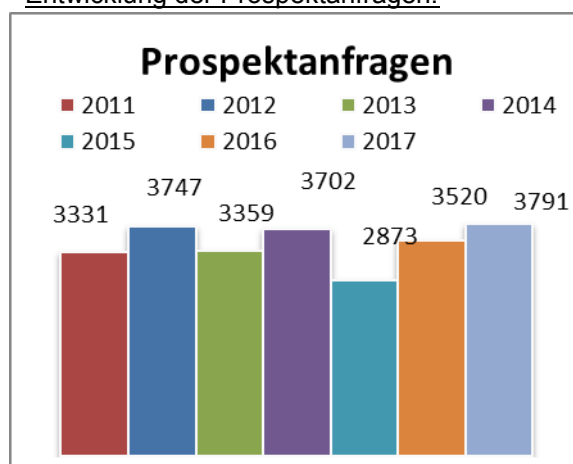
Eigene Erhebungen, Januar 2018

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



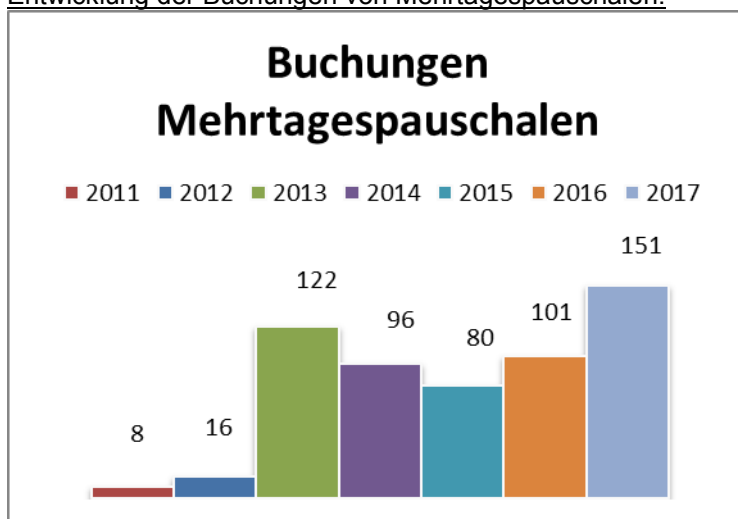
Eigene Erhebungen, Januar 2018

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2018

Entwicklung der Buchungen von Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2018

Besucher des Nationalpark-Tors in Schleiden-Gemünd im Jahresvergleich 2014, 2015, 2016 und 2017

Monat	2014	2015	2016	2017
Januar	1.630	1.031	1.261	1.125
Februar	1.618	1.389	1.340	1.361
März	2.718	2.174	2.443	2.177
April	3.668	3.285	2.473	4.105
Mai	3.895	4.543	4.168	4.076
Juni	4.176	3.840	2.707	4.508
Juli	4.501	4.187	4.875	5.871
August	6.546	5.222	5.292	5.747
September	4.667	3.537	4.453	4.196
Oktober	3.906	4.068	4.190	4.384
November	2.547	1.667	1.465	1.510
Dezember	1.259	1.527	1.593	1.296
Gesamt	41.131	36.470	36.260	40.356

Erläuterungen zu den Statistiken:

Die statistischen Erhebungen verdeutlichen, dass großes Interesse von Gästen besteht, sich mittels Homepage und Broschüren sowie im Nationalpark-Tor in Gemünd über das touristische Angebot der Nordeifel zu informieren. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich sowohl die Besucher- als auch die Zugriffszahlen auf www.nordeifel-tourismus.de weiter erhöht. Durch eine laufende Suchmaschinenoptimierung, permanente Aktualisierung und Google-Adwords-Kampagnen wird die Homepage www.nordeifel-tourismus.de attraktiv gehalten. Zusätzliche Prospektanfragen könnten von der Geschäftsstelle in Kall aus bearbeitet werden, wenn alle Gesellschafter ihre Prospektanfragen nach Kall weiterleiten würden. Diesem Kundenbereich könnte in diesem Zusammenhang auch der Newsletter der Nordeifel Tourismus GmbH angeboten werden. Im Buchungsgeschäft sind Erlössteigerungen im Vergleich zum Vor-

jahr zu verzeichnen. Dies betrifft neben den ob ihrer Margen attraktiven Mehrtagesarrangements der Nordeifel Tourismus GmbH auch die einfachen Übernachtungsbuchungen.

Weitere Entwicklungen:

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen touristischen Betrieben die Beratungstage an. Ein Anlass für dieses Angebot sind Beobachtungen und Entwicklungen, dass zahlreiche zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer überlegen, ihre bislang privat genutzten Immobilien zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen dieser Planung ergeben sich zahlreiche Fragen und ein großer Beratungsbedarf. Als zusätzliche Handreichung wird seit Ende 2017 ein Leitfaden mit praktischen Tipps und Hinweisen zur Verfügung gestellt. Seit Anfang 2014 werden aufgrund der hohen Nachfrage sechs Beratungstage pro Jahr angeboten. Das Konzept wurde seit Anfang 2015 erweitert um die Zielgruppe der bereits aktiven Leistungsträger und deren Betriebe, die sich im Bereich der Vermarktung, aber auch der Qualität beraten lassen können. Es sei angemerkt, dass neben den Beratungstagen im Wirtschaftsjahr 2017 weitere individuelle Termine mit touristischen Leistungsträgern stattgefunden haben. Aufgrund der hohen Nachfrage werden im Jahr 2018 erstmals drei zusätzliche Ersatzberatungstage angeboten.

Jahr	Anzahl der Beratungsfälle	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
2015	33	14
2016	27	11
2017	38	15
Gesamt	189	86

Eigene Erhebungen, Januar 2018

Vertrieb:

Die Anzahl der Vertriebsstellen, in denen das Prospektmaterial der Nordeifel Tourismus GmbH angeboten wird, hat sich bis Dezember 2017 auf über 200 Stellen ausgeweitet. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der ASEAG Aachen (Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG), Dürener Kreisbahn (DKB) und Regionalverkehr Köln (RVK), der Sängershof in Meckenheim, die Schlösser Brühl, aber auch die beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn. Neu hinzugekommen sind unter anderem die Thermen & Badewelt Euskirchen, die Information des City Outlet Bad Münstereifel, die Tourist-Informationen in Bad Münstereifel und im Ferienpark Kronenburger See sowie bei den Partnern auf der Dahlemer Binz. Im Bereich der Kundenbindung ist die Entwicklung der **Newsletterabonnenten** auf über **3.200** im Dezember 2017 erwähnenswert. Auch die Anzahl der **Facebook-Fans** wächst stetig auf derzeit über 2.900 an.

Die Geschäftsführung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung für den Kreis Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Mit dem Beitritt der Gemeinde Dahlem ist der Gesellschafterraum nun deckungsgleich mit dem Kreisgebiet Euskirchen. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Destinationsmanagementorganisation (DMO), so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Bad Münstereifel, Blankenheim, Dahlem, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zülrich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2017 60,96 % (Vorjahr 68,20 %). Die Zuschüsse der Gesellschafter werden in das Eigenkapital eingestellt. Im Geschäftsjahr zahlten die Gesellschafter 476.396 € ein (Vorjahr 447.500 €). Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

	2016	Wirtschaftsplan 2017	2017
Umsatzerlöse	208.683,37 €	243.300,00 €	304.972,72 €
Sonstige betriebliche Erträge inkl. Zinsen	16.318,53 €	15.750,00 €	27.088,73 €
Betriebsleistung	225.001,90 €	259.050,00 €	332.061,45 €

Die Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen in 2017 304.972,72 € (Vorjahr 208.683,37 €). Der Anstieg der Umsatzerlöse ist unter anderem auf ein geändertes Buchungsverfahren im Bereich der Reiseleistungen zurückzuführen, während bis einschließlich 2016 lediglich die erzielten Gewinnmargen (Saldo aus Erlösen und Aufwendungen) in der Position „Umsatzerlöse“ ausgewiesen wurden, werden ab dem Geschäftsjahr 2017 die Umsatzerlöse und der damit in Zusammenhang stehende Materialaufwand in voller Höhe in den Positionen „Umsatzerlöse“ und „Materialaufwand“ ausgewiesen. Abzgl. der Differenzbesteuerung i.H. von 62.723,71 € ergibt sich ein Umsatzerlös in Höhe von 242.249,01 €. Die Umsatzerlöse liegen somit 1.050,99 € unter dem Ansatz im Wirtschaftsplan. Wesentliche Erlöse stammen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, durch Verkäufe im NLP-Shop, dem Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden sowie dem Projektbüro „Wanderwelt der Zukunft“. In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen zur Projektförderung für „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ enthalten. Dieser Zuschuss wurde zum einen den betrieblichen Partnern zur Verfügung gestellt, zum anderen für das Marketing der Nordeifel Tourismus GmbH genutzt. Weiterhin sind Erstattungen zum Aufwendungsausgleichsgesetz und Versicherungsentschädigungen in Höhe von 15.496,94 € enthalten.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2016	Wirtschaftsplan 2017	2017
Materialaufwand	24.422,97 €	30.000,00 €	101.323,93 €
Personalaufwand	362.794,06 €	392.742,00 €	408.993,37 €
Abschreibungen	9.741,70 €	20.000,00 €	15.856,53 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Zinsen	269.765,79 €	280.200,00 €	372.792,73 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	3.400,00 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	666.724,52 €	722.942,00 €	902.366,56 €
Ergebnis nach Steuern	-441.722,62 €	-463.892,00 €	-570.305,11 €
sonstige Steuern	91,91 €	100,00 €	58.871,79 €
Jahresfehlbetrag	-441.814,53 €	-463.992,00 €	-629.176,90 €

Der Materialaufwand beträgt in 2017 101.323,93 € (Vorjahr 24.422,97 €). Der Anstieg des Materialaufwands ist unter anderem auf ein geändertes Buchungsverfahren im Bereich der Reiseleistungen zurückzuführen, während bis einschließlich 2016 lediglich die erzielten Gewinnmargen (Saldo aus Erlösen und Aufwendungen) in der Position „Umsatzerlöse“ ausgewiesen wurden, werden ab dem Geschäftsjahr 2017 die Umsatzerlöse und der damit in Zusammenhang stehende Materialaufwand in voller Höhe in den Positionen „Umsatzerlöse“ und „Materialaufwand“ ausgewiesen. Lässt man die im WP 2018 noch nicht dargestellte Differenzbesteuerung außen vor, liegt der Materialaufwand bei 30.364,54 €. Die Aufwendungen für die GästeCard sind nicht kalkulierbar. In 2017 betrug die Summe 14.180,61 €, im Jahr 2016 waren es 6.930,09 €. Die Personalaufwendungen sind 16.251,37 € höher als im Wirtschaftsplan, resultierend unter anderem aus einer Abfindungszahlung in Höhe von 10 TEUR sowie den notwendigen Stellenanzeigen zur Besetzung von fünf Stellen bei der NeT. Die Abschreibungen sind um 4.143,47 € niedriger ausgefallen, u.a. da sich die Anschaffung der neuen EDV-Anlage zeitlich verzögert hat. Die sonstigen Steuern beinhalten im Wesentlichen periodenfremde Aufwendungen (nicht abziehbare Vorsteuerbeträge der Jahre 2014-2016). Insgesamt beträgt der Jahresfehlbetrag -629.176,90 € (Wirtschaftsplan -463.992,00 €).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs von 102.753,89 € auf 67.052,32 € vermindert. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2017 5.542,94 € (Vorjahr 12.768,17 €). Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 67.052,32 € rund 35,1 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 26.637,53 € laufende Abschreibungen in Höhe von 15.856,53 € sowie Anlagenabgänge von 4,00 € gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag 43.764,00 € beträgt. Die Nordeifel Tourismus GmbH weist zum Abschlussstichtag einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 61.686,74 € aus. Die buchmäßige Unterbilanz wird durch im Rahmen der Gesellschafterversammlung am 26.04.2018 beschlossene, zusätzliche Einlagen der Gesellschafter in das Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von 79 T€ gedeckt; zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses (Juni 2018) sind davon bereits 75 T€ von den Gesellschaftern geleistet worden. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens für die Geschäftstätigkeit als angemessen bezeichnet werden.

d) Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash-Flow. Der Cash-Flow (aus laufender Geschäftstätigkeit) beträgt im Jahr 2017 -486 T€ (Vorjahr -425 T€). Die Umsatzrendite (Anteils des Gewinns am Umsatz) beträgt im Geschäftsjahr 2017 -203,8 % (Vorjahr -211,5 %). Zum Ausgleich des negativen Cash-Flow erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter. Aus nicht finanzieller Sicht weisen langjährige Beschäftigungsverhältnisse und die in den Mitarbeitergesprächen getätigten Äußerungen auf eine hohe Zufriedenheit und ausgeprägte Identifikation der Beschäftigten hin. Mit Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie, rückwirkend zum 01. Januar 2017, wird die Betriebszugehörigkeit nun auch entsprechend monetär belohnt und somit ein motivationsfördernder Anreiz gegeben. Die Anzahl und Qualität der eingegangenen Bewerbungen zur Besetzung vakanter Stellen im Herbst 2017 ist ein weiteres Indiz für die Beliebtheit und Attraktivität der Nordeifel Tourismus GmbH als Arbeitgeber. Daneben lassen das von den touristischen Partnern entgegengebrachte Vertrauen und die geschätzte Fachkompetenz auf eine hohe Reputation schließen. Aus Gastsicht sind die steigende Nachfrage nach Prospektmaterial, die Steigerung der Besucher auf der Homepage, die wachsende Anzahl an Facebook-Fans sowie Newsletterabonnenten eindeutige Indikatoren für eine erfolgreiche Marktdurchdringung. Das Attribut Nachhaltigkeit, mit dem sich die Nordeifel durch die erfolgreiche Prämierung im Bundeswettbewerb einen Namen gemacht hat, wird nicht nur nach außen hin wirksam umgesetzt, sondern durch innerbetriebliche Maßnahmen von den Beschäftigten auch gelebt.

e) Gesamtaussage

Der Nordeifel Tourismus GmbH ist es in den neun Jahren ihrer Existenz gelungen, sich gut aufzustellen, weiter zu entwickeln und damit zu positionieren sowie den Bekanntheitsgrad der Erlebnisregion Nordeifel zu erhöhen. Sie bietet aktuell eine Vielzahl starker Produkte und Angebote in den Produktleitlinien Aktiv und Kulturelle Höhepunkte. Zudem ist sie aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung entscheidender Strukturförderprojekte eingebunden. Das Geschäftsjahr 2017 wurde geprägt durch verschiedenste Umsetzungsmaßnahmen des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2015-2020, die Vorbereitung der Aufnahme bzw. die Integration des neuen Gesellschafters Dahlem sowie die Vorbereitung verschiedenster Projekte zum Beispiel der Tourismuswerkstatt Eifel. Ebenso wurde aktiv an den Projekten „Wanderwelt der Zukunft“ und „Unternehmensnachfolge in Hotellerie und Gastronomie“ des Kreises Euskirchen mitgewirkt. Damit setzt die Nordeifel Tourismus GmbH den eingeschlagenen Kurs fort, neben dem täglich operativen Geschäft auch weiterhin „hinter den Kulissen“ intensive touristische Strukturförderung zu betreiben, um die Region und ihre Akteure touristisch zukunftsfit zu halten bzw. zu machen. Eine Anerkennung für all diese Bemühungen ist die Auszeichnung als eine von fünf Regionen beim Bundeswettbewerb 2016/2017 „Nachhaltige Tourismusdestinationen“.

III. Prognosebericht

Verschiedene Umstände wie die rückwirkende Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie und der Beitritt der Gemeinde Dahlem haben eine Änderung des Wirtschafts- und Finanzplans 2017-2021 in der 25. Gesellschafterversammlung am 30. März 2017 notwendig gemacht. Die Gesellschafterversammlung hat zunächst unter Vorbehalt der notwendigen Beratung in den politischen Gremien der Gesellschafter die Änderung des Wirtschafts- und Finanzplans 2017-2021 beschlossen. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 wird mit einem prognostizierten Verlust in Höhe von 476.687,00 € beschlossen. Mit Blick auf das Jahr 2018 und die Folgejahre stand fest, dass die Ende 2012 im Gesellschaftervertrag beschlossenen Deckelungsbeträge der Gesellschafter, 260.000 € für den Kreis Euskirchen, und je 20.000 € pro Kommune, zukünftig nicht mehr ausreichen werden. In guter und konstruktiver Abstimmung mit den Gesellschaftern ist es gelungen, eine für die kommenden fünf Jahre tragfähige Finanzierung (Deckelungsbetrag Kreis Euskirchen: 310.000 €, Kommunen: 25.000 €) für die Nordeifel Tourismus GmbH zu organisieren. Die formal dafür erforderliche Änderung des Gesellschaftervertrags wurde nach vorherigen Beschlüssen der kommunalen Gremien in der 27. Gesellschafterversammlung am 17. November 2017 vorgenommen. Im Vergleich zur Planung für das Wirtschaftsjahr 2017 ergeben sich beim Wirtschafts- und Finanzplan 2018-2022 größere Erhöhungen bei den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Erträgen einerseits und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie dem Personalaufwand andererseits. Steigende Umsatzerlöse sind primär mit der Erhöhung des Zuschusses der Stadt Schleiden für den Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd zu begründen. Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge spiegeln sowohl die Förderung des LEADER-Projektes Tourismuswerkstatt Eifel als auch die damit verbundenen Seminareinnahmen sowie das Sponsoring der Krimireihe „Nordeifel Mordeifel“ wider. Die Kulturreihe „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ pausiert im kommenden Jahr, so dass die entsprechenden Fördergelder nicht mehr als Erträge erscheinen. Das Marketingbudget erhöht sich vor allem durch die geplanten Maßnahmen im Zuge der Tourismuswerkstatt Eifel sowie für „Nordeifel Mordeifel“, die ergänzend zu den im Marketingplan genannten Maßnahmen zu sehen sind. Die Tourismuswerkstatt Eifel bedingt zudem steigende Ausgaben für die Positionen Referenten/Workshops und Bewirtungen. Mit Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie zum 01.01.2017 haben sich in 2018 auch die Personalaufwendungen erhöht, alleine schon durch die Tatsache der jährlichen Tarifierhöhung um 2,5 %. Grundsätzlich sind sich die Gesellschafter darüber einig, dass die

Nordeifel Tourismus GmbH zahlreiche Impulse setzt und von den Verantwortlichen, touristischen Akteuren und sonstigen Kooperationspartnern als engagierter, kompetenter und zuverlässiger Dienstleister geschätzt wird. Mit ihrer Rolle trägt die Nordeifel Tourismus GmbH dazu bei, den wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus im Kreis Euskirchen weiter zu stärken. Das Aufgabenportfolio, die Kompetenzen und das Verantwortungsgebiet haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gleichzeitig trägt das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen dazu bei, dass die Nordeifel Tourismus GmbH sich strategisch und operativ professionell auf die touristische Arbeit konzentrieren kann. Vor der Gesellschaft liegen neue Herausforderungen, gleichzeitig bieten sich zahlreiche Chancen für die touristische Weiterentwicklung der Region. Dazu gehören die Mitverantwortung im Projektmanagement des Projektes "Wanderwelt der Zukunft- Eifelschleifen & Eifelspuren", die Umsetzung der Tourismuswerkstatt Eifel, die Mitarbeit beim Radkonzept Eifel, touristische Projektumsetzungen in den beiden LEADER-Regionen Eifel und Zülpicher Börde, die Stabilisierung der guten Übernachtungs- und Gästezahlen bei gleichzeitigem intensiven Strukturwandel innerhalb der Betriebswelt, die Mitarbeit an einer eifelweiten Tourismusstrategie und nicht zuletzt die Umsetzung des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2015-2020 der Nordeifel Tourismus GmbH. Entscheidende Voraussetzung zur Fortsetzung des erfolgreichen Kurses ist neben einem auskömmlichen Budget im Bereich Marketing vor allem ein fachlich fundiert arbeitendes, engagiertes und gut funktionierendes Team in den Geschäftsstellen der Nordeifel Tourismus GmbH in Kall und Gemünd, dass nach den qualifizierten Stellenbesetzungen für die Saison 2018 wieder komplettiert ist. Um die Zuschüsse der kommunalen Gesellschafter zu reduzieren, ist die Nordeifel Tourismus GmbH weiterhin intensiv darum bemüht, ihre Umsatzerlöse durch Verkauf, Vermittlung, Sponsoring und Projektbeteiligungen zu erhöhen. Als konzeptionelle Grundlage dient das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020, das Handlungsempfehlungen enthält, die von der Geschäftsstelle in Form von konkreten Maßnahmen operationalisiert werden und mit Zeitschiene und Budget hinterlegt werden. Wichtige Basis für die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen und die Attraktivierung der Region ist die Kooperation mit den Partnern Rureifel-Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V., mit dem NRW Tourismus e.V., der Eifel Tourismus GmbH und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit den touristischen Akteuren in der Region. Im Jahresverlauf 2017 haben mit den o.g. Partnern verschiedenste Formate zum intensiven Austausch stattgefunden. Bezüglich dem Fundament des touristischen Angebotes, den Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben, bestehen nach wie vor berechtigte Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, vor einer ungeklärten Nachfolgeregelung stehen und / oder sich aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe ergibt. Ebenso problematisch sind die mitunter enormen Investitionsstaus in Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben. Weitere Aspekte sind aufkommende Versorgungslücken an beliebten Rad- und Wanderwegen sowie der Mangel an Betrieben, die Gruppen ab 50 Personen aufnehmen können. Diese Umstände treffen die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da sie ohne funktionierende Leistungsträger in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, z.B. in der Produktentwicklung und in der Gesamtvermarktung für die Region. Die privaten Leistungsträger bilden die wichtigste Basis für die Aufgabenerfüllung der NeT und tragen in erheblichem Maße zur Wertschöpfung in der Tourismusbranche bei. Daher ist es unerlässlich, die Qualitätsoffensive zur Stärkung der Betriebe, zu deren Erhalt und zur Unterstützung bei der Übergabe weiter fortzuführen. Mit konkreten Maßnahmen über die Tourismuswerkstatt Eifel, das Projekt „Unternehmensnachfolge in Hotellerie und Gastronomie“ und die Beratungstage bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und ihre Partner Unterstützung an. Um das Wanderwegenetz und die touristischen Akteure für die Zukunft fit zu machen, wird bis Ende 2019 das Projekt „Wanderwelt der Zukunft“ durch den Kreis Euskirchen umgesetzt, an dem die Nordeifel Tourismus GmbH fachlich intensiv beteiligt ist und sich dadurch kurzfristig Synergieeffekte im Marketing nutzen lassen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 61 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen finanziell eingeschränkt sind. Ein mittelbares Risiko für die Gesellschaft in Bezug auf einen möglichen Akzeptanzverlust seitens der Gesellschafter stellt die durch die am 08.09.2015 vom Finanzamt Aachen angeordnete steuerliche Außenprüfung mit dem Prüfungsinhalt der Dauerverlusttätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH und dem Nachforderungsbescheid des Finanzamtes Schleiden vom 5. Januar 2017 mit der Aufforderung zur Zahlung von Kapitalertragssteuer für den Zeitraum 2010 bis 2014 i.H. von 246.105,02 Euro dar. Damit verbunden waren zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für die Gesellschafter. Zur Finanzierung der Steuerschuld hat die Gesellschafterversammlung eine Vorfinanzierung durch die Gesellschafter beschlossen, zeitgleich wurde ein Einspruchsverfahren eingeleitet sowie Schadensersatzansprüche gegenüber dem seinerzeit beauftragten Steuerbüro gestellt. Da die Einsprüche als unbegründet zurückgewiesen worden sind, wurde im November 2017 Klage beim Finanzgericht eingereicht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen keine neuen Erkenntnisse in dieser Angelegenheit vor. Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2009 ist die Nordeifel Tourismus GmbH dauerdefizitär. Verluste wurden stets über Gesellschaftereinlagen aus Mitteln der kommunalen Haushalte ausgeglichen. Die

Finanzierung könnte somit auch gegen das EU-Beihilfeverbot im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV verstoßen. Nach Abschluss des o.g. Steuerprüfverfahrens wird zu klären sein, ob die Tatbestandsmerkmale ggf. durch Betrauungsakt oder EU-Notifizierung der Beihilfen bei der Europäischen Kommission behoben werden können. Mögliche Rückforderungsansprüche könnten zu bestandsgefährdenden Risiken führen. Die Auswirkungen der EU-Beihilferechtlichen Prüfung auf die Geschäftsinhalte sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. In dieser Angelegenheit wird die Geschäftsführung gemeinsam mit dem Kreis Euskirchen von einer Fachanwaltskanzlei beraten. Im zehnten Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus sind die Umsatzerlöse im Vergleich zu 2016 um 36.065,64 € gestiegen – lässt man die Differenzbesteuerung außer Acht. Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht erfüllen zu können. Unabhängig von einer Kostensteigerung des laufenden Betriebs ergeben sich durch den Beitritt der beiden neuen Gesellschafter weitere finanzielle Mehraufwände. Zugleich wurden mit Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie Anpassungen bei der Gehaltsstruktur der Belegschaft notwendig, die zu einer Erhöhung des Personalbudgets führen.

2. Chancenbericht

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat einen erfolgreichen Umsetzungsprozess hin zum Tourismus-Service-Center (TSC) absolviert und konzentriert sich inhaltlich auf das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020. Das Aufgabenportfolio, die Kompetenzen und das Verantwortungsgebiet haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gleichzeitig trägt das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen dazu bei, dass sich die Nordeifel Tourismus GmbH strategisch und operativ professionell auf die touristische Arbeit konzentrieren kann. Die Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern und Tourist-Informationen im Gesellschafterraum funktioniert reibungslos. Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren sollte es sein, die in dem Tourismus- und Marketingkonzept dargestellten Chancenfelder „Nachhaltigkeit“ und „Qualifizierung & Beratung“ sukzessive mit innovativen Projekten und Angeboten zu „bespielen“. Dabei muss der Schaffung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den Kernthemen weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Immer stärker übernimmt die Nordeifel Tourismus GmbH eine beratende Funktion, beispielsweise hinsichtlich der Qualifizierung der regionalen Akteure. Sie sollte sich ihrer neuen Rolle und den damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen stellen und diese aktiv im Sinne der Netzwerkbildung und gemeinsamen Profilierung und Vermarktung der Nordeifel nutzen. Der nach innen gerichtete Leitbildprozess könnte auf diesem Weg ein Schlüssel zum Erfolg sein. Akteure zu motivieren und zu gewinnen wird die Kernaufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH sein. Eine Tourismusorganisation ist in zahlreichen Belangen von Entscheidungen Dritter abhängig. Sie wird daher immer nur so erfolgreich arbeiten können, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie sowie weitere touristische Partner) und weitere touristischen Akteure sich qualitativ weiterentwickeln und für eine Zusammenarbeit mit der NeT gewonnen werden können. Gleiches gilt für die Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die entsprechend der Gästewünsche stetig angepasst und optimiert werden muss. Voraussetzung zur Erfüllung sämtlicher Aufgabenbereiche ist eine deutlichere Investitionsbereitschaft der touristischen Leistungsträger, hohe Kooperationsbereitschaft, das Überwinden von „Kirchturmdenken“ und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter, touristischen Akteure und Sponsoren. Als Chancenfeld soll das Thema Nachhaltigkeit weiter intensiv bearbeitet werden und dabei Ansätze wie die GästeCard, die Sternenregion Eifel, die Tourismuswerkstatt Eifel, das Projekt Wanderwelt der Zukunft und das touristische Mobilitätskonzept weiterverfolgt werden. Ebenso soll auch das Thema Barrierefreiheit und Familienfreundlichkeit eine weitere Stärkung erfahren. Die etablierten Veranstaltungskonzepte „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ und Archäologietour Nordeifel bereichern das kulturelle Angebot und wurden in 2017 durch weitere Impulse weiterentwickelt. Zur Stärkung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leistungsträger untereinander findet jährlich „NeTWorking Nordeifel“, ein regionales Netzwerk-Treffen, sowie der Aktionstag „Zu Gast in der eigenen Heimat“ statt. Im Jahr 2018 organisiert die Nordeifel Tourismus GmbH erstmals die Krimireihe „Nordeifel Mordeifel“. Für die kulturtouristische Weiterentwicklung sollen in 2018 neue Formen einer impulsgebenden Zusammenarbeit gefunden werden.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VI. Bericht über die Zweigniederlassungen

Seit dem 01.01.2013 betreibt die Nordeifel Tourismus GmbH das Nationalpark-Tor in Gemünd. Die Betriebsführung erfolgt per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden. Dieser Entwicklungsschritt bedeutete zusätzlichen Kompetenzaufbau im Counterbereich. Die Tourist-Information im Nationalpark-Tor erhielt im Dezember 2016 erneut die sog. i-Marke, ein Qualitäts- und Servicesiegel, das der Deutsche

Tourismusverband (DTV) nach einem umfangreichen unangekündigten Qualitätscheck an touristische Informationsstellen vergibt. Bemerkenswert ist erneut das hervorragende Ergebnis der Zertifizierung mit 108 von 120 möglichen Punkten. Damit liegt das Nationalpark-Tor sowohl über dem Bundes- als auch über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Es sei angemerkt, dass die Schließung der DJH-Jugendherberge Gemünd im Jahr 2017 infolge des Neubaus sowie die weitere Etablierung der attraktiven Nationalparkausstellung in Vogelsang IP zu einem Rückgang der Besucherzahlen im Nationalpark-Tor Gemünd hätten führen können. Die Besucherzahlen für 2017 beweisen jedoch das Gegenteil. Aufgrund der guten Zusammenarbeit wurde der Dienstleistungsvertrag zum Betrieb des Nationalpark-Tors mit der Stadt Schleiden bis zum 31.12.2022 verlängert. Die Umsatzerlöse im Nationalpark-Tor wurden gemäß Wirtschaftsplan auf 163.000 € prognostiziert, im Ergebnis wurden 153.696 € erreicht. Hauptgrund hierfür ist die Tatsache, dass durch Krankheit des für Buchungsabwicklungen zuständigen hauptverantwortlichen Mitarbeiters die Buchungstätigkeit im Bereich Übernachtungen und Pauschalen von der Geschäftsstelle in Kall übernommen worden ist.

Kall, den 11. Juli 2018



Iris Poth
Geschäftsführerin“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	11	11	11	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
Gästeankünfte	304.454	252.088	205.542	-
Übernachtungen	864.474	714.980	618.139	-
Ø Aufenthaltsdauer	2,8	3,0	3,0	Tage
Prospektanfragen	3.791	3.520	2.873	-
Buchungsgeschäft	374	295	254	-
Homepagebesuche	152.187	112.372	94.124	-
Seitenaufrufe	383.739	365.560	329.878	-

15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH)

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
52428 Jülich

Internet: <http://www.rheinisches-revier.de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	8,00 %
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10,00 %
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Düren	2.000,00 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	1.000,00 €	4,00 %
IHK Aachen	1.750,00 €	7,00 %
IHK Köln	1.750,00 €	7,00 %
IHK Mittlerer Niederrhein	1.000,00 €	4,00 %
HWK Aachen	1.500,00 €	6,00 %
HWK Köln	1.500,00 €	6,00 %
HWK Düsseldorf	1.500,00 €	6,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.10.2018 dem Beitritt der Stadt Mönchengladbach und der Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH, künftig ZRR GmbH) zugestimmt. Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der IRR GmbH wurden zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt. Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wurde ebenfalls erteilt (V 475/2018). Die Umsetzung des gefassten Beschlusses erfolgte bis zum 30.11.2018 noch nicht.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 20 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ und „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ auf. Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 Euro deckt. Ein höherer Betrag kommt nur in Betracht, wenn er im Wirtschaftsplan beschlossen wurde. Gesellschafter, die der Beitragserhöhung nicht zugestimmt haben, leisten keinen Zuschuss zum beschlossenen Erhöhungsbetrag. Den dann offenen Anteil des Erhöhungsbetrages tragen die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht.

Der Eigenanteil für die „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“, einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die Geschäftsstelle, wird

ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestellung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

Der Kreistag hat am 21.10.2015 zum einen beschlossen, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 „Netzwerkaktivitäten/ Betrieb der Geschäftsstelle“) in Höhe von max. 12.000 €/Jahr über das Jahr 2017 hinaus auch in 2018 bereitzustellen, und zum anderen, dass anteilige Projektfinanzierungen im Sinne des Geschäftsbereiches 2 „Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ (§ 20 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag) darüber hinaus einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedürfen (V 158/2015).

nachrichtlich:

Durch Beschluss des Kreistages vom 10.10.2018 wurde der durch die Gesellschaft vorgeschlagene Änderung des § 20 Gesellschaftsvertrag zugestimmt. Hiernach soll sich die Tätigkeit der Gesellschaft in drei (bisher zwei) Geschäftsbereiche aufteilen. Die Finanzierung des Geschäftsbereichs 1 soll über den von der Gesellschafterversammlung zu beschließenden Wirtschaftsplan sichergestellt werden. Der Verteilschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Die bisherige Begrenzung der Gesellschafterzuschüsse auf den Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 € soll mit dieser Regelung wegfallen.

Die Finanzierung des Geschäftsbereichs 2 stellt sich unverändert dar. Die Mittel werden ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Zum Geschäftsbereich 3 soll festgelegt werden, dass soweit diese Aufgabenwahrnehmung nicht durch eine 100% Finanzierung des Bundes abgesichert wird, diese durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan zu beschließen ist. Durch die Anpassung ergibt sich ein höherer Finanzierungsbedarf der Gesellschaft. Aufgrund des vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2019 ergibt sich für den Kreis Euskirchen ein Finanzierungsanteil für die Jahre 2019 bis 2021 in Höhe von 20.000 € p.a. (V 475/2018).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57104 15	12.986 €	12.986 €	9.127 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- b) Aufsichtsrat
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Der Kreis Euskirchen wird gem. § 12 Abs. 1 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) vertreten.

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Heinz Weifels bis 31.12.2017

ab 01.01.2018: Ralph Sterck (Beschluss der Gesellschafterversammlung am 08.12.2017)

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH - Bilanz -				
IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	2.497	2.577	781	-80
	2.497	2.577	781	-80
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	950.111	1.457.745	207.516	-507.634
Liquide Mittel	144.181	176.034	185.496	-31.854
	1.094.292	1.633.780	393.012	-539.488
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.256	1.239	0	17
Summe Aktiva	1.098.045	1.637.596	393.793	-539.551
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	46.757	36.885	20.000	9.872
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-6.783	9.872	16.885	-16.655
	64.974	71.757	61.885	-6.783
B Rückstellungen	37.429	47.768	9.032	-10.339
C Verbindlichkeiten	995.642	1.509.321	252.877	-513.679
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	8.750	70.000	-8.750
Summe Passiva	1.098.045	1.637.596	393.793	-539.551

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	73.844	70.000	70.000	3.844
2	Sonstige betriebliche Erträge	695.222	538.095	614.781	157.127
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	252.422	121.992	277.787	130.430
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	252.422	121.992	277.787	130.430
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	380.792	351.413	300.694	29.379
a)	Löhne und Gehälter	314.119	290.187	213.986	23.931
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	66.674	61.226	86.708	5.448
5	Abschreibungen	996	527	207	469
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	141.290	99.149	89.156	42.141
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	195	0	54	195
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	152	25.141	0	-24.989
9	Ergebnis nach Steuern	-6.783	9.872	16.885	-16.655
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.783	9.872	16.885	-16.655

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2017 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Mit einer Laufzeit bis zum Oktober 2018 wird das Projekt „Präventive Transformation“ durchgeführt. Das Projekt wird kostenneutral bis Dezember 2018 verlängert. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden - soweit sie förderfähig sind - zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (MWIDE) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% werden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten.

Zusätzlich zum Projekt „Präventive Transformation“ organisiert die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2018/Januar 2019 das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion - Kreislaufwirtschaft Bauen“. 80 % der Kosten trägt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV) sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die übrigen 20% tragen 7 der 14 Gesellschafter.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 70.000,00 € von der RWE Power AG. Die 2017 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 694.221,53 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2017 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.782,90 €, der aus der Differenz zwischen extern generierten Umsatzerlösen und nicht förderfähigen Ausgaben, nicht zuordenbaren Ausgaben, Steuern, etc. resultiert. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch eher dünn.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf über die zu berichten wäre.

2. Prognosebericht

Durch die EFRE-Projekte ist die Finanzierung der Gesellschaft bis Ende 2018 gesichert. Für die Jahre 2019 ff. soll die Gesellschaft finanziell neu aufgestellt werden. Die grundsätzliche Bereitschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und der Gesellschafter für eine hälftige Finanzierung der Gesellschaft wurde von den jeweiligen Partnern erklärt. Die formalen Beschlüsse sollen in der Gesellschafterversammlung am 21. September 2018 getroffen werden.

3. Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass die neue Finanzierungsstruktur nicht beschlossen wird. Die bisherigen Erklärungen des Landes Nordrhein-Westfalen und der Gesellschafter lassen dies jedoch insbesondere vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der Gesellschaft für die Abwicklung von Förderprogrammen im Sinne des bevorstehenden Strukturwandels im Rheinischen Revier nicht erwarten.

4. Abschlussvermerk

Der Jahresabschluss 2017 der IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH wurde aufgrund der vorgelegten Unterlagen und der erteilten Auskünfte von dem Steuerbüro Wobbe & Partner in 52072 Aachen erstellt.

Jülich, den 3.9.2018

Ralph Sterck"

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	8	8	5	-

H) Kennzahlen

./.

Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts

1. d-NRW AöR

Rheinische Straße 1
44137 Dortmund

Internet: <https://www.d-nrw.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informations-technische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Sie unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen. Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 01.06.2017 den Beitritt des Kreises Euskirchen zur d-NRW AöR nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ beschlossen. Mit dem Beitritt wird nach § 4 des v. g. Gesetzes ein Stammkapitalanteil in Höhe von 1.000 € eingebracht (V 338/2017). Die Beitrittserklärung wurde am 04.08.2017 abgegeben.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AöR) vom 25.10.2016.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.000,00 €	0,08 %
Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000,00 €	81,43 %
227 weitere Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW	227.000,00 €	18,49 %
Gesamtsumme	1.228.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Träger unterstützen die Anstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Anstalt gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Anstalt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Anstalt erhebt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2017	2016	2015	Erläuterung
Kreis	010 11117	1.000 €			Der Beitritt erfolgte zum 04.08.2017

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

b) Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Wegen der geringen Bedeutung der Anstalt für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

2. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Winterstraße 19
50354 Hürth

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500,00 €	5,83 %
Land NRW	90.000,00 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500,00 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche

Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

Finanzbeziehung zu Kreis	Produkt / Kostenträger 020 12204	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
		354.638 €	352.459 €	339.261 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

ordentliches Mitglied	Stellvertreter
Heinz Rosell	Dr. Jochen Weins
GBL II	Abt.-Leiter 39

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder zu entnehmen.

b) Vorstand

	Bezüge 2017
Herr Dr. Löhr (Vorstandsvorsitzender) bis 30.06.2017	42.744,75 €
Frau Pauly-Mundegar (Vorstandsvorsitzende ab 01.07.2017)	92.448,32 €
Herr Lankes ab 01.08.2018	26.279,90 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	27.664	38.110	17.260	-10.446
Sachanlagen	21.376.166	22.088.604	14.084.477	-712.438
Finanzanlagen	416.054	0	0	416.054
	21.819.883	22.126.713	14.101.737	-306.830
B Umlaufvermögen				
Vorräte	45.022	41.778	42.445	3.244
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.940.113	7.266.295	7.269.319	673.818
Liquide Mittel	2.028.289	1.762.189	969.240	266.099
	10.013.423	9.070.262	8.281.004	943.161
C Rechnungsabgrenzungsposten	58.229	57.283	51.036	946
Summe Aktiva	31.891.535	31.254.258	22.433.777	637.276
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Gewinnrücklagen	4.942.988	4.662.770	4.421.089	280.218
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-631.928	280.218	241.681	-912.146
	4.611.061	5.242.988	4.962.770	-631.928
B Rückstellungen	14.533.561	12.592.681	12.224.390	1.940.879
C Verbindlichkeiten	12.495.534	13.418.589	4.867.389	-923.055
D Rechnungsabgrenzungsposten	251.380	0	379.228	251.380
Summe Passiva	31.891.535	31.254.258	22.433.777	637.276

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.417.896	9.315.749	9.304.859	102.148
2	Sonstige betriebliche Erträge	191.594	130.282	126.223	61.312
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.545.300	1.454.914	1.446.989	90.386
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	345.365	294.683	286.792	50.682
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.199.934	1.160.231	1.160.197	39.704
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.256.301	5.207.199	7.054.475	1.049.103
a)	Löhne und Gehälter	4.260.961	4.045.356	4.107.167	215.605
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.995.340	1.161.843	2.947.308	833.497
5	Abschreibungen	1.298.500	1.027.154	332.572	271.345
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	877.348	1.259.532	1.258.017	-382.184
7	Erträge aus anderen Wertpapieren	416.054	0	0	416.054
	davon aus verbundenen Unternehmen				
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	550.122	136.816	908.123	413.306
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.228.784	352.468	4.360	876.316
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	-630.566	281.580	242.791	-912.146
11	Sonstige Steuern	1.362	1.362	1.110	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-631.928	280.218	241.681	-912.146

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Sitz der Anstalt ist Hürth.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Seit dem 1. Juli 2016 ist Hürth der Sitz der Anstalt; die Standorte Aachen, Bonn und Leverkusen wurden aufgegeben.

1.1. Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogrammen,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 16. November 2016 wurde die Schwerpunkt bildung mit in Kraft treten zum 1. Januar 2017 umgesetzt. Das CVUA Rheinland ist seitdem Kom-

petenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und -Ester und Mykotoxine.

1.2. Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

	Bis 30.06.2017	01.07.-31.07.2017	Ab 1.08.2017
Vorstandsvorsitz:	Dr. Gerhard Löhr	Dagmar Pauly-Mundegar	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied:	Dagmar Pauly-Mundegar		Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

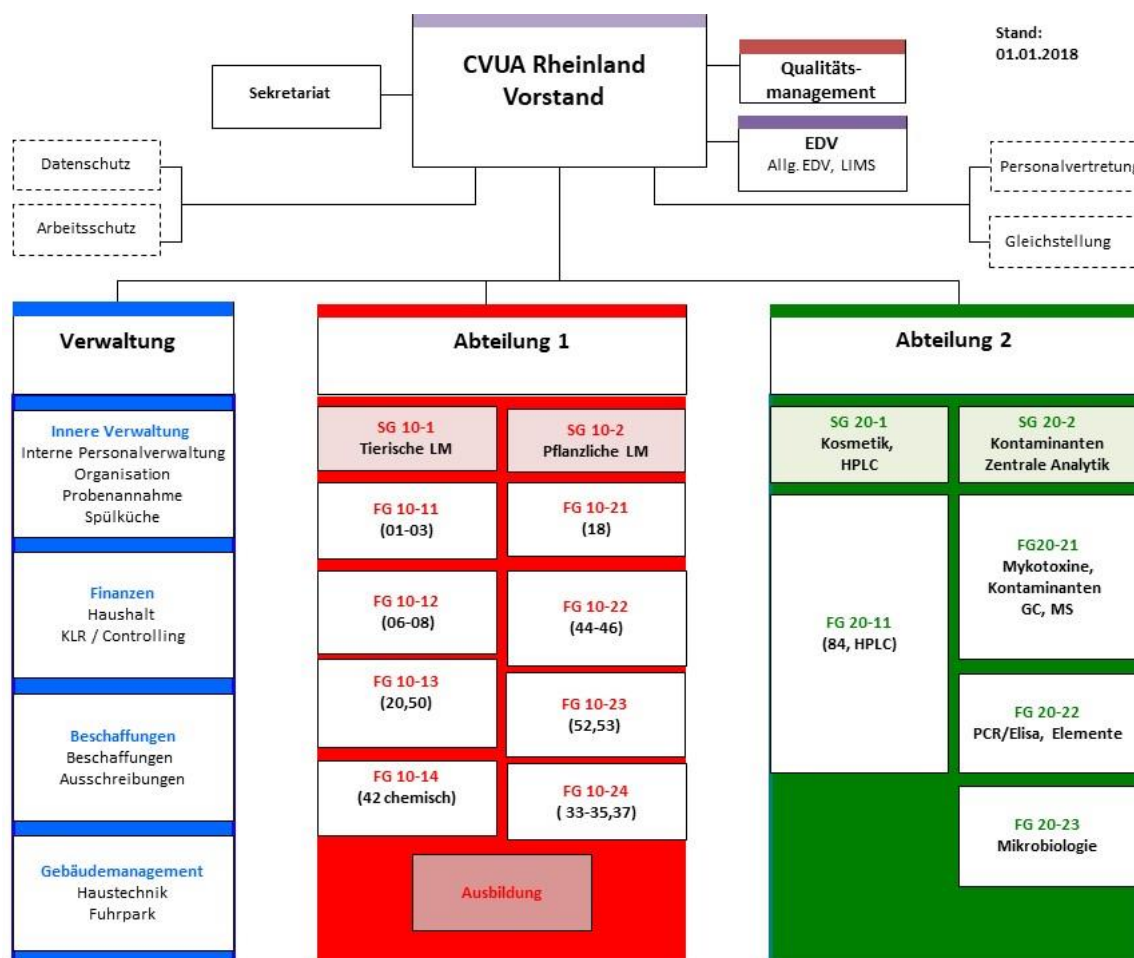
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm (Stand: 1.01.2018) zu entnehmen.



2. Wirtschaftsbericht

2.1. Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1. Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 2 Mitarbeiter aus. Ein Vorstand sowie ein Abteilungsleiter sind durch Pensionierung ausgeschieden. Beide Stellen wurden nachbesetzt.

2.2.2. Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2017 wurden insgesamt 13.678 (Vorjahr: 16.789) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. 1.180 Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2017, der vom Verwaltungsrat am 8. Dezember 2016 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.525 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 620 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 159 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Fehlbetrag von 632 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 12. Oktober 2016 beschlossenen Entgeltordnung 9.407 T€ (Vj.: 9.314 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 141 T€ (Vj.: 109 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 51 T€ (Vj.: 21 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 6.256 T€ (Vj.: 5.207 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 62 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.190 T€ berücksichtigt.

Die Erhöhung der Personalkosten sind zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr Zuführungen zu den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen i.H.v. 2.030 T€ erfasst wurden gegenüber 544 T€ im Vorjahr. Dies resultiert vor allem aus Zuführungen aufgrund der Verzinsung, der Rechnungszinsänderung sowie der Übernahme eines Beamten.

Große Aufwandsposten bleiben die Betriebskosten mit 345 T€ (Vj.: 351 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 132 T€ (Vj.: 147 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 33 T€ (Vj.: 33 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 199 T€ (Vj.: 124 T€), für Versicherungen in Höhe von 26 T€ (Vj.: 22 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 17 T€ (Vj.: 22 T€).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 1.298 T€ (Vj.: 1.027 T€).

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2017 fällt der ausgewiesene Verlust um 473 T€ höher aus. Während die Personalaufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz (+580 T€) aufgrund der hohen Zuführung zu den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche Zinsniveau und der Einstellung eines Beamten im Ist überschritten wurden (bei Löhnen und Gehältern wurde der Ansatz nicht erreicht), konnten im Bereich der Zinsen (ohne Zinsaufwand nach § 107b) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen Einsparungen von 104 T€ erzielt werden.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2016	31.12.2017
Bilanzsumme	31.254.258,36 €	31.891.534,82 €
Anlagevermögen	22.126.713,21 €	21.819.882,89 €
Vorratsvermögen	41.778,08 €	45.021,88 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	5.242.988,46 €	4.611.060,72 €
Eigenkapitalquote	16,8 %	14,5 %
Rückstellungen	12.592.681,33 €	14.531.560,71 €
Liquide Mittel	1.762.189,32 €	2.028.288,65 €
Verbindlichkeiten	13.418.588,57 €	12.495.533,89 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	12.987.499,98 €	12.304.166,62 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	-82,5	14,9

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 31.254 T€ auf 31.892 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Erstattungsansprüche nach § 107 b BeamfVG, des Zugangs einer Finanzanlage aus einer Abfindung und der Verringerung des Anlagevermögens. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 602 T€ investiert.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 14.534 T€ (Vj.: 12.593 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 14.026 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherren der Beamten betragen 7.935 T€ (Vorjahr 7.264 T€).

3. Prognosebericht

3.1. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Die Schwerpunktbildung zum 1.1.2017 hat alle CVUÄ vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen wurden Warenobergruppen abgegeben, auf der anderen Seite erhöhte sich die Anzahl der Proben jener Warenobergruppen, für die das CVUA Rheinland Kompetenzzentrum wurde. Damit verbunden waren vielfältige Änderungen in der Organisation einzelner Einheiten und die Notwendigkeit, neues Fachwissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen. Zu dem mussten neue Untersuchungsmethoden eingeführt und etabliert werden.

Als Kompetenzzentrum für Weinerzeugnisse und Spirituosen, Schokolade, Kakao und Kaffee, Würzmittel und Gewürze sowie für Kosmetik und als Schwerpunktlabor für MCPD und -ester, Glycidol und -ester und Mykotoxine musste und muss das CVUA Rheinland weiteres Knowhow aufbauen und in diesen Bereichen die Untersuchungstiefe vergrößern.

Insgesamt ist die Schwerpunktbildung ohne größere Schwierigkeiten umgesetzt worden und bewährt sich. Auch die Probenplanung durch das LANUV (RioppLM) und die Organisation des Probenverkehrs durch die CVUÄ haben sich im Laufe des Jahres 2017 zu einer routinemäßigen Abwicklung entwickelt. Obwohl in frühen Modellen der Schwerpunktbildung die Untersuchungskapazitäten aus Düsseldorf/Mettmann bereits einmal berücksichtigt wurden, kam eine Zusammenarbeit nicht zustande. Im Laufe des Jahres 2017 hat die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Das stellt die CVUÄ vor eine große Herausforderung, da hierdurch die derzeitige Schwerpunktbildung in Frage gestellt wird. Eine erneute Änderung im Zuschnitt der Aufgaben und damit in der Arbeitsorganisation innerhalb eines so kurzen Zeitabstandes ist kritisch zu betrachten. Die Mitarbeiterinteressen der Beschäftigten, die bereits großen Umstrukturierungen unterworfen waren, müssen vorrangig im Blickfeld unserer Aufmerksamkeit liegen.

3.1.2 Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen

Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Im Juni 2017 wurde das Überwachungsaudit durch die DAkkS durchgeführt und anschließend eine Akkreditierungsurkunde für den neuen Standort in Hürth ausgestellt.

3.1.3. Standort Hürth

Mit Bezug des neuen Gebäudes wurden für die technischen Einrichtungen Wartungsverträge, die zum Teil gesetzlich vorgeschrieben sind, abgeschlossen.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2018, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 7. Dezember 2017 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 212 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.640 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 420 T€ beschlossen.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Hürth, den 9. April 2018

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland

- Anstalt des öffentlichen Rechts -

- Der Vorstand –

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

gez. Rainer Lankes“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	90	89	95	-

H) Kennzahlen

./.

3. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.primesite.org>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000,00 €	30,00 %
Kreisstadt Euskirchen	5.000,00 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000,00 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Kreditinstituten. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist abgegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von insgesamt 18,4 Mio. € haften werden.

Nach § 14 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ist ein etwaiger Jahresverlust, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag der LEP-AöR betrug zum 31.12.2014 785.390,53 €. Da die Finanzierung des Vorhabens insgesamt durch die v. g. endfälligen Darlehen sichergestellt ist, wurde bislang die Auffassung vertreten, dass die Kapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet ist. Die Bestimmungen des § 14 Abs. 2 KUV sind identisch mit den Regelungen des § 10 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung. Hierzu vertritt die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen die Auffassung (Stand März 2016), dass die Eigenkapitalausstattung bei Ausweis eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages gefährdet sei und weitere Verlustvorträge gemäß § 10 Abs. 6 S. 1 EigVO NRW nicht mehr zulässig seien, so dass im Rahmen der LEP AöR-Jahresabschlüsse 2015 ff. bei entsprechender Auslegung des § 14 Abs. 2 KUV Forderungen gegen die Trägerkommunen eingebucht werden. Diese Forderungen werden zunächst als kurzfristige Forderungen ausgewiesen.

Da die Liquidität des Kommunalunternehmens während der Projektlaufzeit (bis 30.06.2020) über die Darlehensfinanzierung des Gesamtprojektes sichergestellt ist, wird die Fälligkeit dieser Forderungen bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben (gestundet).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2017	2016	2015	Erläuterung
Kreis	150 57104 00	68.295 €	60.942 €	327.617 €	Aufwand
		0 €	0 €	0 €	Auszahlung

Höhe der gestundeten Forderung am 31.12.2017: 416.167,99 €

Die Differenz zwischen dem Gesamtaufwand des Kreises (456.854 €) und der zum 31.12.2016 gestundeten Forderung gegenüber dem Kreis Euskirchen in der Bilanz der LEP-AöR ergibt sich daraus, dass das tatsächliche Jahresergebnis 2017, welches zu einer Auflösung der Rückstellung für den Verlustausgleich der LEP-AöR führen wird, beim Kreis Euskirchen erst im Haushaltsjahr 2018 Berücksichtigung finden wird.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vorstand	<u>Vergütung 2017</u>
Josef Forstner (Vorsitzender bis 26.05.2017)	7.036 €
Johannes Adams (bis 26.05.2017)	0 €
Ingo Hessenius (ab 26.05.2017)	0 €
Oliver Knaup (Vorsitzender ab 26.05.2017)	0 €

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 04.05.2017 beschlossen, Herrn Ingo Hessenius mit Wirkung zum 26.05.2017 zum Vorstandsmitglied zu bestellen. Gleichzeitig wurde Herr Johannes Adams mit Wirkung zum 26.05.2017 als Vorstandsmitglied abberufen.

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffenden Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Karsten Stickeler (Stimmführer)	CDU	Günter Weber	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Projektbeirates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	0	0	0	0
	0	0	0	0
B Umlaufvermögen				
Vorräte	14.317.636	14.288.063	14.276.495	29.572
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.488.758	2.956.147	2.443.497	532.611
Liquide Mittel	94.172	108.839	114.852	-14.666
	17.900.566	17.353.049	16.834.845	547.517
C Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0
Summe Aktiva	17.900.566	17.353.049	16.834.845	547.517
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Stammkapital	10.000	10.000	10.000	0
Bilanzverlust	-10.000	-10.000	-10.000	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0
	0	0	0	0
B Rückstellungen	25.646	17.896	16.033	7.750
C Verbindlichkeiten	17.859.404	17.319.636	16.803.295	539.768
D Rechnungsabgrenzungsposten	15.517	15.517	15.517	0
Summe Passiva	17.900.566	17.353.049	16.834.845	547.517

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	51.044	49.581	0	1.463
2	Sonstige betriebliche Erträge	139	0	49.491	139
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	0	0	0	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	13.236	7.036	7.041	6.200
a)	Löhne und Gehälter	10.750	5.400	5.400	5.350
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.486	1.636	1.641	850
5	Abschreibungen	0	0	207	
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	61.081	60.046	59.858	1.035
7	Erträge aus Verlustübernahme	532.611	512.650	1.284.584	19.962
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	0	0	11
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	482.434	468.095	455.381	14.339
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	27.053	27.053	811.587	
11	Sonstige Steuern	27.053	27.053	26.197	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	785.391	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,

- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen € zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung — KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Im Jahr 2017 konnten trotz intensiver Verhandlungen keine weiteren Flächen erworben werden. Zusammen mit den ca. 23 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist stehenden Flächen können damit weiterhin ca. 146 ha für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt werden.

Alle Grundstücke werden weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Primäres Ziel bleibt, im Zentrum des Gebietes eine vermarktungsfähige Fläche in einer Mindestgröße von 80 ha zu arrondieren. Geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebietes für Eigentümer, die ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Tausch ihrer Grundstücke gegen Ersatzland erklärt haben, konnten auch im Jahre 2017 nicht erworben werden. Der Markt für landwirtschaftliche Grundstücke in der Region ist weiterhin durch eine deutliche Verknappung des Angebotes und gestiegene Preise gekennzeichnet, die sich mittlerweile im zweistelligen Bereich pro Quadratmeter befinden. Zur fehlenden Verkaufsbereitschaft bei gleichzeitig erhöhter Nachfrage tragen offensichtlich die deutlich gesunkenen Renditen für übliche Geldanlagen bei.

Aufgrund dieser Marktlage hat der Vorstand der LEP-AöR empfohlen, die beschlossenen Preisobergrenzen für den Ankauf von Tauschland und Ausgleichsflächen aufzuheben, um etwaige Flächenangebote ohne eine Preisobergrenze verhandeln zu können. Der jeweilige Einzelfall wird nunmehr den Beschlussgremien zur Entscheidung vorgelegt. Diesem Vorschlag sind der Verwaltungsrat und der Projektbeirat mit Beschluss vom 07.12.2017 gefolgt.

Bodenordnung

Die eingeleitete Bodenordnungsmaßnahme (Umlegung) wurde 2017 nicht fortgeführt. Allen betroffenen Eigentümern liegen unterschrittsreife Kauf- und Tauschvertragsentwürfe vor.

Da inzwischen eine zusammenhängende Fläche von 80 ha gebildet werden kann, bei der sich nur noch drei Grundstücke in einer Größe von ca. 3,1 ha in Privateigentum befinden, soll diese Fläche zur Planreife entwickelt werden, bevor die Umlegung weiter verfolgt wird.

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans

Der Landesentwicklungsplan und die Verordnung über den Landesentwicklungsplan wurden am 25.01.2017 im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW (Nr. 4/2017) veröffentlicht; sie sind am 08.02.2017 in Kraft getreten.

Der Landesentwicklungsplan 2017 ist als Rechtsverordnung des Landes verbindlich bei der Entwicklung der LEP-Fläche zu berücksichtigen. Leider wurde die Chance verpasst, die Erfolgsaussichten unserer Ansiedlungsbemühungen durch eine Flexibilisierung der Vorschriften des Landesentwicklungsplanes entsprechend unserer Anregungen zu verbessern.

In Folge des Regierungswechsels auf Landesebene haben die Träger der LEP-AöR in 2017 die Regierungsfractionen angeschrieben und eine Anpassung der Vorgaben für die LEP-Flächen angeregt. Das Landeskabinett hat am 19.12.2017 im Rahmen des sog. Entfesselungspaketes II beschlossen, die im Landesentwicklungsplan vorgegebene Mindestfläche für Erstansiedlungen an Standorten, die für lan-

desbedeutende flächenintensive Großvorhaben reserviert sind, von 80 ha auf 50 ha abzusenken. Das zur Änderung des LEP erforderliche Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Vermarktung

Schwerpunkt der Aktivitäten des Vorstandes im Geschäftsjahr 2017 war die Bereitstellung und Vermarktung einer mindestens 80 ha großen zusammenhängenden Fläche für eine Ansiedlung entsprechend der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes.

Nachdem in 2016 festgestellt wurde, dass die Fläche für Produktionsstätten im Bereich der zukunfts-trächtigen Elektromobilität und Batterieproduktion hervorragend geeignet ist, hat NRW.INVEST in 2017 in Abstimmung und unter Mitfinanzierung der LEP-AöR eine Machbarkeitsstudie zur Standortanalyse hinsichtlich einer Batteriezellenproduktion beauftragt. Die Studie liegt mittlerweile vor.

Ferner ist NRW.INVEST in 2017 mit Investoren aus dem Bereich Elektromobilität an die LEP-AöR her-angetreten, die die Fläche in Augenschein genommen haben und mit denen Ende 2017 Verhandlungen aufgenommen wurden. Die LEP-AöR ermittelt und bereitet für die Gespräche, die NRW.INVEST führt, die erforderlichen Unterlagen, Daten und sonstigen Angaben auf.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Nach Abschluss der bodenarchäologischen Erkundungen durch die Firma Troll Archäologie GbR führte das Amt für Bodendenkmalpflege des LVR in 2017 keine weiteren flächigen Grabungen durch. In 2018 sollen im Falle weiteren Flächenerwerbs weitere Erkundungen im 80-ha-Plangebiet vorgenommen werden.

Bauleitplanung

Aufgrund der in 2015 und 2016 geführten Gespräche mit Projektentwicklern zur vermarktbaren Größenordnung wurde Ende 2016 ein erneuter Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für eine 80 ha große Fläche im Stadtgebiet Euskirchen vom zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Euskirchen gefasst. Die Größe von 80 ha resultiert aus den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes in der Fassung 2017. Ansonsten spiegelt der Planentwurf die Konzeptvorstellungen der Projektentwickler wieder.

Für den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 14 A müssen die Gutachten angepasst werden, was in 2018 geschehen soll. Es wurde ein Verkehrsgutachten und ein Immissionsschutzgutachten beauftragt. Der Abstimmungsbedarf insbesondere bzgl. des Verkehrsgutachtens war relativ hoch. Daher konnte es in 2017 nicht abgeschlossen werden.

Außerdem erhielt die Stadt infolge der Bekanntmachung der Planung ein Schreiben der Biologischen Station im Kreis Euskirchen, in dem darauf hingewiesen wurde, dass nicht nur eine Lerchen-, sondern auch eine große Kiebitzpopulation die Fläche in Anspruch nimmt. Aufgrund dieser Hinweise ist eine erneute Untersuchung des Artenschutzes in 2018 erforderlich, da ansonsten kein rechtssicheres Verfahren durchgeführt werden kann.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 04.05.2017 und am 07.12.2017.

Der Jahresabschluss 2016 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 04.05.2017 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2016 erteilt. Der Jahresabschluss 2016 war ausgeglichen. Der Verwaltungsrat entschied, den verbleibenden Verlust aus 2015 auf neue Rechnung vorzutragen.

In seiner Sitzung am 07.12.2017 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 und die Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenplanes sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht beschlossen.

Im Jahre 2017 fanden 6 Sitzungen des Vorstandes statt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2017 (17.900.566 €) besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (14.317.636 €) und den Ansprüchen zum Verlustausgleich gegen das Land NRW (2.095.840 €) und die Träger der LEP-AöR (1.387.227 €).

Das Stammkapital in Höhe von 10.000 € (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 22.12.2016 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2017 ergaben sich folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	Wirtschaftsplan in €	GuV in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	757.000	51.043,88	- 705.956,12
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	680.000	0,00	- 680.000,00
b) Erträge aus unbebauten Grdst.	77.000	51.043,88	- 25.956,12
2. sonstige betriebliche Erträge	0	138,76	+ 138,76
Materialaufwand (für unerschlossene			
3. Grdst.)	-800.000	0,00	+ 800.000,00
4. Personalaufwand	-8.000	-13.236,20	- 5.236,20
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-116.240	-61.081,02	+ 55.158,98
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	10,58	+ 10,58
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-671.000	-482.434,17	+ 188.565,83
a) Kreditzinsen	-600.000	-438.838,33	+ 161.161,67
b) Bürgschaftsentgelte	-71.000	-43.595,84	+ 27.404,16
8. Ergebnis nach Steuern	-838.240	-505.558,17	+ 332.681,83
9. sonstige Steuern	-33.000	-27.053,23	+ 5.946,77
10. Erträge aus Verlustübernahme	871.240	532.611,40	- 338.628,60
11. Jahresüberschuss	0	0,00	+ 0,00
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000	-10.000,00	+ 0,00
13. Bilanzverlust	-10.000	-10.000,00	+ 0,00

Im Vermögensplan sind folgende wesentliche Abweichungen zu verzeichnen:

Vermögensplan	Wirtschaftsplan in €	Abschluss in €	Differenz
1. Einzahlungen aus Krediten (netto)	7.537.240	548.899,35	- 6.988.340,65
2. Grunderwerb einschl. Nebenkosten/Entsch.	-5.522.000	-29.572,42	+ 5.492.427,58
3. Vorbereitende Maßnahmen	-1.146.000	0,00	+ 1.146.000,00
4. Zunahme Forderungen gegen das Land NRW	-522.744	-319.566,84	+ 203.177,16
5. Zunahme Forderungen gegen Trägerkommunen	-348.496	-213.044,56	+ 135.451,44

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Angeht es um den eingeleiteten Grunderwerb, der in 2017 nicht realisiert wurde, bleiben verschiedene Positionen, insb. im Erfolgsplan die Erträge aus unbebauten Grundstücken (Pachten), Zinsen, Bürgschaftsentgelte sowie sonstige betriebliche Aufwendungen und im Vermögensplan die Auszahlungen für den Grunderwerb, vorbereitende Maßnahmen sowie die Krediteinzahlungen, deutlich unterhalb des Planansatzes.

Erträge

Die 2017 erzielten Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes zur anteiligen Verlustübernahme, des Verlustausgleichs der Trägerkommunen nach § 14 Abs. 2 KUV und der Pachten für die bereits erworbenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Umsatzerlöse aus dem Verkauf unbebauter Grundstücke fielen ebenso wie der Materialaufwand für unerschlossene Grundstücke nicht an.

Zinsaufwand und Entgelte

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die im Vergleich zur Planung wesentlich geringere Kreditaufnahme zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt. Der durchschnittliche Jahreszins für die Liquiditätskredite betrug ca. 0,14 % p.a. (zum Vergleich: Zinsen und Bürgschaftsentgelt für den Investitionskredit: ca. 3,35 % p.a.).

Personalaufwand

Der gegenüber dem Planansatz erhöhte Personalaufwand ergibt sich aus der Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung für angefallene Überstunden in Höhe von 6.200 €.

Einzahlungen aus Krediten / Grunderwerbsaufwand

Im Wirtschaftsplan waren ausreichende Mittel vorgesehen, um alle noch zu erwerbenden Grundstücke zu kaufen. Da wegen der fehlenden Veräußerungsbereitschaft der Eigentümer kein Grunderwerb möglich war, reduzierten sich die Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Ausgaben für den Grunderwerb entsprechend.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich in der Gewinn- und Verlustrechnung folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	GuV 2016 in €	GuV 2017 in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	49.580,88	51.043,88	+ 1.463,00
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	0,00	0,00	+ 0,00
b) Erträge aus unbebauten Grdst.	49.580,88	51.043,88	+ 1.463,00
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00	138,76	+ 138,76
3. Materialaufwand	0,00	0,00	+ 0,00
4. Personalaufwand	-7.036,20	-13.236,20	- 6.200,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-60.046,15	-61.081,02	- 1.034,87
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	10,58	+ 10,58
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-468.094,85	-482.434,17	- 14.339,32
a) Kreditzinsen	-425.741,74	-438.838,33	- 13.096,59
b) Bürgschaftsentgelte	-42.353,11	-43.595,84	- 1.242,73
8. Ergebnis nach Steuern	-485.596,32	-505.558,17	- 19.961,85
9. sonstige Steuern	-27.053,23	-27.053,23	+ 0,00
10. Erträge aus Verlustübernahme	512.649,55	532.611,40	+ 19.961,85
11. Jahresüberschuss	0,00	0,00	+ 0,00
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00
13. Bilanzverlust	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen € (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2017 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 14.509.572 € (Vorjahr: 14.075.339 €).

Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) nahezu ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. €) war am 31.12.2017 mit 3,3 Mio. € in Anspruch genommen (Vorjahr: 3,2 Mio. €).

Den Verbindlichkeiten stehen liquide Mittel in Höhe von 94.172 € (Vorjahr: 108.839 €) gegenüber.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, wie flexibel die landesplanerischen Vorgaben im Landesentwicklungsplan im Interesse einer baldigen Vermarktung der Fläche gehandhabt werden.

Vorrangig ist weiterhin die Arrondierung der Flächen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 14 A der Stadt Euskirchen. Für diese ca. 80 ha große Fläche wird ein Standortprofil entwickelt.

Das Bauleitplanverfahren wird von der Stadt Euskirchen zügig weitergeführt, was notwendige Untersuchungen einschließt.

Angestrebt wird die Ansiedlung einer landesbedeutsamen Großinvestition im Sinne der Nr. 6.4. des Landesentwicklungsplanes auf dem Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 14 A bis spätestens 2019.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 07.12.2017 gebilligt wurde, ist ein Betrag zur Risikoabdeckung (Zinssteigerungsrisiko, Schadensersatzpflichten aus Bodenuntersuchungen, ungewisse Aufwände bei der Aufstellung der Bebauungspläne etc.) in Höhe von 2.152.000 € einkalkuliert.

Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch mehrere Projektentwickler im Rahmen von Workshops bei NRW.INVEST in den Jahren 2015/16 bestätigt, die Rahmenbedingungen des Landesentwicklungsplanes aber erneut als große Hürde angesehen.

Des Weiteren zeigen die Gespräche mit Investoren, die die NRW-INVEST führt, dass ein weiteres Risiko besteht, den erforderlichen Kaufpreis, der sich nach Kosten- und Finanzierungsübersicht in Höhe von 20,51 €/m² ergibt, zu erzielen. Der Vorstand der LEP-AöR ist der Auffassung, dass dieses Risiko alleine vom Land getragen werden muss, da die Belegenheitskommunen weder in der Lage sind noch in der Pflicht stehen, aus Landesinteressen bedingte Verluste zu übernehmen.

Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw..

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP-AöR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AöR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2017 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von 2.095.839,91 €, welche im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der vorgenannten Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinaus geschoben.

Seit dem Wirtschaftsjahr 2015 wird – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert (Summe bis einschließlich 2017: 1.387.226,61 €), da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AöR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Zukünftige Verluste sind in entsprechender Weise durch die Trägerkommunen auszugleichen.

In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AöR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von 866.000 € zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AöR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AöR in die Kaufverpflichtung eintritt, und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgschaftserklärung - einen 60 %igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AöR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös.

Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AöR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. € gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die erste Tranche des am 30.06.2020 gesamt fälligen Darlehens sind Investitionen von 12 Mio. € einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird, ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden.

Darüber hinaus ist die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AöR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

Euskirchen, den 29.03.2018

Der Vorstand

gez. Oliver Knaup
Vorstandsvorsitzender

gez. Josef Forstner
Vorstandsmitglied

gez. Ingo Hessenius
Vorstandsmitglied“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	1	1	1	-

H) Kennzahlen

./.

Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten
4. Beratung und Unterstützung bei der Bereitstellung oder Vermittlung von elektronischen Systemen zur Identifizierung und zum Identitätsnachweis sowie Verfahren zum Identitätsmanagement als verantwortliche Stelle
5. Unterstützung bei der Problembehebung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
6. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
7. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
8. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind der Kreis Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 31 kreisangehörige Städte und Gemeinden.

Für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit 4 Mitgliedern, die zum 31.12.2012 ausgeschieden sind, incl. Ausgleichszahlungen für den durch das Ausscheiden entstandenen Personalüberhang in der kdvz, wurde die Bezirksregierung Köln eingeschaltet. Hierzu hat sie am 23.03.2017 einen Schlichtungsvorschlag unterbreitet. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 07.07.2017 die Annahme des Schlichtungsvorschlags beschlossen und den Verbandsvorsteher zur Abgabe aller in Ausführung des Schlichtungsvorschlags erforderlichen Erklärungen ermächtigt. Die Verhandlungen über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung konnten im Berichtsjahr im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens abgeschlossen werden.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GKG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GKG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)

b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten des Rhein-Erft-Kreises und der Kreise Düren und Euskirchen)

c) Verbandsvorsteher

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

Finanzbeziehung zu Kreis	Produkt / Kostenträger 010 11117	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
		551.462 €	479.925 €	523.688 €

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Karsten Stickeler	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wird im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

nachrichtlich:

Seit 13.07.2018 wird der Kreis Euskirchen durch Herrn Ingo Hessenius, Geschäftsbereichsleiter I, als stellvertretender Verbandsvorsteher im Verwaltungsrat vertreten. Zum gleichen Zeitpunkt scheidet Herr Johannes Adams aus dem Verwaltungsrat aus.

c) Verbandsvorsteher

Dr. Patrick Lehmann (1. Beigeordneter, Stadt Frechen)

Stellvertreter:

Axel Buch (Bürgermeister, Gemeinde Hürtgenwald)

Johannes Adams (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Der Verbandsvorsteher und seine beiden Stellvertreter erhalten jährlich eine gesamte Aufwandsentschädigung von 2.748 €.

	<u>Besoldung 2017</u>
Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen	87.566 €
Christian Völz (ab Oktober 2017)	31.946 €

nachrichtlich:

In der Verbandsversammlung am 13.07.2018 wurde Herr Ingo Hessenius, Geschäftsbereichsleiter I, zum 2. stellvertretenden Verbandsvorsteher gewählt. Zum gleichen Zeitpunkt scheidet Herr Johannes Adams als 2. stellvertretender Verbandsvorsteher aus.

Seit Februar 2018 ist Herr Christian Völz alleiniger Geschäftsführer.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.489.903	1.812.606	1.828.926	-322.703
Sachanlagen	4.225.813	4.232.992	3.501.953	-7.180
Finanzanlagen	11.571.766	10.571.766	9.771.766	1.000.000
	17.287.482	16.617.365	15.102.646	670.117
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.028.907	3.403.047	3.109.435	-2.374.140
Liquide Mittel	2.975.030	69.339	1.517.669	2.905.691
	4.003.936	3.472.386	4.627.104	531.551
C Rechnungsabgrenzungsposten	673.727	618.113	489.734	55.615
Summe Aktiva	21.965.146	20.707.863	20.219.483	1.257.283
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gewinnrücklagen	1.227.043	0	0	1.227.043
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	1.227.043	0	0	1.227.043
B Rückstellungen	17.404.230	16.940.647	16.960.520	463.582
C Verbindlichkeiten	3.333.873	3.767.216	3.258.963	-433.343
Summe Passiva	21.965.146	20.707.863	20.219.483	1.257.283

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	15.530.986	13.593.345	12.699.058	1.937.641
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.692.511	500.612	1.014.740	2.191.899
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.307.564	1.363.422	1.102.329	944.142
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.604.119	704.760	703.468	899.360
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	703.445	658.662	398.861	44.783
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	8.207.780	6.887.553	6.967.652	1.320.227
a)	Löhne und Gehälter	5.069.487	4.638.006	4.608.657	431.481
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.138.294	2.249.548	2.358.995	888.746
5	Abschreibungen	1.230.980	1.128.259	991.295	102.722
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.203.170	4.676.436	4.612.701	526.734
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45.697	37.047	38.630	8.650
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	1.228.306	1.241	1.192	
10	Sonstige Steuern	1.263	1.241	1.192	22
11	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	1.227.043	0	0	1.227.043
12	Einstellung in Gewinnrücklagen	1.227.043	0	0	
13	Bilanzgewinn	0	0	0	1.227.043

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966

BGB-Gesellschaft „Kommunale elektronische Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln“

01.07.1978

Zweckverband „Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“

Sitz

50226 Frechen, Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung

Karsten Stickeler (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Dr. Patrick Lehmann, 1. Beigeordneter der Stadt Frechen

1. stv. Verbandsvorsteher: Axel Buch, Bürgermeister der Gemeinde Hürtgenwald

2. stv. Verbandsvorsteher: Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen / Christian Völz

Aufgaben

Die kdVz Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT- Dienstleister für 33 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender IT-Support bilden zusätzliche Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2017 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung
	2017 T€	2016 T€	T€
Umsatzerlöse	15.531,0	13.593,3	1.937,6
darin Kostenweiterbelastungen	-1.561,7	-662,2	-899,5
bereinigte Umsatzerlöse	13.969,3	12.931,3	1.038,1
Neutrale Erträge	2.692,5	500,6	2.191,9
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-8.207,8	-6.887,6	-1.320,2
Abschreibungen	-1.231,0	-1.128,3	-102,7
Übrige Aufwendungen	-7.510,7	-6.039,9	-1.470,9
davon Kostenweiterbelastungen	1.561,7	662,2	899,5
bereinigte übrige Aufwendungen	-5.949,1	-5.377,7	-571,4
Finanzergebnis	-45,7	-37,0	-8,6
Ergebnis vor Steuern	1.228,3	1,2	.227,1
Steuern	-1,3	-1,2	0,0
	1.227,0	0,0	1.227,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2017 Investitionen in Höhe von 1.947,6 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	400,0 T€
Betriebsgebäude	70,0 T€
Maschinen und technische Anlagen	311,7 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	165,8 T€
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.000,0 T€
	<u>1.947,6 T€</u>

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2017 unter dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	1.228,3 T€
ordentliche Abschreibungen	1.231,0 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	753,7 T€
Cash Flow	<u>3.219,9 T€</u>

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdVz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2017 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 5.206,0 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Jahresergebnis	1.227,0 T€
Abschreibungen	1.231,0 T€
Zunahme der Rückstellungen	463,6 T€

Anlagenabgänge	46,5 T€
Abnahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	2.318,5 T€
Abnahme der sonst. Verbindlichkeiten und sonst. Passiva	-80,7 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u>5.206,0 T€</u>
Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit	
Investitionen	-947,6 T€
Zugang Finanzanlagen (Beteiligungen und Pensionsfonds)	-1.000,0 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.947,6 T€
Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit	
Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehensstilgungen	-352,6 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-352,6 T€</u>
Veränderung des Finanzmittelbestandes	
Finanzmittel zum 01.01.2017	-130,7 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	5.206,0 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	- 1.947,6 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	- 352,6 T€
Finanzmittel zum 31.12.2017	<u>2.775,0 T€</u>

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2017 und zukünftige Entwicklung

	Ergebnis	Plan	Abweichung	zukünftige Entwicklung 2018
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	15.603.006,35 €	13.882.564 €	1.720.442 €	14.852.031 €
2. Gesamtleistung	15.603.006,35 €	13.882.564 €	1.720.442 €	14.852.031 €
3. sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	- €	- €	- €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.692.510,86 €	810.000 €	1.882.511 €	743.410 €
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.604.119,44 €	178.300 €	1.425.819 €	204.000 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	703.444,99 €	877.440 €	- 173.995 €	865.305 €
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	5.069.486,54 €	5.050.982 €	18.504 €	5.295.681 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.138.293,53 €	2.212.129 €	926.165 €	2.557.999 €
	8.207.780,07 €	7.263.111 €	944.669 €	7.853.680 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.230.980,19 €	1.272.854 €	- 41.874 €	1.347.303 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			- €	
aa) Raumkosten	199.101,93 €	266.695 €	- 67.593 €	291.200 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	69.228,03 €	68.720 €	508 €	68.820 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	39.231,81 €	41.378 €	- 2.146 €	101.300 €
ad) Fahrzeugkosten	17.681,03 €	17.741 €	- 60 €	21.500 €
ae) Werbe- und Reisekosten	23.907,13 €	20.000 €	3.907 €	33.500 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	3.109.658,61 €	2.802.366 €	307.292 €	3.057.217 €
afb) Datenübermittlung	416.500,38 €	480.034 €	- 63.533 €	450.077 €
afc) Consulting und Beratung	349.657,51 €	384.645 €	- 34.988 €	488.722 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	397.591,68 €	700.000 €	- 302.408 €	400.000 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	499.081,31 €	276.520 €	222.562 €	360.817 €
ah) Rückstellungen aus lfd. Verfahren	35.000,00 €	- €	35.000 €	- €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	46.530,10 €	- €	46.530 €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €	- €
	5.203.169,52 €	5.058.099 €	145.070 €	5.273.152 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	- €	- €	- €	- €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45.696,84 €	42.760 €	2.937 €	52.000 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.300.326,16 €	0 €	1.300.326 €	0 €
12. sonstige Steuern	- 1.263,00 €	- €	- 1.263 €	- €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenergebnis	1.299.063,16 €	0 €	1.299.063 €	0 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2017	- 72.019,87 €			
14.3 Jahresüberschuss	1.227.043,29 €			

Finanzstruktur

	2017 in T€	2016 in T€	Veränderung
Eigenkapital	1.227,0	0,0	1.227,0
Rückstellungen	17.404,2	16.970,6	463,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.322,2	2.674,8	-352,6
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	1.011,7 (411,8)	1.092,4 (513,7)	-80,7 (-101,9)
Summe	21.965,1	20.707,9	1.257,3

Vermögensstruktur

	2017 in T€	2016 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	1.489,9	1.812,6	-322,7
Sachanlagen	4.225,8	4.233,0	-7,2
Finanzanlagen	11.571,8	10.571,8	1.000,0
Anlagevermögen	17.287,5	16.617,4	670,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	1.028,9 (885,7)	3.403,0 (3.233,7)	- 2.374,1 (- 2.348,0=)
Flüssige Mittel	2.975,0	69,3	2.905,7
Abgrenzungsposten	673,7	618,1	55,6
Summe	21.965,1	20.707,9	1.257,3

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Die Thematik „elektronische Verwaltungsführung“ greift angesichts der gesetzlichen Erfordernisse von Bund und Land auch innerhalb des Verbandsgebietes der kdVz immer mehr Raum. Entsprechend intensiv gefragt sind Dienstleistungen rund um das **Dokumentenmanagementsystem** (DMS) der kdVz. Eine Kommune ist im vergangenen Jahr neu in das Thema DMS eingestiegen, Bestandskunden haben sich für die Umsetzung weiterer Fachakten wie z. B. Bild- und Pressearchiv, Denkmal-, Brandschau- oder Bekanntmachungsakte entschieden. Insgesamt war das DMS zum Ende des Wirtschaftsjahres bei 18 Kunden mit 15 verschiedenen Aktenarten im Einsatz. Darüber hinaus wurden weitere Workflows konzipiert und umgesetzt, beispielsweise der intelligente Posteingang beim Pilotkunden Stadt Bergheim. Eingehende Schreiben müssen dabei nicht mehr händisch verteilt werden, sondern werden vollautomatisch anhand ihres Inhalts den korrekten Empfängern zugewiesen. Dokumente, welche beispielsweise einwandfrei als Rechnung erkannt werden, werden automatisch als PDF-Datei dem Rechnungsworkflow zugeführt. Die übrigen Dokumente werden an die Postkörbe der Fachabteilungen verteilt, sofern die Identifikation der Empfänger möglich ist; nicht klassifizierbare Dokumente landen bei einer Clearingstelle, von wo aus dann die Weiterverteilung erfolgt. Auf technischer Seite wurde die Migration auf die aktuelle Version 8.1 des Fachverfahrens bei 12 Kommunen erfolgreich umgesetzt; da es sich um einen sog. „Major-Release Wechsel“ handelt, gestaltet sich der Umstieg entsprechend zeitintensiv. Im Zusammenhang mit einer Leitlinie zum ersetzenden Scannen in Kommunen nach TR-RESISCAN, die von verschiedenen, bundesweit agierenden Akteuren im vergangenen Jahr erarbeitet und veröffentlicht wurde, hat die kdVz an einer Musterverfahrensbeschreibung als Teil dieser Leitlinie mitgearbeitet.

Im Bereich **Finanzwesen** – insbesondere im Zuge der Unterstützung des Softwareproduktes newsystem® der Fa. Axians Infoma – setzt sich die positive Entwicklung der Vorjahre fort. Die kdVz Rhein-Erft-Rur konnte ihr Dienstleistungsangebot weiter ausbauen und die Qualität der Beratungsleistungen optimieren. Supportleistungen werden inzwischen flächendeckend und zu nahezu allen Softwaremodulen der newsystem-Produktfamilie abgenommen, so dass der allgemeine First-Level-Support durch den Hersteller entbehrlich wurde. Erste Einführungsprojekte zum digitalen Rechnungsworkflow wurden darüber hinaus auch ohne Beteiligung des Herstellers durchgeführt. Mit der Gemeinde Weilerswist konnte im abgelaufenen Jahr die letzte vormals autonome newsystem-Installation im Verbandsgebiet der kdVz ins Rechenzentrum rückgeführt werden und die Stadt Königswinter, Verbandsmitglied von civitec, entschied sich dazu, beginnend mit dem Jahreswechsel Hosting und Anwendungsbetreuung ebenfalls über die Frechener Datenzentrale zu beziehen. Die dazu notwendigen Vorarbeiten begannen schon im Oktober, Produktivstart war der 02.01.2018.

In 2017 war wieder eine umfangreiche Systemaktualisierung umzusetzen. Auch diese Weiterentwicklung bedingte umfangreiche technische Anpassungen, so dass auch für dieses ‚Regel-Update‘ eine parallele Infrastruktur aufgebaut sowie umfangreiche Testszenarien durchlaufen werden mussten. Erneut konnte sich die kdVz Rhein-Erft-Rur hier als Pilotrechenzentrum etablieren – bei zwei Kommunen lief die neue Software-Version noch vor dem offiziellen Release durch den Hersteller.

Mit dem „ePortal“ bietet der Softwarehersteller Axians Infoma den Kommunen neue Möglichkeiten Verwaltungsprozesse mit Bezug zum Finanzwesen digital abzubilden. In erster Linie richtet sich diese Lösung an die Beschäftigten in den Rathäusern, die nicht originär in der Finanz-Software arbeiten, aber dennoch die digitalen Verwaltungsprozesse mit Schnittstelle zum Finanzverfahren nutzen sollen. Das ePortal wird als Web-Anwendung, die wenig bis keinen Schulungsaufwand erfordert, für standardisierte Prozesse mit Zugriff auf kommunale Finanzdaten bereitgestellt. Die kdVz hat das Portal im vergangenen Jahr in ihre Architektur eingebunden und die ersten Musterprozesse entwickelt.

Mit ihrer Expertise rund um den **Sitzungsdienst** konnte die kdVz Rhein-Erft-Rur ihren Kundenkreis, auch weit über die Verbandsgrenzen hinaus, stetig erweitern. Neben dem Projektabschluss zur Einrichtung des papierlosen Sitzungsdienstes bei der Gemeinde Sandhausen (Rhein-Neckar-Kreis), für die die kdVz Support, Schulungen und Hosting übernimmt, erfolgten in 2017 die Einrichtung des Sitzungsdienstes bei den Stadtwerken Versmold und den Stadtwerken Gütersloh sowie der Projektstart zur Implementierung des Produktes bei den Stadtwerken Hürth und bei der Klingenstadt Solingen. Darüber hinaus hat die Stadt Paderborn das Amtsblatt- Informationssystem (ABI.NET) eingeführt.

Wie in jedem Jahr, wenn sie denn stattfinden, ist die Abwicklung der **Wahlen** von herausgehobener Bedeutung für die kdVz – bedingt zum ersten durch die besondere öffentliche Wahrnehmung, zum zweiten durch die hochkomplexe technische Infrastruktur des Wahlsystems und zum dritten durch den Umstand, dass die kdVz über ihr Verbandsgebiet hinaus auch umfängliche Dienstleistungen für die Datenzentralen KDZ Westfalen-Süd und civitec erbringt. Im abgelaufenen Jahr standen vor allem die Bundestags- und die Landtagswahl im Fokus. Für beide lässt sich festhalten, dass die IT-seitige Begleitung reibungslos funktionierte, jeweils die Ergebnisse von 2.523 Stimmbezirken aus 83 Kommunen sowie den dazugehörigen sechs Kreisverwaltungen erfasst und im Internet präsentiert wurden. Bei der Bundestagswahl im September waren insgesamt rd. 16 Millionen Zugriffe auf die Wahlseiten zu verzeichnen, bei der Landtagswahl sogar noch eine Million mehr; der aufgrund des Zuschnitts der Wahlkreisgebiete notwendige sichere Datenaustausch der Ergebnisdaten mit den Rechenzentren der regio iT in Aachen und Gütersloh, der Citkomm in Hemer sowie den Städten Wuppertal sowie Remscheid klappte ebenfalls problemlos. Da die kdVz in Vorausschau auf die Wahlen 2017 bereits im vorvergangenen Jahr damit begonnen hatte, ihre IT-Systeme auf die zu erwartende deutliche Zunahme an Zugriffen aus dem Internet, begründet vor allem mit einer stetig steigenden Nutzung mobiler Endgeräte, hin auszurichten, stellte das jeweilige Datenvolumen an den Wahltagen die IT- Systeme des Zweckverbandes zu keinem Zeitpunkt vor Probleme. Zusätzlich zu den beiden großen Wahlen unterstützte die kdVz noch je zwei Bürgermeisterwahlen und Bürgerentscheide, eine Bürgerbeiratswahl sowie das Volksbegehren zu „G9“.

Im Bereich der **Personalabrechnung/Personalbewirtschaftung** wurde im abgelaufenen Jahr die technologische Plattform für die Bereitstellung der browserbasierten Nutzung der Anwendung zur Verfügung gestellt. Der sog. WebClient läuft seitdem parallel zum bisherigen Classic Client und wird sukzessive um Features ergänzt. Die kdVz hat vor diesem Hintergrund über 100 Anwender in der neuen Anwendungsoberfläche geschult. Ebenfalls in 2017 wurde eine neue Version des HCM-Mitarbeiterportals implementiert und der Kundenkreis um die Stadt Erftstadt erweitert. Für das Bewerbermanagement als eigenständige Lösung konnten drei neue Kunden im Verbandsgebiet sowie ein civitec-Kunde gewonnen werden.

Die Anforderungen der Kommunen, ihren Bürgerinnen und Bürgern **digitale Verwaltungsdienste** in unterschiedlichsten Facetten anbieten zu können, haben in jüngster Vergangenheit stark zugenommen; dementsprechend hat die kdVz hier in 2017 umfängliche Unterstützungsleistungen erbracht. Im Bereich **Content-Management-System (CMS) / Internetpräsentationen** ist das Interesse an einer Neugestaltung kommunaler Internetauftritte im Hinblick auf das sog. ‚Responsive Webdesign‘ (RWD) – der Orientierung des grafischen Aufbaus einer Website an die Anforderungen des jeweiligen Gerätes, insbesondere was die Anordnung und Darstellung einzelner Elemente wie Navigation, Seitenspalten und Texte betrifft – nach wie vor hoch. Die Webseiten zweier Verwaltungen wurden vor diesem Hintergrund im letzten Jahr von Grund auf neu konzipiert; neben dem neuen technischen Ansatz wurden strukturelle Anpassungen und Änderungen redaktioneller Prozesse umgesetzt. Parallel hat die kdVz für die Mandanten, die das RWD nutzen, die Infrastruktur des CMS neu designet. Des Weiteren sind bei mehreren Verbandsmitgliedern weitere Module in die Webauftritte integriert worden, so etwa Social-Media-Komponenten, das Modul CityGov, der Formulargenerator sowie die Internetbekanntmachung. Ebenfalls eine Erweiterung des Nutzerkreises erfuhren die beiden Lösungen **„Online-Terminmanagement“**, die bei drei Kommunen implementiert wurde, und **„Online-Schadensmeldung“** (Mängelmelder), die nun bei zwei weiteren Verwaltungen zum Einsatz kommt.

Das E-Government-Gesetz NRW wie auch die grundsätzlichen Entwicklungen der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen erfordern, dass jede Verwaltung für sich eine individuelle eGovernment-Strategie entwickeln sollte – orientiert an den örtlichen Prioritäten sowie an den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die kdVz hat hierzu ein Konzept erarbeitet, um ihre Verbandsmitglieder bei der Umsetzung einer jeweils eigenen Planung für die nächsten Jahre zu unterstützen. Die sog. **„eGovernment-Blaupause“** trägt dazu bei, das komplexe Thema individuell für sich zu erschließen und je eigene Schwerpunkte zu setzen. Im Rahmen dieser Consultingleistungen haben im abgelaufenen Jahr erste Beratungsgespräche in den Gemeinden Dahlem, Hellenthal und Weilerswist sowie bei der Stadt Bad Münstereifel stattgefunden, die in diesem Jahr, auch mit weiteren Interessenten, fortgeführt werden.

2.2 Projekte

Die Projekte für 2017 wurden mit den Verbandsmitgliedern abgestimmt und in wesentlichen Inhalten wie folgt realisiert:

Bürgerportal

Das **Bürgerserviceportal** als orts- und zeitunabhängiger Zugang zur Kommune, über das Verwaltungsdienste beispielsweise aus den Bereichen Einwohner- und Personenstandswesen abgerufen werden können, ist seit 2016 im Verband im Einsatz und wird aktuell von vier Kommunen genutzt. Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Verbandsmitglieder bedeutet dies, viele lästige Behördengänge online erledigen zu können, für die Verwaltung führt die direkte Anbindung an die Fachverfahren zu vereinfachten Prozessabläufen. Über die integrierte ePayment-Plattform lassen sich Gebühren direkt online mit Kreditkarte oder Giropay bezahlen. Bei einer Registrierung am Bürgerserviceportal, die auch unter Verwendung des neuen Personalausweises mit aktivierter eID-Funktion möglich ist, wird ein individuelles Bürgerkonto erstellt, das die ausgelesenen Informationen für eine automatische Formularbefüllung abspeichert. Im letzten Jahr wurden die Funktionalitäten erweitert, so ist jetzt z. B. die Bestellung von Briefwahlunterlagen über das Portal möglich.

Geschäftsprozessoptimierung mit dem Formularserver

Die geplante Einführung des **Formularservers**, mit dem sämtliche behördlichen Formulare in einem barrierefreien Format und elektronisch ausfüllbar auf einer Internetplattform bereitgestellt werden, bei zehn Verwaltungen in 2017 konnte mit dann 15 Kunden sogar noch übertroffen werden. Im Laufe des Jahres wurde die Lösung sukzessive weiterentwickelt, so konnten etwa Anbindungen sowohl zur Ablage und Archivierung von Anträgen im DMS wie auch zur Software KITA10-TEK bzgl. der „Erklärung zum Einkommen zur Erhebung von Elternbeiträgen“ umgesetzt werden. Gleichermaßen erfolgten die Anbindung an das Servicekonto.NRW und die Realisierung diverser Formulare wie etwa die Hundean-, -ab- und -ummeldung oder ein Bewerbermanagement für Auszubildende, jeweils mit Anbindung an ein DMS. Die Anwendungspalette wird im laufenden Jahr v. a. mit dem Schwerpunkt auf die Geschäftsprozessoptimierung durch die Schaffung weiterer Schnittstellen zu Fachanwendungen ausgebaut.

Open Data

Zu den wesentlichen Regelungen des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz) zählt u. a. die Bereitstellung von maschinenlesbaren Datenbeständen durch die Verwaltung. Das OpenData-Portal der kdVz ist seit Ende 2016 im Einsatz, aktuell veröffentlichen eine Kreisverwaltung und 20 Städte und Gemeinden ihre Datensätze aus unterschiedlichen Bereichen wie Einwohnerstatistiken, Wahlen und Gewerbe. Aktuell sind insgesamt 287 Datensätze und rd. 2.700 Dateien veröffentlicht. Ein solches Portal ist für die Bevölkerung bzw. die Wirtschaft natürlich vor allem dann interessant, wenn eine gleichartige Bereitstellung von Daten über enge regionale Grenzen hinweg erfolgt. Die kdVz sucht daher auch weiterhin den engen Kontakt zu Kommunen, die bereits ein OpenData-Portal betreiben. Die Vernetzung in der sog. ‚Community‘ konnte beispielsweise auf dem „OpenData-Day“, den die kdVz im letzten Jahr ausgerichtet hat, intensiviert werden. In der Weiterentwicklung des Portals stehen u. a. offene Haushaltsdaten sowie weitere Daten aus kommunalen Fachverfahren im Fokus.

Überregional machte die kdVz im abgelaufenen Jahr durch ihre Beteiligung an zwei OpenGovernment-Projekten, die von der Landesregierung im Rahmen ihrer Strategie ‚Open.NRW‘ finanziell gefördert wurden, von sich reden. Zum einen konnte die Kolpingstadt Kerpen die Entscheider mit ihrem Pilot-Projekt „**Mein Stadtarchiv**“, an dem die kdVz intensiv mitgewirkt hat, überzeugen. Ziel dieses Projektes war die Schaffung einer OpenData-Plattform für Informationen und digitalisierte Medien aus dem Stadtarchiv und gleichzeitig die Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern zu den im Stadtarchiv überlieferten Archivalien zur Geschichte der Stadt. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, der kdVz Rhein-Erft-Rur und der Open Knowledge Foundation Deutschland (OKF) realisiert. Zum Hintergrund: Das Stadtarchiv Kerpen bietet schon seit Jahren auf dem Archivportal NRW Recherchemöglichkeiten zu den im Stadtarchiv überlieferten Beständen. Analog wird das zeitnah auch auf dem Archivportal D möglich sein. Eine Suche in diesen Portalen war und ist zwar über die gängigen Suchmaschinen nach Schlagworten oder im Portal selbst möglich, erschließt sich aber eher historisch oder archivisch vorgebildeten Menschen und ist nicht sehr benutzerfreundlich. Im Gegensatz dazu bietet das neu entwickelte Portal ein niederschwelliges und inhaltlich gleichzeitig anspruchsvolles Angebot, mit dem sich alle Kerpener Bürgerinnen und Bürger per einfachem Klick über das im Archiv vorhandene Material informieren können. Hier werden Findmittel und die bereits digitalisierten und dafür geeigneten Archivalien angezeigt und stehen zum Download zur Verfügung. Dazu gehören Urkunden, Akten und Karten sowie in erster Linie umfassende Fotobestände. Zusätzlich werden auch digitale Fotos gezeigt, die bisher weder inhaltlich noch zeitlich zugeordnet werden konnten. Die Bürgerinnen und Bürger werden aufgefordert, hier über Kommentarfunktionen ihre Kenntnisse zu den abgebildeten Fotos mitzuteilen und sich so aktiv an der Aufarbeitung der Kerpener Geschichte zu beteiligen. Auch denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die bisher nicht im Stadtarchiv gearbeitet haben, gewährleistet das Portal eine barrierefreie und kinderleichte Handhabung. Im Rahmen einer Pressekonferenz im Januar 2018 wurde die Plattform „Mein Stadtarchiv“ freigeschaltet.

Parallel wurde in 2017 unter Federführung der kdVz ein sog. „**interkommunales Transparenzportal für Gremiendaten**“ entwickelt – eine Lösung, die Gremieninformationen aller beteiligten Kommunen unter einem Portaldach einseh- und abrufbar macht: Gerade politische Entscheidungen stehen oft im

Fokus der Bürgerinnen und Bürger, sind mitunter schwer verständlich oder können nur mit großem Aufwand nachvollzogen werden. Andere werden erst gar nicht wahrgenommen, weil die Sitzungen kommunaler Gremien, obwohl öffentlich, nur wenig verfolgt werden. Das Projekt hatte zum Ziel, diese Situation durch innovative und praxisorientierte Lösungen zu verändern. Die Bereitstellung der Informationen als offene Daten erfolgt über eine gemeinsame Datenstruktur nach dem sog. „OParl-Standard“. Mit OParl wurde in den letzten Jahren in ehrenamtlicher Arbeit ein ausführlich dokumentierter Standard von der Open Knowledge Foundation (OKFN) in Zusammenarbeit mit den führenden Anbietern kommunaler Sitzungsdienstsoftware geschaffen. Mit diesem Standard können Daten der Ratsinformationssysteme strukturiert und maschinenlesbar abgerufen sowie weiterverarbeitet werden. Die gemeinsame Einführung dieses Standards sowie die Bereitstellung der Daten sowohl im gemeinsamen OpenData-Portal der Verbandsmitglieder der kdVz Rhein-Erft-Rur wie auch im Transparenzportal www.politik-bei-uns.de sollen in NRW wie auch bundesweit diesen Standard pilotieren und aufzeigen, dass OpenData, Transparenz des Verwaltungshandelns und OpenGovernment Themen sind, die nicht nur in großen Verwaltungen umsetzbar sind. Zum Zeitpunkt des Starts des Portals waren bereits Daten von 27 Kommunen abrufbar. In den nächsten Monaten wird das Portal weiterentwickelt und um Ideen der Projektteilnehmer, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern, ergänzt. Im laufenden Jahr werden viele weitere Kommunen ihre Daten ebenfalls auf dem Portal veröffentlichen.

Social Collaboration – Wissen teilen

Projektziel war die gemeinsame Erarbeitung eines Konzeptes für die Umsetzung eines verbandsweiten Wissensmanagements von kdVz und interessierten Kommunen. Hierbei sollten unterschiedliche Ansätze zum Wissensmanagement untersucht und sinnvolle Lösungen aufgezeigt werden. Die kdVz hat in diesem Zusammenhang das Wissensmanagementtool „Confluence“ vorgestellt und den interessierten Mitgliedsverwaltungen als Testsystem zur Verfügung gestellt. Auf Basis der Testverläufe und –ergebnisse sollen die Umsetzung eines kommunenübergreifenden Wissensmanagements evaluiert und ggf. alternative Lösungen zu „Confluence“ in den Blick genommen werden.

eRechnung

Die EU-Richtlinie 2014/55/EU vom 16.04.2014 verpflichtet die öffentlichen Auftraggeber, bis zum 27.11.2019 die organisatorischen und technischen Maßnahmen getroffen zu haben elektronische Rechnungen annehmen und verarbeiten zu können. Hierbei ist insbesondere die Formulierung „... zu verarbeiten“ von einiger Tragweite, da es per Definition nicht ausreichen wird den elektronischen Empfang zu ermöglichen und dann den altbekannten Weg – ausdrucken, verarbeiten, ablegen – zu beschreiten. Vielmehr muss sichergestellt sein, dass auch die Verarbeitung voll digitalisiert ausgeführt werden kann. Dies gilt auch, wenn der Rechnungssteller aus dem europäischen Ausland kommt und ggfs. landeseigene Umsetzungsrichtlinien zu beachten hat. Die nationale Gesetzgebung hat im vorletzten bzw. letzten Jahr mit dem ‚eRechnungs-Gesetz‘ und der ‚e-Rechnungs-Verordnung‘ nachgezogen. Vor diesem Hintergrund hat der IT-Planungsrat des Bundes ein „Steuerungsprojekt eRechnung“ aufgesetzt, das die rechtliche, organisatorische und technische Ausgestaltung der eRechnung in Deutschland zum Ziel hat und das sich aus mehreren Expertengremien zusammensetzt; die kdVz ist Mitglied im Expertengremium 3 zur Ausgestaltung der Empfehlungen zur technischen Infrastruktur und zu Übertragungswegen.

Im Sommer 2017 hatte der Planungsrat beschlossen, das Format XRechnung als Standard für die Umsetzung der EU-Richtlinie für den Versand, den Empfang und für die Verarbeitung von elektronischen Rechnungen festzulegen. ZUGFeRD als zweites eRechnungsformat ist ab der Version 2.0 ebenfalls konform zu der entsprechenden EU-Norm EN16931. Da in dieser Thematik noch Vieles offen und nicht abschließend diskutiert ist, hat die kdVz die eRechnung auch für das laufende Jahr projektiert. Hier geht es insbesondere darum, sich mit dem für die Bundesrepublik allgemein gültigen Standard auseinanderzusetzen und die für den Empfang und die Verarbeitung notwendigen organisatorischen und technischen Voraussetzungen auszuloten. Besonderes Augenmerk wird dabei darauf gelegt werden, dass die im Verband eingesetzten Softwarelösungen (INFOMA / DATEV) nach Möglichkeit mittels einer universellen Empfangs-Software versorgt werden können, so dass sich hier für die weitere Betreuung der Schnittstellen mögliche Synergien erzeugen lassen.

Kommunaler Dienstleistungskatalog

Im Steuerungsprojekt des IT-Planungsrates des Bundes ist zur Umsetzung der E-Government-Gesetze des Bundes und der Länder u.a. die Erstellung eines Dienstleistungskatalogs (LEIKA) als Unterprojekt des Föderalen Informationsmanagements (FIM) enthalten. Damit verbunden ist das Ziel einer Standardisierung von Informationen zu Verwaltungsleistungen und Verwaltungsprozessen auf allen föderalen Ebenen. Neben Bundes- und Landes-LEIKA gilt es auch für die Kommunen, „über öffentlich zugängliche Netze in allgemein verständlicher Sprache über die von ihr auf elektronischem Weg angebotenen Dienstleistungen, [...] damit verbundene Gebühren, beizubringende Unterlagen und die zuständige Ansprechstelle und ihre Erreichbarkeit [zu] informieren“ (§ 6 Abs. 2 EGovG NRW). Im Projekt der kdVz Rhein-Erft-Rur lag der Fokus auf einer möglichst einfachen und preiswerten Lösungsfindung, die es allen Kommunen ermöglichen soll den Landes-LEIKA ohne große finanzielle und personelle Aufwendungen zu nutzen und mit den kommunalen Leistungen sowie den örtlichen Gegebenheiten anzureichern. Mit der Stadt Frechen konnte zunächst eine Pilotkommune gewonnen werden, um

vorhandene Dienstleistungen zu prüfen, ggf. zu überarbeiten und „allgemeine Dienstleistungen einer Kommune“ zu erfassen um diese anschließend in den LEIKA zu überführen. Unterjährig hat sich die Gemeinde Merzenich diesem Projekt angeschlossen um weitere Leistungen prüfen und ergänzen zu lassen. Der erarbeitete Katalog hat somit den Charakter einer Blaupause, die von anderen Mitgliedsverwaltungen bei Interesse entsprechend adaptiert werden kann.

Zentrales In- und Outputmanagement

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung verbunden mit den Anforderungen des EGovG NRW wird die zentrale Verarbeitung von papiergebundenen Dokumenten in den nächsten Jahren erheblich an Wert gewinnen. Projektziel war, Lösungen zu erarbeiten, wie Verwaltungen ihre Prozesse rund um die Bereiche Posteingang, Postausgang, interne Genehmigungsabläufe und Scannen von Papierunterlagen optimieren können. Konkret ging es um die Möglichkeiten einer zentralen Verarbeitung der papiernen und digitalen Posteingänge und die Entwicklung möglichst automatisierter Lösungen einerseits sowie die Bereitstellung einer Lösung für eine digitale und zentrale Postausgangslösung mit vorherigem Workflow andererseits. Im Teilprojekt „Inputmanagement“ konnte mit der Umsetzung des intelligenten Posteingangs für die Stadt Bergheim (s. II.1) ein entsprechender Erfolg verbucht werden. Das Thema „Outputmanagement“ wird, nach Vor- und Grundlagenarbeit in 2017, in diesem Jahr als Projekt fortgeführt. Im Kern geht es darum, Grundlagen für eine zentrale Drucklösung zu umreißen und bei geplanter Umsetzung die entsprechenden Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Diese schließt sowohl den zentralen Druck im Haus als auch via externe Dienstleistung ein und bietet somit je nach vorhandener Ausstattung erhebliches Einsparpotential im Bereich der Arbeitsplatzdrucker.

2.3 Netze

Das **Wide Area Network** (WAN) der kdVz Rhein-Erft-Rur als eine zentrale Infrastrukturkomponente hat sich auch in 2017 als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt; die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag bei nahezu 100%. Bei diversen Anbindungen wurden die Kapazitäten erhöht, so dass in Summe die Bandbreite aller Verbandsleitungen nun 630 Mbit/s beträgt.

Das **Internet** bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdVz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, regelmäßige Anpassungen an den zentralen Sicherheitssystemen sind unumgänglich. Nachdem in 2016 der zentrale Internet-Zugang der kdVz durch die Hinzunahme einer synchronen 100 Mbit/s-Internetleitung eines zweiten Providers als Backup modernisiert worden war und in Verbindung mit zwei Hauseinführungen und zwei örtlichen Leitungswegen die Ausfallsicherheit nochmals erhöht werden konnte, musste im vergangenen Jahr aufgrund der Zunahme des Datenverkehrs und der Implementierung neuer Funktionen in das zentrale Firewallsystem zur Gefahrenabwehr dieses durch eine leistungsfähigere Hardware ersetzt werden. Der Gesamt-Datenverkehr lag in 2017 bei ca. 200 Terabyte (TB), was wiederum einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Die Anbindung an das **Netz des Bundes** („NdB-Verbindungsnetz“) – vormals DOI-Netz – ist und bleibt ein wichtiger Kommunikationsweg für die Verbandsmitglieder der kdVz; sei es zur verschlüsselten eMail-Kommunikation mit dem Land NRW und anderen an das NdB-VN angebotenen Stellen oder zur Nutzung von Anwendungen, die über dieses Netz zur Verfügung gestellt werden. Im abgelaufenen Jahr wurde ein Datenvolumen von ca. 850 Gigabyte über das NdB-Verbindungsnetz transportiert. Auch Nicht-Verbandsmitglieder nutzen den Zugang zu diesem Netz über die kdVz.

Das Angebot der **W(ireless)-LAN-Nutzung** in Rathäusern und anderen Verwaltungsgebäuden steigt kontinuierlich. In 2017 wurden in zahlreichen Verwaltungsgebäuden WLAN-Komponenten installiert; größter Ausbau war das komplette Rathaus der Kreisstadt Bergheim mit 41 zusätzlichen Access Points. Mittels WLAN-fähiger Geräte (Laptop, Smartphone, Tablet etc.) haben Nutzer dort die Möglichkeit auf das lokale Netzwerk und/oder das Internet zuzugreifen. Da der Netzwerkzugang bzw. die Authentisierung höchsten Sicherheitsstandards genügen müssen, stellt die kdVz ihren Kunden zentrale Authentisierungs- und Benutzerverwaltungs-Systeme zur Verfügung.

Der sog. „Public Spot“ der kdVz wird mittlerweile an diversen Standorten angeboten; so sind etwa viele Rathäuser, Asylbewerberunterkünfte oder auch das Freibad in Elsdorf entsprechend ausgestattet. Aktuell ist der Public Spot an 20 Standorten aktiviert. Zum Teil wird hier noch die Registrierung über SMS verwendet, zum Teil wird bereits aufgrund der erfolgten Änderung des Telemediengesetzes bezüglich der Störerhaftung die Hot Spot-Lösung der kdVz ohne Registrierung verwendet. In Zusammenarbeit mit der Fa. NetCologne konnte ein Public Spot-Projekt zur Errichtung eines freien Hot Spots in Fußgängerzone und Stadtsaal der Stadt Frechen (Hotspot.Frechen) erfolgreich realisiert werden.

Die Vorteile einer **IP-basierten Telefonanlage** haben im vergangenen Jahr weitere Kommunen überzeugt. Die Stadt Bedburg und die Gesamtschule Aldenhoven / Linnich haben ihre TK-Anlage in 2017 auf eine Voice over IP Anlage von Swyx umgestellt. Die Einführung bei der Stadt Frechen und der Feuerwehr der Stadt Frechen ist beauftragt, bei der Verwaltung läuft die Anlage im Testbetrieb, bei der Feuerwehr wird das System in Kürze ausgerollt. Insgesamt werden von der kdVz nun 16 Swyx-TK-Anlagen betreut.

2.4 IT-Services

Die steigende Komplexität von IT-Infrastrukturen hinsichtlich Hard- und Software, Sicherheit, Verfügbarkeit sowie Personaleinsatz sorgen weiterhin für ein ungebrochenes Interesse im Zweckverband

nach Unterstützung bei der **Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen**. Durch die gemeinschaftliche und zentralisierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen, die Komplexität zurück ins Rechenzentrum verlagert werden. Die kdVz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. Über 1.650 Benutzer aus dreizehn Kommunen erhalten bereits heute ihren kompletten Arbeitsplatz (Desktop inkl. Anwendungen) zentral über die kdVz. Mit der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Linich haben im letzten Jahr zwei Kommunen aus dem Kreis Düren ihre IT-Systeme zum Zweckverband verlagert, im ersten Quartal 2018 hat die Gemeinde Kreuzau nachgezogen. Aktuell befindet sich die Feuerwehr der Stadt Hürth in der Umsetzungsphase.

Das umfassende und individuell abgestimmte Angebot der kdVz an technischen Dienstleistungen wurde auch im abgelaufenen Jahr umfänglich in Anspruch genommen. Immer mehr Verwaltungen setzen dabei auf die zentrale Bereitstellung von Standard- sowie Individual-Softwarelösungen. Die kdVz stellt demzufolge für ihre Kunden in steigender Anzahl **kommunale Fachanwendungen zentral als Service** („Software as a Service“ – SaaS) bereit. Zum Ende des abgelaufenen Jahres nutzten nahezu 5.600 Benutzer zentral bereitgestellte Anwendungen des Zweckverbandes.

Parallel zur o. g. Entwicklung steigt die Anzahl der Server im Rechenzentrum der kdVz weiter an – von 540 im ersten Quartal 2017 auf gut 730 im gleichen Zeitraum dieses Jahres; eine Tendenz, die sich mutmaßlich auch in den folgenden Jahren mehr oder weniger prägnant fortsetzen wird.

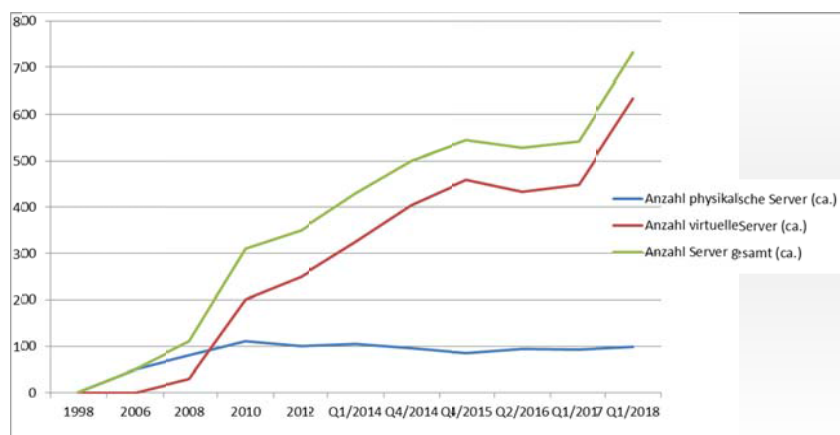


Abb. 1: Entwicklung Serveranzahl (physikalisch / virtuell)

Hinsichtlich leistungsstarker IT-Infrastrukturen als Grundlage für den stabilen und performanten Betrieb kommunaler Fachanwendungen hatte sich der Aufbau einer neuen **Systemumgebung** für die **Wahl-anwendung** ausgezahlt; beide großen Wahlen in 2017 wurden ohne Performanceprobleme erfolgreich auf der neuen technischen Infrastruktur für die Ergebnispräsentation durchgeführt.

Die technischen Anforderungen an den sicheren zentralen **Betrieb der Content-Management-Systeme** (CMS) haben, seit der Inbetriebnahme in 2011, beständig zugenommen. Ebenfalls verwendet der Softwarehersteller neue Technologien für die uneingeschränkte geräteübergreifende Darstellung der Inhalte, die innerhalb der CMS-Administration eine Überarbeitung oder Neugestaltung der bisherigen Kunden-Layouts erforderlich machen. Zu diesem Zweck hat die kdVz in enger Abstimmung mit dem Softwarehersteller, parallel zur vorhandenen Infrastruktur, eine neue Systemumgebung konzipiert; die ersten Kunden sollen im ersten Quartal 2018 auf die neue Infrastruktur gehoben werden.

Der Speicherbedarf der von den Kunden der kdVz genutzten Services hat die Volumen-Anforderungen an das zentrale Sicherungssystem des Zweckverbandes stark anwachsen lassen. Folge war, dass die **zentralen Sicherungskapazitäten** um 50 Terrabyte an den Standorten Frechen und Köln erweitert wurden. Dank der eingesetzten Technologien zur Komprimierung von Daten kann mit dieser Ausweitung ein Vielfaches der eigentlichen Kapazitätserweiterung gesichert werden. Auch für 2018 ist ein konstanter Anstieg des Speicherbedarfs für die Datensicherung zu erwarten. Weiterhin wurde aufgrund des anwachsenden Leistungsbedarfs zur Durchführung von Backups (steigende Anzahl von Schreib- und Leseoperationen) die Notwendigkeit zur Trennung der Systeme für die zentrale Speicherung von Online-Daten sowie die von Backup-Daten erkannt. Die Trennung der beiden Systeme wird in 2018 umgesetzt werden.

Im Bereich der **zentralen Systemüberwachung** hatte die kdVz im vorletzten Jahr einen Produktwechsel auf die umfassende IT-Monitoring-Lösung „Check_MK“ vorgenommen. Im Laufe des Jahres 2017 stieg die Zahl der überwachten Services bzw. Systemdienste auf über 30.000 an. Dieser Trend wird sich im kommenden Jahr weiter fortsetzen.

Seitdem die kdVz im Jahr 2002 gemeinsam mit der Stadt Jülich eine „Konzeption für den Einsatz von Medien und Informationstechnologie in den städtischen Schulen“ für deren neun allgemeinbildende Schulen entwickelt hatte, haben sich Bedarf und Umfang an Dienstleistungen des **IT-Schulsupports** beständig weiterentwickelt. Mit der Stadt Nideggen ist im letzten Jahr die siebte Kommune der Verein-

barung zur Durchführung des IT-Supports in Schulen unter dem Dach des Zweckverbandes beigetreten; die Gemeinden Merzenich und Vettweiß haben gleichermaßen Interesse bekundet, künftig an den Serviceleistungen zu partizipieren.

2.5 Weitere Themen

Die Themen **IT-Sicherheit** und **Datenschutz** haben nach wie vor Hochkonjunktur, die Bedrohungsszenarien werden komplexer und vielfältiger. Die mediale Präsenz sorgt dafür, dass auch die Verantwortlichen in den Kommunen hochsensibilisiert sind, was Gefährdungspotentiale, aber auch Haftungsfragen angeht. Die kdVz bietet ihren Kunden, auch außerhalb des Verbandsgebietes, qualifizierte und zertifizierte Unterstützungsleistungen an; 13 Verwaltungen werden beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements durch die kdVz begleitet, für sechs Kommunen stellt die kdVz den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Ein Aufgabenschwerpunkt des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) der kdVz liegt in der **Prüfung finanzwirksamer Verfahren**. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das RPA seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen auch eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird u. a. mit der Zertifizierung durch das kdVz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. Insgesamt acht finanzwirksame Fachverfahren wurden im letzten Jahr in insgesamt über 40 Versionsständen geprüft und entsprechend zertifiziert. Im Rahmen der **begleitenden Vergabeprüfung** hat das RPA im vergangenen Jahr 149 Prüfungen mit einem Gesamtauftragswert von über 3,4 Mio. € vorgenommen.

Mit der Einführung einer **Verfahrensakte** innerhalb des Dokumentenmanagementsystems d.3 wurde im Jahr 2016 begonnen mit dem Ziel viele unterschiedliche Informationen zu einer Fachanwendung (z. B. Beschreibungen zu Releaseständen / Updates / Patches / Hot-Fixes, Verfahrensbeschreibungen i. S. d. Datenschutzes, Freigaben durch das RPA) zentral zusammenzuführen und revisionssicher vorhalten zu können. Mit Ablauf des vergangenen Jahres war für alle Verfahren, die der Prüfung durch das RPA unterliegen, eine Verfahrensakte angelegt.

Projektorientiertes Handeln ist insbesondere auf dem IT-Sektor maßgebend, wenn es darum geht individuelle, einmalige Anforderungen mithilfe einer spezifischen Organisationsform in produktive Lösungen umzusetzen. Die kdVz Rhein-Erft-Rur agiert insofern projektorientiert und orientiert sich dabei an eigenen Richtlinien zum Vorhabens- und Projektmanagement. Unverzichtbarer Bestandteil dieser Organisationsform ist ein funktionierendes **Projektcontrolling**. Im abgelaufenen Jahr hat das Projektcontrolling der kdVz insgesamt 10 Projekte unterschiedlicher Größe und Komplexität begleitet.

Nach § 94 GO NRW kann die Gemeinde ihre Finanzbuchhaltung ganz oder zum Teil von einer Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen lassen, wenn die ordnungsgemäße Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet sind. Die kdVz bietet die **Zahlungsabwicklung für Gemeinden** im Verbandsgebiet als Dienstleistung an; in 2017 konnte hierfür mit der Gemeinde Hürtgenwald der dritte Kunde gewonnen werden.

Einen weiteren Service, der – wenn auch mit unmittelbarem IT-Bezug – über das eigentliche Kerngeschäft des Zweckverbandes hinausgeht, erbringt die kdVz Rhein-Erft-Rur mit der **externen Durchführung der Personalabrechnung**. Für die Inanspruchnahme dieser Dienstleistung hat sich in 2017 der Zweckverband Kölner Randkanal entschieden.

3. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 100,67. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2017 folgendes Bild:

	unter 30	30 - 50	51 - 60	älter als 60
AT'ler		1		
höherer Dienst		2	1	1
gehobener Dienst	9	28	30	12
mittlerer Dienst	7	4	6	2
einfacher Dienst		1		

4. Chancen und Risiken / Gesamtsituation

Für die kdVz Rhein-Erft-Rur bedeutete das Jahr 2017 Zäsur und kontinuierliche Weiterentwicklung zugleich. In puncto Dienstleistungen für Verbandsmitglieder und Dritte hat der Zweckverband auch im abgelaufenen Jahr einiges bewegt – von der Übernahme neuer Kunden im Sitzungsdienst über weitere Zentralisierungsprojekte bis hin zur Beteiligung an Open Government-Projekten des Landes NRW. Die sachbezogene Zusammenarbeit mit anderen IT-Dienstleistern wurde erfolgreich fortgeführt, was sich beispielsweise an der reibungslosen Abwicklung von Bundestags- und Landtagswahl auch für die Kommunen der Zweckverbände civitec und KDZ Westfalen-Süd zeigt. Der Ansatz, jeweils themenbe-

zogen Kooperationen in Form von sowohl Leistungserbringung als auch deren Abnahme aktiv zu befördern, hat sich bislang als wirksame Strategie im Hinblick auf eine wirtschaftliche Aufgabenerledigung für die Mitglieder des Zweckverbandes erwiesen.

Einschneidend war das abgelaufene Jahr, was die Auseinandersetzung der kdVz Rhein-Erft-Rur mit den vier im Jahr 2012 aus dem Zweckverband ausgeschiedenen Kommunen angeht – diese konnte für den Verband insgesamt erfolgreich abgeschlossen werden. Nach dem vierten Schlichtungstermin am 10.02.2017 hatte sich, nach zuvor gegenteiliger Sichtweise, bei den vier Kommunen letztlich doch die Auffassung durchgesetzt, sowohl für die Pensionsverpflichtungen des Zweckverbandes anteilmäßig eintreten, als auch einen finanziellen Lastenausgleich für Personal leisten zu müssen. Vor diesem Hintergrund unterbreitete der Schlichter einen Schlichtungsvorschlag mit folgenden Parametern:

- quotale Beteiligung der ausgeschiedenen Kommunen an den durch die Verbandsumlage nicht vollständig abgedeckten Pensionsverpflichtungen des Zweckverbandes in Höhe von 67%
- Beteiligung der ausgeschiedenen Kommunen an den Kosten für Personal, ab 01.01.2013 für drei Jahre

Diesem stimmten in der Folge alle Parteien zu, für den Zweckverband die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 07.07.2017. Die bevollmächtigten Rechtsbeistände fertigten auf dieser Grundlage entsprechende Vergleichsvereinbarungen mit Regelungen zur Höhe der Ausgleichszahlung, zur gegenseitigen Rücknahme der anhängigen Gerichtsverfahren sowie zum Ausschluss weiterer wechselseitiger Ansprüche. Die Vergleichsvereinbarungen wurden im weiteren Verlauf alle unterzeichnet, die Ausgleichszahlungen an den Zweckverband geleistet und die Klagen jeweils zurückgenommen. Insofern konnte das Verfahren nach über viereinhalbjähriger Dauer abgeschlossen werden. Blieb zuletzt für den Zweckverband noch, die Verwendung der Ausgleichszahlungen mit einem Volumen von rd. 3,77 Mio. € festzulegen. Zum Ausgleich des noch offenen und nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages aus der Eröffnungsbilanz des Zweckverbandes zum 1.1.2004 wurden hiervon rd. 2,54 Mio. € eingesetzt, zur Absicherung der Pensionen wurden 1,23 Mio. € den Gewinnrücklagen zugeführt.

Die langwierige Auseinandersetzung mit den ausgeschiedenen Verbandsmitgliedern offenbarte, dass die Verbandssatzung der kdVz Rhein-Erft-Rur bezüglich der Kündigungsmodalitäten (§ 21) einer Klärung bedurfte. Darüber hinaus machten die Novellierung des „Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit“ (GkG NRW) sowie redaktionelle Erfordernisse einige Änderungen empfehlenswert bzw. notwendig. Nach eingehenden Diskussionen in den Verbandsgremien hat die Verbandsversammlung in ihrer 72. Sitzung am 07.07.2017 die 11. Änderungssatzung zur Verbandssatzung beschlossen. Inhaltlich substantielle Änderungen betreffen demnach schwerpunktmäßig Zweck, Art und Umfang der Aufgaben(-erledigung) für Verbandsmitglieder und Dritte, die Eröffnung der Möglichkeit zur Bildung von Rücklagen sowie die Rahmenbedingungen des Ausscheidens aus dem Zweckverband. Die Neuformulierung der Satzung bietet dem Zweckverband und seinen Mitgliedern ein tragfähiges, rechtssicheres Fundament für die interkommunale Zusammenarbeit unter einem gemeinsamen Dach.

Die Verwaltungen auf dem Weg der Digitalisierung zu begleiten und dabei immer wieder Impulsgeber und Innovationstreiber zu sein, bleibt eine der vornehmen Aufgaben der kdVz Rhein-Erft-Rur. So versteht der neue Geschäftsführer der kdVz, Herr Christian Völz, denn auch seinen Auftrag des Vorstandes, den Zweckverband unter den gegebenen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln und zukunftsfit zu machen. Herr Völz bekleidet die Position des Geschäftsführers seit Oktober 2017 – zunächst gemeinsam mit dem bisherigen Geschäftsführer Herrn Wergen –, zuvor war er als stellvertretender Geschäftsführer bei civitec, einem Kooperationsrechenzentrum der kdVz, tätig. Seit Februar 2018 trägt er die alleinige Verantwortung in der Geschäftsführerfunktion und gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zweckverbandes Sorge dafür, die individuellen Erwartungen und Anforderungen der Verbandsmitglieder in allen IT-Fragen aufzunehmen und in möglichst standardisierte, wirtschaftliche Lösungen umzusetzen.

Frechen, den 17.09.2018



Dr. Lehmann Verbandsvorsteher

Im Auftrag



Völz Geschäftsführer

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	105	97	96	-

H) Kennzahlen

./.

2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Mitgliedschafts- und Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	120 54701	15.000 €	15.000 €	15.000 €

Die Zuschüsse werden durch den Zweckverband erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

- a) Verbandsversammlung
- b) Verbandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)
- b) Aufsichtsrat
- c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)
- d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

- a) Verbandsversammlung
- b) Vergabeausschuss
- c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge
- d) Hauptausschuss
- e) Verbandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)
- b) Aufsichtsrat
- c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>Bezüge</u>	<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	<u>Bezüge 2017</u>
1. LR Günter Rosenke	0,00 €	Achim Blindert (GBL V)	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach* ¹ (CDU)	1.191,30 €	Hans Schmitz (SPD)	398,20 €

*¹ gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

1b) Verbandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)

Stellvertreter: Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch-Bergischer Kreis) – bis 20.10.2017

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch-Bergischer Kreis) – ab 20.10.2017

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

Vorsitzender: Bernd Kolvenbach (CDU)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Hans Schmitz	(SPD)	Achim Blindert	(GBL V)
Bernd Kolvenbach	(CDU)	geborenes Mitglied (Vorsitzender der Verbandsversammlung ZV VRS)	

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 2,9 T€..

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL V) vertreten.

Die Mitglieder des Beirates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 5,8 T€.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

	<u>Vergütung 2017</u>
Dr. Norbert Reinkober	148,0 T€
Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag	146,6 T€

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>Vergütung / Verdienstaufschlag</u>	<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	<u>Vergütung / Verdienstaufschlag 2017</u>
1. LR Günter Rosenke	0,00 €	Achim Blindert (GBL V)	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach (CDU)	1.390,40 €	Hans Schmitz (SPD)	793,10 €

3b) Vergabeausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. Achim Blindert	(GBL V)	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Vergabeausschuss zu entnehmen.

3c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. Achim Blindert	(GBL V)	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Betriebsausschuss zu entnehmen.

3d) Hauptausschuss des ZV NVR

ordentliches Mitglied

Bernd Kolvenbach, Vorsitzender (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Hans Schmitz (SPD)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptausschuss des ZV NVR zu entnehmen.

3e) Verbandsvorsteher des ZV NVR

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis) bis 25.10.2017

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis) ab 25.10.2017

1. Stellvertreter: Oberbürgermeister Marcel Philipp (Stadt Aachen) bis 20.10.2017

Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren) ab 20.10.2017

2. Stellvertreter: Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)

3. Stellvertreter: Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren) bis 20.10.2017

Städtereignisrat Helmut Etschenberg (StädteRegion Aachen) ab 20.10.2017

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis) bis 25.10.2017

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis) ab 25.10.2017

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

ordentliches Mitglied

Der Kreis Euskirchen ist im Aufsichtsrat nicht
durch ein ordentliches Mitglied vertreten

Stellvertreter

Achim Blindert

Bernd Kolvenbach

Hans Schmitz

(GBL V)

(CDU)

(SPD)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2017 Vergütungen in Höhe von 4,0 T€.

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag (bis 31.12.2017)

Heiko Sedlaczek

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer beliefen sich in 2017 auf 72,3 T€.

nachrichtlich:

Nach Ausscheiden von Herrn Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag zum 31.12.2017 wurde Herr Michael Vogel zum 01.01.2018 als Geschäftsführer bestellt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	516.087	516.087	516.087	0
	516.087	516.087	516.087	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	5.888.748	0
Liquide Mittel	2.930.426	8.227.427	21.733.144	-5.297.001
	2.930.426	8.227.427	27.621.893	-5.297.001
Summe Aktiva	3.446.513	8.743.514	28.137.980	-5.297.001
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	641.599	641.599	641.599	
Ausgleichsrücklage	70.247	70.247	70.247	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	711.845	711.845	711.845	0
B Rückstellungen	7.000	6.000	6.000	1.000
C Verbindlichkeiten	2.727.668	8.025.669	27.420.135	-5.298.001
Summe Passiva	3.446.513	8.743.514	28.137.980	-5.297.001

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Gewinn- und Verlustrechnung -				
	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Position	€	€	€	€
1 Zuwendungen und allg. Umlagen	7.539.929	8.070.503	6.238.457	-530.574
2 Sonstige Transfererträge	300.000	300.000	300.000	
3 Sonstige ordnetliche Erträge	0	50	857	
4 Transferaufwendungen	7.775.472	8.299.242	5.949.859	-523.770
5 Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.748	71.311	589.456	-13.562
6 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.709			6.709
7 Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.122.332	1.169.856	1.069.102	-47.524
Sachanlagen	760.294	672.626	798.618	87.668
Finanzanlagen	4.503.264	1.430.613	1.481.421	3.072.651
	6.385.890	3.273.095	3.349.140	3.112.795
B Umlaufvermögen				
Vorräte	7.981	8.726	9.776	-746
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	856.031	826.545	1.251.005	29.485
Sonstige Wertpapiere	0	3.500.000		
Liquide Mittel	28.683.105	21.323.647	59.652.719	7.359.459
	29.547.117	25.658.918	60.913.501	3.888.198
C Rechnungsabgrenzungsposten	203.873	209.760	176.800	-5.886
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0	0
Summe Aktiva	36.136.880	29.141.772	64.439.441	6.995.107
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	240.000	240.000	240.000	0
	240.000	240.000	240.000	0
B Sonderposten	816.318	750.710	704.444	65.609
C Rückstellungen	3.220.351	3.053.096	2.891.577	167.255
D Verbindlichkeiten	31.858.233	25.096.113	60.601.691	6.762.120
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.977	1.854	1.729	123
Summe Passiva	36.136.880	29.141.772	64.439.441	6.995.107

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	16.779.339	15.295.375	13.732.096	1.483.964
2	Sonstige betriebliche Erträge	283.648	170.763	820.170	112.884
3	Materialaufwand	8.764.635	7.319.609	7.075.038	1.445.026
4	Personalaufwand, davon:	5.529.264	5.375.575	4.864.943	153.689
a)	Löhne und Gehälter	4.387.558	4.190.713	3.836.262	196.844
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.141.706	1.184.862	1.028.681	-43.156
5	Abschreibungen	624.457	677.524	690.821	-53.067
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.839.808	1.885.800	1.690.512	-45.992
7	Erträge aus Beteiligungen	6.549			6.549
8	Erträge aus anderen Wertpapieren	45.184	56.507	42.863	-11.323
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	211		-211
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	12.632	7.716	12.284	4.916
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	260.200	213.391	183.621	46.810
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	83.724	43.242	77.910	40.481
13	Ergebnis nach Steuern	0	0	0	
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)

Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW - Auszug -

1. Aufgabe des Zweckverbandes und Geschäftsverlauf

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den kreisfreien Städten Köln, Bonn, Leverkusen und der kreisangehörigen Stadt Monheim am Rhein sowie dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch Bergischen Kreis im Jahr 1986 gegründet. Der Kreis Euskirchen wurde Mitglied des ZV VRS zum 1.1.1996.

Der Zweckverband nimmt Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahr, er ist die zuständige Behörde nach der VO (EU) 1370 im Hinblick auf den Verbundtarif und hat seinen Sitz in Köln. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient er sich seiner 100 %igen Tochtergesellschaft, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH.

Der ZV VRS ist neben dem ZV AVV einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur - Rheinland.

Beschlüsse des Zweckverbandes werden soweit sie nicht in die originäre Zuständigkeit des Verbandsvorstehers fallen von der Verbandsversammlung gefasst. Im Geschäftsjahr 2017 wurden fünf Verbandsversammlungen abgehalten, zu denen fristgerecht und ordnungsgemäß einberufen wurde.

2. Wirtschaftliche Lage

Die Bilanzsumme des ZV VRS beträgt zum Stichtag 31.12.2017 3.446.513,17 €, gegenüber dem Vorjahr (8.743.513,84 €) ist dies eine Reduktion um 5.297.000,67 €. Die Bilanzverkürzung ist ausschließlich auf eine schnellere Weiterleitung der Zuwendungen zum Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets an die Verkehrsunternehmen zurückzuführen.

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur - Rheinland.

Die liquiden Mittel des ZV VRS betragen zum Stichtag 2.930.425,95 €, davon entfallen 2.698.584,81 € auf die vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets.

3. Geschäftsverlauf

Der ZV VRS finanziert sich ausschließlich aus Zuwendungen. Im Haushaltsjahr 2017 erhielt der ZV VRS eine Zuwendung des ZV NVR aus Finanzmitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW in Höhe von 60.004,00 € zur Deckung seiner Eigenaufwendungen sowie eine Zuwendung in Höhe von 7.453.547,00 € zur Förderung des MobilPass-Tickets. Die Zuwendung zur MobilPassförderung muss bis 30.06.2018 vollständig ausgekehrt werden.

Als alleiniger Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband sich angemessen an der Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu hat die Verbandsversammlung wie in den Vorjahren eine Umlage in Höhe von 300.000,00 € nach einem in der Verbandssatzung fest-

gelegten Schlüssel unter den Zweckverbandsmitgliedern beschlossen. Die Kommunalaufsicht hat diese Umlage am 16.06.2017 genehmigt.

4. Prognose

Im Haushaltsjahr 2018 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den ZV VRS weitgehend unverändert.

Im Jahr 2018 erhält der ZV VRS seitens des Zweckverband Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von 73.000,00 Euro zur Abdeckung seiner Eigenaufwendungen.

Auch für das Haushaltsjahr 2018 erhebt der ZV VRS bei seinen Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage in Höhe von 300.000,00 € zur Finanzierung eines Teils der Aufwendungen der Beteiligungsgesellschaft.

Die Förderung des MobilPass-Tickets wird mindestens bis 31.12.2019 fortgesetzt. Im Haushaltsplan für 2018 ist daher wiederum ein Förderbetrag in Höhe von 7.500.000,00 € angesetzt.

Der Verbandsvorsteher geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen ein ausgeglichenes Ergebnis für 2018 erzielt werden kann.

Bestätigt:
Köln, den 19.04.2018
Schuster, Verbandsvorsteher

Aufgestellt:
Im Auftrag
Michael Vogel“

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln

„1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100% in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt - in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen - als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeverteilungsregelungen.

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31. Dezember 2017 eine Bilanzsumme von 36,137 Mio. Euro aus (Vj.: 29,142 Mio. Euro). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert aus der Steigerung des Umlaufvermögens um 3,888 Mio. Euro, es beträgt zum Stichtag 31.12.2017 29,547 Mio. Euro (Vj.: 25,659 Mio. Euro) sowie der Steigerung des Anlagevermögens um 3,113 Mio. Euro, es beträgt 6,386 Mio. Euro (Vorjahr 3,273 Mio. Euro).

Ursächlich für das gestiegene Umlaufvermögen ist im Wesentlichen der Anstieg des Guthabens bei den Kreditinstituten/Kassenbestand im Umfang von 7,359 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr (21,324 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 28,683 Mio. Euro.

Dem steht ein Zuwachs der sonstigen Verbindlichkeiten von 5,861 Mio. Euro auf 30,052 Mio. Euro (Vj.: 24,191 Mio. Euro) gegenüber.

Das Auslaufen kurzfristige Wertpapiere reduzierten die Wertpapiere des Umlaufvermögens auf Null (Vj.: 3,5 Mio. Euro). Der Zukauf längerfristiger Wertpapiere erhöhen die Finanzanlagen um 3,073 Mio. Euro auf 4,503 Mio. Euro (Vj.: 1,408 Mio. Euro). Diese Wertpapiere dienen u.a. der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen.

2.2 Finanzlage

Der Gesellschaft standen ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um den kurzfristigen Finanzbedarf zu decken. Dies setzt allerdings stets voraus, dass die im Wesentlichen seitens des Landes, des ZV NVR und des ZV VRS zu zahlenden Zuschüsse an die Gesellschaft fristgerecht erfolgen.

2.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung - Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge - weist für das Geschäftsjahr 2017 ein Gesamtvolumen von 17,063 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (15,466 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 1,597 Mio. Euro bzw. 10,3 %.

Der Sachaufwand lag mit 8,765 Mio. Euro (Vj.: 7,320 Mio. Euro) um 1,445 Mio. Euro bzw. 19,74 % über dem Vorjahreswert.

Der höhere Sachaufwand leitet sich überwiegend aus den einmaligen Kommunikationsmaßnahmen zum 30-jährigen Jubiläum der Gründung der Verbundgesellschaft ab sowie Kostensteigerungen im Bereich der Medienerstellung zur Kundeninformation und der gesteigerten Aktivitäten im Bereich des Mobilitätsmanagements.

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 5,376 Mio. Euro um rd. 154 TEuro bzw. 2,9 % auf 5,529 Mio. Euro erhöht. Ursächlich hierfür sind die Anpassung des TVöD zum 1.2.2017 um 2,35 %, tarifvertraglich vereinbarte Stufensprünge und Höhergruppierungen. Der Personalaufwand bleibt damit aber weiterhin unter dem im Wirtschaftsplan 2017 genehmigten Planansatz von 5,889 Mio. Euro für Personal.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 1,840 Mio. Euro (Vj.: 1,886 Mio. Euro). Die Reduktion resultierte u.a. aus Einsparungen bei der Rechts- und Beratungskosten und den Gremienvergütungen.

Die im Geschäftsjahr 2017 nicht verbrauchten Finanzmittel werden im Folgejahre zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

3. Chancen- und Risikobericht

Im Rechtsstreit über die Bewertung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 als verbindliche Abrechnungsgrundlage für die Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg zwischen der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH und der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (Az.: 88 O 81/14) bzw. anderen Verkehrsunternehmen haben die Streitparteien mit Ausnahme der privaten Bus-Verkehrsunternehmen im VRS am 30. Juni 2016 einen Vergleichsvertrag zur Beilegung des Konfliktes geschlossen. Auf Basis der im Vergleichsvertrag getroffenen Regelungen wurde im Jahr 2017 die Durchführung einer neuen Verkehrserhebung (VE) in 2018 im Rahmen einer nationalen Vergabe an die Firma Ingenieurgruppe IVV Aachen/Berlin vergeben. Die Vorbereitungen zur Verkehrserhebung 2018 konnten in 2017 zeitgerecht abgeschlossen werden, so dass diese mit Beginn des Jahres 2018 wie geplant umgesetzt werden kann. Diese bildet dann die Abrechnungsgrundlage für die Jahre 2018 bis 2021.

Der Rechtsstreit mit den privaten Verkehrsunternehmen wurde weiter geführt. Der Verhandlungstermin am Landgericht Köln fand am 01.06.2017 statt (Az.: 88 O 77/14). Die Klage der privaten Verkehrsunternehmen wurde abgewiesen. Da die privaten Verkehrsunternehmen Rechtsmittel eingelegt haben, kommt es am 13.06.2018 zum Berufungsverfahren vor dem OLG Köln.

Auf die derzeit angewandten Abrechnungsmodalitäten in der Einnahmenaufteilung (Vergleichsparteien auf Basis VE 2009, private Busunternehmen auf Basis VE 2004/05) hatte das Urteil keinen Einfluss.

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

4. Prognosebericht

Zum 31.12.2017 schied der bisherige Geschäftsführer Herr Dr. Schmidt-Freitag altersbedingt aus. Ihm folgte zum 1.1.2018 Herr Michael Vogel, der durch die Gesellschafterversammlung vom 2. Dezember 2016 für fünf Jahre zum neuen Geschäftsführer bestellt wurde. Wiederbestellt für weitere fünf Jahre ab 1.1.2018 wurde der bisherige Geschäftsführer Herr Dr. Norbert Reinkober. Die Aufgabenverteilung zwischen den Geschäftsbereichen bleibt unverändert.

Im Jahr 2018 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH weitgehend unverändert.

Im Jahr 2018 erhält die Gesellschaft seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von insgesamt 3,694 Mio. Euro. Entsprechende Zuwendungsbescheide liegt seit 23.02.2018 vor. Ebenso verhält es sich mit den Zuwendungsbescheiden zur Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen "Busse und Bahnen" mit Förderbeträgen in Höhe von 1,357 Mio. Euro bzw. 1,800 Mio. Euro. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300.000 Euro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2018 wurde beantragt und liegt seit 09.02.2018 vor. Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat die dazu erforderliche Haushaltssatzung bereits am 14. Dezember 2017 beschlossen.

In der Gesellschaft wird der Tarifvertrag TVöD angewendet. Der aktuelle Tarifvertrag endete zum 28.02.2018. Er sah zum 01.02.2017 eine Anpassung der Entgelte um 2,35 %.

Der aktuelle Tarifabschluss sieht für den TVöD je nach Entgeltgruppe folgende Steigerungen vor:

Ab 01.03.2018: 2,85 -5,70 %

Ab 01.04.2019: 2,81 -5,39 %

Ab 01.03.2020: 0,96 -1,8 % sowie einige strukturelle Anpassungen vor.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen, den Erstattungen und den sonstigen betrieblichen Erträgen ein ausgeglichenes Wirtschaftsergebnis für 2018 erzielt werden kann.

Köln, 17. April 2018“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
VRS GmbH	83	77	78	ohne Geschäftsführer und Auszubildende

H) Kennzahlen

./.

3. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/KronenburgerSee>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	130 55201	26.384 €	46.582 €	42.287 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)

b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	SPD	Johannes Mertens	CDU

b) Vorstandsvorsteher

Jan Lembach (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

4. Zweckverband Naturpark Rheinland

Lindenstraße 20
50354 Hürth

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	130 55402	45.437 €	45.341 €	45.306 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/eine Vertreterin pro Verbandsmitglied sowie die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Manfred Poth (bis 04.04.2017)	AV	Achim Blindert (bis 04.04.2017)	GBL V
Achim Blindert (ab 05.04.2017)	GBL V	Frank Fritze (ab 05.04.2017)	AbtL 60
2. Rita Gerdemann	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Michael Höllmann	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

ordentliche Mitglieder

1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) Landrat
2. Rita Gerdemann CDU

Stellvertreter

Michael Höllmann SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder des Verbandsausschusses zu entnehmen.

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

ordentliche Mitglieder

1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) Landrat
2. Leo Wolter CDU

Stellvertreter

Heinrich Hettmer SPD

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

ordentliche Mitglieder

1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) Landrat
2. Heinrich Hettmer SPD

Stellvertreter

Karsten Stickeler CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder der Planungsausschüsse zu entnehmen.

d) Verbandsvorsteher

Landrat Michael Kreuzberg, Rhein-Erft-Kreis

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers und des Geschäftsführers zu entnehmen.

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

Am 16.12.2015 hat der Kreistag einer Umlageerhebung des Zweckverbandes bis zu einem Gesamtbeitrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57102 02	-	-	-

E) Zusammensetzung der Organe

Organe

- a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

ordentliche Mitglieder

- | | |
|-------------------------------------|-----|
| 1. Manfred Poth (stv. Vorsitzender) | AV |
| 2. Ute Stolz (Vorsitzende) | CDU |
| 3. Karsten Stickeler | CDU |
| 4. Heinrich Hettmer | SPD |

Stellvertreter

- | | |
|-----------------|---------|
| Günter Rosenke | Landrat |
| Dirk Jahr | CDU |
| Dominik Schmitz | CDU |
| Emmanuel Kunz | SPD |

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:

Heinrich Hettmer	7,20 €
Karsten Stickeler	24,00 €
Ute Stolz	153,00 €

b) Verbandsvorsteher

Jochen Kupp

Für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr erhielt der Verbandsvorsteher eine Gesamt-Brutto-Vergütung in Höhe von 91.868,11 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.996	5.962	8.664	2.034
Sachanlagen	2.203.763	2.255.689	2.283.332	-51.926
Finanzanlagen	1.790	1.790	1.790	0
	2.213.548	2.263.440	2.293.785	-49.892
B Umlaufvermögen				
Vorräte	122.947	106.855	101.437	16.092
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	403.722	351.872	335.895	51.850
Liquide Mittel	4.174	5.935	1.724	-1.761
	530.842	464.662	439.055	66.181
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.072	150	902	1.922
Summe Aktiva	2.746.462	2.728.252	2.733.742	18.210
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	825.225	825.225	825.225	0
Allgemeine Rücklage	1.423.391	1.271.716	1.154.575	151.676
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	185.451	151.676	117.140	33.776
	2.434.067	2.248.616	2.096.941	185.451
B Rückstellungen	99.958	79.088	109.187	20.870
C Verbindlichkeiten	207.983	398.616	525.440	-190.634
D Rechnungsabgrenzungsposten	4.455	1.931	2.174	2.523
Summe Passiva	2.746.462	2.728.252	2.733.742	18.210

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.777.888	3.202.920	2.928.692	574.968
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	11.548	25.324	27.177	-13.776
3	Sonstige betriebliche Erträge	138.551	135.137	64.922	3.414
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	336.389	245.087	140.177	91.302
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	336.389	245.087	140.177	91.302
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	2.591.541	2.253.443	2.040.504	338.098
a)	Löhne und Gehälter	2.002.113	1.742.211	1.552.853	259.902
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	589.428	511.232	487.651	78.196
6	Abschreibungen	216.351	206.616	198.956	9.736
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	593.754	500.082	515.973	93.672
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.856	5.473	7.448	-2.617
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	187.097	152.680	117.735	34.417
11	Sonstige Steuern	1.645	1.004	594	641
12	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag	185.451	151.676	117.140	33.776

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA GmbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 und hat die Träger- und Maßnahmenzulassung nach der „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

Organe sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Seit Geltung der Verbandssatzung (in der Fassung vom 14.03.2018) erledigt der Verbandsvorsteher die Betriebsleitung allein.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des §52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, Erwachsene und Menschen mit Behinderung
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von schwerbehinderten Menschen
- Maßnahmen zur beruflichen und sprachlichen Integration von Asylbewerbern
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa 17% (Vorjahr 18%) der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie. Hier werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen über keine entsprechenden Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Auszubildenden in den o.a. Gewerk recht konstant.

Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren weiter leicht sinken wird. Dies hat zur Folge, dass unsere Erträge in diesen Bereichen mittelfristig entsprechend sinken werden. Kompensieren wollen wir dies durch andere – freiwillige Kurse – z.B. Prüfungsvorbereitungen etc.

Dem oben dargestellten Sachverhalt folgend werden auch Asylsuchende für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt interessant. Seit Ende 2015 führen wir Maßnahmen für diesen Kundenkreis durch. Insgesamt konnten wir ca. 10 % unseres Umsatzes mit Asylsuchenden generieren. Ab dem 1. März 2017 haben wir die Genehmigung des BAMF zur Durchführung von Integrationskursen. Für das Jahr 2018 erwarten wir deutliche Umsatzrückgänge in diesem Bereich.

b) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2017 war das dritte Jahr nach dem Wechsel der Führungsspitze der Verbandsleitung. Laut unseren Planungen wollten wir die sehr guten Wirtschaftszahlen aus den Jahren 2015 / 2016 konsolidieren und das Berufsbildungszentrum stark für die Zukunft machen. Auch im Jahr 2017 ist uns dies gelungen und wir konnten einen Gewinn in Höhe von +185.451,01 € (2016 - +151.675,50 € / 2015 - +117.140,36 €) erzielen. Dies bedeutet, dass wir in den Jahren 2015-2017 Gesamtgewinne von über 400.000,-- € erzielen konnten und damit die Kapital- und Liquiditätsstruktur des BZE nachhaltig verbessert haben.

Bezeichnung	2013	2014	2015	2016	2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	757,7	704,6	630,8	537,3	300,0
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	501,7	550,0	591,4	580,4	652,0
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	320,4	377,0	332,9	363,0	339,0
Fortbildungsmaßnahmen	124,5	137,1	72,3	82,4	77,7
Umschulung	161,7	87,0	246,8	293,0	306,7
 Berufsvorbereitende Bildungsangebote	 581,9	 798,7	 900,7	 1148,0	 1877,2
a) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	97,4	316,5	276,9	285,5	267,0
aa) BvB Reha					132,4
b) Produktionsschule Jobzeit pro		0,0	119,1	361,4	302,4
c) Jugend in Arbeit	11,9	21,0	28,9	37,4	37,5
d) BO - Berufsorientierung KAoA - BoP	400,9	374,2	432,6	101,0	70,8
e) Vermittlungsprovisionen		5,5	32,0	5,5	24,0
f) Start klar		61,7			
g) externe Umschüler				30,5	
h) Kurse mit Asylbewerbern			5,2	326,7	396,1
f) SBG II	67,6	19,8	0,0	0,0	0,0
g) Werkstattjahr	4,1	0,0	0,0	0,0	0,0
h) BerEb					27,2
i) ESB					55,4
j) IndAC					86,5
k) Jump!					370,2
l) KompAS					11,6
m) Potentialanalyse					96,1
 Sonstiges	 3,0	 6,6	 6,0	 4,2	 3,5
Sonstige Nebenerlöse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			153,8	194,6	181,7
Erlöse 19% Ust. (Schweißen / Führungskräfte)					40,1
Umsatzerlöse	2450,9	2661,0	2928,7	3202,9	3777,9
 aktivierte Eigenleistungen	 0,0	 0,0	 27,2	 25,3	 11,5
 Sonstige betriebliche Erträge	 223,2	 176,2	 64,9	 135,1	 138,5
Gesamtumsatz	2674,1	2837,2	3020,8	3363,3	3927,9

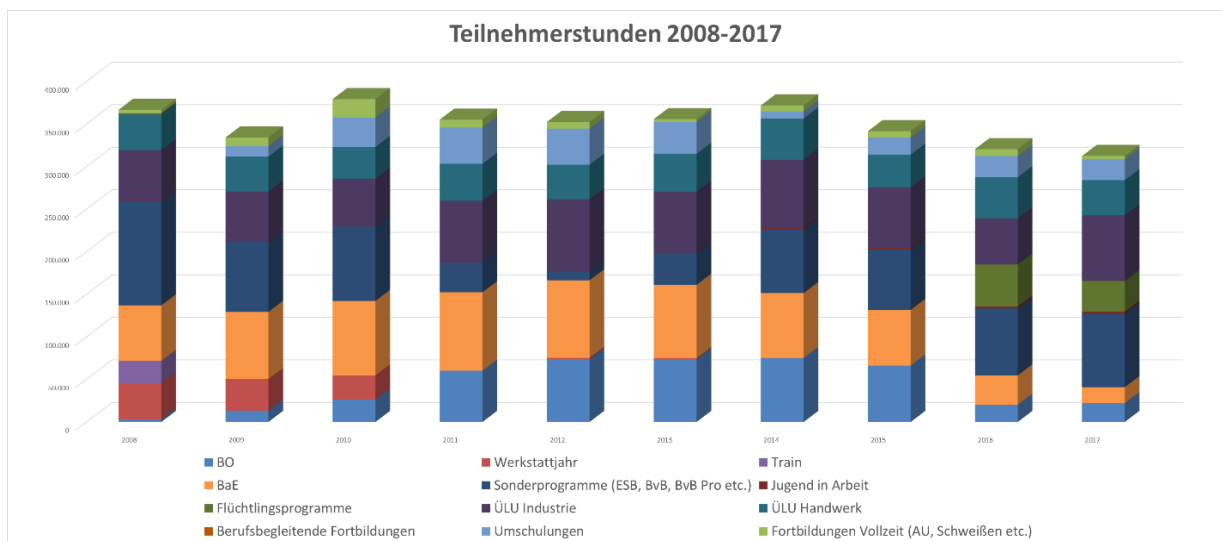
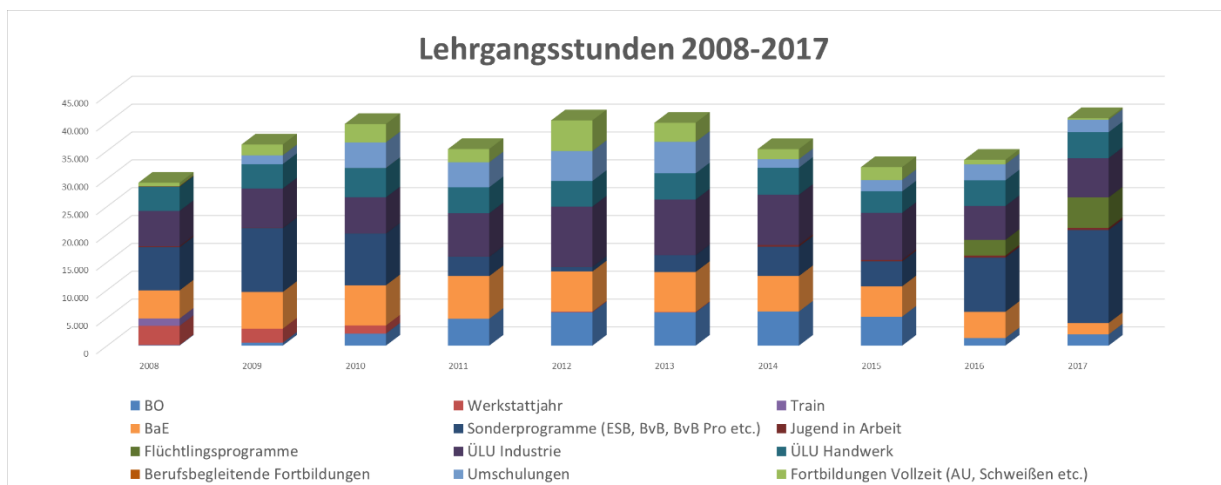
Im Berichtsjahr 2017 sind die Erträge aus dem Lehrgangsbetrieb gegenüber dem Vorjahr (+ 575,0 T€ / + 17,95 %) gestiegen. Insbesondere lag dies an den neuen Maßnahmen BvB-Reha, Ind.-Aktiv, ESB und den Maßnahmen für Asylbewerber. Hierdurch konnte auch der Wegfall der integrativen BaE-Maßnahme (wurde nicht mehr ausgeschrieben) kompensiert und die Erträge deutlich erhöht werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge blieben recht konstant. Hierunter entfallen die Eigenbewirtschaftung der Kantine und die Mieterlöse aus der Vermietung der Büroräume für den Integration Point.

Die Gesamterlöse konnten insgesamt um 564,6 T€ (+ 16,78 %) gesteigert werden. In den letzten 5 Jahren stiegen die Erträge insgesamt um 1.253,8 T€ (+ 46,89 %).

Lehrgangsstunden / Teilnehmerstunden

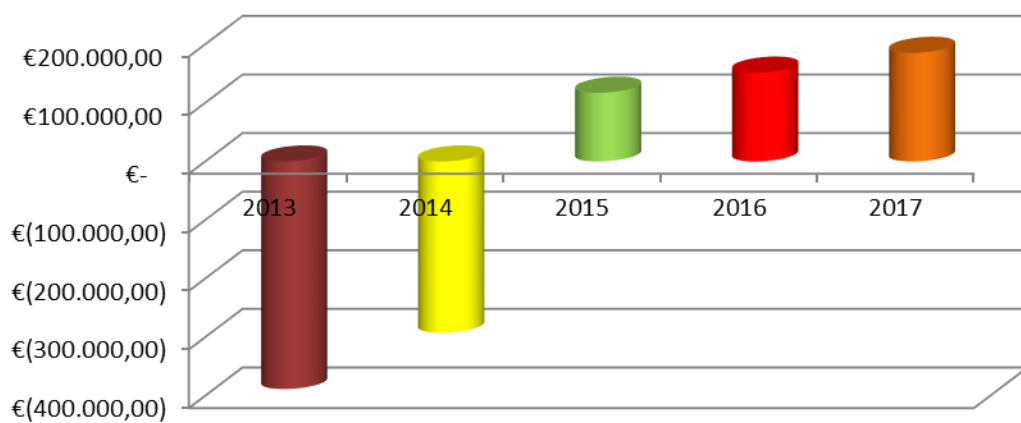
In der Abbildung 1 „Lehrgangsstunden“ sind die tatsächlichen Lehrgangsstunden aufgeführt, die im Berufsbildungszentrum absolviert wurden. In der Abbildung 2 „Teilnehmerstunden“ sind die Lehrgangsstunden mit der Anzahl der Teilnehmer multipliziert. Für 2017 bedeutet dies, dass wir ca. 7.500 Lehrgangsstunden mehr, aber ca. 8.000 Teilnehmerstunden weniger als im Vorjahr durchgeführt haben. Die Statistik hat aber nur eine geringe Aussagekraft auf die Ertragslage, da es z. B. sein kann, dass Maßnahmen mit erhöhtem Betreuungsaufwand (und daraus resultierend weniger Stundenanzahl) besser vergütet werden.



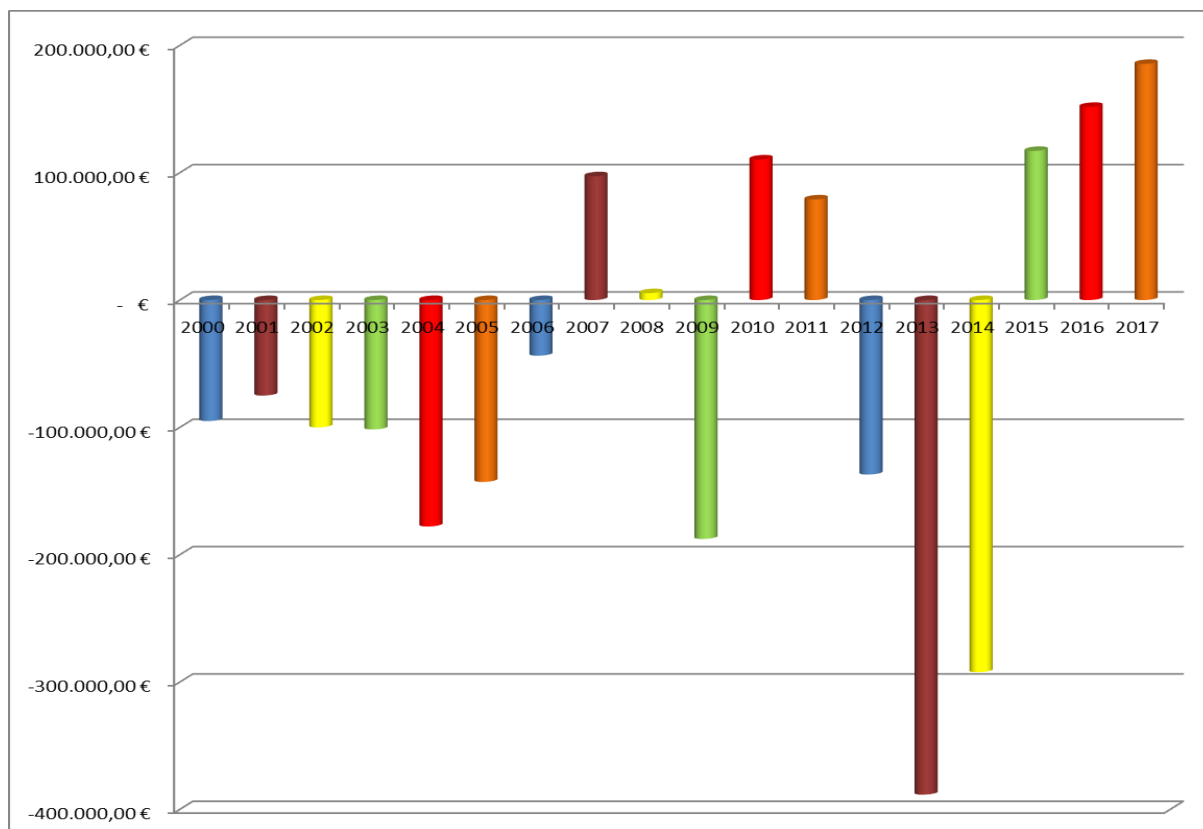
c) Ertragslage

Nach den positiven Ergebnissen in den Jahren 2015 / 2016 konnten wir diese Ergebnisse auch im Jahr 2017 nochmals steigern und erwirtschafteten einen Gewinn in Höhe von 185.451,01 € (2016 - + 151.675,50 € / 2015 - +117.140,36 €). Folgende Entwicklung der Jahresüberschüsse / Fehlbeträge zeigt sich in den letzten 5 Jahren:

	2013	2014	2015	2016	2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-388,4	-292,2	+117,1	+151,7	+185,5



Jahresergebnisse seit 2000



Diese Diagramme zeigen, dass das erzielte Ergebnis das beste Ergebnis seit dem Jahre 2000 ist. Wir konnten die im Wirtschaftsplan gesteckten Ziele (prognostizierter Jahresfehlbetrag ohne Umlage 45,8 T€) um über 231,3 T€ übertreffen.

Folgende Faktoren haben das Jahresergebnis positiv beeinflusst:

- Durchführung von neuen Maßnahmen (Jump, BvB-Reha, ESB, Ind.Aktiv)
- Durchführung von Maßnahmen mit Asylbewerbern
- Deutliche Umsatzsteigerung im Bereich Umschulungen
- Konstante Umsätze bei den ÜLU-Maßnahmen Industrie und Handwerk
- Konstante Erträge im Bereich zu aktivierende Eigenleistungen, Spenden und Mieterträge
- Eigenbewirtschaftung der Kantine

Die Gesamterlöse lagen um insgesamt 564,6 T€ (+ 16,78 %) über dem Vorjahresumsatz und um ca. 696,4 T€ über dem prognostizierten Umsatz. Insbesondere bedingt durch höhere Personalkosten (durch neue Maßnahmen) und höheren Materialverbrauch liegen die Gesamtaufwendungen um ca. 16,53% % höher als im Vorjahr.

Bezeichnung	2015	2016	2017	Abweichung 2016-2017	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Materialverbrauch	140,2	245,1	336,4	91,3	37,25%
Personalaufwand					
a) Löhne, Gehälter, Rückstellungen ATZ	1552,9	1742,2	2002,2	260,0	14,92%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen AV	487,7	511,0	589,5	78,5	15,36%
Abschreibungen	199,0	206,6	216,4	9,8	4,74%
Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Raumkosten	172,6	157,9	165,0	7,1	4,50%
b) Grundstücksaufwendungen	19,8	19,1	22,0	2,9	15,18%
c) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	38,4	40,1	41,3	1,2	2,99%
d) Reparaturen und Instandhaltungen	41,4	28,3	28,7	0,4	1,41%
e) Fahrzeugkosten	6,0	18,0	18,5	0,5	2,78%
f) Werbe- und Reiskosten	27,4	16,9	16,1	-0,8	-4,73%
g) fremdes Ausbildungspersonal	69,4	26,3	50,3	24,0	91,25%
h) verschiedene betriebliche Kosten	127,1	179,2	228,4	49,2	27,46%
Sonstige Aufwendungen / Zinsen / Forderungsverluste / Verluste aus Abgang des AV	21,0	20,1	26,0	5,9	29,35%
Aufwendungen	2902,9	3210,8	3740,8	530,0	26,10%
sonstige Steuern	0,6	0,8	1,7	0,9	150,00%
Gesamtaufwendungen	2903,5	3211,6	3742,5	530,9	16,53%

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall des Ausscheidens.

Der Vorjahresgewinn in Höhe von 151,7 T€ wurde der allgemeinen Rücklage hinzugeführt, die zum Stichtag mit 1.423,4 T€ ausgewiesen ist. Der Gewinn wird der allgemeinen Rücklage hinzugeführt.

Unter Berücksichtigung des für 2017 ausgewiesenen Jahresgewinnes ergibt sich ein Eigenkapital in Höhe von 2.434,1 T€ (Vorjahr 2.248,6 T€), was einer Eigenkapitalquote von 88,6% (Vorjahr 82,4%) entspricht. Dementsprechend konnten wir, wie in den beiden Vorjahren, wieder Eigenkapital aufbauen.

Das Fremdkapital ist insgesamt als kurz- bis mittelfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Unterstellt man die Abschreibungen als nicht zahlungswirksam abgeflossenen Aufwand, so ergibt sich bei deren Hinzurechnung zum Jahresfehlbetrag im Berichts- und Vorjahr ein positiver Cash-Flow, der zur Tilgung der Verbindlichkeiten und für Reinvestitionen eingesetzt werden kann. Notwendigerweise wurden daher in den letzten Jahren durch die Ausweitung der Bankkreditlinien in 2013 und 2014 Verluste des Geschäftsbetriebs finanziert. Mit der Rückzahlung der Bankverbindlichkeiten und einer gleichzeitigen Schaffung von Reinvestitionsrücklagen wurde begonnen.

Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 118,6 T€ (Vorjahr 302,7 T€). Insgesamt beläuft sich das Fremdkapital auf 207,9 T€ (Vorjahr 398,5 T€). Das Fremdkapital konnte innerhalb der letzten 3 Jahre um 75% gesenkt werden.

Der Finanzbedarf soll durch Entgelte, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen erhoben werden, unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips gedeckt werden. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 2.746,5 T€ (Vorjahr 2.728,3 T€) aus.

Investitionen

In 2017 wurden insgesamt 166,5 T€ investiert. Investitionen in die Gebäude wurden in Höhe von 32,4 T€ aktiviert. In die EDV wurde 5,6 T€ investiert. Für die Büro- und Werkstattausrüstung wurden insgesamt 123,6 T€ aktiviert, für technischen Anlagen und Maschinen 7,9 T€ sowie für Anlagen im Bau 4,9 T€.

Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe 216,4 T€ (Vorjahr 206,6 T€) gegenüber.

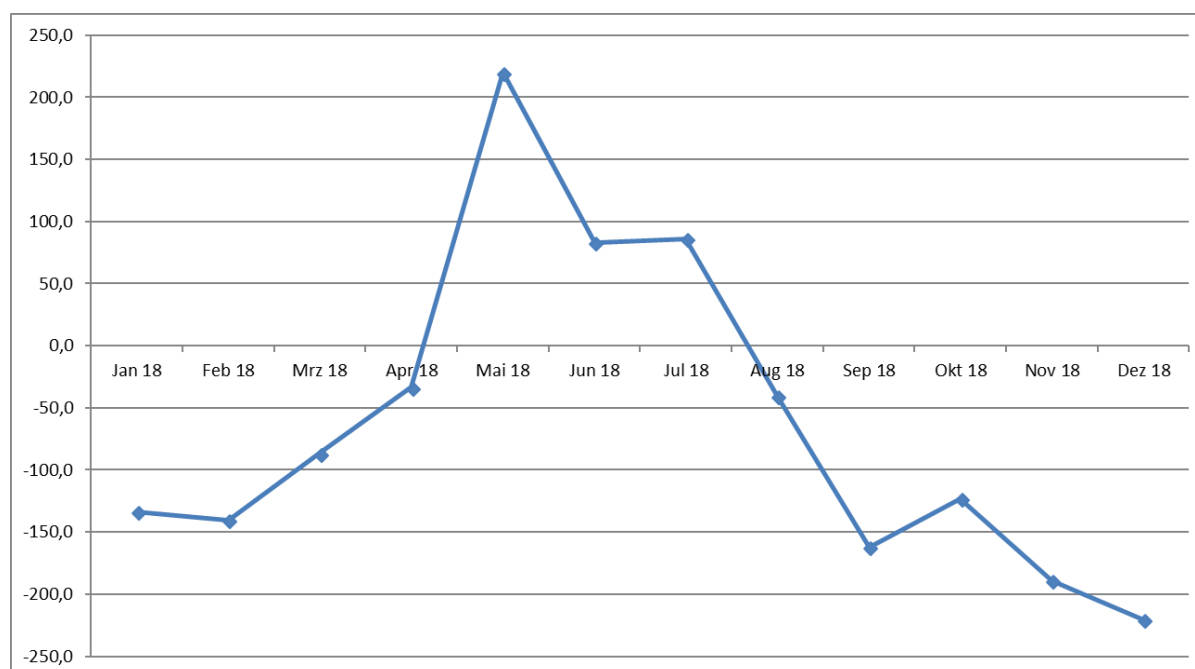
Für die kommenden Jahre sind weitere Investitionen geplant. Ein detaillierter Investitionsplan der kommenden 5 Geschäftsjahre ist in den Wirtschaftsplan 2018 integriert.

Liquidität

Die Liquidität des BZE verbessert sich kontinuierlich. Die Kreditlinie des Kontokorrentkredites beträgt 500 T€ und war zum Bilanzstichtag zu ca. 23,7 % ausgereizt. Laut unserer Liquiditätsplanung aus dem Wirtschaftsplan 2018 ergeben sich folgende Daten:

Liquiditätsplanung 2018

	2018	Jan 18	Feb 18	Mrz 18	Apr 18	Mai 18	Jun 18	Jul 18	Aug 18	Sep 18	Okt 18	Nov 18	Dez 18
Anfangsbestand Kasse/Kontokorrent	-120,0	-170,3	-133,7	-140,2	-86,8	-33,3	220,1	83,2	86,3	-40,7	-162,0	-122,9	-189,1
betriebliche Einzahlungen													
aus Umsatz Dez 17 bis Nov 18	3524,3	320,4	320,4	320,4	320,4	320,4	320,4	320,4	160,2	160,1	320,4	320,4	320,4
aus sonstigen Erträgen	262,2	21,8	21,9	21,8	21,9	21,8	21,9	21,8	21,9	21,8	21,9	21,8	21,9
Saldo betriebliche Einzahlungen	3786,5	342,2	342,3	342,2	342,3	342,2	342,3	342,2	182,1	181,9	342,3	342,2	342,3
betriebliche Auszahlungen													
für Materialaufwand	288,2	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,1	24,1
für bezogene Fremdleistungen	238,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	29,0	29,0	30,0	30,0
für Instandsetzung / Reparaturen	55,1	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6
für Auszubildende / Lohn (in Maßnahmen)	22,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,0	1,0
für Personalaufwand	2693,7	153,3	215,0	215,0	215,0	215,0	215,0	215,0	215,0	215,0	215,0	320,0	285,4
für KFZ Steuern / Versicherungen / KFZ-Kosten	63,9	30,9	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
für Werbe- / Reisekosten	21,2	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
für sonstige betriebliche Aufwendungen	158,7	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	13,3	13,3	13,3
Saldo betriebliche Zahlungen	3540,8	244,8	278,6	278,5	278,5	278,5	278,5	278,5	278,5	292,5	292,6	397,8	363,2
Einzahlungen aus Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Einzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Auszahlungen	0,5	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo neutrale Zahlungen	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen des AV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das AV	490,0	60,0	70,0	10,0	10,0	10,0	200,0	60,0	30,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Saldo Zahlungen Investitionsbereich	-490,0	-60,0	-70,0	-10,0	-10,0	-10,0	-200,0	-60,0	-30,0	-10,0	-10,0	-10,0	-10,0
Darlehensaufnahmen	200,0	0,0	0,0	0,0	0,0	200,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitaldienst	5,5	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Saldo Zahlungen Finanzierungsbereich	194,5	-0,3	-0,2	-0,2	-0,3	199,7	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
Einlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Einlagen/Entnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Endbestand Kasse/Kontokorrent	-170,3	-133,7	-140,2	-86,8	-33,3	220,1	83,2	86,3	-40,7	-162,0	-122,9	-189,1	-220,5



e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 2.211,8 T€ (Vorjahr 2.263,4 T€) = 80,59 % der Bilanzsumme (Vorjahr 82,96%). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstücken und Gebäuden (umfassend saniert in 1999 und 2012) mit einem Buchwert in Höhe von 1.648,8 T€ belaufen sich auf 4.966,6 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der technischen Anlagen und Maschinen, die mit einem Buchwert von 258,1 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 1.902,7€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die mit einem Buchwert von 292,0 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 2.235,8 T€.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 401,4 T€ (Vorjahr 344,0 T€) zu nennen, z. B. gegenüber dem Jobcenter oder der Agentur für Arbeit für durchgeführte Arbeitsmarktprogramme.

f) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft spielen die finanziellen Leistungsindikatoren eine sekundäre Rolle. Die Eigenkapitalrentabilität stellt sich wie folgt dar:

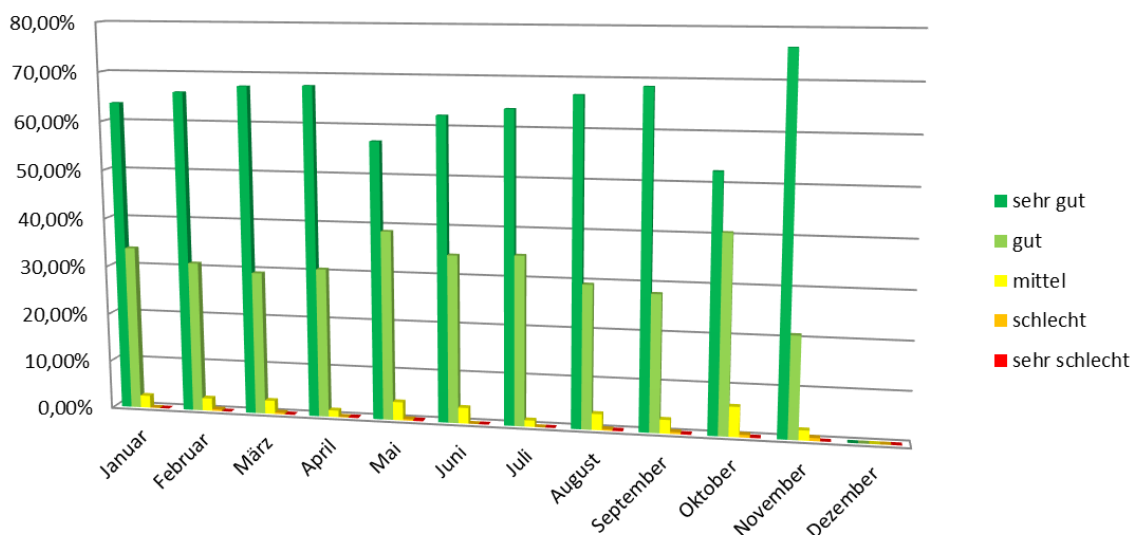
	2013	2014	2015	2016	2017
Eigenkapitalrentabilität	-16,0 %	-14,7 %	+5,6 %	+6,7 %	+7,6 %

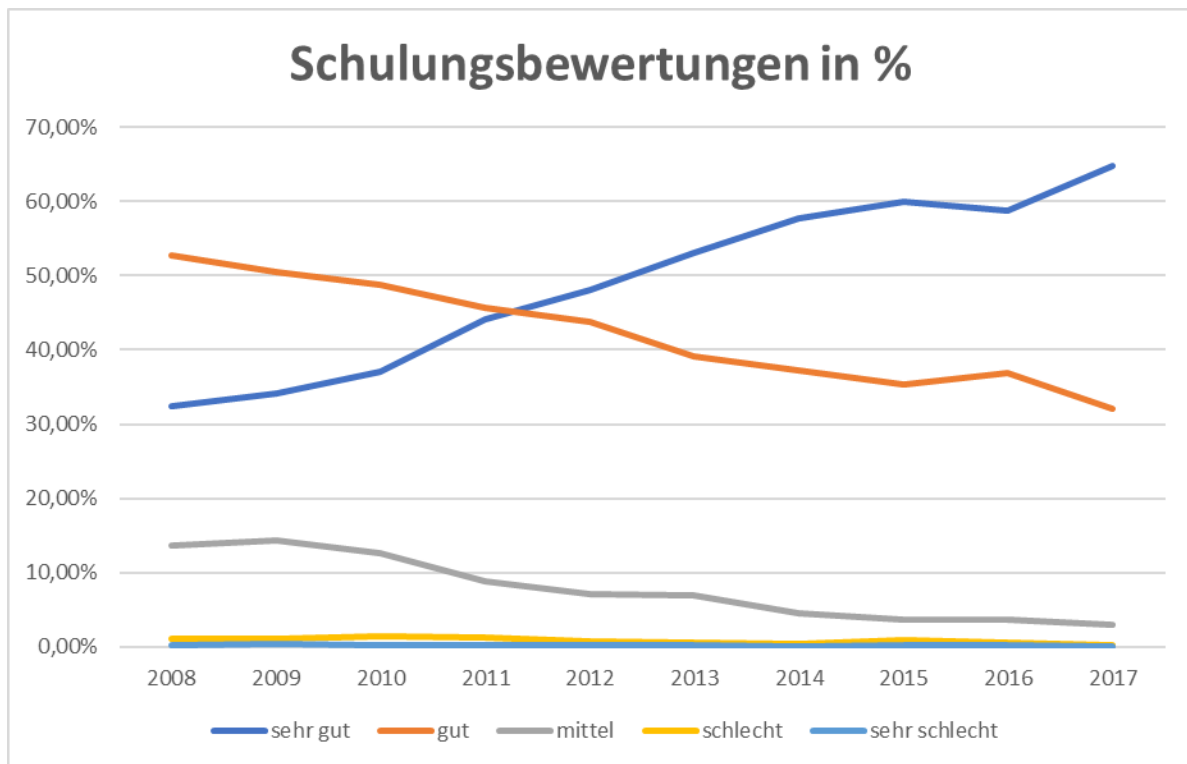
nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das BZE ermittelt die Zufriedenheit seiner Kunden (Lehrgangsteilnehmer) in den unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen jeweils nach Kursende anhand eines Fragebogens. Die gesammelten Daten werden anhand der QM-Richtlinien ausgewertet und zur Sicherung und Verbesserung der Qualität verwendet. Es zeigt sich, dass fast 2/3 aller Teilnehmer die Kurse mit „sehr gut“ bewerten und der Anteil der „schlechten“ Bewertungen bei nur 0,34% liegt.

		sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht
2008	639	32,34%	52,68%	13,68%	1,10%	0,25%
2009	982	34,10%	50,50%	14,35%	1,12%	0,40%
2010	960	36,99%	48,78%	12,58%	1,48%	0,16%
2011	1343	44,06%	45,63%	8,91%	1,23%	0,17%
2012	1504	48,16%	43,80%	7,04%	0,75%	0,25%
2013	1703	53,09%	39,17%	6,97%	0,55%	0,28%
2014	1285	57,65%	37,28%	4,57%	0,45%	0,06%
2015	1273	60,00%	35,31%	3,63%	0,92%	0,14%
2016	1504	58,68%	36,86%	3,67%	0,63%	0,16%
2017	1952	64,73%	32,03%	2,90%	0,28%	0,06%

Schulungsbewertungen 2017





3. Prognose, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE in den letzten drei Jahren ist erfreulich und lag deutlich über den Erwartungen in entsprechenden Wirtschaftsplänen. Die großen Verluste der Jahre 2012-2014 (= insgesamt 800 T€) konnten teilweise durch die Gewinne in den letzten beiden Jahren kompensiert werden. Der Kassenkredit wurde um ca. 400 T€ gesenkt.

Seit dem 1. November 2014 leitet Herr Jochen Kupp als hauptamtlicher Vorstandsvorsteher die Geschäfte des Zweckverbandes. Seine Stellvertretung obliegt seit dem 1. September 2017 Frau Nadine Esser.

Der Restrukturierungsprozess des Berufsbildungszentrums wurde in 2015 begonnen und die Personalsituation optimiert. Das BZE stellt sich aktiv dem Bildungsmarkt und reagiert schnell und kompetent auf Marktveränderungen.

Wir erwarten weitere Rückgänge im Bereich der Maßnahmen mit Asylbewerbern und im Bereich der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE). Die BaE-Maßnahme wurde im Jahre 2016 nur noch im Bereich der kooperativen BaE (d. h. Ausbildung in Betrieben) ausgeschrieben. Unsere jahrelangen Erfahrungen liegen in der integrativen Form, bei der die Ausbildung hier im Berufsbildungszentrum in unseren Werkstätten erfolgt.

An folgenden Ausschreibungen haben wir uns bis zum Berichtszeitpunkt beteiligt, bzw. arbeiten wir derzeit:

- Förderzentrum Sprungbrett (40 Maßnahmenplätze – Zuschlag im Januar 2018 erhalten)
- Werkstattjahr – 18 Teilnehmerplätze

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes waren diese Maßnahmen teilweise noch nicht bekannt, daher haben wir hier pauschale Einschätzungen getroffen.

Bezeichnung	IST	Plan	Plan	Abweichung	
	2016	2017	2018	2017-2018	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	537,3	295,5	158,8	-136,7	-46,3%
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	580,4	578,5	699,7	121,2	21,0%
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	363,1	343,5	350,5	7,0	2,0%
Fortbildungsmaßnahmen	82,4	122,0	102,0	-20,0	-16,4%
Umschulung	293,0	161,0	287,7	126,7	78,7%
externe Umschüler	30,5	0,0	0,0	0,0	0,0%
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	1121,7	1370,0	1123,0	-247,0	-18,0%
a) BvB- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	285,5	250,0	241,9	-8,1	-3,2%
aa) BvB-Reha Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme REHA			401,8	401,8	0,0%
b) Produktionsschule jobzeit pro	361,4	180,0	180,0	0,0	0,0%
c) Jugend in Arbeit	37,4	37,4	38,2	0,8	2,1%
d) BO- Berufsorientierung	101,0	130,0	100,0	-30,0	-23,1%
e) Vermittlungsprovisionen	5,5	5,0	15,0	10,0	200,0%
f) Praxiskurse	0,0	40,0	35,0	-5,0	-12,5%
g) BerEb - Berufseinstiegsbegleitung			111,1	111,1	0,0%
Aktivcenter		73,1	0,0	-73,1	-100,0%
ESB - Eingliederung Schwerbehinderter		54,5	4,6	-49,9	-91,6%
Förderzentrum Jump			310,0	310,0	0,0%
Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern	326,7	450,0	353,0	-97,0	-21,6%
a) Integrationskurse			30,0	30,0	0,0%
b) Jugend-Integrationskurse			35,0	35,0	0,0%
c) Job-Integration (Transfermaßnahme)			103,0	103,0	0,0%
d) BoF - Berufsorientierung für Flüchtlinge			100,0	100,0	0,0%
e) Umschulung mit Flüchtlingen/Asylbewerbern			85,0	85,0	0,0%
Ausbildungsbörse	4,2	0,0	5,0	5,0	0,0%
Führungskräfteseminare (ex TAE)			30,0	30,0	0,0%
Neue Maßnahmen		150,0	100,0	-50,0	-33,3%
1. Umsatzerlöse	3008,4	2870,5	3524,3	653,8	22,8%
2. andere aktivierte Eigenleistungen	25,3	20,0	25,0	5,0	25,0%
Gesamtleistung	3033,7	2890,5	3549,3	658,8	22,8%
Erfolgsplan Gesamterträge	3350,2	3231,5	3811,5	580,0	17,9%

Zu den einzelnen durchgeführten Maßnahmen gelten die nachstehenden Erläuterungen aus dem Wirtschaftsplan 2018 (mit aktuellen Hinweisen per 04. Mai 2018):

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen BaE

Zur Zielgruppe gehören junge Menschen ohne berufliche Erstausbildung, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben. Dazu zählen Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründe auch mit ausbildungsfördernden Leistungen nicht in einem Betrieb bestehen können sowie Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst wurde.

Die Erträge der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen sind seit mehreren Jahren rückläufig. 2016 wurde dieses Ausbildungsprogramm nicht mehr in der integrativen, sondern nur noch in der kooperativen Form ausgeschrieben. Nach aktuellem Stand läuft die Maßnahme Februar 2019 aus. Wir glauben, dass die integrative BaE ein wichtiger Baustein für die Integration von Jugendlichen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ist und werden weiterhin bei der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter intervenieren, damit die integrative Form wieder ausgeschrieben wird.

Momentan sind über die Maßnahmejahre 2013 - 2015 insgesamt 10 Plätze belegt. Es werden auch nur die belegten Plätze bezahlt. Bei Bestehen der Abschlussprüfungen verlassen uns im Sommer 2018 ca. 6 Teilnehmer. Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass Teilnehmer aus der laufenden Maßnahme in Betriebe vermittelt werden.

Überbetriebliche Ausbildung – Industrie

Die Ausbildungszahlen in der Industrie sind in unserer Region – nach vielen rückläufigen Jahren – für 2017 recht konstant. Aufgrund von Neuakquisition und Schaffung von neuen Kursen (insbesondere Prüfungsvorbereitungskursen) gehen wir von leichten Umsatzsteigerungen in diesem Bereich aus.

Überbetriebliche Ausbildung – Handwerk

Im Handwerksbereich hält sich die Zahl der neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge (in unseren Gewerken) im Vergleich zu den Vorjahren konstant. Daher gehen wir auch hier von konstanten Umsätzen in diesem Bereich aus.

Fortbildungsmaßnahmen

Unter Fortbildungsmaßnahmen zählen wir insbesondere Schweißkurse und AU-Lehrgänge. Die AU-Lehrgänge sind recht konstant, da diese für die KFZ-Unternehmen verpflichtend sind.

Bei den Schweißlehrgängen gibt es größere Rückgänge. Dies ist dadurch bedingt, dass die Firmen aufgrund der sehr guten Auftragslagen ihre Mitarbeiter nicht auf Qualifizierungslehrgänge schicken können. Ferner gibt es von Seiten der Agentur für Arbeit sehr wenig Maßnahmenteilnehmer, da die Arbeitslosenzahl im Kreis Euskirchen sehr gering ist.

Wir haben jetzt wieder Werbemaßnahmen gestartet um die Erlössituation zu verbessern.

Umschulung

Nach mehreren rückläufigen Jahren entwickelt sich der Bereich „Umschulung“ derzeit recht positiv.

Zurzeit führen wir folgende Umschulungen durch:

- 10 Maschinen- und Anlagenführer (bis Januar 2019)
 - diese Umschulung ist am stärksten nachgefragt. Wir gehen hier auch wieder von einem neuen Maßnahmestart im laufenden Jahr 2018 mit mindestens 6 Teilnehmern aus
- 3 Industriemechaniker (1x bis Juni 2018 / 2x bis Januar 2019)
 - Umschulungen zu Industriemechanikern sind seitens Agentur für Arbeit und Jobcenter momentan nicht mehr nachgefragt. Hier werden verstärkt Bildungsgutscheine / Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine für die etwas niederschwelligere Maßnahme „Umschulung zum Maschinen- und Anlagenführer“ vergeben, da hier die Nachfrage auf dem regionalen Arbeitsmarkt größer ist. Zudem ist der aktuelle Kundenkreis von Agentur für Arbeit und Jobcenter nicht unbedingt geeignet, diese anspruchsvolle Ausbildung zu durchlaufen.
 - Hier wird auch für das Jahr 2018 weiter Akquise betrieben, sodass zumindest 3 bis 4 TN eine Umschulung in diesem Bereich beginnen.
- 8 Elektroniker für Betriebstechnik (1x bis Januar 2019 / 1x bis Juni 2019 / 6x bis Januar 2020)
 - ab Sommer 2018 planen wir einen neuen Umschulungsstart in diesem Bereich

Anfang 2018 haben wir eine neue Umschulungsmaßnahme zertifizieren lassen (Fachkraft für Lagerlogistik). Dieses Berufsfeld ist im Kreis Euskirchen stark nachgefragt, daraus erhoffen wir uns regen Zulauf.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sind ein wichtiger Bestandteil in unserem Unternehmensportfolio. Der Umsatzanteil der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen beträgt mittlerweile fast 50 % des Gesamtsatzes. Unter der Bezeichnung fassen wir im weitesten Sinne nachstehende Maßnahmen und Projekte zusammen:

a) BvB – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme

Die BvB richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahre, die aufgrund multipler sozialer Hemmnisse nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen. Sie werden hier unterstützt, gefördert, sozialpädagogisch begleitet und mittels geschulter Ausbilder und Anleiter fit für den Ausbildungsstart gemacht.

Die BvB läuft aktuell im fünften Jahr im BZE, da wir 2017 die Ausschreibung wieder gewinnen konnten. Nach wie vor können wir auf sehr gute Vermittlungserfolge blicken. Von den insgesamt 45 Teilnehmerplätzen sind derzeit 28 belegt. Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 32 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.

aa) BvB – Reha Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme

Die BvB-Reha richtet sich genau wie die BvB an junge Menschen bis 25 Jahre, die aufgrund multipler sozialer Hemmnisse nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen und zusätzlich meist Lernbehinderungen aufweisen. Sie werden hier unterstützt, gefördert, sozialpädagogisch begleitet und mittels geschulter Ausbilder und Anleiter fit eine Ausbildung oder eine spezielle Einrichtung für behinderte Jugendliche gemacht.

Die BvB-Reha läuft seit September 2017. Wir haben die Ausschreibung für diese Maßnahme gewonnen und den Zuschlag für 2 Jahre (mit Option für 2 weitere Jahre) erhalten. Von den insgesamt 36 Teilnehmerplätzen sind derzeit 20 belegt. Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 36 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.

b) Produktionsschule jobzeit pro

Die Produktionsschule ist ein Angebot für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche, welches berufliche Qualifizierung mit praktischer, produktiver Arbeit verbindet.

Im Jahr 2016 wurden seitens des Jobcenters 40 Plätze für die Produktionsschule jobzeit ausgeschrieben, die aus ESF Fördermitteln kofinanziert werden. Aktuell befinden sich 23 Teilnehmer in der Produktionsschule. Es werden mindestens 20 Plätze bezahlt. Die Teilnehmerzuweisung gestaltet sich schwierig. Die Maßnahme läuft Ende September 2018 aus.

Als Nachfolge-Maßnahme wurde von Seiten der Landesregierung das „Werkstattjahr“ wieder auf den Weg gebracht. Im Kreis Euskirchen sind 18 Plätze hierfür in den Gewerken „Elektro“ und „Körperpflege und Kosmetik“ ausgeschrieben. An der Ausschreibung haben wir uns beteiligt.

c) Jugend in Arbeit

Jugend in Arbeit richtet sich an arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene, die auf der Suche nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind und Unterstützung beim Abbau von verschiedenen Vermittlungshemmnissen benötigen.

Die Zuweisung erfolgt nur durch das Jobcenter Euskirchen. Die Agentur für Arbeit könnte zuweisen, faktisch bleiben die Zuweisungen von dieser Stelle aus. Seit Oktober 2015 haben sich die Abrechnungsmodalitäten dahingehend verändert, dass nicht mehr nach erfolgten Beratungsschritten vergütet wird, sondern eine monatliche Pauschale für eine Beraterstelle (1/2 Stellenanteil) ausgezahlt wird. Die Maßnahme läuft per 31. Dezember 2018 aus und wird nicht ersetzt.

d) Berufsorientierung - Potentialanalysen

2016 erhielten wir gemeinsam mit unserem Kooperationspartner BRW den Zuschlag für knapp 2000 Potenzialanalysen an Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 8. Davon entfielen im Jahr 2017 924 Potenzialanalysen aufs BZE.

Bei der Potenzialanalyse werden Stärken und Schwächen der Jugendlichen nach standardisierten Testverfahren losgelöst vom Schulalltag beleuchtet. Der Teilnehmer erhält im Anschluss ein ausführliches Feedback.

Der Zuschlagszeitraum erstreckt sich auf 3 Jahre. Die Durchführung der Potenzialanalysen beginnt in jedem Jahr nach den Sommerferien und muss bis Dezember des gleichen Jahres abgeschlossen sein.

f(a) Berufsfelderkundung - BFE

Die Berufsfelderkundung im Rahmen von KAOA ist vorgesehen für 126 Schüler im Kreis Euskirchen mit einer jeweiligen Dauer von 1 - 3 Tagen. In den Bereichen Büro, Elektro, Kfz, Holz, Maler, Metall, Lager/Handel, Hotel/Gaststätten und Kosmetik/Körperpflege erfahren die Schülerinnen und Schüler das praktische Arbeiten und können sich selbst an unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen erproben.

Für den Integrationsfachdienst (IFD) führen wir seit einigen Jahren separat abrechenbare Berufsfelderkundungen durch. Hier handelt es sich aber lediglich um zwei Kurse pro Jahr mit insgesamt ca. 20 Teilnehmern.

f(b) Praxiskurse

Innerhalb der Praxiskurse wird Schülern und Schülerinnen ab Jahrgangsstufe 9 die Möglichkeit gegeben, ihre praktischen Erfahrungen in einem Berufsfeld bzw. ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen mit Bezug auf Anforderungen in mehreren Ausbildungsberufen zu vertiefen. Sie ähneln Qualifizierungsbausteinen im Bereich der Berufsvorbereitung und orientieren sich an Anforderungen des ersten Ausbildungsjahres.

Für 2017 konnten 85 Plätze besetzt werden.

g) Berufseinstiegsbegleitung (BerEb)

Die Berufseinstiegsbegleitung richtet sich an junge Menschen, die voraussichtlich Schwierigkeiten haben werden, den Abschluss der allgemeinbildenden Schule zu erreichen und/oder den Übergang in eine Berufsausbildung zu bewältigen. Die Berufseinstiegsbegleitung beginnt in der Regel mit dem Besuch der Vorabgangsklasse und endet in der Regel ein halbes Jahr nach Beginn einer Berufsausbildung. Die Schüler werden bei der Berufsorientierung und Berufswahl unterstützt, besuchen Bewerbungstrainings und erhalten Unterstützung bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche sowie in lebenspraktischen Alltagsfragen.

Die Maßnahme startete am 01.09.2017 und endet am 31.07.2022. Für den Vertragszeitraum 2017 (Beginn 01.09.2017) gibt es 37 Teilnehmerplätze. Diese werden bis zum 31.03.2020 durchgängig finanziert. Für den Vertragszeitraum 2018 (Beginn 01.09.2018) sind 40 Teilnehmerplätze geplant. Diese werden bis zum 31.03.2021 durchgängig finanziert.

ESB/Aktivcenter

ESB (Eingliederung Schwerbehinderter) ist eine Maßnahme aus dem Bereich der Schwerbehindertenförderung. Schwerbehinderte werden an zwei Präsenztagen im Einzelcoaching und in Gruppenworkshops auf neue berufliche Möglichkeiten vorbereitet. Neben Bewerbungstrainings erfolgte auch ein einzelfallorientierter Abbau von Vermittlungshemmnissen. Start war der 01.11.2016 mit einer Laufzeit bis 31.01.2018. Die Teilnehmerplatzzahl betrug 12 mit der Mindestvergütung von 9 Plätzen. Die Maßnahme ist beendet und wurde nicht mehr ausgeschrieben.

Mit dem Individuellen Aktivcenter haben wir eine Maßnahme aus dem Bereich der Aktivierung und Vermittlung durchgeführt. Hier wurden Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen an drei Präsenztagen soweit gefestigt und motiviert, dass sie möglichst eigenständig in der Lage waren, Integrationsbemühungen zu vollziehen. Maßnahmestart war der 21.11.2016 mit einer Laufzeit bis 20.11.2017. Die Maßnahme ist beendet und wurde nicht mehr ausgeschrieben.

l) Förderzentrum

Im Januar 2017 haben wir die Ausschreibung des Projektes „Förderzentrum“ gewonnen. Die Maßnahme ist am 1. März mit 26 Teilnehmern gestartet. Im Moment sind 32 (von 36) Maßnahmeplätze aus

dem Bereich SGBII besetzt. Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 26 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.

Es werden vorwiegend ältere Kunden aus dem Leistungsbereich in den Berufsfeldern Lager/Handel und Hoga/Hauswirtschaft in den Arbeitsmarkt integriert werden. Von Seiten des Jobcenters wurde vor einigen Wochen die Option zur Verlängerung bis Ende 2019 gezogen.

Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern

a) Integrationskurse

Nach über einjähriger Wartezeit haben wir im Frühjahr 2017 die Zulassung für die Durchführung von Integrationskursen erhalten. Das Verfahren war sehr aufwendig und wir haben mehrere Einsprüche erhoben, was uns dann letztendlich die Zulassung gebracht hat.

b) Jugendintegrationskurse

Im Sommer 2017 ist der erste Jugendintegrationskurs gestartet. Der Kurs verläuft erfolgreich und wird noch bis Mitte 2018 laufen. Für 2018 planen wir die Durchführung eines normalen Integrationskurses und eines Jugendintegrationskurses. Zusätzlich können wir Kurse zur Vertiefung des Spracherwerbs anbieten (C1 – C2). Diese werden wir bei entsprechendem Bedarf durchführen.

c) Job Integration (Transfermaßnahme)

Die Maßnahme Job Integration ist eine Einzelzertifizierung mit einer Zulassung für 3 Jahre. Die Zuweisung erfolgt über den Integration Point mittels AVGS. Aktuell befinden sich 2 Teilnehmer in der Maßnahme. Inhalte sind eine Berufsorientierung, Vermittlung von Deutsch und Mathematik, projektbezogenes Arbeiten in den Werkstätten und die Heranführung an den deutschen Arbeitsmarkt. Die individuelle Verweildauer beträgt 2 bis 4 Monate. Aufgrund des modularen Aufbaus ist ein wöchentlicher Einstieg mit bis zu 5 Teilnehmern möglich.

d) BoF – Berufsorientierung für Flüchtlinge

Das Programm BoF ist eine Berufsorientierungsmaßnahme für Flüchtlinge ausgeschrieben über das BMBF. Über die Laufzeit bis Ende 2018 hätten wir insgesamt 30 Gruppen je 12 Teilnehmer über einen Zeitraum von 13 Wochen beruflich orientieren können. Dieses Programm kann nur in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte durchgeführt werden. BOF gliedert sich in Werkstatttage und eine anschließende Betriebsphase.

Leider sind die Zugangsvoraussetzungen für BoF recht stringent. Es können nur Personen teilnehmen, die bereits eine Berufsorientierung, einen Integrationskurs und eine Sprachprüfung C1 absolviert haben. Daher konnte leider 2016 und 2017 kein Kurs gestartet werden. Die zugesagten Mittel in Höhe von ca. 450 T€ konnten nicht abgerufen werden. Wir planen aber für 2018 den Start von 4 Kursen.

e) Umschulung mit Flüchtlingen / Asylbewerbern

Von Seiten des Jobcenters wurde uns zugesagt, dass wir eine Umschulung zum Maschinen- und Anlagenführer durchführen könnten. Insgesamt sollen 12 Bildungsgutscheine für diesen Personenkreis zur Verfügung gestellt werden. Wir werden diesbezüglich Anfang 2018 in die Akquise gehen, damit der Kurs zu Stande kommen kann.

Führungskräfteseminare

Die Führungskräfte-seminare haben wir in 2017 von der TAE übernommen. Die Umsätze stagnieren, bzw. fallen leicht. Derzeit ist Procter & Gamble, Euskirchen unser einziger Kunde. Weitere Kunden sind für diese Reihe nicht in Sicht.

Für den Herbst 2017 hatten wir ein interessantes Leadership-Seminar geplant und diesbezüglich Werbung bei über 200 Unternehmen im Kreis gemacht. Leider gab es nur 2 Anmeldungen für dieses Seminar. Wir werden aber nach Ostern 2018 einen weiteren Versuch starten.

Prognose 2018 – 2022 (aus Wirtschaftsplan 2017)

Bezeichnung	Plan 2018 TEUR	Plan 2019 TEUR	Plan 2020 TEUR	Plan 2021 TEUR	Plan 2022 TEUR
1. Umsatzerlöse	3524,3	3612,4	3702,7	3795,3	3890,2
2. andere aktivierte Eigenleistungen	25,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Gesamtleistung	3549,3	3632,4	3722,7	3815,3	3910,2
Erfolgsplan Gesamterträge	3811,5	3900,7	3996,2	4094,0	4194,3
4. Materialaufwand	288,2	294,0	299,8	305,8	312,0
5. Bezogene Fremdleistungen	238,0	233,2	235,6	242,6	249,9
6. Instandsetzung / Reparaturen	55,0	56,1	56,7	58,4	60,1
7. Auszubildene Lohn	22,0	17,5	17,9	18,2	18,6
Rohrertrag	2946,1	3031,6	3112,8	3190,2	3269,6
8. Sonst. Betr. Erlöse gesamt	254,2	259,3	264,5	269,8	275,2
Betrieblicher Rohertrag	3200,3	3290,9	3377,3	3460,0	3544,8
9. Personalaufwand	2693,7	2761,0	2830,1	2900,8	2973,3
10. betriebliche Steuern	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7
11. Versicherungen / Beiträge	41,0	42,0	42,4	43,3	43,7
12. KFZ Kosten	22,3	22,9	23,1	23,5	23,8
13. Werbe-/ Reisekosten	21,2	21,7	21,9	22,4	22,6
14. Abschreibungen	212,5	217,8	220,0	224,3	226,6
15. sonstige betriebliche Aufwendungen	158,7	162,7	167,5	167,5	172,6
Betriebsergebnis	50,3	62,1	71,5	77,4	81,5
16. Zinsaufwand	5,5	5,6	5,8	5,8	6,0
17. sonstige Steuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
18. sonstiger neutraler Aufwand	3,2	3,3	3,4	3,4	3,5
19. sonstiger neutraler Ertrag	8,0	9,0	9,0	9,0	9,0
20. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	49,1	61,7	70,9	76,7	80,5

In den prognostizierten Jahresergebnissen ist keine Verbandsumlage enthalten.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung, sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, welcher aufgrund der demografischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE reagiert schnell und kompetent auf die Marktbedingungen, so dass das Risiko minimiert werden kann.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, dass die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der Geforderten entspricht. Werden weniger Plätze ausgeschrieben, müssen alternative Angebote am Markt platziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zu erhalten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potentiellen Kunden notwendig.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich über Soll-Ist-Vergleiche (anhand Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur ist sicherlich als Risiko für unser Berufsbildungszentrum anzusehen. Die hohen Verluste der Jahre 2012 - 2014 wurden nicht von den Trägern ausgeglichen, sondern durch die Gewinnrücklagen verrechnet. Dadurch hat sich die Liquidität verschlechtert. Durch die Gewinne der letzten drei Jahre konnte die Liquidität deutlich verbessert werden. Es besteht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 500 T€ der zum Ende des Wirtschaftsjahres zu ca. 23 % ausgelastet war. Durch den relativ geringen Zinssatz für den Kontokorrentkredit (1,75 %) ist der Kapaldienst derzeit relativ gering. Da unsere Hausbank seit dem 1. Mai 2018 auch einen Zins, auf den nicht in Anspruch genommenen Kontokorrentkreditbetrag erhebt, haben wir die Kreditlinie auf 300 T€ senken lassen.

Als weiteres Risiko betrachten wir den Investitionsstau in unseren Gebäuden und Maschinenanlagen. In den Jahren 2005 – 2014 wurde so gut wie keine Investition getätigt. Seit 3 Jahren haben wir langsam angefangen die Gebäude und Maschinen zu modernisieren. Derzeit arbeiten wir an mittelfristigen Investitionskonzepten für die Zukunft. Wir schätzen den Investitionsbedarf in den nächsten 5 Jahren auf ca. 1 – 1,5 Mio €. Um diese Investitionen tätigen zu können, akquirieren wir derzeit auch mögliche Fördertöpfe von Bund und Land.

Chancenbericht

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft. Durch ständige Gespräche mit unseren Hauptkunden (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Integration Point) können wir schnell auf Marktveränderungen reagieren.

Das Jahr 2018 ist bereits positiv angelaufen. Wir konnten eine wichtige – und für uns große – Ausschreibung „Aktivierung für Jüngere – Sprungbrett“ mit 40 Teilnehmerplätzen gewinnen und damit für die notwendige Auslastung des Institutes sorgen.

Ferner haben wir ein neues Führungskräfte training „Leadershiptraining“ starten können. Hier gab es ein gemischtes Teilnehmerfeld, die alle an einer Fortsetzung, bzw. an einer regelmäßigen Seminarreihe interessiert waren, so dass wir hier in Zukunft auf neue Märkte (und Umsätze) hoffen können.

Der zentrale Standort des BZE mit der eigenen Infrastruktur ist ein wichtiger Garant für den langfristigen Erhalt – und auch die kostendeckende Arbeit – des Berufsbildungszentrums.

Euskirchen, den 8. Mai 2018

Jochen Kupp
- Verbandsvorsteher –“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2017	2016	2015	Erläuterung
	51 (13)	45 (10)	37 (8)	Ø davon in Klammern gewerbliche Mitarbeiter

H) Kennzahlen

ÜLU Industrie	7.075	6.084	8.455	Lehrgangsstunden
ÜLU Industrie	77.095	54.101	70.871	Teilnehmerstunden
ÜLU Handwerk	4.641	4.610	3.853	Lehrgangsstunden
ÜLU Handwerk	41.341	48.376	38.431	Teilnehmerstunden
Lehrgangsstunden	40.487	33.357	31.879	insgesamt
Teilnehmerstunden	312.519	398.162	341.687	insgesamt

6. Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.regionaachen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind Teil B Nr. 15 „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu entnehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	150 57104 10	179.662 €	178.723 €	134.882€

nachrichtlich:

Hinsichtlich des Umgangs mit den vom GrenzInfoPunkt seit 2012 erzielten Überschüssen im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes stimmte der Kreistag dem Abschluss einer Forderungsvereinbarung über einen quotalen Anteil des Kreises Euskirchen in Höhe von 30.993,54 € zum Ausgleich des ansonsten entstehenden Jahresfehlbetrages des Zweckverbandes Region Aachen in Höhe von 203.815,86 € zu (V 453/2018).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Präsident des Zweckverbandes
- c) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Urban-Josef Jülich	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Bernd Kolvenbach	CDU	Josef Reidt	CDU
4. Franz-Josef Nießen	CDU	Clas Kohlheyer	CDU
5. Hans-Erhard Schneider	CDU	Dominik Schmitz	CDU
6. Hans Peter Wasems	CDU	Frank Weimbs	CDU
7. Michael Höllmann	SPD	Stefanie Seidler	SPD
8. Emmanuel Kunz	SPD	Hans Schmitz	SPD
9. Wolfgang Heller	SPD	Dr. Peter Schweikert-Wehner	SPD
10. Hans Reiff	FDP	Bernd Lübke	Fraktionslos
11. Angela Kalnins (bis 04.04.2017)	B90/Grüne	Nathalie Konias	B90/Grüne
Dorothee Kroll (ab 05.04.2017)	B90/Grüne		
12. Franz Troschke	UWV	Michael Mondorf	BüFo

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke
Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadt Aachen
Städteregionsrat Helmut Etschenberg, StädteRegion Aachen
Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Verbandsvorsteher zu entnehmen.

Geschäftsführerin: Prof. Dr. Christiane Vaeßen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Region Aachen - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	187	497	-179
Sachanlagen	3.418	2.161	2.523	1.257
Finanzanlagen	2.000	2.000	2.000	0
	5.426	4.348	5.020	1.078
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	832.282	501.936	476.808	330.347
Liquide Mittel	79.406	94.382	233.461	-14.976
	911.688	596.318	710.269	315.371
Summe Aktiva	917.115	600.666	715.289	316.449
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	49.003	52.987	52.987	
Ausgleichsrücklage	0	13.592	26.493	-13.592
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14.359	-17.576	-12.901	31.935
	63.362	49.003	66.579	14.359
B Rückstellungen	36.985	30.500	10.500	6.485
C Verbindlichkeiten	816.768	521.164	638.210	295.604
Summe Passiva	917.115	600.666	715.289	316.449

Zweckverband Region Aachen - Ergebnisrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.834.870	2.542.894	2.369.858	291.975
2	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.331	0	0	7.331
3	Sonstige ordentliche Erträge	242.679	15.465	4.529	227.214
4	Personalaufwand	1.747.248	1.624.051	1.616.146	123.198
5	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.352	23.350	2.425	-4.999
6	Abschreibungen	1.139	1.231	975	-92
7	Transferaufwendungen	159.555	70.433	29.685	89.122
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.140.696	854.604	733.512	286.092
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.530	2.267	4.545	1.263
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	14.359	-17.576	-12.901	31.935

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

„1. Allgemeines

Das Haushaltsjahr 2017 stellt das fünfte operative Geschäftsjahr der Region Aachen - Zweckverband dar. Mitglieder des Region Aachen - Zweckverband sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die StädteRegion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland. Entsprechend der Satzung organisiert der Region Aachen - Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.

5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Region Aachen Zweckverband sind die Verbandsversammlung, die Präsidentin/der Präsident des Zweckverbandes und die Verbandsvorhersteherin/der Verbandsvorsteher.

- a) Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder - 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich einer Vertreterin/eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied. Vorsitzende der Verbandsversammlung war bis zu 22.09.2017 Ulla Thönnissen, CDU-Fraktion. Am 22.09.2017 wurde Herr Raoul Pöhler, SPD-Fraktion, einstimmig in dieses Amt gewählt. Er hat seit diesem Zeitpunkt den Vorsitz der Verbandsversammlung übernommen. Die Zweckverbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes. Zur fachlichen Beratung hat der Region Aachen - Zweckverband als beratende Gremien vier Fachausschüsse:

Ausschuss für:

(eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Tourismus Vorsitz: Dr. Ralf Nolten, CDU Fraktion

(eu)regionale Arbeit und Fachkräftesicherung Vorsitz: Ilse Lungen, SPD Fraktion

(eu)regionale Kultur, Bildungs- und Wissensregion Vorsitz: Dr. Margarethe Schmeer, CDU Fraktion

(eu)regionale Gesundheit Vorsitz: Dr. Hanno Kehren, CDU Fraktion

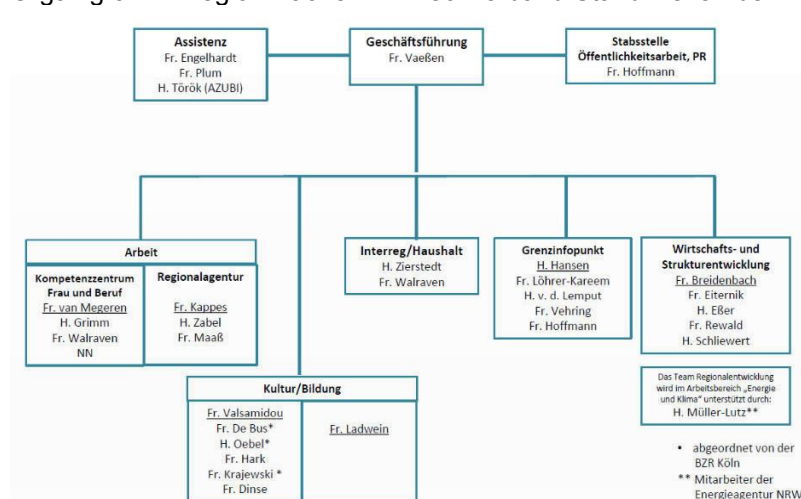
- b) Präsidentin des Region Aachen - Zweckverband ist die Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken. Die Zweckverbandspräsidentin vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.

- c) Verbandsvorsteher des Region Aachen – Zweckverband war bis zum 22.09.2017 der Dürener Landrat Wolfgang Spelthahn. Am 22.09.2017 wurde Herr Landrat Stephan Pusch einstimmig in dieses Amt gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen - Zweckverband umgesetzt. Geschäftsführerin ist Frau Prof. Dr. Christiane Vaeßen, bis zum 22.11.2017 war Manfred Bausch alleiniger stellvertretender Geschäftsführer. Die Gliederung der Geschäftsstelle richtet sich nach folgendem Organigramm:

Organigramm Region Aachen – Zweckverband Stand Dezember 2017



Erläuterungen zur Haushaltsrealisierung

Nachfolgend sind zu den verschiedenen Sachkonten die wichtigsten Abweichungen erläutert.

- 459100 Abschluss einer Forderungsvereinbarung zum Grenzüfpunkt Aachen-Eurode zwischen der Region Aachen und seinen fünf Gebietskörperschaften (vgl. Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden). Erträge aus Nachzahlungen von abgeschlossenen Projekten sowie Erträge im Rahmen von regionalen Kulturprojekten.
- 500100 Eine produktscharfe Verbuchung der Personalkosten auf die einzelnen Produkte war auf der Grundlage der von der Lohnbuchhaltung übermittelten Daten nicht möglich. Deshalb wurden alle Personalkosten zentral im Produkt 0101 verbucht. Ab dem Jahr 2018 erfolgt die produktscharfe Zuordnung der Personalkosten auf die jeweiligen Produkte. Die Minderausgaben resultieren aus nicht genehmigten Projekten.

- 520100 Aufgrund der Anmerkungen der vorangehenden Prüfungsergebnisse mussten Positionen, die bislang in den Sachkonten „Miete und Reisekosten“ etatisiert wurden, hier verbucht werden.
- 531100 Aufgrund der Anmerkungen der vorangehenden Prüfungsergebnisse wurde das Sachkonto neu eingerichtet. Es enthält Aufwendungen, die im Jahresansatz teilweise im Sachkonto 540306 und vollständig im Sachkonto 540403 etatisiert wurden.
- 540206 Im Haushaltsansatz waren die Kosten für die externe Finanzbuchhaltung, die Jahresabschlussarbeiten und die Rechnungsprüfungskosten nicht etatisiert.
- 540306 Minderausgaben durch Nicht-Genehmigung von Projekten sowie teilweise Verbuchung unter 531100.
- 540310 Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund von nicht-erstatteten Interreg-Aufwendungen vergangener Jahre, sowie einer doppelt erfassten Buchung aus dem Jahr 2013.
- 540403 Aufgrund der Anmerkungen der vorangehenden Prüfungsergebnisse mussten Beiträge im Rahmen von Projekten sowie Mittelweiterleitungen im Rahmen von Projektförderungen unter dem neu eingerichteten Sachkonto „Transferaufwendungen“ verbucht werden – vgl. 531100.
- 541100 Personalgestellung des Belastungsdienst NL an den Grenzübergang Aachen-Eurode.
- 549900 Abschluss einer Forderungsvereinbarung zum Grenzübergang Aachen-Eurode zwischen der Region Aachen und seinen fünf Gebietskörperschaften (vgl. Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden)

2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2017 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von 13.549,77 Euro ab.

2.1 Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1 Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Ordentliche Erträge	2.558.359	2.812.485	3.084.879	272.394
Ordentliche Aufwendungen	2.573.669	2.807.985	3.067.800	259.815
Ordentliches Ergebnis	-15.310	4.500	17.079	12.579
Finanzergebnis	-2.267	-4.500	-3.530	970
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-17.577	0	13.549	13.549
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Jahresergebnis	-17.577	0	13.549	13.549

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen. Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von 17.079 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -3.530 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von 13.549 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 13.549 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2017.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2017 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt 13.549 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um 13.549 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2017. Im Anhang zum Jahresabschluss wurde bereits unter „Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Schlussbilanz“ aufgezeigt, dass das Jahresergebnis in voller Höhe der Ausgleichsrücklage zugeführt werden soll. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2017:

Position	Ist 2014 in €	Ist 2015 in €	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €
Jahresergebnis	28.521	-12.901	-17.576	0	13.550
Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.	16.986	26.493	13.592	0	0
Inanspruchnahme/Zuführung Ausgleichsrücklage	0	-12.901	-13.592	0	+13.550
Endbestand Ausgleichsrücklage	26.493	13.592	0	0	13.550
Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.	33.986	52.987	52.987	49.003	49.003
Inanspruchnahme/Zuführung Allgemeine Rücklage	0	0	-3.984	0	0
Endbestand der Allgemeinen Rücklage	52.987	52.987	49.003	49.003	49.003

2.1.2 Ertragslage

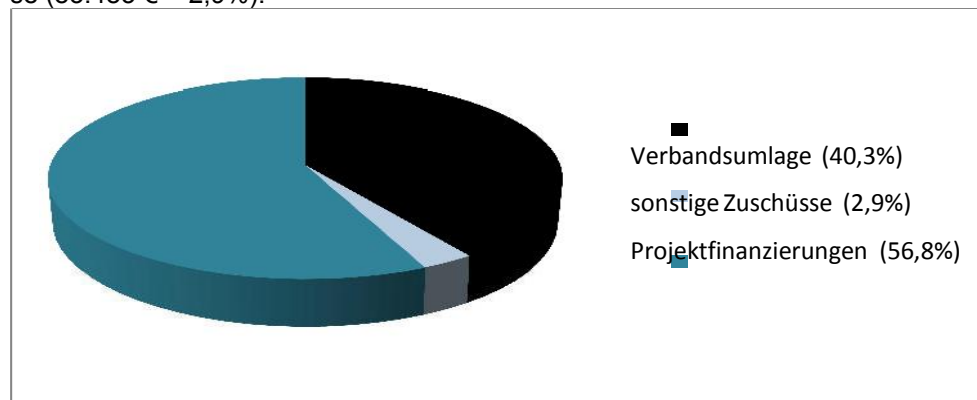
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2017:

Ertragsart	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.542.894	2.812.485	2.831.764	19.279
Sonstige Transfererträge	0	0	0	0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
Privatrechtliche Leistungserträge	0	0	0	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	7.331	7.331
Sonstige ordentliche Erträge	15.465	0	245.784	245.784
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	2.558.359	2.812.485	3.084.879	272.394
Finanzerträge	0	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe	2.558.359	2.812.485	3.084.879	272.394

Gegenüber dem Planansatz 2017 ist eine Abweichung von 272.394 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und den fünf Gebietskörperschaften für den Grenzübergang Aachen-Eurode zurückzuführen sowie auf zusätzliche, zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht vorhersehbare Projekterträge.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen und allgemeine Umlagen von 2.831.764 Euro sind die zentrale Ertragsart der Region Aachen. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder (1.141.095 € = 40,3 %), projektorientierte Fördermittel (1.607.187 € = 56,8 %) sowie sonstige Zuschüsse (83.483 € = 2,9%).



Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in den zentralen Aufgabefeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regionalmanagements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen - Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da

der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben nur sehr schwierig zu gestalten ist: Bedingt durch einen hohen Anteil befristeter Personalstellen ist eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen, wie im Rahmen der informellen Regionalplanung und Strukturentwicklung nicht in der erforderlichen Qualität möglich.

2.1.3 Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2017:

Aufwandsart	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Personalaufwendungen	1.624.051	1.945.333	1.747.248	198.085
Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.350	10.000	18.352	-8.352
Bilanzielle Abschreibungen	1.231	0	1.118	-1.118
Transferaufwendungen	70.433	0	173.009	-173.009
Sonstige ordentliche Aufwendungen	854.604	852.652	1.128.073	-275.421
Ordentliche Aufwendungen	2.573.669	2.807.985	3.067.800	259.815
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.267	4.500	3.530	970
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Summe	2.575.936	2.812.485	3.071.330	-258.845

Gegenüber dem Planansatz 2017 ist eine Abweichung von -258.845 Euro festzustellen. Wie ebenfalls unter 2.1.2. Ertragslage dargestellt, ist die Abweichung im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und den fünf Gebietskörperschaften für den Grenzfunkpunkt Aachen-Eurode zurückzuführen (203.816 €).

2.2. Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.491.487	2.812.485	2.564.108	248.377
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.520.007	2.812.485	2.712.228	100.257
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-28.520	0	-148.120	-148.120
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-559	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-559	0	0	0
Finanzmittelüberschuss / - fehlbe-	-29.079	0	-148.120	-148.120
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-110.000	0	0	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-110.000	0	0	0
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	-139.079	0	-148.120	-148.120

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 148.120 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2017 beträgt -53.738 Euro.

3. Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2017).

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Gesamtbilanzsumme um rd. 315.000 Euro auf 916.305,35 Euro. Wesentlichen Anteil an der Erhöhung hat der Abschluss der Forderungsvereinbarung zum Grenzfunkpunkt Aachen-Eurode.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt. Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen – Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation von größte-

rer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1 Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %
Eigenkapitalquote 1	5,85	10,96	9,31	8,16	6,83

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2 Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %
Liquidität 1. Grades	68,27	23,60	36,58	18,11	-11,20
Liquidität 2. Grades	105,79	111,38	110,63	114,38	119,78

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2017 nicht in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen.

Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2017 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3 Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %
Allgemeine Umlagequote	35,77	38,24	33,32	44,61	36,99
Zuwendungsquote	64,23	61,76	66,49	54,78	54,81
Personalintensität	69,03	72,15	67,83	63,10	56,95
Aufwandsdeckungsgrad	102,71	101,58	99,65	99,41	100,56

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat. Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen - Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband darzustellen.

Die Haushaltsstruktur des Region Aachen – Zweckverband basiert auf zwei wesentliche Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Auch im Jahr 2017 wird seitens der Geschäftsführung festgestellt, dass die Finanzierung des Zweckverbands mit seinen vielfältigen Aufgaben nicht auskömmlich ist und ein strukturelles Defizit vorliegt. Ziel ist es, langfristig die Kernaufgaben und die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte, sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf mindestens 40 zu senken ist. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für die Jahre 2016/17 wurde durch die Erhöhung des Umlagebetrags von 250.000 € ein wichtiger Schritt in die Stabilisierung der Grundfinanzierung des Region Aachen – Zweckverband gemacht. Es zeigt sich jedoch bereits jetzt, dass vor allem durch die tarifbedingten Erhöhungen der Personalkosten auch nach o.g. Erhöhung des Umlagebetrages der Region Aachen – Zweckverband nicht auskömmlich finanziert ist. Ein zusätzliches Problem ergibt sich durch die späte Refinanzierung von Projektaufwendungen, insbesondere bei Interreg-finanzierten Projekte, die dazu führt, dass im Jahr 2017 erstmalig eine negative Liquidität 1. Grades vorliegt. Weiterhin wird das strukturelle Defizit des Region Aachen Zweckverband dadurch deutlich, dass die Kennzahl der Personalintensität seit Jahren abnimmt. Das bedeutet, dass mit immer weniger Personal immer mehr Aufgaben zu erledigen sind. Dem Region Aachen - Zweckverband fällt insbesondere durch seine breite politische Legitimation eine zentrale steuernde Funktion zu. Gleichmaßen ist er schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regional wichtigen Themenfeldern operativ tätig. Die Struktur der regionalen Aufstellung der Aachener Region war im Jahr 2017 stark in Bewegung. An einer verbindlichen Strategie, transparenten und eindeutigen Aufgabenzuordnungen sowie der Definition von Schnittstellen wurde im Jahr 2017 intensiv gearbeitet. So wurde in der Verbandsversammlung im Juni 2017 das strategische Papier „Den Wandel gestalten – Eckpunkte der Strukturentwicklung Region Aachen 2030“ als Arbeitsgrundlage für die gesamte Region verabschiedet. Ergänzt wurde dieses im Dezember um das Papier „Regionalentwicklung als Kernaufgabe des Region Aachen Zweckverband – Konzept zur Weiterentwicklung der Region“, in dem die zu-

künftigen Aufgaben für den Zweckverband detailliert beschrieben sind. Die hierdurch erfolgte klare und eindeutige Aufgabenbeschreibung bietet die Grundlage, um in den zukünftigen Haushalten eine entsprechende solide Grundfinanzierung zu erreichen, die durch projektbezogene, zeitlich befristete Finanzierung aus unterschiedlichen Fördermitteln ergänzt wird. Der Region Aachen – Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturpolitischen Regionen NRW als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Dies stellt einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung der strukturpolitischen Ziele der Aachener Region dar. Gerade vor dem Hintergrund des Strukturwandels ist die Region Aachen im Rahmen der Mitarbeit bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier ein verlässlicher Partner und unterstützt deren Aktivitäten. Die Mitarbeit innerhalb der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas-Rhein sind weitere Handlungsfelder. Als neue Aufgabe ist die Unterstützung der Prozesse im Rahmen der informellen Regionalplanung eine wichtige Herausforderung. Im Jahr 2017 wurde in einem gesamtregionalen Prozess mit der Erarbeitung des Fachbeitrages im Rahmen des Regionalplanverfahrens begonnen. Dies erfolgte durch Mitarbeit der teilregionalen Verwaltungen, insbesondere durch den Planungsdezernenten des Kreises Heinsberg. Auch hier gilt, dass die erforderliche vertiefte inhaltliche Bearbeitung innerhalb der Geschäftsstelle nur durch zusätzliches umlagefinanziertes Personal geleistet werden kann. Im Jahr 2017 wurden im Hinblick auf die strategische Weiterentwicklung der Region wichtige Entscheidungen getroffen. Nun ist es für die regionale Entwicklung der Aachener Region wichtig, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und nicht durch erneute Diskussionen um strategische und organisatorische Anpassungen zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen.“

G) Personalbestand

./.

Den Jahresabschlüssen sind keine entsprechenden Daten zu entnehmen.

H) Kennzahlen

./.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammabeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	130 55201	147.671 €	139.339 €	122.582 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Hans Schmitz	SPD	Urban-Josef Jülich	CDU

nachrichtlich:

Zum 01.05.2018 wurde Herr Karsten Stickeler (CDU) zum stellvertretenden Mitglied in der Delegiertenversammlung benannt.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist durch Herrn Andreas Schulte (SPD) im Verbandsrat vertreten.

nachrichtlich:

Seit 01.05.2018 ist der Kreis Euskirchen durch Herrn Andreas Schulte (SPD) als stellvertretendes Mitglied im Verbandsrat vertreten.

c) Vorstand

Bauassessor Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt

Ständiger Vertreter des Vorstands: Dr. Bernd Bucher

nachrichtlich:

Herr Norbert Engelhardt trat zum 30.09.2018 in den Ruhestand. Zum 01.10.2018 wurde Herr Dr. Bernd Bucher zum Vorstand berufen. Gleichzeitig wurde zum ständigen Vertreter des Vorstandes Herr Prof. Dipl.-Wirt.-Ing. Heinrich Schäfer bestellt.

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	130 55201	370.060 €	374.470 €	380.950 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in der Verbandsversammlung durch Herrn Johannes Esser (CDU) vertreten.

nachrichtlich:

Seit dem 18.06.2018 ist der Kreis Euskirchen in diesem Gremium nicht mehr vertreten.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

c) Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk (bis 31.05.2017)

Dipl.-Ing. Joachim Reichert (seit 01.06.2017)

Ständiger Vertreter des Vorstands: Dipl.-Ing. Robert Steegmans

F) Jahresabschluss

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreien Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitgliedes 0,06 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2017	2016	2015
Kreis	110 53701	11.470 €	11.448 €	11.278 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)
- b) Vorstand (10 Mitglieder)
- c) Geschäftsführung

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Dr. Roland Arnz

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Der Jahresbericht 2017 ist im Internet abrufbar.

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.11.2018

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 18.04.2018

- Der Kreistag hat mit Wirkung zum 01.07.2018 als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlungen der **Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH** und der **Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG** Frau Dagmar Geschwind entsandt. Ebenso wurden mit Wirkung zum 01.07.2018 an Stelle der Herren Johannes Adams (GBL I) als ordentliches Mitglied und Ingo Hessenius (Kreiskämmerer) als stellvertretendes Mitglied die Herren Ingo Hessenius (Kreiskämmerer) als ordentliches Mitglied und Rolf Kastenholz (AbtL. 10) als stellvertretendes Mitglied in den Institutsausschuss des **Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung in Köln** entsandt (V 402/2018).
- Der Kreistag hat beschlossen, bei der Entsendung der Delegierten der Mitglieder des **Wasserverbandes Eifel-Rur** in die Verbandsversammlung auf einen eigenen Wahlvorschlag seitens des Kreises Euskirchen zu verzichten und den Wahlvorschlag der StädteRegion Aachen zu unterstützen (D 45/2018).
- Der Kreistag hat aufgrund der vollen Beitragseinheiten Herrn Hans Schmitz in die Delegiertenversammlung des **Erftverbandes** entsandt. Für die Mitgliedergruppe 4 – Kreise – hat der Kreistag entsprechend der Beitragsteileinheiten einen einheitlichen Wahlvorschlag beschlossen, wonach der Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis-Neuss und der Kreis Euskirchen für ihre vollen Beitragseinheiten je 1 Delegierten entsenden. Die zwei zu wählenden Delegierten stellen der Kreis Düren und der Rhein-Sieg-Kreis mit jeweils 1 Delegiertensitz, damit jeder Kreis in der Delegiertenversammlung vertreten ist. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Delegierten stellen die beiden beitragsstärksten Kreise den 1. und 2. Nachfolger, demnach 1. Nachfolger vom Rhein-Erft-Kreis und 2. Nachfolger vom Kreis Euskirchen. Als 2. Nachfolger hat der Kreistag Herrn Karsten Stickeler benannt. Aufgrund des vereinbarten Rotationsverfahrens stellen die drei beitragsstärksten Mitglieder Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen und Rhein-Kreis-Neuss das Mitglied im Verbandsrat. Für die kommende Legislaturperiode stellt der Rhein-Kreis-Neuss das ordentliche Mitglied und der Kreis Euskirchen das stellvertretende Mitglied. Der Kreistag hat als stellvertretendes Mitglied im Verbandsrat Herrn Andreas Schulte benannt (D 46/2018).

1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 10.10.2018

- Der Kreistag hat die Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** (IRR GmbH, künftig ZRR GmbH) zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der IRR GmbH (künftig ZRR GmbH) zur entsprechenden Beschlussfassung ermächtigt. Der Zuschuss an die zukünftige ZRR GmbH beträgt somit ab dem Jahr 2019 20.000 € jährlich. Der Kreistag hat der Aufhebung des Gremienvorbehaltes, der in der gemeinsamen Sitzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der IRR GmbH (künftig ZRR GmbH) am 21.09.2018 beschlossen wurde, zugestimmt (V 475/2018).
- Der Kreistag hat der Ergänzung des § 4 des Konsortialvertrages vom 18.12.2014 wie folgt zugestimmt: „8. Die nach diesem Zeitpunkt nicht veräußerten Anteile werden vollständig durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Mechernich veräußert.“. Ebenso wurde der Veräußerung eines Geschäftsanteils im Nennbetrag von 25,00 € an der **Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH** sowie eines Kommanditanteils im Nennbetrag von 25,00 € an der **Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG** zum Kaufpreis von jeweils 613,50 € je 1,00 € Kommanditbeteiligung an die Stadt Mechernich zugestimmt (V 450/2018).
- Hinsichtlich des Umgangs mit den vom GrenzInfoPunkt seit 2012 erzielten Überschüssen im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes stimmte der Kreistag dem Abschluss einer Forderungsvereinbarung über einen quotalen Anteil des Kreises Euskirchen in Höhe von 30.993,54 € zum Ausgleich des ansonsten entstehenden Jahresfehlbetrages des **Zweckverbandes Region Aachen** in Höhe von 203.815,86 € zu (V 453/2018).
- Der Kreistag hat der Liquidation der **Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH** (SEV GmbH) sowie der Bereitstellung von Finanzmittel in Höhe von jeweils bis zu 75.000 € für die Jahre 2019 und 2020 außerhalb der Gesellschafterstruktur der aufzulösenden SEV GmbH zur Verfügung zu stellen zugestimmt. Der Einstellug der Geländehausmeister und eines weiteren Mitarbeiters der SEV GmbH, für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2020 beim Kreis Euskirchen wurde ebenfalls zugestimmt. Die Finanzierung der Geländehausmeister soll durch die Geländenutzer erfolgen. Darüberhinaus wurde die Fortführung der Lenkungsgruppe der SEV GmbH im Jahr 2019 als zentrales Steuerungs- und Koordinationselement der Standortentwicklung beschlossen und die Verwaltung ermächtigt, die Aufgabenverteilung, Trägerschaft, Finan-

zierung sowie weitere Zusammenarbeit der Partner für die Jahre 2019 und 2020 mit den Partnern vertraglich zu regeln. Die Beschlussfassungen erfolgten vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Gesellschafter der SEV GmbH (V 473/2018).

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 30.11.2018

